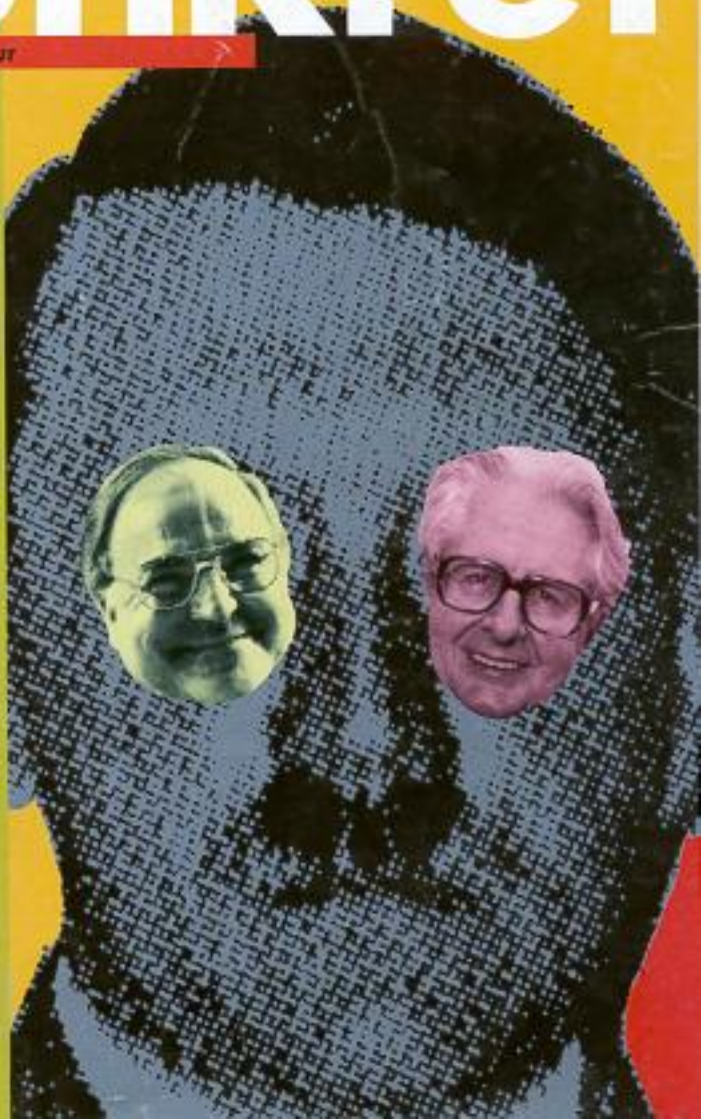
Heft 1 Januar 1990 6,80 DM

C 4145 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Der Führer blickt wieder durch
- Alles über Deutschland und die DDR: Wider Vereinigung, Nazionales, totes Kapital
- Rossana Rossanda: Marxismus und sexuelle Differenz
- »radikal«: Interview im Untergrund



in konkret Januar 1990

Von Konkret

an konkret

Wenn das der Führer noch hätte erleben dürfen von Hermann L. Gremliza

Alles über Deutschland
Über den Anfang vom Ende, politische Finanzen, völkische Wut, die Sprache deutschen Aufruhrs, die ganz besondere Nation, die nationalen Sozialdemokraten, die verstummte Linke und Karthagos dritten Krieg schreiben Michael Scharang, Georg Fülberth, Michael Schilling, Hans-Joachim Lenger, Jan Philipp Reemtsma, Charlotte Wiedemann, Siegfried Rot und Detlef zum Winkel

Wie jetzt ich zum Beispiel von Michael Scharang
Der Endsieg des Westens über den Osten trägt sein Ende bereits in sich

Unterwasser-Handgranate von Georg Fülberth
Die DDR hat Gottseidank die Finanzierung der DKP und anderer kommunistischer Einrichtungen in der BRD leider eingestellt

Die Wut des Volkes von Michael Schilling
Wenn deutsche Revolutionäre den Bahnhof stürmen wollen, lösen sie erst eine Bahnsteigkarte. Lenin irrte auch hierin. Statt Revolution zu machen, stürmen sie das Kartenhäuschen

Ein Sieg des Vergessens von Hans-Joachim Lenger
Bemerkungen zur Semiologie eines nationalen Aufruhrs

Don't let them do it again, Uncle Sam! von Jan Philipp Reemtsma
Über die psychotische Struktur des deutschen Nationalismus

Ein Feld für Oskar von Charlotte Wiedemann
Das Vaterland und seine losen Gesellen: Deutschland, Deutschland ist wieder mal über die SPD gekommen, die wieder mal ihr nationales Soll erfüllen will und wieder mal unbelohnt bleiben wird

Unheilbares Deutschland von Siegfried Rot
Die Nation erwacht, die verschiedenen Fraktionen der westdeutschen Linken wirken ziemlich müde

Ceterum censeo von Detlef zum Winkel
»Das große Karthargo führte drei Kriege.Es war noch mächtig nach dem ersten,noch bewohnbar nach dem zweiten.Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.«Bertolt Brecht

Wider Vereinigung von Siggi Friess; Tay Eich
KONKRET dokumentiert den »Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes 'Wider die Wiedervereinigung'«, den die Bundestagsabgeordneten der Grünen Siggi Friess und Tay Eich Ende November der Presse vorstellten. Auf einer Klausurtagung im Januar will die Fraktion der Grünen entscheiden, ob sie ihn in den Bundestag einbringt

Im Angebot heute: die DDR von Kurt Hübner
Wie kaputt ist die DDR-Wirtschaft? Wie ist sie in ihre heutige Lage geraten? Wie kommt sie da wieder raus? Und hat auf diesem Weg der Sozialismus noch eine Chance?

Einen bessern gibt es nicht? von Manfred Jendryschik

Ein DDR-Schriftsteller weist die Kritik, die Uwe Klußmann und Hermann L. Gremliza an der Opposition in seinem Land geübt haben, als »realitäts-ignorant«, »demagogisch«, »denk- und phantasiefaul« zurück

Deutsche Polizisten von Jan Schmidt

Am 17. November wurde eine 24jährige Antifaschistin von Göttinger Polizisten in den Tod getrieben. Es war ein ganz normaler Polizeieinsatz

Ausgang offen von Ralf Syring

Offensive in El Salvador: Die Befreiungsbewegung FMLN kämpft in den Straßen der Hauptstadt gegen die USA und die bürgerlichen Medien der westlichen Welt

»Eine sparsame Lebensführung« von Horst Kahrs

Während die kapitalistische Welt die Niederlage der sozialistischen Planwirtschaften feiert, wird in der Bundesrepublik das amtliche Existenzminimum neu vermessen. Ab 1990 soll das Sozialhilfeniveau nicht länger anhand eines "Warenkorbs«, sondern mit Hilfe eines Statistik-Modells errechnet werden, das das Bedarfsprinzip abschafft und den 'Sozialstaat' von der Selbstverpflichtung befreit, die Befriedigung der Grundbedürfnisse zu garantieren

Totes Kapital von Oliver Tolmein

Klartext von Ingrid Strobl

Brauchbares Material für den Nachhilfeunterricht in linksradikaler Geschichte und Überlegungen zu den Möglichkeiten einer »offensiven Gegenöffentlichkeit« bieten die »Schwarzen Texte«, eine Dokumentation linksradikaler Texte, die in den letzten 20 Jahren der politischen Zensur in der BRD zum Opfer gefallen sind

Sinn ohn´ Form: Nach dem Hungerstreik

Legal, Illegal, radikal - Zeitungsproduktion und Zensur in der BRD
von Oliver Tolmein, Nina, Hajo

Seit mehreren Jahren versucht der Staatsapparat, die linke Zeitschrift "radikal" zum Schweigen zu bringen. Warum das bislang nicht gelungen ist und welchen Sinn eine illegale Zeitschrift in der BRD macht war Thema des Gesprächs, das Oliver Tolmein mit Nina und Hajo von "radikal" führte

Die wissenschaftliche Gesellschaft und ihr Nachbar von Peter Hacks

Beobachtungen zu Christoph Martin Wieland: »Politische Schriften, insbesondere zur Französischen Revolution«

Buch des Monats - Marx und Manitou von Matthias Altenburg

T. Coraghessan Boyle: »Worlds' End«, Roman, aus dem Amerikanischen von Werner Richter, Carl Hanser Verlag, München 1989, 512 Seiten, 45 Mark

Marxismus und sexuelle Differenz von Rossana Rossanda, Theresia Degener

Sie ist eine der führenden Theoretikerinnen des italienischen Feminismus und des italienischen Marxismus: Rossana Rossanda, Kommunistin, bis 1968 im ZK des PCI, dort ausgeschlossen, Mitbegründerin der Zeitung »n Manifesto«, Mitarbeit bei »Lotta continua«. Theresia Degener sprach mit ihr über Gleichheit und sexuelle Differenz, über Eugenik und Gentechnologie, schließlich auch über Perestrojka und dumme Menschen

Die Wahl der Perspektive von Dan Diner

Teil 4 der Debatte über die Frage, ob es eine »Ökonomie der 'Endlösung'« gegeben hat und wer ihre Planer gewesen sind: Gegen Susanne Heims und Götz Alys These vom sozial und bevölkerungspolitischen Kalkül der nationalsozialistischen Massenvernichtung (KONKRET 10/89) setzt Diner die These ihrer prinzipiellen »Gegenrationalität« und fragt nach der historiographischen Perspektive, die es

möglich macht, diese »absolut radikale Tat« des NS-Regimes dem Verstehen zu erschließen

»Im Interesse des Reiches« von Ralf Syring

Serge Klarsfelds große Dokumentation über die Zusammenarbeit des Vichy-Regimes mit den nazistischen Besatzern bei der Deportation der Juden und Widerstandskämpfer aus Frankreich ist endlich in deutscher Übersetzung erschienen

Geschätztes Leben von Oliver Tolmein

Die bundesdeutschen Medizin-Ethiker suchen Maßstäbe zur Bemessung des biologischen Gebrauchswerts »Leben" und Wege für eine effiziente Krankenversorgungspolitik. Sie denken dort weiter, wo die Kostendämpfungsgesetze der Bundesregierung aufhören müssen: Moralische Verpflichtungen statt rechtlicher Zwangsmittel sollen die Geburt von Behinderten verhindern und die frühzeitige Tötung kranker und alter Menschen ermöglichen

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Modem* Kreuzberg von H. Aegar

Ein halbes Jahr nach dem Ausbruch der»Hölle von Kreuzberg« hatte Michael Wildenhain in KONKRET 11/89 (»Modell Kreuzberg«) einen ruhigen Blick auf die erkalteten Schlacken geworfen und den Erfolg des staatlichen Befriedungsmodells, das Wachsen neuer Mittelschichten und die Ohnmacht autonomer Widerstandskonzepte festgestellt. Ihm widerspricht, »aus dem Herzen der Bestie«, ein Kreuzberger Autonomer: Wildenhain habe ein Bild der Zustände geliefert, wie »wir alle es uns oft von denjenigen Menschen und Geschehnissen machen, die uns fremd sind«

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Topf - Welt - Kopf von Georg Seeßlen

Mit seinem Film »Der Koch, der Dieb, seine Frau und ihr Liebhaber« arbeitet der Regisseur Peter Greenaway »an einem revolutionären bürgerlichen Kino, aus dem der Mensch durch seine eigenen Begierden vertrieben wird«

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Platte des Monats - Musik, die aus der Bronx kam von Diedrich Diederichsen

Public Enemy: Fight the Power; RCA/Motown

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 01/90, S. 4

Von Konkret

Drei gute Nachrichten – welche zuerst? Also, die erste: Im Gegensatz zu vielen anderen Zeitschriften erhöht KONKRET den Preis für das Abonnement nicht; es kostet pro Jahr weiterhin 72 Mark. Die zweite: Auch den Preis fürs einzelne KONKRET-Heft am Kiosk erhöht der Verlag erst jetzt, zum ersten Mal seit über vier Jahren, und nur um 80 Pfennige auf 6,80 Mark. Die dritte: Wer jetzt KONKRET abonniert, spart 9,60 Mark.

609 neue Abonnements brachte die Aktion, bei der ein Personalcomputer zu gewinnen war. Das Los fiel auf die Neuabonnentin Irene Semmler, Essen. Der ATARIPC wurde ihr am 3. Dezember übergeben.

Ein Fehler beim Postversand hat dazu geführt, daß ein Drittel der Abonnenten und Abonnentinnen die Dezember-Ausgabe von KONKRET verspätet erhielt, und 400 andere doppelt beliefert wurden. Wir bitten um Pardon und die Weitergabe des überzähligen Exemplars.

Als Service nicht nur für alle KONKRET-Leserinnen und Leser bieten wir unten stehenden Aufkleber (im Original 16 cm breit) an.

Er kann, nur gegen Vorkasse, bei KONKRET-Service bestellt werden. Ein Exemplar kostet fünf Mark, zehn gibt es für 20 Mark, 100 kosten 50 Mark. Das Geld bitte per Scheck oder bar an KONKRET-Service, Osterstr. 124, 2 Hamburg 20 oder auf das Service-Kto.: 117 038 9100 bei der BfG überweisen (BLZ 200 101 1l)

In dem Interview mit zwei Leuten der illegalen Zeitschrift »radikal« haben wir auf dringendes Anraten unseres Anwaltes zwei Worte geschwärzt: Da sie nach herrschender Meinung den Tatbestand der Beleidigung von Privatpersonen erfüllen und wir im Gegensatz zur »radikal« über eine ladungsfähige Anschrift verfügen, könnte uns ihre Veröffentlichung teuer zu stehen kommen.

Legale Zeitung zu sein, hat allerdings auch Vorteile: beispielsweise können wir von Gefangenen bezogen werden. Die meisten dieser Knastabos werden über den Verein »Freiabonnements für Gefangene e.V.« vermittelt. Der ist vor kurzem als gemeinnützige Organisation in die Liste potentieller Bußgeldempfänger aufgenommen worden. Auch Straftaten können also künftig die Verbreitung von KONKRET fördern, wenn die beteiligten Richterinnen und Richter bzw. Staatsanwältinnen und Staatsanwälte die Bußgelder an den »Verein Freiabonnements für Gefangene e.V.« dirigieren. Weniger staatsgewaltige KONKRET-Leserinnen und -Leser können allerdings auch ohne den Umweg über eine Straftat, durch eine steuerlich absetzbare Spende, ein Knastabo (das nur 48 Mark kostet) finanzieren. Spenden Sie bitte auf das Konto: Freiabonnement für Gefangene, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, Kto.-Nr. 26 011 604, Kennwort: KONKRET (Absender nicht vergessen).

Apropos Knastabos: Ab sofort sind Geschenkabonnements für KONKRET in die DDR möglich (88,80 West-Mark).

konkret 01/90, S. 6

an konkret

Alle singen

KONKRET 12/89: »No deposit, no return« von Hermann Gremliza

Da schließt sich also nun der Kreis der Nationalisten, die das Kapital endgültig dem ganzen Deutschland zugänglich machen wollen. Die westlichen Kapitalisten wollen den Osten zum Sonderangebot einkaufen.

Wer kann aber unseren Ein-Partei-Gesang-Klub und sein Geld noch vor der BRD retten?

Die Grünen nicht, das hat Herr Gremliza ja in seinem Artikel bewiesen, die SPD schon gar nicht, aber von ihnen erwartet es wohl auch keiner mehr. Parteien gibt es bei der Frage der »Wiedervereinigung« also nicht mehr, und demzufolge muß diese Aufgabe einer Gruppe der Gesellschaft zufallen. Große Teile des Volkes in 0st und West sind ja mit dem Singen beschäftigt, und so muß der kleinere Teil dafür sorgen, daß die DDR nicht zukünftig in linken Kreisen in Anführungszeichen geschrieben werden muß.

Die CDU hofft auf einen Kohl für Dresden, Springer will Weizsäcker für das 37er Vaterland, Genscher reist in die Sowjetunion, um für die »Wiedervereinigung« vorzusprechen, die SPD hat keine eigene Ostpolitik mehr, und die Grünen wippen. Aber alle singen und das vereint.

Thorsten Bonacker Schwanewede

Du hast es getan, nicht weil ein – zugegeben – populistischer Liedvortrag als letzter Strohhalm dem Kamel den Rücken brach. Du hast es mir zuhaß getan, Du Wicht. Wegen der Folgen. Du möchtest mich entwurzeln, mir meine Heimat nehmen. Bin ich mit Dir schon einer Meinung über den Hermann Rappe, diesen Kotzbrocken. (Wozu nicht Du mich verführt hast. Aber es gibt halt Gemeinsamkeiten.) Schmunzle ich schon 'mal mit Dir, wenn Du die Sozis – übrigens nur Du, kein anderer kann das so – vorführst, am

Nasenring. Prima, alles gut, wie alles von Dir, Verehrter.

Aber ich wähnte Dich gar nicht mehr in der SPD. Stillschweigend habest Du den Bettel hingeworfen, dachte ich. Und jetzt das. Ohne Spaß, Du hast mir Tränen in die Augen getrieben. Hättest Du's nur nicht gesagt. Du hast mir quasi die Zähne ausgebrochen, ich hab' keinen Biß mehr. Vorbilder müssen sich gut überlegen, was sie tun, und Deine Taten sind Deine Worte.

No return?

Alois Schuller Böbingen

Ja, auch ich bin »tief bewegt«, wenn Herr Kohl und andere Revanchisten jetzt den 17 Mio. DDR-Bürgerlnnen absprechen, ein souveränes Volk in einem souveränen Land zu sein – und sich nicht demütig mit der Funktion eines Hinterhofes für die »freie Marktwirtschaft« abzufinden!

Eine Parallele drängt sich auf:

Wer auch immer in Mittelamerika sich aus dieser zudiktierten Hinterhofrolle selbst befreien will und gar einen Somoza verjagt – dem werden solange bezahlte Söldnermörder ins Land gehetzt, bis er nach den Maßstäben von Mr. Bush und Co. 'frei' wählt – mit dem richtigen 'Ergebnis' versteht sich!

Uli Hengemühle Dorsten

Will und kann Herr Gremliza nicht begreifen, daß die sozialistischen (oder sich so nennenden) Staaten abgewirtschaftet haben, daß Korruption, Schlamperei und das Unvermögen einer zentralistischen Planwirtschaft die Ursachen sind, die das Volk dort auf die Straße oder in den Westen treiben?

Aber wie soll er denn aussehen, der schönere, der bessere, der Sozialismus mit menschlichem Antlitz? Mit einer »radikalen Linken«, die ihre Daseinsberechtigung ausschließlich in der »Kraft der Negation« sieht, aber keine Perspektiven aufzuweisen hat, läßt sich diese Frage nicht beantworten.

Hans-Jürgen Frederichs Stuttgart

plattnasig

KONKRET 11/89: Leserbrief von Prof. Knußmann zum Beitrag »Hirnvolumen + Geburtskanal« von R. Geraedts (10/89)

In meinem Leserbrief in KONKRET 11/89 sind u.a. die folgenden Sätze gekürzt worden, auf deren Abdruck ich ausgesprochenen Wert lege: »Sowohl meiner Lehrerin Schwidetzky wie auch mir wurde von Frau Geraedts die Propagierung bzw. Gutheißung von Sachverhalten unterstellt, die wir selbst angeprangert, aber dadurch zwangsläufig genannt haben, so daß Frau Geraedts sinnentstellte Satzfetzen als wörtliche Zitate geben konnte. Allerdings stimmen auch diese mit verdrehter Intention eingebrachten Zitate nicht alle: Wörter mit einem abwertenden Beigeschmack wie »plattnasig« sind entgegen der Behauptung von Frau Geraedts in meinem Lehrbuch (»Vergleichende Biologie des Menschen«, G. Fischer, Stuttgart 1980) nicht zu finden.

Rainer Knußmann

Hamburg

Alte Hure

Konkret 12/89: »Küche, Krise, Klassenkampf« Streitgespräch

Das Streitgespräch zeigt, wie die Gewerkschaften der BRD in die Defensive gedrängt werden. Sie hinken mit ihrer Tarifpolitik hinter sozio-ökonomischen Entwicklungen – z.B. Produktivitätssteigerungen, Informationalisierung, Flexibilisierung der Arbeit – hinterher, die von seiten der Kapitaleigner bewußt vorangetrieben werden, sind also Reagierende, nicht: Agierende. Durch die Massenarbeitslosigkeit haben die Gewerkschaften an Kampfkraft eingebüßt; einige Gewerkschaften suchen noch den »sozialen Großkonflikt« mit der anderen Seite. Andere stellen die Schulung der Funktionäre (z.B. die ÖTV) auf die »Wir sitzen alle in einem Boot«-These um.

Der roll-back des ideellen Gesamtkapitalisten Staat auf dem Wege der Gesetzgebung und Judikatur: Betriebsverfassungsgesetz, Beschäftigungsförderungsgesetz, Paragraph 116 AFG wurden von der Regierung Kohl eben im Sinne des Kapitals geändert, die Rechtsprechung des BAG (etwa im Haftungsrecht) trägt reaktionäre Züge, ja sie ähnelt einer lex barbarorum. Diese Tendenzen zur Disziplinierung der Belegschaften in den Betrieben müssen politisch bekämpft werden, hier reichen tarifliche Regelungen nicht.

Und in dieser Frage, dem Sturz der Regierung Kohl, führt an der guten alten Hure SPD kein Weg vorbei, mag man ansonsten von ihr halten, was man will.

Ralf Katzenmayer OTV-Vertrauensmann, Fürth

Fug und Recht

KONKRET 12/89: »Lage der Dinge«

Als zahlender Abonnent hat man doch das Recht, von einer Zeitschrift etwas zu erwarten. Von Euch habe ich, mit Fug und Recht, erwarten können, daß Ihr zur Lage der Dinge jetzt Karl-Eduard von Schnitzler zu Wort kommen laßt. Der hat ja nun auch Arbeitskapazität frei.

Daß er im letzten Heft fehlte, ist, so will ich doch hoffen, sicher nur organisatorischen Schwierigkeiten* anzulasten.

Die gesamtdeutsch verhaßten Kommentare des Kollegen von Schnitzler seid Ihr Eurer Leserschaft jedenfalls im Rahmen des Abonnementsvertrages schuldig. Es darf ruhig eine feste Kolumne werden. Ich wäre auch durchaus damit einverstanden, dafür, sagen wir, umschichtig mal auf Henscheid, mal auf Piwitt zu verzichten. Stephan Richter Hamburg So ist es. D. Red

Übertroffen

KONKRET 12/89: »Tomayers ehrliches Tagebuch« Lieber Horst Tomayer, ganz famos, Dein Tagebuch im Dezember-Konkret! Es ist mir sehr aus dem Herzen geschrieben. So hätte ich es nie formulieren können. Heiter, locker, aber nicht oberflächlich; kompetent, doch unauthoritär. Ich neige da eher zum moralisierenden Miesepeter... (Sogar den großartigen H.L.G. hast Du diesmal übertroffen.)

Hansgert K Lambers Berlin

Vielleicht war Deine Aktion zur Unterschriftensammlung ja nur ein literarischer Gag, aber ich denke, daß die Idee so gut ist, daß sie durchgeführt werden sollte.

Michael Bergedieck Essen

Pubertäre Demenz

KONKRET 11/89: »Musikplaudertasche« von Eckhard Henscheid

Pubertäre Demenz bescheinigt Eckhard Henscheid mir, weil ich eine Interpretation von Schumanns und Brahms' Streichquartetten »mustergültig unromantisch« nenne, obwohl diese Komponisten doch »Inkarnat von Romantik« seien. Hier irrt der Autor. Schumanns Quartette kehren stilistisch zu Beethoven und Mendelssohn zurück und sind die unromantische Selbstkritik eines Romantikers. Der mittlere Brahms ist in allen Belangen ein Entromantisierer und Überwinder dieser Epoche. Auch wenn ich damit unrecht hätte – alle Werke von »Romantikern« a priori »romantisch« zu nennen, ist abstrakt. Kryptoreligiöser Glaube an irgendwelche »Inkarnate«, nicht die Betrachtung der einzelnen Stücke, zeitigte diesen Fehlgriff der zumeist trefflichen Plaudertasche.

Thomas Zabka

Hamburg

konkret 01/90, S. 8

Hermann L. Gremliza

Wenn das der Führer noch hätte erleben dürfen

Deutschland, die verfolgende Unschuld
Karl Kraus

Pflicht des Revolutionärs ist es, sich zu schämen; für alles, was er getan hat, vor allem aber dafür, daß es ihn gibt. Und weil jetzt die Zeit der Kniefälle ist, will auch ich mich nicht länger zieren: Ich entschuldige mich, pars pro toto, bei dem großen Schriftsteller Stefan Heym; zwar habe ich ihm kein Leid zugefügt, aber der Herr sieht alles: Ich hielt ihn für einen Filou. Nun muß ich, der Wendehälse letzter, bekennen, daß ich die gehabte Meinung zutiefst bereue und revoziere: Stefan Heym ist kein Filou. Er ist ein Trottel.

Anders als die andern Kommunisten, die vierzig Jahre lang aus Übermut eine Untat an die andere gereiht haben und nun für ihr Treiben keine Ursache mehr kennen als ihre eigene Bösartigkeit, will ich doch sagen, was meinen bösen Verdacht erregt hatte: Es waren, immer wieder, die sanft säuselnden Bekenntnisse des Dichters zum Sozialismus und zu »meiner DDR«, wenn er im »Spiegel« oder beim ZDF Stimmung gegen deren Wirklichkeit machte; es war, zuletzt, jene Rede auf dem Alexanderplatz, als er den jubelnden Massen erzählte, daß in Deutschland noch keine Revolution gesiegt habe, und Heym, anstatt daraus den doch naheliegenden Schluß zu ziehen, daß deshalb das, was da im Begriffe war zu siegen, schon keine Revolution sein werde, treuherzig fortfuhr, nun sei es zum ersten Mal gelungen, hurra. Nein, dachte ich, so blind kann der nicht sein; er ist vor der ersten erfolgreichen deutschen »Revolution«, der national-sozialistischen, geflohen, hat Exil, Weltkrieg, die westdeutsche Restauration erlebt, er wird doch sehen, wer und was sich da über den Mauertrümmern in die Arme fällt und auf die Schultern klopft.

Werch ein Illtum (Jandl). Ich habe unwahres Zeugnis gedacht wider meinen Übernächsten. Schon vier Wochen später entdeckte Heym bei seinen siegreichen Revolutionären »immer mehr haßerfüllte Gesichter« und fühlte sich an Hitlers Machtübernahme von 1933 erinnert. Er ist entsetzt, er scheint wirklich geglaubt zu haben, daß Verteidiger der DDR (wie ich) von der Liebe zu Stacheldrähten, Kontrollen, Gräben und Mauern umgetrieben wurden und nicht von der Furcht vor den Folgen ihrer »friedlichen Überwindung«. Er scheint die Deutschen (Abteilung DDR) tatsächlich für grundehrlich antifaschistisch gesonnene Sozialisten gehalten zu haben und die Deutschen (Abteilung BRD) für anständige, gut umerzogene bürgerliche Demokraten. Er hat lechts und rinks alles velwechsert.

Was die Verkennung der DDR-Deutschen angeht, muß ich leider auf einen Trottel einen halben setzen: mich. Auch mir wurde, früher als Heym zwar, aber nur Wochen früher, nämlich bei den »Wir sind das Volk«-Rufen und nicht erst bei den »Wir sind ein Volk«-Chören, bewußt, was für ein Volk sie geblieben sind, und warum: Weil die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus in der DDR eine auswärtige Angelegenheit war; die Regierenden konnten darauf verweisen, daß sie selbst Verfolgte gewesen seien, und versuchten daraus diplomatisches Kapital für ihren Staat, und so auch für dessen Bevölkerung, zu schlagen, die gleich mehrfach belohnt wurde statt bestraft: die größeren Nazis hatten sich nach Westen abgesetzt, die Masse der kleinen wurde en bloc entnazifiziert, als arme Verführte oder Gezwungene; weil die neue Regierung, wie jede Regierung, die Mitläufer liebte, konnten die Millionen Nazis z.b.V. einige ihrer damals und noch früher erworbenen Eigenschaften (Gehorsam, Duckmäuser- und Denunziantentum) als weiterhin geschätzte erleben; und weil ihre neuen Regierenden keine Pogrome und keine Völkermorde begangen hatten, fühlten sich die, die ihr parierten, entschuldigt. Ja, unschuldig, und dann doch auch noch verfolgt, weil sie, im Gegensatz zu ihren Brüdern & Schwestern hüben, von der Sowjetunion und Polen zur Begleichung wenigstens der materiellen Schulden ihrer alten Partei herangezogen wurden. Täter aber, die sich unschuldig verfolgt fühlen, das könnte ein Dorfpolizist einen »Spiegel«-Essayisten lehren, sind zu allem fähig.

Die Verwechslung der BRD-Deutschen mit halbwegs anständigen Demokraten jedoch hat sich Heym (der Name ist hier Chiffre für all jene, die den arischen Blonden so blauäugig begegnet sind und nun – oder, in hartnäckigeren Fällen, demnächst – in die Kissen schluchzen) allein zuzuschreiben. Hat er sich denn nie überlegt, was seine Lieblingszeitschrift, der »Spiegel«, und die Blätter, die ihn zu ihrem Liebling erkoren, mit ihm vorhatten, da er doch in ihnen lesen konnte, daß »sein« Sozialismus und »seine« sozialistische DDR ihr Ziel nicht waren, sondern kein Sozialismus und keine DDR? Durfte er, der intellektuelle Westreisende, sich wirklich davon überraschen lassen, daß der Herausgeber seiner Lieblingszeitschrift die deutsche Geschichte und die Staaten der Anti-Hitler-Koalition im Schönhuber-Tenor abführen würde?:

Die britische Premierministerin: »dreist«, »anmaßend« und »out of her mind«, weil die Sprecherin des perfiden Albion kein Fourth Reich zulassen will; der französische Präsident, aus gleichem Grund, »altbacken und chauvinistisch«; Gorbatschow, der »vielleicht vom Leben bestraft« wird, wenn er »die deutsche Karte weder ziehen kann noch will«;

Engländer, Franzosen und Amerikaner, die die »braven Deutschen« schon zu »Adenauers Zeiten betrogen« haben – alles nicht erwartet? (Sage keiner, das habe man nicht voraussehen können; man konnte es sogar lesen – wozu wohl, glaubt Ihr, gibt es KONKRET? Auch für mich lagen irgendwo größere Bananen bereit .)

Sooo soll es sein, sooo wird es sein? So iiist es schon: Das »doitsche Follik« (Goebbels), dem Stahlbad des Krieges entstiegen, das mächtigste im ganzen judenfreien Europa; das Kapital noch immer in den arischen Händen; die bolschewistischen Untermenschen an seinem Haken zu Kreuze gekrochen; die Ungarn, die Tschechen, die Bulgaren, Letten, Litauer und Ukrainer im Sonderangebot; aus Polen berichtet ein Redakteur von Springer, man müsse nur mit den richtigen Leuten dort sprechen, die gäben ihre Verbrechen an den Deutschen jetzt zu – und er hat recht: Mit einem mittleren Kredit im Gepäck lassen sich endlich jene polnischen Offiziere finden, die gestehen, den Überfall auf den Sender Gleiwitz kommandiert zu haben; die Sieger von einst in Furcht und Schrecken vor uns und unseren Weltkriegsverbündeten, den Japanern; die Russen hungernd und frierend, die Amis in Staatsschulden erstickend, England ein Schatten seiner selbst, Frankreich ein Kulturministerium; die deutschen Kommunisten, spät zwar, aber nicht zu spät, wieder im Knast, ihre Kinder auf dem Schulweg vom deutschen Mob mißhandelt; die Sozis, die losen Vaterlandsgesellen, pfeifen Deutschland, Deutschland über alles; und demnächst in den politischen Grenzen von 1937, aber wirtschaftlich weit über die von 1942 hinaus... Wenn das der Führer noch hätte erleben dürfen!

Wie böse, wie ungerecht das klingt. Als hätten die Kritiker des Stalinismus und Erneuerer des Sozialismus, die tränenreichen Barden, die gewaltlosen Pfaffen dergleichen gewollt! Als träfe Schuld nicht auch die, unter deren Regiment solches Volk so bleiben und werden konnte! Aber auch das ist deutsch gewesen und deutschdeutsch geblieben: daß in der Politik der gute Wille zählen soll und nicht die böse, ungewollte Tat, die aus ihm erwächst. Wilhelm II. war ausgezogen, das Deutsche Reich auf einen Platz an der Sonne zu führen und dem deutschen Kapital optimale Profite zu sichern, nicht um Europa in einem Meer von Blut zu ersäufen. Als der von ihm begonnene Krieg dies getan hatte, ließ er Postkarten drucken mit seinem Porträt und dem Wort: »Ich habe es nicht gewollt.«

In Berlin werden jetzt T-Shirts verkauft mit dem Aufdruck: »9. November – Ich war dabei«. 9. November, der Jahrestag der »Reichskristallnacht«. Ich empfehle, auch ein paar Hemden in gotischer Schrift mit dieser Parole zu bedrucken, für Opa in Leipzig.

konkret 01/90, S. 10

Alles über Deutschland

Über den Anfang vom Ende, politische Finanzen, völkische Wut, die Sprache deutschen Aufruhrs, die ganz besondere Nation, die nationalen Sozialdemokraten, die verstummte Linke und Karthagos dritten Krieg schreiben Michael Scharang, Georg Fülberth, Michael Schilling, Hans-Joachim Lenger, Jan Philipp Reemtsma, Charlotte Wiedemann, Siegfried Rot und Detlef zum Winkel

konkret 01/90, S. 11

Michael Scharang

Wie jetzt ich zum Beispiel

Der Endsieg des Westens über den Osten trägt sein Ende bereits in sich

Fragt mich einer im Kaffeehaus, den ich schon lange kenn und den ich genauso wenig leiden kann wie er mich, ob er sich zu mir setzen darf. Und fragt dann weiter: Wie's sich so lebt als Marxist heutzutag, gibt von den Ländern, die sich auf den Marxismus berufen, doch Tag für Tag eines den Geist auf.

Denk ich mir: Geistreich, der Kerl, ausgerechnet vom Materialismus zu behaupten, daß er den Geist aufgibt. Sag aber: Danke für die Nachfrag, es lebt sich erstaunlich gut. Was er unbedingt näher erklärt haben will. Schauen Sie: Seit über zwanzig Jahren schimpft man mich Marxist. Mir war's nur recht. Für mich war das kein Schimpfwort, es war ein Ehrenname. Galten doch Lukács, Benjamin, Adorno als Marxisten; große Denker, die ich als Student schon mindestens so verehrte, wie sie untereinander über Kreuz waren. Ich hätte es nie gewagt, mich auch so zu nennen. Mein Schicksal als Marxist hängt also davon ab, daß Marxist ein Schimpfwort ist und der Marxismus überhaupt, wie in diesen Tagen, diskreditiert wird.

Da bin ich an den Falschen geraten. Mein Gegenüber akzeptiert das bestenfalls als Ausflucht, nicht als Antwort. So versuche ich es noch einmal und anders: Seit zwanzig Jahren kommt man mir, kaum äußere ich ein ohnmächtiges Wort, mit dem mächtigen Einwand, ich möge doch, wenn es mir hier nicht paßt, hinübergehen. Sollte nun, wie es den Anschein hat, nicht ich hinüber, sondern der real existierende Sozialismus den Bach hinuntergehen, wohin wird man dann mich und meinesgleichen schicken? Und der Reiseschriftsteller Fink, der mir in unserem Staats- und Kirchenfunk schon einmal einen kräftigen Landesverweis erteilt hat – welche Reise wird er mir empfehlen, wenn der Kommunismus kein Reiseziel mehr ist? Schließlich die gesamte bürgerliche Ideologie, deren Substanz doch in der Beschwörung besteht, hier gebe es gewiß nicht den Himmel auf Erden, aber auch nicht wie drüben die Hölle – fällt die nun nicht in nichts zusammen? Und so etwas darf einen Marxisten doch freuen, oder?

Nein, ruft mein Gegenüber aus. Man kann die Dinge nicht vollkommen verdrehen. Wenn in diesen Tagen etwas zusammenbricht, dann nicht die bürgerliche, sondern die sozialistische Ideologie.

Ja, gebe ich zu. Und nein. Aber reiten wir nicht auf Ideologien herum, reden wir von der Wirklichkeit. Wenn ich von den Medien korrekt unterrichtet bin, findet drüben zur Zeit eine Revolution statt. Was für eine wohl? Eine sozialistische gewiß nicht. Es gibt auch keine Meldungen von einer sexuellen. Und schon gar nicht kann es sich um eine kulturelle handeln. Starke Dissidenten wie Biermann oder Kohout kennt man als schwache Künstler; die werden, heimkehrend, kein Feuer entfachen. Und die Helden von drüben? Der Schriftsteller Konrad in Budapest propagiert ähnliche Europa- und Donauraum-ldeen wie Otto Habsburg, der Schriftsteller Havel in Prag geht für die Autonomie der Wirtschaft, genauso formuliert er es, auf die Barrikaden, nicht für die der Kunst. Er wird also – die Grenzen öffnen sich, wir können hin und her – mit dem Generalsekretär des hiesigen Industriellenverbandes leichter reden als mit mir. Kurzum, es handelt sich bei der Revolution dort um eine bürgerliche. Das ist nicht wenig. Und immer haben Marxisten vor bürgerlichen Revolutionen tief den Hut gezogen. Freie Meinung, freier Markt, freie Wahlen statt Fürsten- und Pfaffenwillkür. Wie groß muß die Funktionärswillkür der Kommunisten gewesen sein, daß man sich vor ihr nur noch mit einer bürgerlichen Revolution retten konnte! Außerdem hat eine solche in diesen Ländern noch nicht stattgefunden, also mußte sie aus Gründen der historischen Vollständigkeit ohnedies nachgeholt werden.

Wie übrigens auch in Österreich!, sage ich zu meinem Gegenüber und halte ihm drohend den Zeigefinger unter die Nase. Nichts wünsche ich mir mehr als Prager und Ostberliner Verhältnisse in Wien; eine starke Bürgerrechtsbewegung vor allem, die Leute wie mich davor schützt, weiterhin aus politischen Gründen beruflich ins Exil gedrängt zu werden. Glauben Sie mir, beteure ich meinem Gegenüber, noch nie habe ich dieses Österreich, das verbissen an seiner verbrecherischen Vergangenheit hängt, mit der möglichen Zukunft einer klassenlosen Gesellschaft in Verbindung bringen können, bestenfalls mit der Zukunft einer bürgerlichen. Doch wie weit sind wir davon noch entfernt! Der erste Schritt dorthin müßte sein, die führende Rolle der SEÖ durch die Verfassung zu verbieten, der sumpfartigen Einheitspartei Österreichs, besser bekannt als Große Koalition. Wenn die zwei Großparteien sich die Macht teilen, wird ein Grundprinzip bürgerlicher Demokratie, die Machtkontrolle, außer Kraft gesetzt. Und dürfen wir es länger hinnehmen, nun, da die Parlamente im Osten frei wirken, daß unseres degradiert wird zum Vollzugsorgan der Sozialpartnerschaft, eines illegalen Mauschelvereins, der nun schon seit Jahrzehnten erfolgreich gegen die Republik konspiriert?

Worum ich die drüben jedoch am meisten beneide, sind die freien Gewerkschaften, die sie bald haben werden. Schließlich ist der Arbeitsplatz die Keimzelle der Demokratie. Hat man dort nichts mitzureden, verliert man auch die Lust, sich darüber hinaus zu engagieren. Demokratie an der Basis sieht in Österreich so aus: Der Betriebsrat rennt sich mit den Forderungen der Belegschaft die Beine aus, und was dabei nicht herauskommt, erfährt er aus dem Fernsehen, von den Bonzen. Diese

Gewerkschaft ist bloß der verlängerte rechte Arm der Wirtschaft und der verlängerte linke der Regierung. Die Revolution, sofern sie ein österreichisches Visum erhält und einreisen darf, wird ihr beide abhacken.

Ich habe aber, gestehe ich meinem Gegenüber, neben diesen allgemeinen Wünschen auch einen privaten. Ich gehöre, müssen Sie wissen, zu den wenigen treuen Besuchern der Demonstrationen gegen den Opernball. Was die jungen Leute hinzieht, weiß ich nicht. Ich gehe hin, weil es mich anwidert, daß ein Staat sein Opernhaus, in dem sonst Opern von Alban Berg, Friedrich Cerha und Luigi Nono gespielt werden sollten, dem neureichen Abschaum der Gesellschaft und dessen Politikeranhang öffnet, statt seinen Obdachlosen, die nachts in den umliegenden Parks und Fußgängerpassagen frieren. Ich gehe also hin, um das dem Staat zu sagen. Und wie reagiert er? Er entfesselt einen Polizeiterror, der in jedem Oststaat das Volk veranlassen würde, die Regierung zu stürzen. Also wünsche ich mir, daß die nächste Demonstration gegen den Opernball Prager Gestalt annimmt. Darf einem Marxisten, frage ich Sie, bei diesem Gedanken nicht warm ums Herz werden?

Herzlos schüttelt mein Gegenüber den Kopf. Sie sehn, sagt er, drüben nur, was Sie sehen wollen, um davon abzulenken, daß dort nicht nur ein politisches, sondern auch ein wirtschaftliches System, die Planwirtschaft, bankrott gemacht hat. Und die ist doch das Um und Auf des Sozialismus.

O nein, sag ich und lege meine Hand auf seine, weil er sie gegen mich erheben will, es ist wahrscheinlich schlimmer als Sie glauben: Die Wirtschaft dort ist mehr als bankrott. Das läßt sich daran ermessen, daß selbst im Politbüro der SED, dem geheimsten aller Geheimgremien der Partei, außer den Wirtschaftsfachleuten niemand die unfrisierten Zahlen kannte. Vielleicht hätte man im andern Fall schon früher zugesperrt und Herrn Kohl den Laden überlassen. Man gibt ja auch nicht wirklich Macht ab, wo nur mehr Schuldenberge zu verwalten und mit neuen Schulden zu vergrößern sind. Und die vielen neuen Parteien drüben teilen sich nicht die Macht, sondern das Debakel.

Keineswegs, widerspricht mir mein Gegenüber, es wird dort bald zu einem Aufschwung kommen.

Ein heikler Punkt. Drum rede ich nicht dagegen, sondern gebe nur zu bedenken: Plan- oder Marktwirtschaft, das ist wahrscheinlich heute gar nicht die Frage Nummer eins. Gehn wir doch davon aus: Der Westen hat gewonnen, alles wird kapitalistisch, zum ersten Mal in der Geschichte überzieht ein einziges System die ganze Welt. Was wissen wir bisher von der Marktwirtschaft? Das eine nur: In der kleinen Ersten Welt vermag diese Wirtschaft die Menschen durchaus zu ernähren, in der Dritten bringt sie es auf Millionen Hungertote. Der Inbegriff des Schreckens aber ist: Wenn sich daran was ändert, dann nur zum Schlechten. Die reichen Länder und die Reichen in ihnen, jedes Schulkind weiß das schon herzusagen, werden reicher, die armen ärmer. Muß das nicht einmal an eine Grenze stoßen? Man kann zwar in ein Faß unendlich viel hineinschütten; geht es halt über; man kann aber, ist es einmal leer, nicht mehr aus ihm herausschöpfen.

Dies vor Augen, müssen die reichen Industrieländer sich schon längst nach einem Ersatz für die Dritte Welt umgesehen haben. Das kann nur die Zweite sein, die sozialistischen Länder. Der Westen hat doch gewiß nicht nur wegen eines ideologischen Zwists den Kalten Krieg begonnen und Nachrüstungen in Gang gesetzt mit dem ausgesprochenen Ziel, den Osten totzurüsten. Nun ist es so weit, nun wird die Zweite Welt in eine Reihe gestellt mit der Dritten und muß über sich ergehen lassen, wozu sie ausersehen wurde.

Was man am Osten im Augenblick so liebt: daß er so gottergeben und ohne Protest zur Schlachtbank schreitet, angeführt vom Herrn Gorbatschow, der für diesen Zweck das Denken ohne Hirn mit der Bezeichnung Neues Denken erfunden hat. Dieser Mann mit der Ausstrahlung eines ebenso charmanten wie erfolglosen Häusermaklers schwafelt im Fernsehen so lange vom gemeinsamen Haus Europa, bis er das eigene unter Preis verschleudert hat. Die wahren Hausherrn, die EG-Konzerne, die ihm eine zeitlang auf die Schulter klopften, lachen sich bereits halb tot. Was Gorbatschow noch retten kann: daß Bush rechtzeitig merkt, daß auch seine Firma sich auf dem Weg in den Bankrott befindet. Dann könnten die Sowjetunion und die USA sich noch einmal gemeinsam vor den Deutschen und Japanern retten.

Im Augenblick, sag ich zu meinem Gegenüber, dem bei der Vorstellung, die alten faschistischen Verlierermächte könnten die neuen Siegermächte sein, das Wasser im Mund zusammenläuft, im Augenblick freilich erlebt sich der Westen in einer rauschhaften Einheit, weil die ganze Welt, abgesehen von ein paar nachhinkenden Ländern, zum Westen geworden ist, zur monströsen Übermacht. Gewaltig lastet sie auf sich und droht sich selber zu ersticken. Zuerst geistig, da sie sich den einzigen Nährboden, auf dem sie gedieh, den Antikommunismus, entzogen hat. Dazu kommt: Die Linke in aller Welt, zerstritten bis zur Atomisierung, doch nicht an Problemen des jeweils eignen Landes, sondern an solchen, die sie direkt gar nichts angingen – an Trotzki, Stalin, Mao, Ungarn, Prag – , diese Linke sieht sich unversehens geeint, da der alles verzehrende Westen auch ihren Zankapfel geschluckt hat – wären wir im Märchen, wäre er vergiftet.

Wenn, was im Osten vorgeht, die Linke nicht nur freut, sondern auch schockiert, so besteht der ungleich gröl3ere Schock doch darin, plötzlich geeint zu sein in den großen Fragen. So ist sie mundfaul noch; und dennoch selbstbewußt und spröd. Winkt die Sozialdemokratie mit der Vision einer erhöhten Armutsgrenze und locken die Alternativen mit der Utopie von frischer Luft auf grünem Baum, dann zeigt die Linke der einen

die kalte Schulter, den anderen den Vogel. Ein bißchen Intelligenz, ein bißchen Charakter, mehr braucht sie vorderhand gar nicht.

Und noch was: Kurz wird die Freude des Westens darüber sein, daß Moskau mit dem Vatikan sich enger verbunden fühlt als mit Befreiungsbewegungen. Wenn diese es den Herrschaften zu bunt treiben, wird diplomatischer Druck aus dem Westen nicht mehr zu Schlichtungsversuchen aus dem Osten führen. Mit einem Wort: Die Linke, der alten Zentren beraubt und ledig, merkt, daß sie erwachsen genug ist, um selbständig ihren Weg zu gehen.

Wie jetzt zum Beispiel ich, sag ich zu meinem Gegenüber und geh.

konkret 01/90, S. 12

Georg Fülberth

Unterwasser-Handgranate

Die DDR hat Gottseidank die Finanzierung der DKP und anderer kommunistischer Einrichtungen in der BRD leider eingestellt

Parteien sind keine Gewerbe-Betriebe. Sie machen keinen Mehrwert und können grundsätzlich nur überleben, wenn sie von außen finanziert werden. Die Flick-Affäre zeigte, daß CDU/CSU, SPD und FDP ein unmoralisches Verhältnis zum Geld hatten. (Die Vergangenheits-Form gilt bis zum nächsten Beweis.) Im Vergleich dazu war die Finanzierung der DKP sehr sauber: Nicht einmal der läßlichen Sünde der Steuerhinterziehung hat sie sich schuldig gemacht. Mit den Grünen streite ich der Einfachheit halber heute mal nicht über ihre fromme Behauptung, sie seien allezeit ohne fremde Einlagen, deren sie sich schämen müßten, ausgekommen. Die staatliche Parteienfinanzierung ist gegenwärtig zweifellos die demokratischste Art, den Apparat mit Geld zu versorgen. (Den Hinweis auf »Beiträge und Spenden« spare ich mir, denn sie reichen nicht aus.) Sie verpflichtet nicht gegenüber irgendeinem Dicken mit dem Geld, hält allerdings letzten Endes doch dazu an, die Übereinstimmung der eigenen Interessen mit denen des Großen und Ganzen, also des sogenannten Schweinesystems, nicht aus dem Auge zu verlieren.

Der Finanzskandal von CDU/ CSU, SPD und FDP hat diesen Parteien nicht geschadet, denn sie sind erfolgreich, das Geld war also gut angelegt. Die Nachricht, daß die DKP pleite ist, weil die DDR nicht mehr zahlt, wirkt dagegen blamabel, weil eine Kosten-Nutzen-Rechnung nicht aufgegangen ist.

Die 1956 verbotene KPD verstand sich bis 1948 juristisch, danach immerhin noch praktisch-politisch als Teil einer einheitlichen deutschen revolutionären Partei, also der SED. Daß sie finanziell von dieser mitlebte, ergab sich daraus. Die zwanzigjährigen FDJler, welche um 1950 in der DDR eine Parteischule besuchten und danach in den hauptamtlichen Apparat der KPD gingen, nahmen an, sie würden bald, nach dem revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes, ein antifaschistisch-demokratisches Gesamtdeutschland mitregieren. Für die Rente haben sie nicht geklebt.

Nach dem KPD-Verbot hatte das Zentralkomitee der Partei seinen Sitz in Berlin/DDR. Die Mitgliederbasis wurde ständig schwächer, die finanzielle Abhängigkeit noch massiver.

Die DKP ab 1968 sah sich, anders als die KPD, als eine Organisation, die ausschließlich in der Bundesrepublik wirkte. Da die Systemauseinandersetzung die strategische Achse ihrer Politik war, ergab sich in der Friedenspolitik eine zentrale Übereinstimmung ihrer Aktivität mit den Interessen der DDR und der UdSSR. Die finanzielle Unterstützung, die sie erhielt – wohl nicht romantisch per Koffer, sondern kommerziell über Druckaufträge und Anzeigen in der Parteipresse und Ähnliches – entsprach insofern einem korrekten Verhältnis von Leistung und Gegenleistung, welches im übrigen den politischen Grundsätzen der Partei nicht widersprach. Sie hat sich nicht verkauft.

Fehler gab es dann immer noch genug. Offensichtlich hat die DKP mit den Mitteln, die sie auf der Ost-West-Schiene einnahm, nie nach einem rationalen Kosten-Nutzen-Kalkül gearbeitet. Das Geld wurde für expandierende Projekte sowie für »UZ«-Pressefeste und kommunistische Bierzelte ausgegeben, während es oft wohl besser gewesen wäre, es zu bunkern und damit in der BRD ein eigenes Parteivermögen zu bilden, das auf die Dauer größere finanzielle Unabhängigkeit garantiert hätte. Die Wahlpolitik der DKP wäre eine andere, nämlich vernünftigere gewesen, hätte sie sich nach dem Kostendeckungs-Prinzip richten müssen. Innenpolitische Notwendigkeiten wurden vernachlässigt, wenn sie – tatsächlich oder scheinbar – der Interessen-Übereinstimmung mit der SED widersprachen. Eines der schlimmsten Beispiele war die AKW-Frage.

An diesem Fehler haben alle Anteil, die einander heute als innerparteiliche Gegner bekämpfen. Auch die Erneuerer und Erneuererinnen haben vor 1989 das Verhältnis zur DDR nicht zum Gegenstand öffentlicher kritischer Erörterung gemacht. Bis in die letzten Wochen hinein hofften einige von ihnen, sie könnten mit Hilfe einer neuen SED-Riege ihre Altvorderen loswerden. Im übrigen spekulierten sie darauf, man werde ihre Gorbatschow-Hymnen als DDR-Kritik verstehen.

Hinterher – wie so oft – ist klar, daß die Katastrophe eigentlich absehbar gewesen ist. Nachdem die westliche Friedensbewegung 1983 den Kampf gegen die Raketen-Stationierung verloren hatte, zogen die regierenden Parteien in der DDR und in der Sowjetunion allmählich den Schluß, daß sie sich auf andere Weise helfen müßten. Die SED schmiß sich an die SPD heran, und seit Gorbatschow schwadronieren Funktionäre der KPdSU zuweilen von einer künftigen neuen Internationale, welche Sozialdemokraten und (ehemalige) Kommunisten vereinen solle. Als endgültig klar war, daß die nachkapitalistischen Länder die Systemauseinandersetzung nicht gewinnen konnten, gaben sie diese auf und bemühen sich nunmehr, den Feind zu kopieren. Für die DKP gab es seitdem nur noch die Alternative: Selbstauflösung zugunsten von Orange-Oliv oder: klare, durch diplomatische Rücksichten nicht mehr beeinträchtigte Bestimmung der innenpolitischen Schwerpunkte, neuer Internationalismus, der sich nicht länger auf das Ost-West-Verhältnis beschränkt. Den bisherigen Geldgebern ist beides wurst, und insofern ist die Einstellung der Finanzierung völlig korrekt.

Dies ist das Wesen der Sache, die nun allerdings in allerlei Melodramatik eingehüllt werden kann. Der Übergang vom internationalen Klassenkampf zur Unterwürfigkeit kann auf Dauer nicht vom gleichen Personal verkörpert werden: deshalb Auswechselung der Akteure. Mein Genosse Honecker sollte wohl heilfroh sein, daß er der sozialdemokratisch gelifteten SED nicht mehr angehört. Und soweit Parteienfinanzierung mit Devisengeschäften verbunden ist, läßt sie sich auch als Krimi darstellen, den der einschlägig versierte Graf Lambsdorff im Fernsehen kommentiert.

Der Mittelentzug traf nicht nur die DKP. Ich verstehe nichts von Schießzeug, aber Spezialisten erzählen mir, wenn man unter Wasser eine Granate zünde (geht das überhaupt?), wisse man anschließend, wie viele Fische in dem Teich waren: Sie schwimmen bauchoben. Der Verfassungsschutz allerdings wird sich wohl nur begrenzt darüber freuen, daß seine alten Behauptungen jetzt bestätigt werden. Vielleicht werden ihm Planstellen gestrichen.

Daß das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/Main, welches nunmehr geschlossen wird, de facto zur DKP gehört, war nie ein Geheimnis. Seine dreibändige Untersuchung »Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970« ist eine große wissenschaftliche Leistung. Während der siebziger Jahre war es ein Anziehungspunkt für die marxistisch interessierte gesellschaftswissenschaftliche Intelligenz. Als diese dann schmaler wurde, versuchte es – zum Beispiel mit seinem Jahrbuch »Marxistische Studien« – stärker in die Breite zu arbeiten, um die Fülle der Themen, welche die Klassentheorie scheinbar außer Kraft setzten, zunächst wenigstens zu vermessen.

Schwer bedroht ist die »Deutsche Volkszeitung«. 1953 wurde sie von dem ehemaligen Zentrums-Reichskanzler Joseph Wirth und dem christlichen Politiker Wilhelm Elfes als Organ einer – wenngleich kleinen – bürgerlichen Bewegung gegen die Adenauersche Westintegration (»Bund der Deutschen«) gegründet.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre entstand der Pahl-Rugenstein Verlag, der nun ebenfalls vor dem Aus steht. Sein politisches Programm – insbesondere allmonatlich in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« vertreten – war die europäische Entspannung auf der Basis der Anerkennung der DDR. In den siebziger Jahren erweiterte er seine Thematik und wurde zum zeitweilig stärksten publizistischen Faktor der nicht-antikommunistischen Linken.

Es heißt, die Deutsche Friedens Union (DFU) habe ihrem gesamten hauptamtlichen Personal gekündigt. Vielen mag sie als toter Apparat erschienen sein, doch das täuscht. In zugespitzten Situationen war ihre Infrastruktur wichtig. Die Anfänge der neuen Friedensbewegung und der >Krefelder Appell« wären ohne sie nicht so schnell zustandegekommen. Der Ausfall einer solchen Organisation macht sich jetzt schon bemerkbar: Spätestens seit September 1989 wäre ein »Europäisches Kuratorium gegen die Wiedervereinigung« fällig gewesen, meinetwegen ostfinanziert, aber getragen von dem Engagement einer breiten Bewegung im Westen. Das fehlt jetzt sehr.

konkret 01/90, S. 13

Michael Schilling

Die Wut des Volkes

Wenn deutsche Revolutionäre den Bahnhof stürmen wollen, lösen sie erst eine Bahnsteigkarte. Lenin irrte auch hierin. Statt Revolution zu machen, stürmen sie das Kartenhäuschen

Auf der Seite 2 der »Welt« vom 5. Dezember echauffiert sich ein Redakteur namens Loewenstern übers »Wandlitz-Schlaraffenland« und die »hemmungslose Bereicherung der Machthaber« (in der DDR). Auf der Seite 27 der »Welt« vom 5. Dezember wird gemeldet, daß ein Hamburger Vermieter in seinem Zweifamilienhaus 31 Aus- und Übersiedler untergebracht hat, wofür er von der örtlichen Sozialdienststelle 55 Mark pro Kopf und Tag erhält, im Monat also 51.150 Mark. Nach dem in der Redaktion für angemessen geltenden Wechselkurs wären dies 511.500 DDR-Mark im Monat oder 6,1 Millionen DDR-Mark im Jahr. Rechnet man zusammen, was über die persönliche Bereicherung der Mitglieder des SED-Politbüros bekannt geworden ist, läßt sich sagen, daß sie ihren Staat in den letzten zehn Jahren um denselben Betrag verkürzt haben, den ein Hamburger Hausbesitzer dem seinen in der Hälfte der Zeit abnehmen kann.

Ach, das süße Leben der Bonzen! Die Bilder, die uns jetzt von den »feudalen Luxusvillen« der »herrschenden Klasse der DDR« erreichen, bestätigen den Verdacht, daß Behausungen wie die ihren kein Prokurist von Hoechst sich hätte gefallen lassen: Fertigbau-Kackstühle von Neckermann und altdeutsche Eiche furniert von Möbel Unger. Verruchter Höhepunkt des *dolce vita:* Verchromte, sage und schreibe: verchromte Armaturen, hat man Worte!

Man hat: Leitende Redakteure eines Nachrichtenmagazins, deren Jahressalär bei einer Viertelmillion Mark West (schwarz getauscht: 2,5 bis 5 Millionen Mark Ost) liegt, können Erich Honecker die jährlich 20.000 Mark (gleich 1.000 bis 2.000 Mark West), die er als Ehrenmitglied der Bauakademie kassierte, nicht durchgehen lassen. Der Herausgeber des »Stern«, Jahresgehalt 1,2 Millionen Mark West (oder 12 bzw. 24 Millionen Mark Ost) schildert den Aufstand als einen der >Hütten« gegen die »Paläste«. »Feudaler Lebensstil«, »hemmungslose« bzw. »schamlose Bereicherung« – eine korrekte Quellenangabe, welchen Zeitungen und Zeitschriften der BRD diese Zitate entnommen sind, müßte lauten: allen, einschließlich den sogenannten linken, wie zum Beispiel der »Sozialistischen Zeitung – SoZ«, die bei der Betrachtung der »Villen« und des »Luxus« der »Bonzen« in »Volvograd« (Wandlitz) ein geradezu heiliger Zorn ergreift; Volvo, Volvo, Volvo sind sie gefahren, »ein Volvo = 800.000 DDR-Mark beim aktuellen Kurs«; schon der Untertitel malt das Menetekel auf das leicht holz- und mäßig trotzkihaltige Rotationspapier: Volvo, Volvo upharsin.

Was geschieht da? Schließen wir einmal aus, daß die Bürgerpresse von geheimen Kommunisten vollgeschrieben wird, deren egalitäres Ethos den Anblick einer noch so geringen Differenz der Einkommen nicht erträgt, bleibt nur die Deutung, daß es sie rasen macht, wenn es auch nur ein paar Bolschewiken nicht so dreckig geht, wie es Bolschewiken von Rechts wegen zu gehen hat. Auch der dümmste, nämlich der politische Redakteur, weiß immerhin, daß die Addition aller Beträge, welche die »Bonzen« eingesackt haben, eine Summe ergäbe, die in der wirtschaftlichen Rechnungsführung der DDR aus der Portokasse zu bestreiten wäre. Dennoch ist er, der hochbezahlte Antikommunist, auf ewig der Rächer eines »sauberen Kommunismus«.

Nicht anderer Leute Staats-, sondern sein Seelenhaushalt verlangt danach: Ließe es sich für die Elite, der er selbstverständlich unter allen Umständen sich zurechnet, auch jenseits des Kapitalismus ein wenig privilegiert leben und bloß annähernd so geschmiert wie er, dann wären ja all die Erniedrigungen, mit denen der Lohnschreiber seine Privilegien unter der Kapitalherrschaft bezahlt, Alkoholismus und *ulcus molle* inklusive, ganz für die Katz. Darum ist ihm, was er hier als schäbigen Sozialneid und leistungsfeindliche Gleichmacherei denunzieren würde, dort ein zutiefst ethisch legitimierter »Volkszorn« (»taz«, »Bild«, alle andern).

Andererseits: Wer wollte einer von ihrer Obrigkeit zur Egalität mehr gezwungenen als sie erstrebenden Bevölkerung das Recht absprechen, von den Repräsentanten dieser Ordnung vorbildliche Bescheidenheit der Lebensführung zu verlangen? Läßt sich, trotz der grotesken Horrorgeschichten vom »süßen Leben«, etwa bestreiten, daß viele hohe Funktionäre des Staats und der Partei diesem Verlangen ausgiebig zuwidergehandelt haben? Sie dürften sich also nicht wundern, wenn die Bevölkerung auf Untersuchung und Ahndung dieser Verfehlungen bestünde.

Tut sie das? Und wie tut sie das? Nicht sie, die Bevölkerung, tut es, sondern es, »das Volk«. Seine Wut, nämlich der »Volkszorn«, will nicht Aufklärung und Recht, sondern Denunziation und Rache. Seine Enttäuschung und sein Entsetzen äußern sich umso hysterischer, je weiter jede neue Enthüllung »des Luxuslebens der Bonzen« hinter den Vorstellungen zurückbleibt, die sich die Bürger der DDR davon in ihren Witzen gemacht hatten. Sie mimen den ehrlichen, gutgläubigen Staatsbürger, wie sie zuvor den ehrlichen gutgläubigen Genossen gemimt haben, und sie betrügen damit sich selbst, wie sie zuvor, wo sie konnten, den Staat und die Gesellschaft beschissen haben: durch Mißbrauch sozialer Rechte und gesellschaftlichen Eigentums, durch exzessives Krankfeiern oder Schwarzhandel mit Waren und Valuten; die »Datschen«, mit denen die DDR übersät ist wie kaum ein anderes Land, wurden zumeist von den Mitgliedern der Baubrigaden, die zur

Erfüllung des niedrigen Solls nicht gebraucht wurden, während der bezahlten Arbeitszeit und mit von der Baustelle entwendetem Material gezimmert.

Die Obrigkeit, die davon wußte, ließ es geschehen und tat, in etwas größerem Stil, desgleichen, oder final: um, in etwas größerem Stil, desgleichen ruhiger tun zu können. An ihr tobt sich jetzt das schlechte Gewissen aus, an ihr reagiert »das Volk« seine Schuldgefühle ab. Daß »das Volk« solche Gefühle nicht zu haben brauchte, da es sein gutes Recht gewesen wäre, mit seinem Eigentum zu verfahren, wie es ihm beliebte, ändert nichts: Dies Volk ist, wie wir täglich lauter hören, »deutsches Volk«, das immer Schuld fühlt, wenn es einmal nicht pariert; das aber immer auch die Vase nicht fallen hat lassen, die es fallengelassen hat, und deshalb die selbst gefühlte Schuld an anderen sühnen muß, an Gruppen, die als Schmarotzer ausgemacht werden können, am liebsten an jüdisch-bolschewistischen Plutokraten (welches Enthauptwort nicht zufällig in den »Politbürokraten« widerhallt).

Feldzüge gegen die Korruption sind immer Ersatz für Revolution oder Mittel gegen sie. (Daß *gegen* lateinisch *contra* heißt, dafür kann ich nicht). Sie richten sich nicht gegen das Kapital als Prinzip gesellschaftlicher Herrschaft und Ursache von Ausbeutung und Entfremdung, sondern gegen die – vermeintliche oder tatsächliche – Bereicherung einzelner oder kleinerer Gruppen, die sich unbeliebt gemacht haben und als schwarze Schafe einer im übrigen porentief reinweißen Herde niedergemacht werden dürfen. Kennzeichen des antikorruptionistischen »Sozialisten« ist die Wut, die ihn befällt, wenn die alte Anekdote erzählt wird von jenem Bankier Rothschild, der, von einem stürmischen Revoluzzer aufgefordert, seine 250 Millionen Mark Privateigentum an die Armen zu verteilen, entgegnet: England (oder Frankreich) hat 50 Millionen Einwohner; wenn ich mein Vermögen gleichmäßig unter ihnen teile, bekommt jeder 5 Pfund (oder Franc); bitte, hier haben Sie Ihre 5 Pfund (bzw. Franc bzw.: hier ist Ihre Banane, aber nicht mal die käme im gegebenen Fall dabei heraus) – und nun halten Sie den Mund.

Feldzüge gegen Korruption richten sich zugleich immer gegen Personen oder Gruppen, deren Macht nicht ausreicht, die Art ihres Gelderwerbs im Anstandskodex der Gesellschaft als eine moralisch einwandfreie durchzusetzen: Wer, wie die Aktionäre von Daimler-Benz beispielsweise, dadurch zu Geld kommt, daß Kampffahrzeuge ans südafrikanische Militär geliefert werden, gilt auch dem antikorruptionistischen Fachblatt »Spiegel« als Ehrenmann. Die Parvenüs aus der Arbeiterbewegung, die Herren von der Coop oder der Neuen Heimat, haben es da wesentlich schwerer, zumal an ihren Schiebereien kein Mensch krepiert ist, noch nicht mal ein schwarzer.

Die Bourgeoisie bedarf zur Mehrung ihrer Macht und ihres Besitzes nicht der Korruption, und wenn doch, dann macht sie den zuvor verpönten Tatbestand zu geltendem Recht (wie im Fall der Parteienfinanzierung). Bemüht sie die antikorruptionistische Moral, kann man darauf wetten, daß ein Konkurrent erledigt und beerbt, etwa: arisiert, werden soll. Voraussetzung dafür ist ein populäres, scheinbar antikapitalistisches, scheinbar sozialistisch-egalitäres Ressentiment, wie es die Nationalsozialisten mit ihrer Forderung nach »Brechung der Zinsknechtschaft« schüren durften. Sie war die Perversionsform des Verlangens nach Egalität, das Winterhilfswerk die Perversionsform der Solidarität. Für solche Eintopfstimmung wird jetzt in der BRD geworben; in der DDR breitet sich der Wunsch aus, die Zinsknechtschaft, die es nicht gibt, zu brechen, auf daß saubere Daimler-Aktionäre an die Stelle der verderbten Politbürokraten treten.

Dem Parteisekretär eines Betriebes in Mecklenburg haben ein paar von Deutschlands ersten erfolgreichen Revolutionären vier Galgen mit daran hängenden Figuren an die Haustür gemalt: Zwei große mit den Eltern, zwei kleinere mit den Kindern. Ein Einzelfall natürlich, noch. Nur einer von hunderten. Die deutsche Grenze, wenns denn eine gibt, zwischen »Volkszorn« und völkischem Blutrausch ist offen.

konkret 01/90, S. 15

Hans-Joachim Lenger

Ein Sieg des Vergessens

Bemerkungen zur Semiologie eines nationalen Aufruhrs

Die folgenden Szenen wiederholten sich in den Fernsehbildern und Pressefotos der ersten Novemberhälfte immer wieder: einlaufende Züge, aus deren Abteilen dichtgedrängt die Menschen sich lehnen, winkend und rufend und jubelnd; oder Personenkraftwagen, für die das liebevoll-spöttische »Trabis« sich auch in westlichen Medien durchgesetzt hat, sogenannte Trabi-Kolonnen also, die irgendwelche Grenzkontrollpunkte passieren; und viele, allzu viele der Zug-Reisenden oder PKW-Insassen aus der DDR, die dabei immer wieder, in Bahnhöfe einlaufend oder Grenzkontrollpunkte passierend, den Mittel- und Zeigefinger zu jenem »V«-Zeichen spreizten, das zum Gestus des britischen Premierministers Churchill gehörte, als er Großbritanniens Krieg gegen das Deutsche Reich führte und signalisieren wollte: »Victory«, also »Sieg«. Wer die massenhaft gespreizten Finger gesehen hat, dieses triumphale »Victory« aus Zügen und Trabis, wird sich gefragt haben: Wer hat denn hier eigentlich gesiegt? Und über wen wurde der Sieg erfochten? Oder welcher Sieg über welchen Feind wurde hier zumindest in Aussicht gestellt? Welches Zeichen, welches Zitat wurde hier bemüht, und wie fügt es sich ein in die Zeichensysteme, die sprachlichen Ordnungen, in die Semiotik des nationalen Aufruhrs, dem wir in diesen Tagen beiwohnen?

»Die Szene an der Grenze erinnert an Ferienbeginn: endlose Autoschlangen, lange Wartezeiten. Doch die Autos heißen nicht Opel oder Ford, sondern Trabi oder Wartburg. Und das Ziel heil3t nicht sonniger Süden, sondern freier Westen .«

So beschreibt es die »Welt«, und an diesen Sätzen, die »sonnig« mit »frei« zusammenbringen, was sonst ja nur touristische Reiseangebote tun, könnte deutlich werden, was eine semiologische Analyse jenes gegenwärtigen Medienverbunds herausfordert, der die öffentliche Meinung mittlerweile prägt: Inmitten der Nachrichten, inmitten der Meinungsäußerungen von diesem und jenem entspinnt sich ein mythisches Gewebe, das es den Medien erlaubt, sowohl die Information wie auch die Meinung zum kohärenten Ganzen einer »Stimmung« zu fügen. Jeder Mythos arbeitet mit Ähnlichkeiten oder Assoziationen, und so auch hier. Die Ausreise aus der DDR wird mit dem Ferienbeginn assoziiert; der »sonnige Süden« mit dem »freien Westen«, die beide wiederum besonders wirkungsvoll durch die »Dunkelheit« kontrastiert werden. Die »Welt«:

»Er und seine Frau packten die notwendigsten Sachen, weckten den zweijährigen Sohn und starteten noch in der Dunkelheit zur Fahrt in die Freiheit.«

Solche Satzbildungen enthalten also keine Nachricht; sie artikulieren auch keine Meinung. Sie bewegen sich in jenem nur schwer durchschaubaren Zwischenfeld aus Assoziationen, aus dem ebenso dumpf wie kalkuliert eine Stimmung, eine Atmosphäre aufsteigt, die ihre eigene Dynamik entwickelt und entwickeln soll: sonnig und frei, Süden und Westen, aus der Dunkelheit in die Freiheit, per aspera ad astra. Aber auch:

»Flüchtlingstreck über CSSR reißt nicht ab.«

So steht es in einer Überschrift der »Frankfurter Rundschau«, und diese Rede vom »Flüchtlingstreck« findet sich in manchen Pressetexten. Deutlicher noch als das »Victory«-Zeichen zitiert sie, was seit Ende des letzten Weltkrieges mit der Rede von den »Flüchtlingstrecks« verbunden wurde, nämlich die »Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten« und alle nationalistischen Ressentiments, die sich seither daran aufbauten.

Was geschieht hier? An welche Schichten des kollektiven Unbewußten eines Volkes – nennen wir es hilfsweise mal so – wird hier appelliert? Gibt es eine sprachliche Strategie der Medien, womit arbeitet sie, und welchen Stellenwert nimmt sie in der Politik ein?

Aber zitieren wir zuvor einen unverdächtigen Zeugen. In den siebziger Jahren schon hatte der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf auf die außerordentliche Bedeutung von Sprache im politischen Kampf aufmerksam gemacht, damals natürlich gegen die sogenannte Hegemonie der »Linken« in der Bundesrepublik; er schrieb:

»Sprache ist nicht nur ein Mittel der Kommunikation. Wie die Auseinandersetzung mit der Linken zeigt, ist Sprache auch ein wichtiges Mittel der Strategie. Was sich heute in unserem Land vollzieht, ist eine Revolution neuer Art. Es ist die Revolution der Gesellschaft durch die Sprache.

Die gewaltsame Besetzung der Zitadellen staatlicher Macht ist nicht länger Voraussetzung für eine revolutionäre Umwälzung der staatlichen Ordnung. Revolutionen finden heute auf andere Weise statt. Statt der Gebäude der Regierung werden die Begriffe besetzt, mit denen sie regiert. «

Wie gesagt, diese Sätze sind über fünfzehn Jahre alt. Aber sie sind aktuell. Was sich nämlich in diesen Tagen und Wochen in den Medien vollendet, ist die vollständige Besetzung sämtlicher Begriffe der sogenannten »Linken«, und zwar auch jener Begriffe, die in den Medien früher wie selbstverständlich vermieden wurden und nun an völlig unerwarteten Orten

auftauchen. Begriffe wie »Revolution« oder »Basisdemokratie«, Sentenzen wie »Das Volk nimmt seine Geschicke in die eigene Hand«, oder: »Das Volk entdeckt seine Macht« gehörten traditionell zum sprachlichen Arsenal der sogenannten »Linken«; heute organisieren sie sich in den Schlagzeilen von »Bild«, »Welt« oder »Frankfurter Allgemeine«. Die zum Beispiel zitiert ausführlich folgenden Text aus der »Westfalenpost«:

»Ein Volk ist aus den Ruinen, die 40 Jahre Sozialismus geschaffen haben, aufgestanden, es hat die Führung der Politik in die Hand genommen. Die Entwicklung in der DDR ist die aufregendste der letzten Jahrzehnte.«

Und auf der gegenüberliegenden Seite druckt die »Frankfurter Allgemeine« den kompletten Text der DDR-Hymne ab: »Auferstanden aus Ruinen« lauten nämlich deren erste Worte, die hier ganz offenbar paraphrasiert werden; und daß das Volk aufgestanden sei und die Führung der Politik in die Hand genommen habe, wie die »Westfalenpost« und die »Frankfurter Allgemeine« in einer entgleisten Metapher erklären, ist die Duplizierung eines bekannten sozialistischen Pathos, das zuvor nur in SED-Organen lebendig war. Was erlaubt es westlichen Medien, an dieses Pathos anzuknüpfen, dieses Pathos fortzusetzen? Gewiß spielt hier zunächst die Häme eine Rolle, mit der es dem politischen Feind heimgezahlt wird. Aber gerade im Fall der Auferstehung aus Ruinen steckt noch mehr: Unter der Hand gelingt es nämlich, die »Ruinen« der Nazi-Herrschaft, die Johannes R. Becher vor Augen hatte, als er diese Zeilen schrieb, in die »Ruinen« zu verwandeln, die der reale Sozialismus hinterlassen habe. Es genügt also, ein Zitat nur um eine winzige Nuance zu verschieben, um eine Geschichtsfälschung im großen in Szene zu setzen: Der nationale Aufruhr, der hier seine sprachliche Selbstverständigung organisiert, besteht zunächst in der Tilgung jeder Erinnerung an das Grauen des Dritten Reichs.

Im Hintergrund sprachlicher Verschiebungen zittert die Genugtuung nach, diese Erinnerung und damit auch alle Verantwortung ein für alle mal abweisen zu können. So kursierte nicht zufällig vor kurzem in den westdeutschen Medien das Argument, den DDR-Bürgern sei nicht zuzumuten, allein den Krieg verloren zu haben; auch ihnen, so wurde damit bedeutet, müsse zugestanden werden, sich im nachhinein auf die Seite der Sieger schlagen zu dürfen; was dem »Victory«-Zeichen und dessen begeisterter Aufnahme hierzulande seinen Sinn geben könnte: wurde hier etwa nicht, wenn auch etwas verspätet, eine Verantwortlichkeit besiegt, der sich die Bundesbürger längst auf andere Weise und viel früher schon entledigt hatten? Die »Welt«, wie immer in diesen Tagen gut gelaunt:

»Ein Rotkreuz-Helfer, der Brote verteilt und heißen Tee ausschenkt, packt seine Gefühle treffsicher in spöttischen Humor. Sie sollten sich schon mal dran gewöhnen, rät er denen in der Schlange, denn nächstes Jahr bei der Urlaubsfahrt nach Italien 'steht ihr auch immer im Stau'.«

Die Sonne und die Freiheit, der Süden und der Westen begegnen uns hier schon wieder, nicht zufällig nämlich wie eine Reminiszenz aus den 50er Jahren, als man schon in der Bundesrepublik wieder glaubte, weltweit etwas gelten zu können, auch wenn man den Chianti-Wein, den man aus Italien mitbrachte, noch als »Tschianti« bezeichnete und als solchen zu Hause ausschenkte. Mittlerweile aber ist als Anmaßung schon normal geworden, was in den Schlagzeilen der Zeitungen mit der Äußerung des CSU-Vorsitzenden Theo Waigel kursiert, die deutsche Frage stehe »weltweit auf der Tagesordnung«; die Drohung nämlich, die darin steckt und sich in kleinerem Format so liest:

»In der überfüllten Gethsemanekirche meinte Superintendent Werner Krätschell: 'Zur Zeit sind die DDR-Bürger hin- und hergerissen. Das Herz sagt ‚Wiedervereinigung', der Verstand meint: 'Nein, zwei deutsche Staaten müssen sein' .«

Vom Rausch solch sprachlicher Bewegungen, die Herz und Verstand unablässig durcheinanderbringen, scheint auch die alternative »tageszeitung« (»taz«) erfaßt zu sein: In einem ihrer Kommentare heißt es unter der Überschrift »Der Fall der Mauer«:

»Wer aber jetzt nur das Scheitern des Realsozialismus sehen will, ist blind. Die Massen der DDR sprechen nicht nur eine neue Sprache, ein neues, noch nie gehörtes Deutsch voller Witz, Phantasie und sanfter Radikalität; es entfalten sich nicht nur Züge einer Basisdemokratie, die nicht eine Spur von Westimport hat. Nein, es ist auch möglich, daß die Massen an einem höheren Grad gesellschaftlicher Entwicklung ansetzen können.«

Nicht nur die »tageszeitung«, auch andere Blätter bis hin zur »Bild« veröffentlichen denn auch mit offenbarer Begeisterung Proben dessen, was da als neues, noch nie gehörtes Deutsch gehört wurde; nur einige Beispiele aus dem, was die »tageszeitung« unter der Überschrift »Parolen-Hitliste« abdruckte, als ginge es um die »Top Ten« eines Privatsenders: »Eure Politik war und ist zum Davonlaufen«, »Privilegien für alle«, »Visafrei bis Hawaii«, »Es lebe die 1989er Oktoberrevolution«. Und der »Welt« war noch folgende Parole aufgefallen, der sie besonderen Witz und besondere Ironie attestierte: »Asterix ins Politbüro«.

Unschwer wird man erkennen, daß diese Sprache eine Mischung aus Comic-Deutsch und ironischen Umkehrungen von SED-Parolen, aus übriggebliebenen Parolen der 68er Bewegung in der Bundesrepublik und Versen ist, die wie »Visafrei bis Hawaii« jedem deutschen Schlagertexter einfallen mögen; zu nicht geringem Teil aber gerade sind sie, was der »taz«-Kommentator ihnen abspricht, nämlich: importiert. Niemand wird dies beklagen; eine Revolte muß nicht unbedingt literarisch werden, um eine zu sein. Man fragt sich nur, weshalb ihre Spruchbänder selbst die alternative »tageszeitung« zu

Bekenntnissen der Bewunderung veranlassen, so als habe ihr Kommentator erstmals wieder Luther-Deutsch aus Wittenberg vernommen, wo es sich doch nur um eher banale Wortmontagen handelt?

Eine sich selbst unklare Begeisterung, die nicht nachfragen lassen will, wofür sie sich derart begeistert, geht schwärmerisch über all das hinweg. Und auch was die Großmetaphern angeht, mit denen die alternative »tageszeitung« die Ereignisse zu bündeln sucht, dominieren jene Wendungen, die dann in Springer-Zeitungen wieder begegnen werden:

»Reform weht über den Roten Platz.«

So eine Schlagzeile in der »Welt«. Ein ähnliches Wehen registrierte dann auch die Korrespondentin der »tageszeitung«:

»Berlin Alexanderplatz: Geschichte wird gemacht. (...) Im Atem der Geschichte steht der Mensch nicht gern alleine, und wenn 'das Volk' als Hauptakteur angesagt ist, schon gar nicht.«

An anderer Stelle nimmt dieser Atem der Geschichte in der »tageszeitung« gar die Stärke eines Sturms an:

»Der Wind der Geschichte, der aus dem Osten kommt, hat eine solche Wucht bekommen, daß die historischen Relikte, die da vorbeiwirbeln, kaum noch Aufmerksamkeit erregen. Es ist die revolutionäre Bewegung selbst, die der Mauer die Existenz genommen hat. Eine unabhängige DDR-Gesellschaft existiert, denn das Volk hat begonnen, sie in die Hand zu nehmen.«

Halten wir uns nicht mit Fragen wie der auf, auf welche Weise es eigentlich möglich sein soll, daß eine »unabhängige DDR-Gesellschaft« existiert, und zwar deshalb, weil »das Volk« begonnen habe, diese Gesellschaft »in die eigene Hand zu nehmen«. Fragen wir lieber: Von welchem Taumel wird diese Sprache unablässig entgleisender Metaphern erfaßt, welche sprachlichen Besetzungen und Umbesetzungen im Sinne Biedenkopfs finden statt, um sich zu welchem kollektiven, hier nationalistischen Selbstverständnis zu fügen? Was also verbindet das »Victory«-Zeichen aus einlaufenden Zügen mit dem Mythos von Licht und Finsternis; die Ineinssetzung von Ruine und Sozialismus mit der ebenso einhelligen wie schwärmerischen Feier eines angeblich noch nicht gehörten Deutsch; den semantischen Taumel von Begriffen wie Revolution in »linken« und »rechten« Presseorganen gleichermaßen mit jenem Atem der Geschichte, der angeblich in Sturmstärken weht und dessen Wehen den einzelnen Menschen unaufhaltsam zum »Volk« drängt? Was nötigt zu diesen mythischen Konstellationen, also zum Sprachspiel der Ähnlichkeiten, der Assoziationen, der Naturbilder und Naturgewalten? Welchen Mangel an Logik, an Stringenz und Verstand fangen diese mythischen Konstellationen aus Volk und Natur auf? Zitieren wir, um die logischen Defizite etwas genauer in den Blick zu bekommen, einen Gastkommentar des ehemaligen Bundesverteidigungsministers Rupert Scholz in der »Welt« über die Forderungen von Demonstranten in der DDR:

»Sie fordern aber nicht nur dies, sondern sie fordern auch die deutsche Einheit. Niemand überhöre bei jenen großen Demonstrationen in der DDR und Ost-Berlin den Ruf »Deutschland, Deutschland«; niemand vergesse, welch großes Bekenntnis zur deutschen Einheit auch in der ungebrochenen Flüchtlingswelle liegt. Deshalb ist es auch falsch, wenn nicht sogar unverantwortlich, wenn bei uns allzu eifrig davon gesprochen wird, daß man sich in die Entwicklung in der DDR 'nicht einmischen' wolle.«

Wie er aus der »ungebrochenen Flüchtlingswelle« ein »Bekenntnis« destillieren will, das wiederum eine aktive Einmischung in die gesellschaftlichen Prozesse der DDR zur vorrangigen nationalen Pflicht erhebt, bleibt das Geheimnis des ehemaligen Verteidigungsministers. Aber niemand fragt nach; und zu widersprechen wagt erst recht niemand. Neben Schlagzeilen wie der, daß Kanzler Kohl auf Annaberg verzichtet habe, wie sonst nur ein Generalstab auf Höhe 37, finden sich auch in der »Süddeutschen Zeitung« Beschreibungen der Ausreiserouten von DDR-Bürgern, die nicht verabsäumen, hinter tschechischen Ortsbezeichnungen in Klammern die ehemaligen deutschen zu setzen, damit man sich in Zukunft besser zurechtfinde:

»Die Absurdität (der Mauer) ist um so sichtbarer, je enger die Südumgehung gefahren wird: Von Dresden den Hinweisschildern Praha nach, dann bis Zinnwald auf dem Kamm des Erzgebirges, bei Georgenfeld den Personalausweis zücken und sich vielleicht nur 'durchwinken' lassen, dann über Telice (Teplitz), Most (Brüx), Chomutov (Komotau), Kalovy Vary (Karlsbad), Cheb (Eger) nach Schirnding – eine an Geschichte und europäischer Kultur reiche Kurzstrecke von 202 Kilometern; nach Waidhaus wären es 270.«

Überhaupt scheint in vielen Presseorganen eine völlig neue oder vielmehr alte Liebe zu militärischem Denken und zum Militär selbst wieder durchzuschlagen, die sich nicht allein dem Umstand verdankt, daß Notaufnahmequartiere auch in Kasernen eingerichtet wurden.

»Die Fliegerhorststaffel fuhr diejenigen, die telegraphieren wollten, im Bus zum nächsten Postamt. Es hat überhaupt seine Annehmlichkeiten, bei den Soldaten Unterschlupf zu finden. Die Flüchtlinge bezogen tadellos aufgeräumte Zimmer, die deshalb zur Verfügung gestellt werden konnten, weil vielen Wehrpflichtigen aus der Münchner Gegend befohlen worden war, zu Hause zu nächtigen. Küche und Aufenthaltsräume waren vorhanden; ein Wickeltisch wurde besorgt. Die Gäste,

über Erfahrungen mit der Nationalen Volksarmee verfügend, bemerkten sogleich den zwanglosen Umgangston in den Kasernen.«

Die »Frankfurter Allgemeine«, der wir diesen Lagebericht verdanken, verabsäumt denn auch nicht, auf die Unterhaltungsprogramme hinzuweisen, die von militärischer Seite für die Aussiedler organisiert werden:

»Dann brechen alle zu einer Münchner Stadtrundfahrt auf, die Major Heydrich organisiert hat. Um den Flüchtlingen die Wartezeit zu verkürzen, ist auch ein bunter Abend vorgesehen, mit Freibier und Musik und Einfällen, die durchaus noch geboren werden können.«

Nicht mehr die Zitadellen staatlicher Macht, sondern die Begriffe müssen besetzt werden, so lernten wir von Kurt Biedenkopf, um eine politische Revolution erfolgreich werden zu lassen. Nun wohnte Biedenkopf in den 70er Jahren keineswegs einer sozialen Revolution bei, und wir haben es in diesen Monaten auch nicht mit einer nationalen zu tun. Was sich gegenwärtig in den Medien abspielt, ist vielmehr von jener gespenstischen Ungreifbarkeit, die den meisten medial produzierten Mythen eigen ist und atmosphärisch mitteilt, was doch kaum ausgesprochen werden kann. Worüber siegten jene, die den Fernseh- und Fotokameras ihr »Victory«-Zeichen entgegenstreckten, wurde hier zu Beginn gefragt, oder welchen Sieg stellten sie uns wenigstens in Aussicht? Die Deutschen, das ist der Gehalt des nationalen Aufruhrs, wie er sich gegenwärtig in den Medien inszeniert, sollen geschlossen nicht nur die politische Nachkriegsordnung verlassen, die ihnen nach nationalsozialistischem Eroberungskrieg und rassistischer Vernichtungspolitik aufgezwungen werden mußte, sondern – und das reicht noch wesentlich tiefer – sich von der Verantwortung lossagen, die sie für beide tragen: Das »Victory« signalisiert einen Sieg des Vergessens.

Hans-Joachim Lenger ist Professor für Philosophie an der Hochschule für Bildende Künste in Hamburg. Seinen Beitrag, der in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« 12/89 erschienen ist, drucken wir in einer im Einvernehmen mit dem Autor geringfügig gekürzten Fassung.

konkret 01/90, S. 17

Jan Philipp Reemtsma

Don't let them do it again, Uncle Sam!

Über die psychotische Struktur des deutschen Nationalismus

Nur damit wir nicht vergessen, worum es eigentlich geht: »Deutschland<, d.h. einen Staat dieses Namens, hat es gegeben von 1871 bis 1945, ein Menschenalter lang. In dieser Zeit hat der Staat Deutschland zweimal einen Krieg um die Weltmacht geführt, ist schuldig geworden am Tode von Abermillionen von Menschen, die in diesen Kriegen oder in zivilen Massenmorden getötet wurden. Die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung Europas gelang Deutschland fast vollständig. Gibt es einen einsehbaren Grund, Deutschland – ganz gleich in welchen Grenzen – wieder herzustellen? Nein; es nennt übrigens auch niemand überhaupt einen Grund. Es heißt nur allenthalben, ein »geteiltes« Deutschland (recte: zwei Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Staates Deutschland) sei unnatürlich, oder die Wiedervereinigung liege im historischen Trend; oder eben: was denn dagegen zu sagen wäre, wenn die Deutschen in einem Staate leben wollten? Was dagegen zu sagen ist, steht zu Beginn dieses Absatzes und sollte darauf hinweisen, daß es möglich ist, aus der Geschichte zu lernen.

Ich leugne natürlich nicht, daß der Krieg des kaiserlichen und der Krieg des nationalsozialistischen Deutschland erklärbar sind aus ganz bestimmten ökonomischen, sozialen und politischen Umständen, und daß diese durch ein neu vereinigtes Gesamtdeutschland natürlich so nicht wieder hergestellt werden. Ich möchte zu bedenken geben, daß die beiden deutschen kriegerischen Expansionen auch getragen waren von einem extrem aggressiven Nationalismus, der sich unterschied von anderen Nationalismen, und der vermutlich weniger die Voraussetzung eines deutschen Einheitsstaates gewesen ist als dessen Folge.

Der Nationalismus ist ja eine merkwürdige Angelegenheit. Die Liebe zu einem Land (nicht zu einer Landschaft) ist letztlich die Liebe zu einer Umrißzeichnung auf der Landkarte, nichts weiter. Und diese Umrißzeichnung ist die Grenze eines Herrschaftsgebietes. Historisch gesehen ist das Phänomen des Nationalismus eine Kompromißbildung: Es ist der Kompromiß zwischen der Rebellion gegen (feudalistische) personale Herrschaftsausübung und das Akzeptieren des Weiterbestehens von Herrschaft. Man liebt nicht »den Herrscher«, sondern das Gebiet, in dem Herrschaft ausgeübt wird.

Psychoanalytisch gesprochen handelt es sich beim Nationalismus bzw. Patriotismus um eine Zwangsneurose. Triebunterdrückung (verbotene Auflehnung gegen Herrschaft) nebst Verleugnung derjenigen Realität, die die Unterdrückung erzwingt (Leugnung personaler Herrschaft), mit dem Resultat von Zwangshandlungen, die ebenjenen Widerspruch immer wieder thematisieren: Rituale aller Arten, formelhaftes Sprechen, repetitiver Umgang mit Fetischen, eben Hymnensingen, Eidesprechen, Fahnenschwenken, das Kolorieren von Landkarten usw. Der Nationalismus ermöglicht den Übergang von antifeudaler Rebellion in bürgerlich-staatliche Herrschaft, seine Lächerlichkeit ist Nachhall der Tragödie menschlicher Selbstunterwerfung. Überall dort, wo die antifeudalen Rebellionen nationalistisch wurden, war die Unterwerfung unter andere, in der Regel bürgerliche Herrschaft innerlich bereits akzeptiert.

Der deutsche Nationalismus ist und das charakterisiert ihn, nicht Folge einer Rebellion, sondern geht ihr vorauf. Christoph Martin Wieland hat 1794 einen Aufsatz »Über teutschen Patriotismus« geschrieben, in dem es heißt: »Ich habe seit einigen Jahren so viel schönes von teutschem Patriotismus und teutschen Patrioten rühmen gehört, und die Anzahl dieser wackern Leute, die sich für diese Modetugend erklären, nimmt von Tag zu Tag so sehr überhand, daß ich wohl wünschen würde, auch ein teutscher Patriot zu werden. An gutem Willen mangelt es mir ganz und gar nicht: nur habe ich es bisher noch nicht so weit bringen können, mir von dem, was man einen teutschen Patrioten nennt, und von den Pflichten desselben, und wie diese Pflichten mit einigem Erfolg in Ausübung zu bringen, ingleichen wie sie mit denjenigen zu vereinigen seyn möchten, die ich den übrigen Völkern schuldig zu seyn vermeine, – einen deutlichen Begriff zu machen.« Und Wieland untersucht nach dieser sarkastischen Vorbemerkung die Bedingungen nationalistischer Gefühle und nennt politische Projekte, in deren Folge sie auftreten können. Etwa Veränderungen im Herrschaftsgefüge eines Landes (Frankreich) oder erzwungene Einigkeit von Kleinstaaten gegen äußere Bedrohung (die altgriechischen Poleis, deren pan-griechischer Nationalismus nur so lange dauert, wie die Unterwerfung unter die Autorität eines gemeinsamen militärischen Oberbefehls). Für ein solches gemeinsames politisches Projekt gäbe es aber in den deutschen Staaten keine Basis, also sei das Gerede von teutschem Patriotismus bloß unsinnig. Wieland hat mit der Diagnose recht behalten, und dennoch hat die Wirklichkeit die Vernünftigkeit der Analyse beiseite liegen gelassen.

Politisch ist der deutsche Patriotismus nicht der Ausdruck emanzipatorischer Energien und Zeichen ihrer Unterdrückung, sondern ihr Ersatz und ein wesentlich wahnhaftes Agieren von vornherein gewesen. Psychologisch ist der deutsche Patriotismus kein zwangsneurotisches, sondern ein psychotisches Phänomen. Bei der Neurose, schreibt Freud, wird »ein Stück der Realität fluchtartig vermieden, bei der Psychose aber umgebaut«. Die Neurose ist im Kern Unterwerfung unter Realität – um den Preis der Verleugnung der eigenen Triebziele und (da diese Verleugnung eine immerwährende Anstrengung ist) der Entstellung jener Realität, die diese Verleugnung ständig erzwingt. Die Psychose versucht die Realität

als eine solche zu imaginieren, die keine Triebeinschränkung nötig macht, oder die inneren Hemmnisse als äußere Realitäten zu imaginieren.

Der deutsche Patriotismus ist nicht das psychische Arrangement mit einer Niederlage, sondern politisch gesehen der Irrtum, die Niederlage wäre Folge der »deutschen Kleinstaaterei«. Die vielen verlorenen kleinen Revolutionen von 1848 haben nicht zu vielen kleinstaatlichen Nationalismen geführt, sondern zu einem kollektiven Wahn: die eigentliche Niederlage sei nicht die nichtgewonnene Freiheit gewesen, sondern die verfehlte deutsche Einheit. Diese Verwechselung wird für die künftige deutsche Geschichte konstitutiv: Der Deutsche fühlt sich nur frei in seinen Grenzen. Die deutschen Patrioten haben jenen Zustand aktiv hergestellt, den andere Völker haben erleiden müssen.

Solange es keine deutsche Einheit gibt, ist das nur ein deutsches Problem. Es verwandelt sich jegliche emanzipatorische Regung an und lenkt sie auf sein wahnhaftes Ziel: den Staat »Deutschland«. Seit Bismarck aber für seine Politik preußischer Hegemonie das Ziel hat Wirklichkeit werden lassen, ist aus diesem Wahn ein weltpolitisches Problem geworden. Denn es gibt für die Entstellung der Wirklichkeit durch den Psychotiker kaum Schlimmeres als die reale Anpassung der Wirklichkeit an seinen Wahn, da sie die wahnauslösenden Konflikte nicht behebt. Er empfindet die Realitätsanpassung als eine existentielle Bedrohung, denn die Erfüllung seines Wahns ist gleichzeitig der Zusammenbruch seines wahnhaften Konzeptes, durch das er sich selbst definiert. Er wird an seinem Wahne festhalten in der Behauptung, die Realität habe ihn noch nicht erfüllt, und er wird für die empfundene Bedrohung einen realen äußeren Schuldigen suchen. Die politische Folge sind außenpolitische Expansionen und innenpolitischer Terrorismus, 1914ff der erste Griff nach der Weltmacht, von '33 bis '45 Suche nach »Lebensraum« und Massenmord.

konkret 01/90, S. 18

Charlotte Wiedemann

Ein Feld für Oskar

Das Vaterland und seine losen Gesellen: Deutschland, Deutschland ist wieder mal über die SPD gekommen, die wieder mal ihr nationales Soll erfüllen will und wieder mal unbelohnt bleiben wird

»Es gibt eben etwa 75 Millionen Deutsche. Dafür müssen wir uns einmal nicht entschuldigen!« (Klaus von Dohnanyi)

Ihren Parteitag von Bremen nach Berlin zu verlegen, das war für die Sozialdemokraten gar keine Frage. Bremen: technokratisch, bieder, altsozialdemokratisch – ein Unding, das neue Grundsatzprogramm nach einem Ort zu benennen, der womöglich bald zum westlichen Zonenrandgebiet erklärt würde. Aber Berlin: Da ist der nationale Aufbruch, die alte und vielleicht bald neue Reichshauptstadt, da will man, da muß man dabei sein, wenn der Mantel der Geschichte nicht an einem vorüberwehen soll.

Die SPD präsentiert sich in den Wochen der »nationalen Herausforderung« (Vogel) als patriotische Partei. Es soll dies ein Patriotismus unter der Gnade der späten Geburt sein: national, nicht nationalistisch – ganz so, als hätten die Deutschen keine Geschichte ihrer »Selbstbestimmung«. Es ist aber nicht nur ein Patriotismus der späten Geburt, sondern auch des späten Starts, und das verleiht ihm so lächerliche Züge: Er eilt voraus, um nachzukommen, er windet sich im ratlosen Einerseits-Andererseits, und er zeichnet sich vor allem durch eines aus: durch einen grenzenlosen Opportunismus.

Man braucht ja nur einen Blick in die Arena zu werfen: Da sind die Alten, ergraut über der Politik der kleinen Schritte, die immer schon die nationale Einheit wollten und sich nun am Ziel ihrer Träume sehen. Nicht jedem wird der Dienst am Vaterland belohnt: Egon Bahr, als Anbiederungspolitiker stigmatisiert, fällt dem Zeitgeist zum Opfer. Und da sind die ebenfalls ergrauten Enkel, die gestern noch erklärten, warum die Wiedervereinigung unmöglich sei, und denen heute ebenso selbstverständlich das Gegenteil über die Lippen kommt. Dazwischen ein großer Block der Partei, der ohnehin deutsch, chauvinistisch, rechts denkt, egal ob es nun um Ausländer, Frauen oder die Landsleute drüben geht. Und schließlich noch ein paar Linke, sogenannte: Sie setzen nicht einmal einen Karsten Voigt vor die Tür, der sich Kohls Wiedervereinigungsplan zu Füßen warf. Und auch nicht einen Norbert Gansel, der die DDR noch straffer an der Leine führen will als Helmut Kohl: Nach Gansels Fasson hätte der Kanzler vor »freien Wahlen« ostdeutschen Boden gar nicht betreten dürfen.

Aus diesem Potpourri quält sich nun eine politische Linie hervor, die sich von jener der CDU/CSU nur in Nuancen unterscheidet. Sie läßt sich etwa so zusammenfassen: Wiedervereinigung ja, aber bitte nicht so polterig. Die Nuancen sind zunächst sprachlicher Natur: »Neuvereinigung«, oder schlicht »Vereinigung«, aber kein »wieder«, das zu sehr nach Revanchismus riecht. Für derartige Differenzierungen bekommt vor allem Willy Brandt in der DDR großen Beifall. Dann der diplomatische Flankenschutz, den Kohl immer wieder mißachtet: Anerkennung der polnischen Westgrenze, Vereinigung nicht in den Grenzen von 1937, sondern von 1990. Und zunächst eine Konföderation als Vorerst-Noch-Zweistaatlichkeit. Konföderation ist gut, weil niemand etwas dagegen hat und jeder sich etwas anderes darunter vorstellt. Wahlweise kann man es damit halten wie der CDU-Generalsekretär Volker Rühe, der sich von »konförderativen Strukturen« das schnelle Aufknacken der DDR-Souveränität und ihr Herausbrechen aus dem Warschauer Pakt verspricht. Man kann aber auch den Jusos ihre Illusion lassen, Konföderation sei geradezu die Garantie fortdauernder Zweistaatlichkeit. Jedenfalls aber rutscht die Konföderation schon rein sprachlich unversehens 'rüber zur Föderation, also zur staatlichen Einheit. Um dieser Version das Dräuende zu nehmen, wird sie von Horst Ehmke ebenso wie von Helmut Kohl vorerst in dichten Nebel getaucht: Niemand wisse, wie die staatliche Einheit einmal aussehen werde.

Als ob das alles, wie hinter vorgehaltener Hand eingeräumt wird, jetzt nicht doch ziemlich schnell gehen könnte – und entsprechend atemberaubend schnell haben die Sozialdemokraten all jene historischen Fakten vom Tisch gewischt, die ihnen noch vor kurzem zur verständnisvollen Begründung dienten, weshalb auch die Union ihre Wiedervereinigungsrhetorik nicht in operatives Handeln umsetzen könne: Die westeuropäischen Nachbarn seien gegen eine Wiedervereinigung, die vier »Schutzmächte« auch, und die Stabilität in Europa werde durch derartige Pläne gefährdet. All dies soll nun nicht mehr gelten, obwohl die Reaktionen auf Kohls Zehn-Punkte-Programm gezeigt haben, daß diese Bedenken nach wie vor vorhanden sind. Der plötzliche Schwenk läßt sich, wie manches andere auch, bei den Sozialdemokraten nur so erklären: Sie sind von einer heillosen Angst besessen, beim gesamtdeutschen Zug nur auf dem Trittbrett mitzufahren. Wer jetzt noch auf eine Zweistaatlichkeit von BRD und DDR setze, wo die Rufe nach Wiedervereinigung in der DDR immer lauter würden, könne sich für das nächste Jahrzehnt von der Macht verabschieden, so heißt es reihum in der Partei.

Also alles nur blanker Opportunismus, Schielen aufs Kanzleramt und die brodelnde Volksseele? Natürlich nicht, denn es hat Gründe, daß den Sozialdemokraten nun nichts anderes einfällt, als im nationalen Sog mitzuschwimmen oder gar an seine Spitze zu rudern.

Erstens: Eine tatsächliche Anerkennung der Souveränität der DDR als zweiter deutscher Staat ist nie Politik der SPD gewesen. Wer in der Partei den gesamtdeutschen Anspruch des Grundgesetzes und die sogenannte einheitliche Staatsbürgerschaft in Frage stellte, wurde sofort abgestraft. Auch wenn die Dissidenten mit puren machtstrategischen Argumenten auftraten, wie zum Beispiel der Bundestagsabgeordnete Gerhard Heimann: Er plädierte für fortdauernde Zweistaatlichkeit, weil diese der Bundesrepublik in Nato, EG und gegenüber dem Ostblock die besten Handlungsmöglichkeiten gestatte. Ein kluger Gedanke, aber »nicht die deutschlandpolitische Konzeption der SPD«, so wurde ihm beschieden.

Zweitens: Der von Hans-Jochen Vogel verkörperte Drang der Sozialdemokraten zum Schulterschluß mit der Regierung, zur Konsenssuche um jeden Preis, muß zwangsläufig nun, wo es ums nationale Ganze geht, vollends zum Durchbruch kommen. Deutschlandpolitik, das heißt Volksgemeinschaft, auch im Bundestag, da gibt es keine Parteien mehr, nur Deutsche, Politik im Horizont des Krisenstabs.

Drittens: Immer mal wieder nationale Töne anzuschlagen, das war der SPD auch vor den deutsch-deutschen Turbulenzen nicht fremd: Wenn zum Beispiel in der »Wir-sind-wieder-wer«-Pose über alliiertes Besatzungsrecht gemeckert wurde und den Bundesdeutschen »Fellachentum« wegen mangelndem Souveränitätsstreben vorgeworfen wurde.

Und damit kommt, viertens, das wichtigste: Die SPD hat immer alles daran gesetzt, die Macht der Bundesrepublik politisch, ökonomisch, strategisch zu mehren. Heute gegen die Wiedervereinigung zu sein, das hieße eine Politik der Selbstbeschränkung zu verfechten, das hieße, auf einen Machtzuwachs, der quasi in den Schoß fällt, zu verzichten. Dies wiederum wäre ein Bruch mit bisheriger sozialdemokratischer Politik, und so ergibt sich aus manchem Widersprüchlichen doch wieder eine Logik.

Nur: Die Sozialdemokraten tun sich schwer damit, das alles auf die Reihe zu kriegen. Darum entsteht dieses Bild des überstürzten Patriotismus, des Hin und Her, der Ratlosigkeit. Immerhin hatten sie sich von den Konservativen ja bisher gerade dadurch unterschieden, daß ihr Konzept einer bundesdeutschen Großmacht nicht belastet war mit jenem antiquierten Dreggerschen Nationalismus (vgl. »Die etwas andere Großmacht«, KONKRET 11/89). Nun stehen sie einerseits im Schulterschluß mit Dregger, andererseits packt auch Helmut Kohl seine Wiedervereinigungspolitik jetzt in europapolitische Watte. Kohls Ausruf im Bundestag »Die EG darf nicht an der Elbe enden« muß Karsten Voigt wirklich sehr bekannt vorgekommen sein: Die Anbindung des osteuropäischen Hinterhofs via EG an die Bundesrepublik stand ja in der Tat auf seinem Programm.

Die sozialdemokratischen Bemühungen, das noch etwas sperrige Gerät Gesamtdeutschland nun möglichst unverdächtig in die sogenannte »europäische Einigung« einzufügen, lesen sich als pure Beschwichtigungsformeln. Nicht den »Hauch eines Verdachts«, da entstünde ein Viertes Reich, dürfe es geben – als ob in Europa künftig noch irgendetwas gegen den Willen dieses Machtblocks geschehen könnte. Gleichmäßig müsse der Einfluß der beiden Militärbündnisse zurückgeschraubt werden – als ob nicht ein erodierender Warschauer Pakt einer strammen Nato gegenüberstehen würde. Eine europäische »Friedensordnung« müsse nun her – als ob in der jemand anderes als Großdeutschland den Tritt angeben würde.

Wer so verharmlost, der wird der nationalistischen Mobilisierung durch die CDU/CSU nichts entgegensetzen können – oder wollen. Absehbar ist hingegen, welches Schauspiel in diesem Jahr bis zur Bundestagswahl geboten wird – und das ist nicht mehr lächerlich: Nämlich ein Wettstreit aller deutschen Patrioten um den besseren, schnelleren, billigeren Weg zur nationalen Einheit. Ein Feld, wie geschaffen für Oskar Lafontaine.

konkret 01/90, S. 20

Siegfried Rot

Unheilbares Deutschland

Die Nation erwacht, die verschiedenen Fraktionen der westdeutschen Linken wirken ziemlich müde

Als im Januar dieses Jahres die »Republikaner« ins Westberliner Abgeordnetenhaus gewählt wurden, gingen spontan tausende auf die Straße: »Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg«. Als am 9. November eine Allparteien-Koalition das »Deutschland«-Lied im Bundestag anstimmte und Bundeskanzler Kohl seinem Volk wenig später ohne Rücksicht auf absehbare internationale Verärgerung seinen Zehn-Punkte-Plan für eine Wiedervereinigung vorstellte, blieb es still im Land. Die, die auf den Straßen sonst so oft skandierend politische Kontinuität Revue passieren lassen) »Deutsche Polizisten – Mörder und Faschisten«, lassen dem nationalen Aufruhr jetzt ein ruhiges Hinterland. Andere, zahlenmäßig schwächere oder politisch fester ins System eingebundene Gruppen, sind so vertieft in ihre Bemühungen, angesichts der emphatisch begrüßten »deutschen Novemberrevolution« im anderen Land Sozialismus-Erneuerungs-Szenarien zu entwerfen, daß ihnen der nationale Aufbruch so weit aus dem Blick gerät wie die Dimension der von ihnen behaupteten historischen Analogie: Am Ende der Novemberrevolution trieb Rosa Luxemburg ermordet im Landwehrkanal, kämpften sich weiße Freikorps nach Osten vor und saß eine reaktionäre Sozialdemokratie fest im Regierungssattel. Ruhig geworden ist es auch um jene, die noch vor kurzem die Wahlerfolge der deutschen Rechtsextremisten als »Normalisierung« der bundesdeutschen Verhältnisse und als Auswirkung von »Bedrohungsgefühlen« angesichts der »Modernisierung« der Gesellschaft verkaufen wollten.

Die vielfach zersplitterte westdeutsche Linke fühlt sich im Herzen des Hurricans vereint: Während ringsherum die Verhältnisse durcheinandergewirbelt werden und alles, was sich entgegenstellt, auseinanderfliegt, verschafft uns die Stille hier die Illusion, wir hätten Zeit und Ruhe, Gedanken zu sortieren, Theorien zu ordnen und neue Perspektiven zu entwerfen. Schließlich könnte sich alles ja auch nur als, zugegebenermaßen etwas steife, Brise erweisen – und uns die Gelegenheit geben, die politische Routine weiterzutreiben. Der Widerstand gegen eine Neukonstituierung der Großmacht Deutschland erfordert eine Konzentration aller Anstrengungen auf die dafür nötigen Interventionen im internationalen Bereich, und eine Linke, die nicht versucht oder nicht in der Lage ist, störend einzugreifen, hat bis auf weiteres gute Chancen, geduldig ignoriert zu werden. Selbst der Anschlag auf den Chef der Deutschen Bank, Herrhausen ist von den Herrschenden als quantité negliable behandelt worden: Der Bundestag hat derzeit Zukunftsträchtigeres zu tun, als Strafgesetze zu verschärfen. Das muß nicht so bleiben – und es ist durchaus vorstellbar, daß die aktuelle Verfolgungs-Praxis inklusive der 129a-Verfahren nur ein fader Vorgeschmack auf kommende Zerschlagungsstrategien ist. Es scheint so, als würden die eingeleiteten Veränderungen die bundesdeutsche Linke, das ist die Gnade der frühen Bedeutungslosigkeit, wohl erst »betroffen machen«, wenn es für die Entwicklung von Widerstand bereits recht spät sein wird.

»Was tun gegen die neuen Faschisten?« fragte ein KONKRET-Streitgespräch Mitte dieses Jahres. »Was tun gegen einen neuen Faschismus?« ist, ohne daß es vielen so scheint, bloß ein halbes Jahr später die zeitgemäßere Frage: Sie ins Zentrum unserer praktischen und theoretischen Arbeit zu rücken, bleibt wenig Zeit.

Ob es überhaupt angemessen gelingen kann, hängt davon ab, ob wir es schaffen, das überraschende Besondere der aktuellen Eskalation zu begreifen und es nicht, wie derzeit noch vorherrschend, als Bestätigung unserer traditionellen Sichtweise zu verharmlosen. Es ist eben nicht vor allem der von vielen seit Mitte der siebziger Jahre beschriebene Versuch des kapitalistischen Westens, die realsozialistischen Staaten im Osten ökonomisch zu durchdringen, der jetzt Anlaß für höchste Beunruhigung ist; es geht nun um den Versuch der Bundesrepublik, durch die ökonomische und politische Vereinnahmung der DDR nicht nur dem Kapitalismus zum Durchbruch zu verhelfen, sondern wieder ein deutsches Machtzentrum in Europa zu konstituieren. Deswegen grenzen beispielsweise Analysen, die heute ganz allgemein das Entstehen einer »kapitalistischen one world« konstatieren, an unzulässige Verharmlosung, weil sie das Aggressionspotential eines geeinten Deutschland nach erfolgter Expansion gen Osten semantisch wegretuschieren.

Nationalismus in Deutschland zeichnet sich eben auch nicht, wie jetzt in einigen der wenigen Flugblätter nachzulesen ist, dadurch aus, daß die bürgerlichen Parteien »den Menschen hier und in der DDR Sand in die Augen streuen« müssen. Der Haß gegen Fremde, die verbreitete Bereitschaft, Geistigbehinderte zwangssterilisieren zu lassen, die Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung in einem starken Staat werden nicht nur von verführten Schlafwandlern geäußert. Die Bereitschaft zum Ressentiment ist tiefer und nicht nur in der herrschenden Klasse verwurzelt.

Viele westdeutsche Linke haben Anfang der siebziger Jahren angesichts vergleichsweise humanitärer Verhältnisse in diesem Land faschistische Verhältnisse heraufziehen sehen, angesichts der vergleichsweise harmlosen Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen war viel von Kriegsgefahr und einer »5 vor 12«-Situation die Rede. Hier soll nicht dafür plädiert werden, an die Stelle ausgedienter apokalyptischer Szenarien ein neues, schrecklicheres zu setzen. Das gründliche Durchdenken der Fehler in den alten Prognosen könnte im Gegenteil zum Verständnis der realexistierenden Misere einiges beitragen: Spätestens jetzt gilt es, die seit den Zeiten der Friedensbewegung auch im linken Spektrum

virulenten deutschnationalen Töne, die den Status Deutschlands als besetztes Land bedauern, abzuwürgen . Daß die gerade noch existierende Nachkriegsordnung den »ground zero« nach Hattenbach/BRD gelegt hat und nicht in die Ukraine, ist wahrscheinlich der wesentliche Grund dafür, daß es zu einem Krieg in Europa bislang nicht gekommen ist.

In den Wochen seit der Öffnung der Mauer haben sich, je grenznäher desto eher, erste Initiativen geregt, die versuchen, die linke Lethargie abzuschütteln. Am 9. Dezember waren in Westberlin, der einzigen kapitalistischen Stadt, in der Ost-Umwälzung und West-Aggression bereits reale Betroffenheit erzeugt haben, 20.000 Menschen auf den Beinen, um sich gegen den Strom zu stellen: gegen den Strom der Konsumwütigen auf dem Ku-Damm und gegen den mainstream des politischen Alltags in der BRD und Westberlin. Das Transparent, das dem Zug vorangetragen wurde, läßt hoffen, daß der Feind, wenn er denn schon übermächtig ist, diesmal wenigstens richtig geortet wird: »Unheilbares Deutschland«.

konkret 01/90, S. 21

Detlef zum Winkel

Ceterum censeo

**»Das große Karthargo führte drei Kriege.
Es war noch mächtig nach dem ersten,
noch bewohnbar nach dem zweiten.
Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.«
Bertolt Brecht**

Endlich bewegt sich was – und dann das. Das, wovon wir fürchteten, daß es das einzige sei, was die Verhältnisse hier zum Tanzen bringt, und wovon wir wußten, daß es möglich ist. Nicht die DDR ist gemeint, sondern das Inland und die siebzig Prozent seiner befragungsfähigen Bevölkerung. Sie sagen »Wiedervereinigung« und meinen die Aufhebung des 8. Mai 1945. Sie sagen, sie seien glücklich und verstehen nicht, daß sie Glück und Unglück wie Adolf Hitler definieren. Vielleicht ahnen sie es sogar. Wie soll man da nicht verrückt werden?

Wiedervereinigung wäre das Ende der bisherigen revolutionären Politik, die es in der Bundesrepublik, wenn auch noch so marginal, gegeben hat. Für den Widerstand gegen das vierte Reich fehlen nicht nur die Mittel, die Strategie, es fehlte bis gestern sogar eine konkrete Vorstellung davon, daß man bei Lebzeiten mit einer solchen Herausforderung konfrontiert werden könnte. Das bisherige Spiel geht zuende, ganz gleich ob es nach sowjetischen, chinesischen, kubanischen oder sonstigen Regeln gespielt wurde, ganz gleich auch, ob die Trumpfkarten Lenin oder Trotzki, Rosa oder Mao, Che oder Ulrike abbildeten. Die einen werden keine Lust mehr haben, die anderen durchhalten wollen. Die Frage ist, welches die künftigen Regeln sind. Vom alten Spiel bleibt immerhin der Schlußsatz derselbe wie der, mit dem man angefangen hat.

Lasset uns also zunächst den Vater morden. Es kommt sehr wohl darauf an, die Welt zu interpretieren, und man muß sich abgewöhnen, die unvermeidlichen Interpretationen bloß dem Veränderungswunsch zu unterwerfen. Auch darf der politische Erfolg, Praxis genannt, nicht zum Kriterium der Wahrheit werden. Und hüten wir uns vor dem Materialismus, denn das Sein bestimmt selbstverständlich das Bewußtsein – nur nicht meines. Dieses Attentat ist ambivalent, solange man nicht so recht weiß, welcher Mutter zuliebe es verübt wird. Das Ich ist auch gleich bereit, sich vor dem Über-Ich wieder zu verneigen: Es bleibt die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen und die Nation eine Waffe der Herrschenden. Wie glühend er die Vaterländerei hasse, bekannte ein in seinem Beruf leidenschaftsloser Denker, den die Friedensbewegung vor kurzem gern zitierte. Aber wie heftig würde er dafür heute wieder gehaßt werden von denen, in deren Sprache er schrieb. Ein Volk, ein Reich, ein Rückenmark.

Marx, Freud und Einstein: In dem Bestseller »Wendezeit«, der vor Jahren den Durchbruch des sog. Paradigmenwechsels markierte, rechnete der Physiker Fritjof Capra, ein Schüler Werner Heisenbergs, mit ihnen ab. Auch wer den Wälzer unleserlich und unverständlich fand, hätte immerhin so viel merken können, daß das geforderte Umdenken sich gegen drei jüdische Wissenschaftler wandte. Das war der Einbruch in die linke Intelligenz: ganzheitliches Denken statt Dialektik, Meditation statt Analyse, Quantenmechanik statt Relativitätstheorie.

Politisch löste die Ökologie den Sozialismus ab und der Nationalismus den Internationalismus. Nur noch im Hinterstübchen einiger grauer Zellen ließen sich ein paar trendfeindliche Gedanken speichern, beispielsweise daß, wer Natur sagt, auch Heimat sagt und dann Vaterland; oder daß mit Rassenlehre und Eugenik aufhört, wer mit Biologie anfängt.

Diese heimlichen Gedanken waren falsch, und ganz zu recht haben sich linke Freunde bei den Grünen entsetzt, wenn sie sie bei unsereinem aufspürten. Richtig muß es heißen: Was mit Natur und Biologie anfängt, hört mit Nationalismus und Rassismus auf. Es geht um die Erkenntnis gesellschaftlicher Prozesse und nicht um die Anklage vermeintlicher Agenten. Zu registrieren sind große Kehren und Umwege, nicht Pläne und Projekte. Gleichwohl ging der politischen Wende zum Konservativismus eine geistige Wende in der Linken voraus, die man rückblickend als Entwaffnung ansehen muß.

Am Ende eines großen Umwegs schreibt Klaus Hartung in der »taz«, die Wiedervereinigung verbinde uns alle. Die Linke mahnt er, mit pädagogischer Selbstbeschränkung komme man gegen den Nationalismus auf der Straße nicht an. Das richtet sich gegen die paar kümmerlichen Aufrufe, die Existenz der DDR zu verteidigen. »Zweistaatlichkeit als Ghetto, als staatlich geschütztes Gehege für eine Kollektivsuche nach dem dritten Weg? Wie hilflos, geschichtlichen Prozessen, Prozessen, in denen Massen tatsächlich in erster Person reden, pädagogische Utopien entgegenzusetzen« (»taz«, 4.12.89). Nun ist es also schon eine künstliche Selbstbeschränkung, zu meinen, die BRD sei eigentlich groß und wohlhabend genug. Zweistaatlichkeit erscheint als Ghetto, das die Linke gegen die Außenwelt errichten möchte und Großdeutschland als Befreiung aus demselben.

Was für eine verhängnisvolle Metapher, zwei deutsche Staaten, beide unter dem ersten Dutzend der reichsten Staaten der Welt, beide Nachfolger des Nationalsozialismus, beide zurückblickend auf jahrhundertealte Erfahrungen in der Separation und Verfolgung von nicht-deutschen Minderheiten, mit einem Ghetto zu assoziieren, solange sie nicht vereinigt sind. Ich

klage das nicht an, es macht mich einfach fertig, Zeile für Zeile, Wort für Wort. Obwohl es nur einer von tausend Versuchen ist, Begriffe umzudeuten, Geschichte umzuschreiben und das Deutsche umzuwerten. Denn diese Kampagne ist Teil des Paradigmenwechsels.

Sicher liegen Glück und Wahn dicht beieinander. In deutschen Landen wird Glück manisch mit Größenwahn verwechselt. Walter Momper konnte nicht sagen, heute nacht freuen wir uns, heute nacht sind wir glücklich. Nein, wir mußten das Volk sein, der Superlativ des Glücks, die Weltmeister der Stimmung, die Größten halt. Niemals hat man so viele Tränen gesehen. Das stimmt. Niemals haben die Deutschen am 9. November geweint, endgültig werden sie jetzt die Reichspogromnacht vergessen, bevor sie einmal wirklich bedauert haben. So ein Tag, so wunderschön! Es ist egal, ob die Symbolik zufällig ist, daß das Unglücksdatum der einen das Glücksdatum der anderen ist. Der Inhalt, der durch die Symbolik annonciert wird, ist es nicht. Ernst Jünger, der früher einmal den Satz zu Papier brachte, das Deutschtum könne sich nur auf Kosten des Judentums entwickeln, ist immerhin hochgeehrter Goethe-Preisträger der Stadt Frankfurt. Mindestens die hartgesottene Gleichgültigkeit, die feiste Skrupellosigkeit müssen einen zum Inländerfeind machen.

Sie nennen es Revolution, und einige ziehen kühn die historische Parallele zum 14. Juli 1789. Daran ist so viel richtig, daß die französische Revolution hierzulande seit zweihundert Jahren als Schaffung des Nationalstaats übersetzt wird. Ob man in Paris liberté, égalité oder fraternité rief, in Deutschland wurde immer nationale Selbstbestimmung, nationale Ebenbürtigkeit und nationale Einigkeit verstanden.

Weder unbedacht noch folgenlos erhebt die Bundesrepublik die Wiedervereinigung zum Programm. Am Tag, an dem sich der alte Sozialismus nach allen katastrophalen Fehlern zur Freiheit durchringt, entschließt sich der Imperialismus zum Reich. Wer seine Landsleute kennt, muß gar nicht viel mehr wissen. Karthago nimmt wieder mal Anlauf. Wenn die Alliierten keine Vollbremsung machen, wird es der dritte werden. Andererseits ist Nullstaatlichkeit auch nicht zu verachten.

konkret 01/90, S. 24

Siggi Friess; Tay Eich

Wider Vereinigung

KONKRET dokumentiert den »Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes 'Wider die Wiedervereinigung'«, den die Bundestagsabgeordneten der Grünen Siggi Friess und Tay Eich Ende November der Presse vorstellten. Auf einer Klausurtagung im Januar will die Fraktion der Grünen entscheiden, ob sie ihn in den Bundestag einbringt

Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Mitglied in der UNO und einem Europa entsprechend der Prinzipien der KSZE-Schlußakte dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Volk der Bundesrepublik Deutschland in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, um dem staatlichen Leben eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Artikel 16

(Staatsangehörigkeit, Auslieferung, Asylrecht)

(I) Die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland darf nur aufgrund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Staatsangehöriger der Bundesrepublik Deutschland darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Artikel 23

(Geltungsbereich des Grundgesetzes)

Dieses Grundgesetz gilt im Gebiete der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein .

Artikel 116

(Begriff "Deutscher«, Wiedereinbürgerung)

(I) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist, wer die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland besitzt. Das Nähere regelt ein Gesetz.

(2) Frühere Staatsangehörige des Deutschen Reichs, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 23. Mai 1949 ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland hatten oder genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.

Artikel 146

wird gestrichen

Begründung

A. Rechtliche Begründung

Dieser Gesetzentwurf zu einer Grundgesetzänderung zieht die Konsequenz aus der Tatsache, daß das Grundgesetz längst nicht mehr nur das »Organisationsstatut« (Carlo Schmidt) eines Provisoriums ist, sondern die Verfassung eines Voll Staates mit festumrissenem Staatsgebiet und klar definierbarem Staatsvolk.

Völkerrechtlich gesehen ist das Deutsche Reich am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation, die identisch ist mit der Befreiung vom Nationalsozialismus, untergegangen. Die von Kelsen, Abendroth, Nawiasky u.a. naher begründete Untergangsthese war anfangs (1945/46) herrschend, wurde aber bald in den Hintergrund gedrängt. Herrschend wurde stattdessen die sogenannte Fortbestandsthese, die sich in ihren wesentlichen Elementen auf Thesen des Staatssekretärs Stuckart aus dem ehemaligen Innenministerium des Deutschen Reiches stützte. Er entwickelte sie noch als Mitglied der »Regierung« Dönitz.

Die Abmachungen der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition sahen ein neues einheitliches Deutschland vor. Der Kalte Krieg verhinderte die Verwirklichung dieser Pläne. Stattdessen entstanden auf dem für das neue Deutschland vorgesehenen Gebiet zwei Staaten, BRD und DDR.

Selbst falls man die Untergangsthese für das Jahr 1945 ablehnt und der Fortbestandsthese folgt, könnte diese höchstens für die unmittelbare Nachkriegszeit, nicht aber mehr für die Jahre nach 1949 oder gar für die Gegenwart Gültigkeit beanspruchen. Seit 1949 ist mit den beiden Gründungsakten völkerrechtlich von 2 Staatsgebilden auszugehen, die sukzessive ihre völkerrechtliche Souveränität erhielten.

Als 1949 der Deutsche Volksrat in Berlin und der Parlamentarische Rat in Bonn je eine Verfassung ausarbeiteten, erhoben beide den Anspruch, daß diese jeweils für sämtliche 4 Besatzungszonen Gültigkeit haben oder ihre Gültigkeit später auf diese erstrecken sollten. Resultat des Kalten Krieges sowie der innenpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in beiden Staaten und darauffolgender internationaler Abkommen war, daß diese Ziele nicht erreicht wurden. Stattdessen entstanden zwei eigenständige Staaten, die nicht im Namen des jeweils anderen handeln können. Im Vertragswerk der sogenannten Ostverträge, zu denen u.a. der Grundlagenvertrag, aber auch die KSZE-Schlußakte (ob verbindliches Regelwerk oder nur soft law spielt hier keine Rolle) und der Aufnahmeakt der beiden deutschen Staaten in die UNO gehören, ist ein Prozeß abgeschlossen, in dem die Ausstattung von zwei Vollstaaten mit Souveränität sich entwickelte.

Sämtliche Bestimmungen des Grundgesetzes, aus denen ein Fortbestehen des Deutschen Reiches gefolgert werden könnte, darunter auch die Fiktion einer gesamtdeutschen Staatsbürgerschaft, mögen Illusionen, Hoffnungen und politische Ambitionen des Jahres 1949 widerspiegeln, laufen aber rechtlich leer, sind allenfalls von historisch-dokumentarischem Wert und können nur noch die Funktion haben, völkerrechtswidrige politische Absichten ideologisch zu flankieren.

Geblieben ist allerdings von den früheren Abmachungen der Anti-Hitler-Koalition hinsichtlich Deutschlands die sogenannte Viermächte Verantwortung. Sie wurde im Viermächte-Abkommen über Berlin (1971) erneuert. Aus ihr kann kein Argument für die Fortexistenz des Deutschen Reiches abgeleitet werden – auch wenn das Bundesverfassungsgericht und die herrschende Lehre dies anders sehen wollen. Aus der Viermächte-Verantwortung folgt lediglich, daß etwaige Änderungen des territorialen Status-quo im Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches (friedlich, unter Beachtung der Souveränität jedes Staatsvolkes) zusätzlich noch des Konsenses der vier ehemaligen Alliierten bedürfen.

Es versteht sich von selbst, daß unsere Vorschläge für eine Änderung des Grundgesetzes diametral gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts stehen. Sie würden ihren Sinn verfehlen, täten sie dies nicht. Wir sind der Ansicht, daß die Spruchpraxis des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag und in anderen die sogenannte »Deutschlandfrage" berührenden Urteilen völkerrechtswidrig ist. Sie fordert nämlich völkerrechtswidriges Verhalten der Bundesrepublik, wenn sie z.B. die Exekutive zwingt, Hoheitsgewalt über fremde Staats angehörige auszuüben, oder wenn sie die Rechtssprechung zwingt, Ausland als Inland zu behandeln.

Einer eindeutigen Verfassungsänderung, die durch Artikel 79 Abs. 3 nicht berührt ist, könnte sich aber selbst das Bundesverfassungsgericht nicht widersetzen. Ein Spruch des Bundesverfassungsgerichts, der auf den alten, jetzt zu ändernden Vorschriften beruht, wäre von vornherein hinfällig.

B. Politische Begründung

Beide Deutsche Staaten haben völlig verschiedenartige politische und ökonomische Systeme herausgebildet. Die Bundesrepublik versteht sich als parlamentarische Demokratie. Ihre ökonomische Struktur ist durch das Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln bestimmt. Mit kräftiger Beschönigung könnte man sie eine kapitalistische Demokratie nennen.

In der DDR hat sich über mehrere Jahrzehnte eine bürokratische Herrschaft auf der Grundlage staatlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln etabliert. Sie wurde bislang weder durch ein Rätesystem noch durch freie Parlamentswahlen legitimiert. Nunmehr ergibt sich – wie von den Oppositionsbewegungen der DDR selbst formuliert – die Chance der Durchsetzung umfassender Demokratie auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Es liegt in der Wahrnehmung der

souveränen Rechte des Volkes der DDR, ob es eine solche neue und demokratische gesellschaftliche und politische Ordnung will oder ob es eine »kapitalistische Demokratie« mit Kohl-Format vorzieht. Gleichzeitig aber wird gegenwärtig der politische Willensbildungsprozeß in der DDR von außen – nämlich durch die BRD – massiv beeinflußt. Die angekündigten freien Wahlen in der DDR werden insofern unfreie Wahlen sein, als sie unter Nötigungsdruck von seiten der Bundesrepublik stehen. Den WählerInnen wird suggeriert werden, daß das Land ökonomisch durch den Weltmarkt ruiniert werden wird, wenn es nicht westliche Normen – insbesondere durch Privatisierung des bislang staatlichen Eigentums – übernimmt. Die sogenannte »Obhutspflicht« der BRD für DDR-BürgerInnen hat zum Ziel, de facto die DDR mit Hilfe von Pressionen aus Bonn zu regieren. Weithin geschieht dies schon jetzt. Ziel ist eine Wiederherstellung des Kapitalismus in der DDR, gleichgültig, ob diese dabei als eigenständiger Staat erhalten bleibt oder an die Bundesrepublik angeschlossen wird

Da es sich hier um ein Ausspielen ökonomischer (und militärischer) Überlegenheit handelt, wird eine Verfassungsänderung allein daran nichts ändern können. Sie würde aber einem solchen Verfahren der indirekten Aggression die pseudorechtliche Legitimation entziehen.

C Zu den einzelnen Bestimmungen

Präambel:

Die verfassungsgebende Gewalt steht nur dem Volk der Bundesrepublik Deutschland zu. Da der Begriff der nationalen und staatlichen Einheit (Satz I) in der bisherigen Diskussion zu sehr mit dem Gedanken der Einverleibung der DDR verbunden war (»Wiedervereinigung": vgl. z.B. Artikel 7 des Deutschlandvertrags, der das ziemlich unverblümt ausspricht), muß er gestrichen werden.

Völkerrechtlich gesehen ist selbstverständlich eine Vereinigung zweier oder mehrerer Staaten zu einem einzigen möglich, wenn im dazu führenden Entscheidungsprozeß die Souveränität der Staaten und die Souveränität der Staatsvölker respektiert worden sind. Dies bedarf allerdings keiner Absicherung in der Verfassung. Zu streichen ist auch der Bezug auf ein vereintes Europa, weil ähnliche »Mißverständnisse« wie im Zusammenhang mit den Begriffen »nationale und staatliche Einheit« möglich sind. Ebenfalls zu streichen sind alle Anspielungen auf Anmaßung einer Allein- oder usurpierten Vertretung. Das gesamte Deutsche Volk als völkerrechtliche Einheit gibt es nicht mehr. Der neuerdings häufig diskutierte historische und kulturelle Begriff eines »deutschen Volkes« kann nicht Gegenstand verfassungsrechtlicher Bestimmung sein. Dafür gibt es Ethnologen. Er hat in einer Verfassung nicht nur aus rechtstechnischen Gründen nichts zu suchen, sondern auch aus politischen, da er dann – unabhängig vom Wortlaut – immer wieder zu einer Definition eines Staatsvolkes mißbraucht werden würde.

Artikel 16 und 116

Hier soll die völkerrechtliche Selbstverständlichkeit klargestellt werden, daß es in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland nur eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland gibt, nicht aber eine darüber hinausgehende Deutsche Staatsbürgerschaft geben kann.

Artikel 23

Der Artikel macht nochmals den Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland deutlich. Die in der bisherigen Fassung beanspruchte Erstreckung der Geltung des Grundgesetzes auf das Gebiet West- oder gar »Großberlins« ist schon durch die Nichtgenehmigung durch die Westalliierten 1949 gegenstandslos geworden. Ein Wiederaufleben dieses Anspruchs verstieße gegen das Viermächte-Abkommen von 1971. Die Beitrittsklausel (Art. 23, Satz 2) ist völkerrechtswidrig, da sie »Anschluß« oder Einverleibung impliziert.

Artikel 146

Ist überflüssig. Soweit er als Wiedervereinigungsgebot im Sinne einer Komplettierung des »Deutschen Reiches« verstanden wird, würde er auf einer Fiktion – nämlich der Fortexistenz des »Deutschen Reiches« beruhen. Soweit er in Aussicht stellt, daß bei einem freiwilligen, völkerrechtsgemäßen Zusammenschluß mehrerer Staaten deren neues Staatsvolk als pouvoir constituant das Recht hat, sich eine neue Verfassung zu geben, meint er eine Selbstverständlichkeit, die, da internationale Norm, nicht extra in die Verfassung der Bundesrepublik hineingeschrieben werden muß. (Wahrscheinlich haben 1949 die Verfassungsväter und -mütter mit dieser Leerformel nur die Tatsache, daß sie mit der Verabschiedung des Grundgesetzes praktisch an der Teilung Deutschlands, soweit es als geographische Realität noch in den 4 Besatzungsgebieten vorhanden war, mitwirkten, vertuschen wollen.) Das ausdrückliche Herunterbeten einer

Binsenweisheit im Artikel 146 könnte heute nur noch den Sinn haben, die völker- und staatsrechtswidrige Erfindung eines »Deutschen Reiches« zu stützen.

Gerade dies aber soll durch die von uns vorgeschlagene Gesetzesänderung verhindert werden.

konkret 01/90, S. 26

Kurt Hübner

Im Angebot heute: die DDR

Wie kaputt ist die DDR-Wirtschaft? Wie ist sie in ihre heutige Lage geraten? Wie kommt sie da wieder raus? Und hat auf diesem Weg der Sozialismus noch eine Chance?

Preisfrage: Welche bundesdeutsche politische Partei ist für den nachfolgenden Text verantwortlich, der Anfang Dezember 1989 als großflächige Anzeige in Westberliner Tageszeitungen veröffentlicht wurde? "Der Sozialismus hat abgewirtschaftet; in jeder Form und an jedem Ort seines Auftretens. Es gibt daher im Sozialismus nichts zu reformieren, denn der Sozialismus macht unfrei. Er hindert den Menschen daran, seine Energien, seine technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fähigkeiten, die zum Fortschritt und Wohlstand führen, frei zu entfalten. Eine neue Fluchtwelle aus der DDR wird nur zu vermeiden sein, wenn sich die DDR nicht erneut für ein gescheitertes Wirtschaftssystem entscheidet. Mögen sie es reformierten Sozialismus oder humanen Sozialismus nennen. Zu einem solchen Experiment werden unsere Landsleute in der DDR nicht mehr bereit sein! Die (.?.) rät daher zu einer sozial gerechten Marktwirtschaft mit Privateigentum, Gewerbefreiheit, Machtkontrolle, freier Preisbildung und auch freien Unternehmern«.

Falsch zu tippen, fällt angesichts des seit dem 9. November offen ausgebrochenen »deutschnationalen Taumels« schwer, wird doch in der von der FDP geschalteten Anzeige ein beutepolitischer Konsens formuliert, der mit geringen realpolitischen Modifikationen von allen staatstragenden Parteien, einschließlich der »Republikaner« und mit Ausnahme der GRÜNEN, getragen wird. Die als Partei organisierte Unternehmerlobby hat sich sogar die Mühe gemacht, in DM-West genau aufzurechnen, welche Investments die infrastrukturelle Modernisierung der dann ehemaligen DDR erforderlich machen würde: Ein Betrag von 942 Milliarden Westmark, verteilt über zehn Jahre, und "die Wirtschaft der DDR wird den Anschluß (!) gefunden haben«. Dieser, in der Anzeige verschleiernd als Kosten firmierende Betrag gibt das Motiv der politischen Agitation preis: Eine Durchkapitalisierung der heutigen DDR-Ökonomie würde dem bundesdeutschen Kapital ein Akkumulations- und Wachstumsfeld eröffnen, das berechtigte Hoffnungen auf ein »zweites Wirtschaftswunder« macht.

Aus der Perspektive der bundesdeutschen Industrie macht eine solche unter dem Deckmantel der politischen Wiedervereinigung firmierende kapitalistische Einverleibung Sinn. Zum ersten erlaubt nur die Integration der DDR in den bundesdeutschen Währungsraum eine wirkliche kapitalistische Landnahme, weil auf diese Weise das leidige Devisenproblem, unter dem ein bloßer Handelsimperialismus zu leiden hätte, umgangen werden kann. Zum zweiten würde der im Verhältnis zur Wirtschaftskraft der BRD bislang unterdimensionierte Binnenmarkt ausgeweitet und so die immer prekäre absatzseitige Abhängigkeit gegenüber der Weltwirtschaft verringert werden können. Die »nachholende Fordisierung« der heutigen DDR würde den bundesdeutschen Konsumgüterindustrien einen langfristigen Nachfrageschub besorgen, der dem sektoralen Boom der sechziger Jahre entsprechen kann. Und zum dritten würde ein formidabler Standort geschaffen, von dem aus die Handels- und Produktionsbeziehungen mit anderen RGW-Ländern auf kapitalistischer Basis ausgebaut werden könnten.

Am Ende der achtziger Jahre ist eine solche Verschiebung der Wirtschaftsgrenzen nicht länger ein haltloser Wunsch profitgesteuerter Unternehmen und ewiggestriger Politiker, sondern eine reale Option, die – glaubt man professionellen Beobachtern – auch von nicht unerheblichen Teilen der DDR-Bevölkerung favorisiert wird. Seit der – offensichtlich in einer Situation des politischen Machtvakuums getroffenen – Entscheidung, die Mauern gegenüber dem kapitalistischen Ausland kurzfristig durchlässig zu machen und damit auch einen direkten Systemvergleich der *Konsummöglichkeiten* zu erlauben, ist der politische Zuspruch zu dieser Option innerhalb der DDR gewachsen. Was jahrzehntelang durch eine Mischung aus Agitation, Repression, bürokratischer Unterdrückung und sozialpolitischer Integration unterbunden werden konnte, bricht sich jetzt – irrationale – Bahn: Die Selbstbestimmung eines Volkes als freie Konsumenten.

Was als politische Demokratisierungsbewegung hoffnungsvoll begann, könnte bald als Konsumentenrevolte mit Systemcharakter scheitern – und zwar um so rascher, je schneller der politische Desintegrationsprozeß der DDR unter dem Eindruck der von der sich neukonstituierenden Öffentlichkeit erzwungenen Offenlegung großangelegter Bereicherungspraktiken der Staatsklasse der DDR voranschreitet. Der nicht mehr aufzuhaltende moralische Verfall der Stellung der SED und damit auch der Staatsideologie der DDR dürfte die politische wie ökonomische Identitätskrise weiter vorantreiben. Dabei wächst die Gefahr, daß die an einer Erneuerung des Sozialismus interessierten Reformkräfte der DDR in immer stärkerem Maße einer Zangenbewegung aus politischen Wiedervereinigern aus 0st und West und ökonomischen Einverleibern auf der einen Seite und dem moralischen Bankrott sozialistischer Prinzipien auf der anderen Seite ausgesetzt werden. Erleben wir den Anfang vom Ende der sozialistischen DDR oder kann es noch eine Chance für einen Sozialismus geben?

Angesichts der sich nahezu täglich überschlagenden Ereignisse und der immer neuen Informationen über die politisch-ökonomische Konstellation der DDR-Gesellschaft ist eine so gestellte Frage nicht schlüssig zu beantworten. Wer wagt

beispielsweise heute schon einzuschätzen, welche politischen Konsequenzen das Bekanntwerden der staatsfeudalistischen Bereicherungspraktiken einer Großzahl von Mitgliedern der herrschenden Staatsklasse hat? Bloße personelle Säuberungen, und beträfen sie noch so prominente Personen, reichen längst nicht mehr aus, um das Vertrauen in die moralische Substanz der sozialistischen DDR wiederherzustellen. Mit einem Übergang zum Kapitalismus allerdings, hier ist dem früheren Chefideologen der SED, Otto Reinhold, zuzustimmen, hätte der DDR-Staat seine Existenzgrundlage verloren.

Es wäre sicherlich zu simpel und politisch darüber hinaus fatal, die Faszination großer Teile der DDR-Bevölkerung gegenüber der kapitalistischen Reichtumsproduktion und Warenvielfalt moralisch zu verdammen und sie allein als Verblendung entlarven zu wollen. Der Schlüssel dieser Verzauberung ist in allererster Linie im Versagen der realsozialistischen Ökonomie zu suchen.

In vierzig Jahren sozialistischen Aufbaus, welt- und systemhistorisch sicherlich ein bescheidener Zeitraum, ist es offensichtlich nicht gelungen, ein ökonomisch-materiell fundiertes Wertesystem zu verankern, das gegenüber den Verlockungen eines Marktkapitalismus auch im Falle struktureller Krisen immun machen könnte. Die bürokratische Planwirtschaft mit ihrer völligen Verparteilichung ökonomischer Entscheidungen, selbst wiederum die materielle Grundlage für die Selbstbereicherung der Nomenklatura, hat nicht nur die Entwicklung der Produktivkräfte, sondern auch die Entstehung einer auf Solidarität und Reziprozität basierenden sozialistischen Ökonomie verhindert. Befördert wurde stattdessen eine schwerfällige, von einer Staatspartei und nicht von einer sozialistischen gesellschaftlichen Öffentlichkeit kontrollierte Zentralwirtschaft, zu deren Zielsystem der Quantitativismus erhoben wurde. Die im Siebenjahresplan von 1959 vorgegebene »ökonomische Hauptaufgabe«, »...durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Steigerung der Produktion Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch bei den meisten industriellen Konsumgütern und Lebensmitteln bis 1961 einzuholen und zu überholen«, verlieh diesem Quantitativismus Ausdruck. Damit wurde aber auch die Legitimation des DDR-Sozialismus ökonomisch meßbar und vergleichbar gemacht.

Die Öffnung der Grenzen und damit die in Kauf genommene kapitalistische Penetration der DDR hat heute brutal deutlich gemacht, daß ein *solcher* Systemwettbewerb nicht gewonnen werden konnte. Der Entzug von Legitimation mußte die zwangsläufige Folge sein. Mit der Schaffung persönlicher Freizügigkeit ist die latente Krise der DDR-Wirtschaft manifest geworden und konnten die ökonomischen Zweifel gegen über der Leistungsfähigkeit der hochgradig zentralisierten Planwirtschaft zu der Forderung nach einer kapitalistischen Alternative verdichtet werden. Nicht aber die – längst überfällige – Öffnung der Grenzen war der politische Fehler. Die Malaise der heutigen DDR besteht vielmehr darin, daß die sozialistische Ökonomie, gemessen am Maßstab ihrer eigenen Verheißungen, gescheitert ist und daß *deshalb* der Kapitalismus zu einer attraktiven systemischen Alternative werden konnte. Die heutige Konstellation der DDR-Wirtschaft läßt sich am angemessensten mit dem Konzept der »großen Krise« analysieren, das ursprünglich für die theoretische Interpretation historischer Umbruchphasen des Kapitalismus entwickelt wurde. Von einer »großen Krise« wird dann gesprochen, wenn der ökonomische Reproduktionsprozeß Widerspruchspotentiale aufbaut, die von den etablierten institutionellen Formen und Regulationsmechanismen nicht mehr bearbeitet werden können. Anders als im Falle »kleiner Krisen« reichen Korrekturen und bloße Verbesserungen des bestehenden Regulationssystems nicht aus, um die ökonomischen Widersprüche abzubauen oder gar stillzulegen. Erforderlich wird ein Wandel der Form des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs und damit auch der Institutionen und Medien der Regulation.

Legt man herkömmliche volkswirtschaftliche Entwicklungs- und Leistungsindikatoren zugrunde, dann kann die bisherige ökonomische Entwicklung der DDR trotz des Wohlstandsgefälles gegenüber der Bundesrepublik durchaus als erfolgreich bezeichnet werden. Gemessen an hochaggregierten Wohlfahrtsindikatoren, wie dem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, rangiert die DDR beispielsweise innerhalb der Spitzengruppe der entwickelten Industrieländer; innerhalb der RGW-Länder nimmt sie sogar mit Abstand den ersten Rang ein. Mitte der achtziger Jahre bewegte sich dieser Indikator zwar etwa 30 Prozent unterhalb des Wertes für die Bundesrepublik, doch war er etwa dreimal so hoch wie der Rumäniens und immerhin noch mehr als doppelt so hoch wie der Polens. Bis Ende der achtziger Jahre dürfte sich diese Spanne angesichts der rapiden ökonomischen Auszehrungsprozesse in Rumänien und Polen als Folge verfehlter außenfinanzierter Modernisierungsprogramme eher noch vergrößert als verkleinert haben. Auch wenn es richtig ist, daß seit dem ersten Fünfjahresplan von 1951 die von der staatlichen Plankommission vorgegebenen Wachstumsdaten nur in Ausnahmefällen haben realisiert werden können, so ist der quantitative Wachstumsprozeß der DDR-Wirtschaft dennoch beachtlich. Dies gilt um so mehr, wenn die insbesonders im Verhältnis zur Bundesrepublik ungünstigen »Startbedingungen« in Rechnung gestellt werden.

Zwar fielen die kriegsbedingten Verluste an industriellen Kapazitäten in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone etwas geringer aus als für die Westzonen, doch hatte die SBZ wesentlich höhere Demontagen und Reparationszahlungen gegenüber der Sowjetunion zu verzeichnen. Für den Bereich der Industrie wird beispielsweise geschätzt, daß die kriegsbedingte Schadensquote, gemessen als Anteil des Vermögensbestandes des Jahres 1939, in der SBZ 15 Prozent und die demontagebedingte Schadensquote 26 Prozent betrugen. Allein im Mai und im Juni 1945 wurden etwas mehr als 460 Berliner Unternehmen vollständig demontiert und in die Sowjetunion gebracht. Der Ausfall an industriellen Produktionskapazitäten dürfte sogar noch höher gewesen sein, wenn man berücksichtigt, daß die Sowjets in nicht wenigen

Fällen ausgesuchte Teilaggregate demontierten, die nicht aus eigener Produktion ersetzt werden konnten, weil die von der Adenauer-Regierung forcierte Teilung Deutschlands die historisch-strukturell vorleistungsabhängige Wirtschaft der SBZ rigoros von ihren traditionellen Zulieferern abschnitt.

Auf diese Weise entstand ein industriell verstümmelter Wirtschaftsraum, der zum Geburtsfehler der sozialistischen Reindustrialisierung wurde. Selbst wenn die damalige Regierung einen anderen Industrialisierungspfad hätte beschreiten wollen, blieb ihr angesichts der ökonomisch-politischen Realitäten keine andere Wahl, als der sowjetischen Industrialisierungsparole zu folgen, wonach jedes sozialistische Land eine komplette und integrierte Industriestruktur zu entwickeln habe. Anders als in den Westzonen hatte die SBZ darüber hinaus sog. Entnahmen aus der laufenden Produktion an die Sowjetunion zu entrichten, die sich nach Schätzungen des in Westberlin ansässigen Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung auf etwa 15 Prozent des realen Sozialprodukts beliefen. Auch wenn die Daten nicht zuverlässig zu ermitteln sind, so gilt doch als sicher, daß die Summe der jährlichen Entnahmen die jährlichen Bruttoinvestitionen überstieg. Es dürfte außer Frage stehen, daß ein solch riesiger Realressourcentransfer die ökonomische Entwicklung der späteren DDR stark belastet hat. Anders als die Bundesrepublik mußte die DDR die moralische Schuld am Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg durch umfangreiche ökonomische Reichtumsübertragung begleichen.

Daß diese ungleichen Startbedingungen in der heutigen öffentlichen Diskussion vergessen gemacht werden, verwundert nicht, müßte doch sonst die Legende vom marktwirtschaftlichen Wachstumswunder und der prinzipiellen Überlegenheit gegenüber jeder Form von Planwirtschaft wenigstens komparativ in einem anderen Licht gesehen werden. Genausowenig allerdings kann diese historische Last die Deformation des Sozialismus der DDR erklären, gar entschuldigen. Wenn für die bundesdeutsche Gesellschaft der Satz gilt, daß sie die Demokratie nicht erkämpft, sondern als Geschenk erhalten hat, dann gilt für die Gesellschaft der DDR, daß dort nie eine proletarische Revolution mit dem Ziel der Errichtung eines sozialistischen Staates stattgefunden hat.

Wie die Bundesrepublik ist auch die DDR in erster Linie ein Spaltprodukt des unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges einsetzenden Kalten Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion. Beide deutschen Staaten wurden in unterschiedliche Hegemonialsysteme integriert und auf diese Weise zum Instrument gegensätzlicher Geostrategien der beiden Großmächte gemacht. Die sozialistische Umgestaltung der DDR erfolgte, nachdem die Westintegration der BRD abgeschlossen war, nicht zuletzt aus diesem Grunde stark nach dem Modell und vor allem nach den aktuellen geostrategischen Interessen der UdSSR. Die SED, obwohl noch nicht als führende Partei in der Verfassung der DDR verankert, wurde dabei zur Speerspitze der gesellschaftlichen Umgestaltung gemacht. Die Formulierung und Kontrolle der staatlichen Wirtschaftspläne und damit der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen und Arbeit erwuchsen zum Mittel der Herrschaftsausübung einer Staatspartei, die ökonomische Entwicklungsziele ohne demokratische Legitimation oder gar Partizipation der Werktätigen festlegte.

Nachdem der Zweijahresplan von 1949-1950 sich vor allem auf die Wiederingangsetzung der Industrieproduktion und die Sicherung der Reparationszahlungen konzentrierte, sah der erste Fünfjahresplan vor allem den schnellen Auf- und Ausbau der Produktionsgüterindustrie vor, durch die integrierte und autonome Industriekreisläufe installiert werden sollten, um den Verlust der früheren, jetzt in der Bundesrepublik ansässigen Vorlieferindustrien zu kompensieren. Die überproportionale Förderung der Produktionsgüterindustrien, angesichts der vorhergehenden Desinvestitionsprozesse im Zuge von Demontagen und Reparationen wohl unvermeidlich, beschränkte die Konsumgüterproduktion und damit die Möglichkeiten des privaten Verbrauchs.

Erst nach dem Arbeiteraufstand vom Juni 1953 sah sich die SED verpflichtet, eine wirtschaftspolitische Kurskorrektur vorzunehmen. Indem Industriebetriebe zur zusätzlichen Produktion von Konsumwaren verpflichtet wurden und mittels Exporten und Krediten seitens der Sowjetunion eine Erhöhung des Angebots erreicht wurde, konnte diese erste Phase der Delegitimation der SED überwunden werden. Die notwendige Steigerung der Konsumquote, also des Anteils der Konsumgüterindustrie am Nationaleinkommen, konnte allerdings während der fünfziger Jahre nicht realisiert werden. Unter dem Eindruck einer Mißernte, die die Versorgungsmängel verstärkte, stiegen die Flüchtlingszahlen steil an.

Erst mit dem Bau der Mauer im August 1961 konnte die Abwanderung von Bürgern und Produzenten, darunter nicht wenige hochqualifizierte Facharbeiter und Techniker, gestoppt werden. Der bis dahin eingetretene ökonomische Verlust in Gestalt verlorengegangener Qualifikations- und Ausbildungskosten in Höhe von geschätzten 30 Milliarden Westmark, auch dies gilt es nicht zu vergessen, schlug in der Bundesrepublik unmittelbar als Gewinn zu Buche.

Auf die Mängel des Planungssystems, insbesondere des Prinzips der reinen Mengensteuerung, wurde im Zuge der in der Sowjetunion Anfang der sechziger Jahre von Lieberman eröffneten wirtschaftlichen Reformdiskussion und unter dem Eindruck der Ent-Stalinisierungsdebatten auch in der DDR reagiert. Die vom Vl. Parteitag der SED beschlossene Einführung des *Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖS)* sah eine monetäre Steuerung vor, zu deren Durchsetzung eine dreistufige Preisreform mit dem Ziel der Herausbildung kostenorientierter Preise durchgeführt wurde. Mit dem Prinzip der Eigen-Erwirtschaftung der Mittel durch die sozialistischen Betriebe wurde angestrebt, den Investitionsprozeß anzuregen und die Arbeitsproduktivität zu steigern. Tatsächlich erhielten die Betriebsleiter größere

Dispositionsspielräume: Sie konnten über den Bezug industrieller Vorleistungen nach Qualitäts- und Preiskriterien selbst entscheiden und Investitionsentscheidungen stärker unter Effizienzgesichtspunkten fällen. Als die Partei- und Wirtschaftsführung allerdings erkannte, daß die mikroökonomischen Investitions- und Produktionsentscheidungen mit den angezielten makroökonomischen Zielvorstellungen und vor allem auch dem Kontrollanspruch der Partei kollidierten, wurde die Notbremse gezogen.

Mit dem 1968 entwickelten *Konzept der strukturbestimmenden Aufgaben* wurde ein sektorales Wachstumsprogramm aufgelegt, für das wieder auf das alte System der materiellen Plankennziffern und der Planerfüllung als Maßstab wirtschaftlichen Erfolgs zurückgegriffen wurde. Der Geltungskreis des NÖS wurde so entscheidend eingeschränkt und damit – wenigstens aus heutiger Sicht – ein wichtiger Reformschritt in Richtung Dezentralisierung politischer Macht über die Ökonomie rückgängig gemacht. Der reetablierte zentrale Leitungsmechanismus bewirkte, daß die Betriebe sich wieder um niedrige Planauflagen und hohe Ressourcenzuteilungen bemühten, statt ihre Produktions- und Investitionsentscheidungen am Prinzip der Kostendeckung und Produktivitätssteigerung auszurichten.

Der Fünfjahresplan von 1971 bis 1975 trug diesem Kurswechsel Rechnung, indem der zentralen Leitung und Planung der Ökonomie wieder eindeutiger Vorrang eingeräumt wurde. Begleitet war dieser Übergang zu einer direkten Form von Planung und Kontrolle von einer Konzentration und Zentralisation der Betriebseinheiten in Gestalt der von Wirtschaftslenker Günther Mittag favorisierten Kombinate, durch die versucht wurde, die Beschaffungs- und Distributionskosten zu senken und *economies of scale*-Wirkungen durch Großserienproduktion zu erzielen.

Entstanden sind auf diese Weise schwerfällige Monopolunternehmen, in denen bereits im Jahr 1974 mehr als ein Drittel aller Industriebeschäftigten konzentriert waren. Aussagen von DDR-Ökonomen zufolge liegt die durchschnittliche Arbeitsproduktivität dieser Kombinate 60 Prozentpunkte unterhalb der von kleineren und mittleren Betrieben. Ohne den Rückgriff auf externe Ressourcen wäre dieser Reorientierung des Regulationsmodus kein Erfolg beschieden gewesen: So konnten im Zuge der von der Brandt/Scheel-Regierung eingeleiteten Neuen Ostpolitik ein – wenn auch bescheidener und politisch seitens des Westens begrenzter – Technologietransfer und vor allem eine Verbesserung der Kreditwürdigkeit gegenüber der privaten Bankenindustrie realisiert werden, die mit dazu beitrugen, daß die (mengenmäßigen) Planvorgaben nahezu aller Sektoren übererfüllt werden konnten. Bezahlt wurde diese wirtschaftliche Anstrengung mit einem schnellen Anstieg der Außenverschuldung, die bis Anfang der achtziger Jahre auf (netto) knappe 12 Milliarden US-Dollar anstieg.

Es spricht allerdings vieles dafür, daß dieser Wachstumserfolg wesentlich auf die Ausnutzung der Produktivitätsreserven des überkommenen Typus extensiver Reproduktion zurückzuführen ist. Durch die selektive Förderung von Spitzentechnologien versprach man sich zwar die Schaffung technologischer Grundlagen für den Wandel eines dominant extensiven hin zu einem dominant intensiven Typus der Akkumulation, der Produktivitätssteigerungen durch die Einführung moderner Produktionstechnologien erreichen sollte. Auch wurden für diesen Zweck die Finanzmittel für Wissenschaft und Technik stark ausgeweitet – von ca. 4,5 Milliarden Mark (1971) über 7,1 Milliarden Mark (1980) auf 11,5 Milliarden Mark (1987). Im gleichen Zeitraum ging aber der ökonomische Nutzeffekt dieser technologisch-wissenschaftlichen Intensivierung, gemessen als Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens je Mark Forschungsaufwand, stetig zurück. Eine von der Sektion Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität erstellte Studie konstatiert eine Halbierung der Nutzrate zwischen 1971 und 1987. Als Ursachen werden dort ungenügende Rahmenbedingungen für die Forschungseinrichtungen, Innovationsträgheit der Kombinate und der Rückgang der industriellen Investitionsquote angegeben.

Dieser mangelhafte Erfolg bei der Intensivierung des Reproduktionsmodells markiert den eigentlichen Kern der ökonomischen Malaise der DDR. Die relativ langsame Modernisierung der Produktionsbedingungen bremst nicht nur die Ausweitung des Warenangebots proportional zur Kaufkraft der Bevölkerung. Sie ist auch verantwortlich für die Ende der achtziger Jahre offen zutagegetretenen Widersprüche im Verhältnis von Akkumulation, Produktion und Konsumtion. Heute ist unbestritten, daß der ökonomische Prozeß nicht genügend Ressourcen freisetzt, um die von der Honecker-Regierung Anfang der siebziger Jahre initiierte Politik einer sozialpolitischen Befriedigung ohne störende Rückwirkungen auf das Reproduktionssystem finanzieren zu können. Im Rahmen der mit der Strategie einer »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« verfolgten Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Entkoppelung von Leistung und Einkommen durch eine Subventionierung der Angebote des Grundbedarfs tat sich eine Kluft auf, die sich heute krisenhaft als sozialpolitische Überforderung der sozialistischen Ökonomie darstellt. Entkoppelt wurde nicht nur der Zusammenhang zwischen Leistung und staatlich garantierter Grundbedarfsdeckung, sondern auch der Zusammenhang zwischen gesamtökonomischem Ergebnis und sozialpolitischen Gratifikationen. Während sich die Preissubventionen für den Grundbedarf der Bevölkerung zwischen 1980 und 1989 nahezu verdreifachten und die Lebensmittelsubventionen sich sogar vervierfachten, konnte das produzierte Nationaleinkommen im gleichen Zeitraum noch nicht einmal verdoppelt werden.

Finanziert wurde dieses gewaltige Subventionssystem zum einen durch erhöhte Mittelabfuhren der volkseigenen Betriebe und Kombinate an den Staatshaushalt. Diese »Subventionssteuer« schränkte allerdings den Investitionsspielraum der Unternehmen ein, mit der Folge, daß Produktivität und Produktion nicht im gewünschten und ökonomisch notwendigen

Maße gesteigert werden konnten. Zum zweiten wurde die interne Kreditfinanzierung des Staatshaushaltes stark ausgeweitet. Wie jetzt bekannt geworden ist, beläuft sich die Staatsschuld auf etwa 130 Milliarden Mark – das entspricht einer Schuldenquote von etwa 45 Prozent. Auch wenn keine Informationen darüber existieren, wie dieser Verschuldungsprozeß genau verlaufen ist und welche Zinslasten damit verbunden sind, so darf als sicher gelten, daß dieser Finanzierungsweg zukünftig nur noch begrenzt begangen werden kann. Eine Redimensionierung des Systems der Sozialpolitik scheint in der nahen Zukunft aus ökonomischen Gründen deshalb unausweichlich. Weil damit aber auch die Gefahr einer weiteren politischen Desintegration der DDR-Gesellschaft wächst, könnte der polnische Weg eines harten Austeritätskurses nur unter gleichzeitiger Rücknahme aller Liberalisierungsmaßnahmen begangen werden. Die Frage nach einer Chance für einen Sozialismus auf deutschem Boden würde sich dann freilich nicht länger stellen. Der Ausweg dürfte allein in einer integrierten Reform der Einkommens-, Preis- und Subventionssysteme zu suchen sein – über die es bislang sowohl seitens der Regierung als auch der Opposition zwar vorläufige Ansätze, aber keine konkreten konzeptionellen Vorstellungen gibt.

Mindestens ebenso gravierende Wirkungen zeigt das mangelhafte Produktivitätsniveau der DDR-Ökonomie mit Blick auf die Weltmarktposition, die sich im Laufe der achtziger Jahre verschlechtert hat. Dies ist um so bedeutsamer, als die DDR eine auch im internationalen Vergleich äußerst hohe Außenhandelsabhängigkeit aufweist. So wurde beispielsweise bei einem Nationaleinkommen in Höhe von 268 Milliarden Mark im Jahr 1988 ein Außenhandelsumsatz von knappen 180 Milliarden Valutamark erwirtschaftet. Seit den achtziger Jahren ist die Exportposition der DDR aber einem starken Druck ausgesetzt. Konnte im Zeitraum 1971/80 das physische Exportvolumen noch um 90 Prozent ausgeweitet werden, so verringerte sich das Wachstum zwischen 1981 und 1988 auf insgesamt 19 Prozent. In der Gruppe der RGW-Länder ist die DDR in der Exportleistung pro Kopf der Bevölkerung hinter Ungarn und Bulgarien auf den dritten Platz zurückgefallen. Nach Angaben der neuen Wirtschaftsministerin Christa Luft ist das physische Exportvolumen seit 1988 sogar absolut rückläufig. Dieser Volumenrückgang erklärt sich zum größten Teil durch den Rückgang des Handels mit nicht-sozialistischen Ländern, für die die Exportpalette der DDR angesichts des qualitativ und preislich hochstehenden internationalen Warenangebots der Schwellenländer an Attraktivität verliert.

Die mangelhafte internationale Wettbewerbsposition wird in der rapiden Verschlechterung der *Terms of Trade* sichtbar: Um beispielsweise eine Million DM Exporterlöse zu erwirtschaften, müssen Exportwaren mit einer DDR-Inlandspreissumme von 4,4 Millionen Mark bereitgestellt werden. In der bereits erwähnten Studie von Christa Luft heißt es dazu: »Während das produzierte Nationaleinkommen zwischen 1980 und 1988 um 74,8 Milliarden Mark stieg, wuchs das im Inland verwendete Nationaleinkommen nur um 36,8 Milliarden Mark (jeweils zu Preisen von 1985, K.H.). Im Verlauf der achtziger Jahre konnte somit im Durchschnitt nur die knappe Hälfte des jährlichen Zuwachses real für die Akkumulation und Konsumtion wirksam gemacht werden . «

Um die erreichte Außenhandelsposition gegenüber den kapitalistischen Ländern überhaupt aufrechterhalten zu können wird seitens des Staates ein immer höherer Subventionsbetrag zur Verfügung gestellt. Diese Entwicklung – in der ökonomischen Entwicklungstheorie bekannt als ungleicher Tausch – bedeutet in der Konsequenz nichts anderes als die internationale Umverteilung von Nationaleinkommen zu Lasten der DDR. Die von der DDR auf diese Weise erzielten Exportüberschüsse haben also ihren Preis in einer internen Auszehrung der ökonomischen Substanz und vor allem in einer Verknappung der für die gesellschaftliche Konsumtion (einschließlich Infrastruktureinrichtungen) zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Die ökonomischen Strukturkonstellationen lassen der DDR-Wirtschaft wenig Möglichkeiten, diesem Exportzwang zu entrinnen. Zum ersten müssen Devisen erwirtschaftet werden, um die reproduktionsnotwendigen und vor allem für eine Modernisierung der Produktionsprozesse unabdingbaren Importe zu finanzieren. Zum zweiten erfordert die Leistung des Schuldendienstes auf die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich angegebene Nettoauslandsverschuldung von ca. 10 Milliarden US-Dollar die Erwirtschaftung eines Devisenüberschusses. Zum dritten sind mit der Öffnung der Grenzen rapide steigende Tourismus- und Besucherausgaben zu erwarten, die die Dienstleistungsbilanz ins Defizit treiben werden.

Zur Schließung dieser Lücke stehen nur zwei Wege zur Verfügung: Die Exportüberschüsse zu erhöhen oder ausländisches Kapital zu importieren. Wird die Exportüberschußstrategie eingeschlagen, wird sich angesichts des damit verbundenen überproportionalen Realressourcentransfers und der Subventionskosten die interne ökonomische Situation noch weiter verschlechtern. Der Import ausländischen Kapitals wiederum würde zum einen die Nettoauslandsverschuldung weiter nach oben treiben und, sollte es sich um Direktinvestitionen handeln, die Verfügungsgewalt jeder DDR-Regierung über gesellschaftliches Eigentum einschränken. Es sei nur am Rande vermerkt, daß der starke Druck auf den Erwerb von Devisen auch die Basis für die undurchsichtigen Westgeschäfte des Ex-Staatssekretärs Alexander Schalck-Golodkowski bildete. Ähnlich wie in verschuldeten Ländern der Dritten Welt gingen diese Transaktionen auch in der DDR mit illegalen Kapitalflüssen und Devisenverschiebungen einher.

Auch wenn dank der systematischen Fälschung statistischer Daten und der staatlichen Geheimhaltung zentraler Wirtschaftsindikatoren nur eine vorläufige Analyse der ökonomischen Situation der DDR erstellt werden kann, ergibt sich

doch ein recht ernüchterndes Bild. Das Modell extensiver Reproduktion in Kombination mit hochgradig zentralisierter Regulation ist in eine Phase der »großen Krise« eingetreten. Die Strategie einer sozialpolitischen Befriedung der Bevölkerung und einer Exportausrichtung der Ökonomie hat die reale Leistungsfähigkeit der sozialistischen Ökonomie der DDR überfordert. Bloße Korrekturmaßnahmen am gewachsenen Reproduktionszusammenhang und am Modus

der Regulation können die manifest gewordene Krise nicht überwinden. Eine grundsätzliche Transformation der Form gesellschaftlicher Reproduktion steht auf der Tagesordnung.

Weder die SED noch die Blockparteien oder die oppositionellen Bewegungen zeigen sich auf diese Situation vorbereitet. Einigkeit besteht allein darüber, daß ein grundlegender Prozeß der Umgestaltung unumgehbar ist. Während Teile der bürokratisch-technischen Klasse aus schierem Opportunismus sogar bereit zu sein scheinen ähnlich wie in Polen eine brutale Vermarktlichung der gesellschaftlichen Beziehungen mitzutragen, träumen viele Reformer von einer harmonischen Kombination aus Steigerung der Effizienz und Produktivität sowie Beibehaltung eines – wenn auch reformierten – Systems sozialer Grundsicherung. Die als Staats- und nationales Identitätsbewußtsein herausgebildete sozialpolitische Legitimationsfigur reproduziert sich auch in den gegenwärtigen Transformationsdebatten, die sich nahezu durchgängig durch einen in linken Kreisen des Westens nicht mehr bekannten Grad an Produktivkraftgläubigkeit auszeichnen. Die bekannt werdenden dramatischen ökologischen Zerstörungen der DDR, selbst wiederum das Produkt eines rigiden Planungsquantitativismus, werden deshalb eher als Hindernis denn als Herausforderung für ein tatsächlich alternatives Konzept von Sozialismus angesehen.

Die weit verbreitete Vorstellung von der Einführung einer »sozialistischen Marktwirtschaft« könnte zwar einen möglichen Umdenkungsprozeß zum Ausdruck bringen – allein herrscht bei allen Beteiligten Unklarheit darüber, was unter einem solchen Konzept zu verstehen ist. Die theoretisch unbegründete Verwechslung von Markt und Kapitalismus, die die gegenwärtige Diskussion in 0st und West beherrscht, trägt das Ihrige dazu bei, daß die Transformationsdebatte mehr ad hoc als in perspektivisch integrierter Form erfolgt. Befördert wird ein solch produktivistischer Reduktionismus dadurch, daß unter dem Druck des inneren Zerfalls und der äußeren Bedrohung nur wenig Zeit für grundsätzlich konzeptionelle Diskussionen bleibt: »Wenn alles so weiter schleift wie bisher, wenn auf dem Gebiet, das wirklich zählt, bei Wirtschaft und Währung, sich nicht wirklich Entscheidendes ändert, wird der Tag kommen, da die Arbeiter der Versprechungen müde sein werden und die Betriebe verlassen und sagen: Mag der Nächstbeste den Krempel übernehmen. Wer dieser Nächstbeste wäre, ist hinreichend klar. Und dann würde die DDR tatsächlich nicht nur verkauft werden, sondern verschenkt. Die Uhr läuft.« Leider hat Stefan Heym recht.

konkret 01/90, S. 31

Manfred Jendryschik

Einen bessern gibt es nicht?

Ein DDR-Schriftsteller weist die Kritik, die Uwe Klußmann und Hermann L. Gremliza an der Opposition in seinem Land geübt haben, als »realitäts-ignorant«, »demagogisch«, »denk- und phantasiefaul« zurück

Die schönste Natürlichkeit, daß sich die Linke des westlicheren und des - östlicheren Europa (oder schlichter: beider Deutschländer) regelmäßig verständigt, daß sie sich um Prinzipielles und Konzeptionelles auseinander- und zusammensetzt, daß so ihre öffentlichen Streitgespräche als vor- und nachdenkenswerte Angebote verstanden werden könnten: das alles hat, bisher, nicht stattgefunden. Und das Schlimme ist: Die westdeutsche Linke hat es nicht einmal gemerkt, von Suchanzeigen und Bemühungen keine Spur. Freilich, es gab Ansätze bei den früheren Grünen (im kleinsten Zirkel), es gab die längst sang- und klanglos untergegangenen Gespräche der Grundwertekommissionen von SED und SPD; das letzte Mal hörte ich davon (das ist Jahre zurück), als der DDR-Chefphilosoph Hahn stolz vor Schriftstellern darüber erzählte, allerdings brachte ihn das Gelächter der Autoren über die SED-These, Partei und Volk näherten sich immer mehr, lediglich dazu, den Vortrag abbrechen zu wollen.

Daß auch die DDR-Linke bis zu diesem Tag nicht heftigst die Kontakte pflegte, hat den simpelsten Grund der Welt: Wer – um eine krause Mischung anzubieten – Bloch Marcuse Dutschke Fülberth Haug Gremliza Amendt lesen wollte, auch den hinübergeschenkten Bahro (und den abgesenkten Havemann), der mußte sich illegal die Bücher besorgen (lassen), von Journalen und Zeitungen ganz zu schweigen; und Texte abzusenden, war bei Strafe verboten, Einladungen zu Diskussionen gerieten zu sich wiederholenden Ausladungen, Gruppierungen innerhalb des Landes galten als konterrevolutionär, zumindest der Staats-Sicherheit als verdächtig, und Vervielfältigungs- bzw. Veröffentlichungsmöglichkeiten marxistischer Streitschriften gab es nicht, es sei denn, die Artikelchen der Dichter kamen als Kunst bzw. Essay daher. So parlierten einzig die Regierenden und Wirtschaftsbosse miteinander, und Leistungssportler, möglichst als Sieger, durften anderen die Hand schütteln. Ich hör auf damit.

Diese Situation führte dazu, daß die Sozialisten hier von westlichen Querelen kaum mehr erfuhren als möglich war, wenn auch sie bei ARD und ZDF in der ersten Reihe saßen. Allerdings: Wer im Mustopf hängt, betrachtet nordelbische Richtungskämpfe als läppischen Luxus oder mit ein bißchen Neid. Gespräche mit Hamburger Marxisten, mit Marburger und Kreuzberger Autonomen (wie für mich) können zwar ermuntern, über die umgebende provinzielle Verkrustung für Augenblicke hinauszusehen, aber wem der Zensor (in vielerlei Gestalt, auch eigner) ständig über die Schulter schaut oder auf die Finger klopft, dem ist das (linke) Leben jenseits der Landesgrenze wie das auf einem anderen Stern oder in anderer Zeit. Da braucht's schon beweglichen Starrsinn, die Altvorderen und die Derzeitigen, die anregende Bereicherung sein könn(t)en, das alltägliche Börsianertum in der Welt wie die verblassenden Utopien nicht aus dem Auge zu verlieren. Und andererseits: Die Ahnungslosigkeit vieler bundesdeutscher Progressiver über die Zustände zwischen Mittel-Elbe und Oder war (und ist) nicht selten haarsträubend blauäugig.

Die angedeutete Atmosphäre war es, die die Zeitschriften für Philosophie und für die sogenannten Geschichtswissenschaften oftmals zur Makulatur machten, die entscheidende Vorschläge von Gesellschaftswissenschaftlern (auch der Akademie beim Zentralkomitee) und die Meinungserhebungen des Instituts für Jugendforschung in die Panzerschränke verschwinden ließ, die jeden Dreck unterm Fingernagel zur geheimen Verschlußsache verklärte. Und sie ist maßgebend bis heute: Die tastenden Versuche von »Neuem Forum«, »Demokratischer Aufbruch«, »Böhlener Plattform«, SDP usw., ihre manchmal simpel klingenden Programme, sind Ausdruck dafür, daß hier deutlich mehr der fürsorgliche Be-Lagerungs-Staat herrschte denn sozialistische Demokratie; (Groß-)Väterchen Stalin war als Schatten immer an der Wand. Diese aufbrechen wollenden Gruppierungen verstanden sich ja bis vor kurzem lediglich als Dialogeröffner, -durchsetzer, und wenn sie nun, angesichts neuer Möglichkeiten, mit ihren Konzepten etwas blaß aussehen, ist das zuletzt ihre Schuld – das Große Öffentliche Gespräch, die Weisheit des Volkes, kam nie zu Worte. Unter diesem Aspekt kann ich mich nur wundern, wenn Uwe Klußmann vom »Stuß« des ersten »Neuen Forum«-Papiers spricht oder wenn Hermann L. Gremliza verschiedentlich »Mauer und Stacheldraht« als das »real existierende Hindernis« für den ihn real bedrängenden Imperialismus bejubelt und eben nichts Geringeres als knapp 17 Millionen eingeschnürte Menschen vergißt und wenn er der SED alten Typs anempfiehlt, »bis zur absehbaren Pleite der polnischen und ungarischen Abenteuer durchzuhalten« (bis wann und wohin eigentlich?) und sie warnt, »mit dem 'Neuen Forum' und der 'Sozialdemokratischen Partei' an Walesas 'rundem Tisch' so lange deren rosa Quark (zu) löffeln, bis der Sozialismus sich real übergibt« (KONKRET 11/89).

Diese realitäts-ignorante Haltung zeigt sich auch gegenüber der Kirche: Wenn Gremliza fragt, ob deren Bauten in der DDR abgerissen wurden und antwortet: »Leider nein«, und (an die Adresse der SED) »die zu schließen, als es noch Zeit war, Sie unterlassen haben«, wenn prinzipiell nur von »Pfaffen« die Rede ist, wenn Klußmann einzig Stolpe zitiert und Henrich dort, wo er entsetzlich verschwiemelt ist, nicht aber etwa das ernsthaft-staatsmännische Papier des Bischof Leich an seine Gemeinden (2.9.; es ist von geradezu rührender DDR-Sympathiesanz) oder die Resolution der Eisenacher Synode, so ist

das begreifbar als Reaktion auf einen westlich-reaktionären Staatsklerus, geht aber am hiesigen Alltag völlig vorbei: Die Kirche war die einzige Institution, die sich nicht dem zunehmenden gesellschaftlichen Schwachsinn beugte, die einzige moralische Instanz, die einzige Heimstatt der Reform-Gruppen, der einzige Anwalt, der immer wieder Vermittlungen anbot (die regelmäßig von der Macht ausgeschlagen wurden) – so traurig das ist. Ohne die ebenso bestimmte wie beruhigende Wirkung der Kirche hätte es hier eine Explosion gegeben oder geben können.

Ich glaube, ich verstehe ein wenig die Lage (den Standpunkt) der Linken in der Bundesrepublik D.: Im Angesicht des Triumphgeheuls der CDU, die ihre imperiale Marktwirtschaft großräumig spinnender Konzerne weltweit, und vor allem im Osten, schon siegen sieht, und des undiskreten Charms der SPD, die ihren Demokratismus, der nichts verändert, endlich endlich bestätigt meint, ist ausführliches Wutvergießen wie selbstverständlich; es scheint, der Hochkapitalismus hat noch einmal das Rennen gewonnen. Aber was soll die Alternative sein? Noch länger ein blinkend hergerichteter Schellenbaum, scheingeputzt, und dahinter wird es morscher und morscher? Ich vermute, Gremliza und viele Andere hatten sich in den Kopf gesetzt, daß sie mit den bisher vorhandenen Konturen Osteuropas zufrieden sein mußten, sie boten eine gewisse Stabilität, und darum könne man sich über Reformversuche, die ihre erträumte Reinheit von Strukturen erst recht lädieren, lustig machen. Aber spätestens seit dem 68er Frühling und Sommer in Prag (so billig, sagt Volker Braun, wird die Einheit von Partei und Volk nicht mehr zu haben sein) gab es eine Alternative, und so gab es seit mehr als zwanzig Jahren für die DDR-Linken diese anstrengende Schizophrenie, diese andauernde Gratwanderung, sich einerseits dieses wuschelweichen (und nur versteckt knallharten) Westzugriffes zu erwehren (und den diversen Angeboten, dorten die existenznot-wendigen Pamphlete zu publizieren) und sich andererseits den Verlockungen hiesiger Macht zu widersetzen – mit einigen Kompromissen, ja ja, aber nie sich verlierend, stets Marxist/Sozialist bleibend; ich kann nicht einsehen, meine Lieben, warum Euch diese beschwerliche Art innerbetrieblicher Spaltung erspart bleiben sollte.

Aus diesem Grunde ist für mich Gremlizas Denk- und Phantasiefaulheit mitunter ziemlich unerträglich: Wie kann ein so gebildeter Schreiber, der des öfteren schon das westliche Gras wachsen hörte, als die Samenkörner gerade ausgestreut wurden, den »realsozialistischen Staaten« attestieren, sie »waren (und sind), im großen Ganzen, so 'sozialistisch', wie die Realität der kapitalistischen Weltherrschaft es zuließ; viel mehr und ganz anderes war aus dem Vorgefundenen.. . nicht zu machen« und einen »besseren Sozialismus«, den der Reformen, mit dem Hinweis auf die Kommunistische Partei Italiens bloß lächerlich zu machen suchen? Die Argumente habe ich alle schon gehört, und zwar in mehreren Jahrzehnten, von unseren Stalinistoiden, die es vielleicht, wenn sie nicht Zyniker oder blanke Selbstbereicherer oder Stumpfsinnige waren, es lieb meinten – aber objektiv Verächter des Volkes blieben, die die Mühen der Überzeugung scheuten oder für sinnlos hielten. Sozialismus ist nun mal nur mit einer (großen) Mehrheit zu machen oder gar nicht – für wen denn sonst?

Wenn Gremliza schreibt: »Wie wenig sozialistisch (gemessen an den Kriterien der Herren Marx und Engels) die realsozialistischen Staaten auch waren«, so ist das nicht die Stufe, über die man hinweg»schreiten« und zur Tagesordnung übergehen kann, sondern der Knackpunkt der ganzen Angelegenheit: Der krallenden Umarmung kapitalistischer Weltherrschaft hätte man gerade dadurch entgehen können, daß man die Vorschläge der Klassiker, die von ihnen erarbeiteten Strukturen realisiert, zumindest immer wieder vorgestellt hätte, die von ihnen angebotenen Ideale und Wertentwürfe. Aber statt Vergesellschaftung, statt der Assoziation freier (werdender) Individuen, statt der Freiheit des Einzelnen als der Voraussetzung der Freiheit Aller – was? Na, eben das! Und wenn (der inzwischen ehemalige) Ministerpräsident Stoph zum 40. Jahrestag der Unrespublica von anderen abschrieb, es seien »die Stärkung des sozialistischen Staates und die Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie untrennbar miteinander verbunden«, so ist mit solcher Formulierung untrennbar nichts als anti-marxistisches Gedanken(un)gut verbunden, das pur bemäntelte Preußentum. Daß sich so und auch sonst nichts bewegt, »wäre ein Thema«, sagt Gremliza, »unter Kommunisten und gehört also nicht hierher« – das schmeckt nach ehrenwerter Konzilianz, ich fürchte nur, er, der Sprachkünstler, der Analytiker, der so hervorragend den Machen- und Wortschaften der westlichen Zone auf den Dunkelmännerhut hauen kann, steht etwas hilflos und weltfremd da, wenn er Grund-Sätzliches über den Osten sagen soll (oder will).

Und ich fürchte, mit diesem mangelnden untersuchenden Bohren in alle Richtungen (das parteiisches Wohlwollen für Sozialismusmodelle einschließt, aber nicht für poststalinistische Rudimente) hängt ein Stil- und Wortgebaren zusammen, das zum Teil glänzende Glossierung ist und zum Teil an den flott-oberflächlichen Einheitsfeuilletonismus des »Spiegel« fatal erinnert. Der ausgeprägte Sinn für den Gag, für den Florettstich, für die schnurrig ausklingende, wohlarrangierte Satzmelodie (das kennen wir ja alle) verführt leicht, von Hausnummer zu Hausnummer zu hüpfen und da ein Bild zu setzen und dort noch schnell einen anzupissen und hier noch einen halben Gedankenfetzen zu zitieren – auf der Strecke bleibt das nur angerissene Thema, es wird zu selten genauer nachgefragt, gewendet, Ambivalentes als solches angeboten und stehen gelassen, es wird abgehakt und – erledigt. Bei so einliniger launiger Tour können die in den Westen Sich-Absetzenden wie zwangsläufig nicht gewöhnliche (so übliche) Menschen sein, sondern – na was?: »Das Gesindel, das da im Trabbi rübermacht«, und wenn Volk bei der politischen Führung mehr Demokratie einfordert, so ist das »Pöbel«. Das ist kein Lapsus, das ist schlimm.

Bei derartigen Verkürzungen ist auch die Demagogie nicht weit. Denn Gremliza kommt zu seinem letzten Reizwort nicht, indem er einen Tatbestand sachlich (wie auch immer gefärbt) offeriert, sondern durch Fälschung: »Sie, die von der

Bürgerpresse und ihrem eigenen Pöbel als Tattergreise nicht zuletzt deshalb Verhöhnten, weil sie die Nazi-Lager leider überlebt haben« usw. Ich will mich hier nicht dazu äußern, inwieweit »Bürgerpresse« sich, und sei es unterschwellig, solchermaßen darbietet, nur für die hiesigen Breiten weiß ich bestimmt, daß dies gröbster Unsinn ist: Wenn Mitglieder der alten Führungsriege noch einen Kredit hatten (und auch bei höchst konservativen Leutchen), so hing er mit ihrer Vergangenheit zusammen. Das kann aber nicht der Blankoscheck dafür sein, daß ein Volk Jahrzehnte und noch weiter alles still erduldet, was für es ersonnen ward.

Diese Art der raschen Bevor-Mundung sehe ich in ähnlicher Weise in Klußmanns Artikel "A wimper or a bang« (KONKRET 11/89) – die kriselnde DDR-Situation als Sammelsurium von Zitaten abfrühstückend, stellt sich für ihn heraus: Die beginnende Opposition ist doof, die alten Polit-Chefs sind doof, die rheinische Linke ist doof, Gorbatschow ein Blindgänger – einzig der Autor ist schlau und hat alles im Griff, außerdem gibt es noch Kuczynski und Bahro (freilich mit »Hang zu Prophetie und Exzentrik«), die auch was wußten. Das ist vielleicht die Forsche, mit der man sich einer Über-Macht erwehren muß – ich weiß es nicht, ich stelle nur fest. Fragwürdiger wird für mich, wenn aus einem zwei Seiten langen Papier des »Neuen Forums« die offensichtlich schwächlichst erscheinenden drei Sätze geklaubt werden, der Kommentar mit dem erwähnten »Stuß« eröffnet wird und es dann heißt: »Selten in der Geschichte des realen Sozialismus ist eine Oppositionsgruppe mit einem derart ärmlichen politischen Inventar angetreten«. Na, das sitzt doch erst mal: Es wird nicht erwähnt (und sei es beiläufig), daß diese Sätze in einer Notsituation entstanden und lediglich aufrufen wollten zur Verständigung über landesweit angestaute Konflikte, und unterschlagen wird, daß Gesprächsthemen angetragen werden, die Sozialisten interessieren müßten und vor schier Unlösbares stellen, denn es geht um Widersprüche in Jedem: Natürlich schielt man besonders in einer Mangelgesellschaft nach flutschendem Konsum – und soll sich andererseits zur Ökologie bekennen; natürlich will man in einem restriktiv-unproduktiven Umfeld Initiative (Selbstverwirklichung) – und soll gleichzeitig der »Entartung in die Ellenbogengesellschaft« abschwören; will die Freiheiten des Einzelnen – und soll wirkliche Solidarität auf die Fahne schreiben: Ein Spagat ist angesagt, der noch jeden Sozialisten, der nicht nur vor theoretischen Modellkonstruktionen hockt, sondern in die banale alltägliche Machtausübung gestellt ist, zur Verzweiflung bringen kann, ein »dritter Weg«, der ein zweiter werden muß. »Mieten wie in Leipzig und volle Regale wie in Hamburg«, notiert Klußmann und meint es ironisch – aber warum das eigentlich nicht? Ein Verweis auf unsägliches deutsches Kleinbürgertum hilft da wenig; die »verordnete Abstinenz gegenüber Gütern, die anderswo als Normbestandteile des 20. Jahrhunderts gelten«, nannte Hermann Kant die hiesige Art von Mißwirtschaft euphemistisch. Und soll ich noch aufzählen, mit welchen abstrusen Erscheinungen Gremliza zu kämpfen hätte, wollte er KONKRET in der DDR publizieren, abgesehen davon, daß er nie eine Lizenz bekommen hätte?

Der Hintergrund aber ist viel ernsthafter und insofern das »Neue Forum«-Programm von großzügiger Utopie, weil im Volke unvorbereitet: Spätestens Ende der sechziger Jahre wurden die als Losungen existierenden Kriterien einer sozialistischen Menschengemeinschaft aufgegeben und, da man das Mitregieren als Antasten der Machtfrage verstand und deshalb nur demagogisch schwadronierend zur Rede brachte, da man nichts an neueren Idealen und Werten anzubieten gedachte, wurde zur Abschöpfung überschüssiger Kaufkraft auf simpelste Konsumbedürfnisse gesetzt: Bau von Eigenheimen (mit Anreiz zur Vaterlandsliebe: Hier richt ich mich häuslich ein), Schrebergärten und Datschen, Autos, kleine Auslandsreisen Richtung Osten, Feiern mit viel Alkohol, Delikat- und Exquisitläden usw. Ade ihr großen sozialen Ansätze, ade ihr Sucher nach neuen Formen eines konkreten Humanismus, und wenn die Schlagsahne nicht die Münder endgültig verkleistert, dann muß eben der Schlagstock her. Wie soll bei so (un)geistiger Vorbereitung denn mehr zu erwarten sein an Angebot?

Ich will mich dennoch auf die zwei »stussigst" klingenden Sätze näher einlassen: »Faulpelze sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden; aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern.« Wahrscheinlich muß ich nochmals erklären, wie man eine Wirtschaft lahmlegen kann: Z.B. lasse man nicht einen Ökonomen, einen Experten, einen Kenner ein Kombinat leiten, sondern einen »Zuverlässigen«, er darf auch vom Fach sein; weil das nicht genügen könnte, setze man ihm einen Parteisekretär zur Seite, so eine Art Politkommissar; da das noch nicht genügen könnte, richte man am Ende des Leitungsflurs ein Büro für Staatssicherheitsbeamte ein, wo alle Aktiva und Verträge und was weiß ich noch überprüft werden; und da das nicht genügen könnte, bestelle man einen BGL (Betriebsgewerkschaftsleitungs)-Vorsitzenden, der vor lauter Vorträgen und Berichten nicht dazu kommt, in die Werkhallen zu gehen (oder sich davor fürchtet); und da das alles noch nicht genügen könnte, »vorbereite« und redigiere man die »Gesprächsbeiträge« der Arbeiter; dann lasse man sich eine Planung schenken, die in den Betrieben außer Diskussion steht, führe unrentable Betriebe ins Kombinat zwecks verschleiernder Krüppelhilfe, und wenn gar nichts mehr geht, vertraue man der »Parteischiene« – es appelliert dann die SED-Spitze der Zwischenverarbeitungsfabrik an die des Zulieferers usw. So kann man, wofür im Normalfall ein Direktor zuständig ist, einen Apparat sich aufblähen lassen, der Dutzende beschäftigt – gewiß sind sie nicht alle Faulpelze, aber nicht wenige notorische Trinker (die von einem Amt ins nächste »delegiert« werden). Wäre nun dieses System abgeschafft, drohte eine rein ökonomische Brutalität – dagegen wendet sich der zweite Halbsatz. Daß bei solcher Nichtabrechnung von Rentabilität, bei nie gezogener Konsequenz die »sozialistischen Errungenschaften« (der Gleichmacherei), die soziale

Sicherheit leicht in ihr Gegenteil umschlagen, nämlich in unsoziale Unproduktivität, Trägheit, Nichtkreativität, eine Art permanenten Bummelstreiks, ist nicht nur ein Problem der DDR, und das häufige »Krankfeiern«, währenddessen privat eifrigst gewerkelt wird, das letzte Glied einer Kette, die makabrerweise unter dem Motto quietscht: »Alle Räder stehen still,/wenn dein starker Arm es will« .

Und in dieser Situation, nur potenziert, befand sich jahrzehntelang (und befindet sich leider immer noch) die Sowjetunion: Vom bloßen Tapezieren ihres Systems kann gar keine Rede sein, es müssen erstmal die Ruinen beiseite geschafft und die gähnend leeren Baugruben als diese begriffen werden. Auch wenn die Linken des Westens ein gespanntes Verhältnis zum erzwungenen Arbeitseifer in den Konzernen haben (müssen), die (Eigentums-)Bedingungen und Ziele dort im Auge, so will ich doch einen Satz wiederholen, den ich vor einem Jahr in Baschkirien und vor einem halben in Bjelorußland immer wieder hörte: »Das Volk muß erst wieder lernen zu arbeiten« (sagte das Volk). In einem Land, in dem es egal ist, ob ich viel oder wenig arbeite, weil ich sowieso den gleichen Lohn bekomme, und selbst wenn ich mehr Lohn bekäme, dafür nichts kaufen könnte, ist das Verbleiben im Mittelalter und die Auslieferung an den Westen bei erstschlechter Gelegenheit wie vorherbestimmt. (Zu bedauern, daß ein Land, das kurz vor dem Hunger steht, nicht das Lob der Faulheit singt, kann nur Rainer Trampert einfallen.) Und wenn hinzukommt, daß ganze Völkerschaften die »Russen« als Besatzungsmacht sahen und sehen, weil jeder Ansatz zu wirklicher Kooperation oder Konföderation mit eisernem Besen vom Tisch gekehrt wurde, kann ich über gespeicherten und speichelnden Haß wenig erstaunen, wie hinterwäldlerisch die Fahnenschwenker und Sprücheklopfer auch anmuten mögen. (Warum nationales Selbstbewußtsein bzw. Nationalismus aufblüht, besonders, wenn an die kulturelle Eigenständigkeit/Substanz gegangen wurde – das ist ein Phänomen, mit dem wir uns kritisch einlassen sollten: Offenbar ist da nicht nur dumpfe Gefühligkeit im Spiel, sondern auch etwas von der Würde des Menschen, der Identität mit seinem Lebensraum .)

Aus diesem Hinter-, aus diesem Abgrund wurde ein Mann wie Gorbatschow an die Macht geschoben, der, bei allen Bremsversuchen ihn umgebender Genossen und einer Armee herrschender Bürokraten, in höchster Eile den Sternenkriegsplänen von Reagan & Co. etwas entgegenstellen, den drohenden militärtechnischen Bankrott abwenden sollte. Daß er (und andere) begriff(en), bzw. die Erkenntnis sich durchsetzte, daß ökonomistische Neuerung nicht ausreicht, sondern daß demokratisierender Aufbruch nötig ist, die Lethargie zu minimieren, als Voraussetzung für funktionierende Ökonomie, ist die erste Leistung. Die zweite Leistung ist, daß er (wie andere) die Menschenrechte (als Ethos des Marxismus) instandsetzte auch als Zeichen für eine Weltbewegung (so die Staaten des Warschauer Paktes aus quasistalinistischen Verflechtungen und Verfilzungen entlassend, ein Nebeneffekt, den man hierzulande nicht gering schätzt). Daß er (wie andere) die Doppelhelix diese Endlos-Spiralen des Wettrüstens kappte, indem er nicht weiterhin buchhalterisch die Waffenlager aufrechnete, sondern ein Neues Denken in die Welt setzte, der Gegenseite die Argumente entzog und sie der Scheinheiligkeit überführte, moralisch-diplomatisch überholte, ohne militärdoktrinär einzuholen, und das bei marodestem Background, ist seine (und anderer) Hauptleistung.

Wenn Klußmann nun diesen Gorbi als »den größten Bankrotteur in der Geschichte der UdSSR« bezeichnet, bleibt erst einmal zu fragen, ob diese Fixierung auf eine Person nicht das alte »Männer machen die Geschichte«-Klischee ist; warum sind da nicht Andere, die auf Teilgebieten entscheidendere (greifende) Vorschläge, Modelle, Lösungswege anzubieten haben? Warum rührt sich, ohne die Knute der Obersten, nichts von selbst, in der Provinz? Wahrscheinlich doch ist das Pfund, das er übernahm, nicht mal als Konkursmasse zu definieren (denn welcher Bieter würde sich finden?), wahrscheinlich sind nicht mal Voraussetzungen, materiell wie ideell, für eine NÖP-Politik vorhanden, wahrscheinlich doch ist der Zustand des Landes, auch in psychologischer Hinsicht, morbider als je geglaubt wurde. Aber welche Alternative sollte es geben? Gewiß wirken Gorbatschows moralische Appelle an die Arbeiterklasse harmlos, geht das Kreieren von Eigeninitiative daneben, weil die technische Basis fehlt (selbst für die läppischen Privatfelder der Bauern), wirken die halbherzigen Umstrukturierungen hilflos, gewiß ist auch er von der Wucht der nationalistischen Tendenzen überrollt worden – aber wie anders? Wenn der früheren Zeit mehr Stabilität zugestanden wird, so sehe ich nur, daß das schlimmere Chaos verdeckter war, und der im Land stehende Kollaps wäre eingetreten, ohne daß er auch nur einen Funken Hoffnung geschlagen hätte.

Ich fürchte, ein Teil der Linken in der Bundesrepublik begreift nicht, daß die Ergebnisse einer verfehlten Demokratie- und Wirtschaftspolitik in den protosozialistischen Ländern so sind, daß ihre Daseinsfähigkeit ohne den Beisprung des sich dumm und dämlich verdienenden Kapitalismus nicht erhalten werden kann, daß nach den bisherigen Deformationen jene durch Konzerne, leider, »in Kauf« genommen werden müssen, um sich irgendwann einmal, aufgerappelt, wiederzufinden. Die einzige Chance für einen funktionierenden Sozialismus sehe ich darin, daß durch die prinzipielle Demokratisierung des gesamten Lebens ein wirkliches Eigentümer-, Machtbeteiligungs-, Verantwortungsbewußtsein sich entwickelt (das ist gleichzeitig sein Sinn, sein Vorteil), daß man aufhört, einen Karren hinter sich herzuschleppen, auf dem nichts als ein leerer Sarg liegt. Die Geschichte ist so grausam, für jeden ungedeckten Scheck das Todesurteil zu fordern.

Manfred Jendryschik lebt in Leipzig und ist Mitglied des Zentralvorstandes des Schriftstellerverbandes der DDR. In der BRD erschienen bei Suhrkamp seine Gedichtbände »Die Ebene« und »Der feurige Gaukler auf dem Eis«.

konkret 01/90, S. 35

Jan Schmidt

Deutsche Polizisten

Am 17. November wurde eine 24jährige Antifaschistin von Göttinger Polizisten in den Tod getrieben. Es war ein ganz normaler Polizeieinsatz

»Beispiellose Grausamkeit« war am 20. November Titelthema der »Welt«; »Polizei knüppelt in Prag Protestzug nieder/ Ein Toter bei größter Demonstration seit 20 Jahren«, machte die »Frankfurter Rundschau« am gleichen Tag auf: »Mit brutaler Gewalt haben tschechische Sicherheitskräfte am Freitagabend die seit 20 Jahren größte Protestdemonstration aufgelöst und dabei nach Angaben von Menschenrechtlern einen 20jährigen Studenten totgeschlagen«. Das tschechische Ereignis, das der veröffentlichten BRD-Meinung nur als Beleg für den totalitären Charakter realsozialistischer Regimes diente, erwies sich, Tage später war es, wenn überhaupt, in kurzen Notizen nachzulesen, als Falschmeldung. Martin Smid lebt. Die Göttinger Studentin Cornelia Wissmann starb dagegen wirklich: Ihr Tod am 17. November war Zeitungen wie »FAZ« und »Spiegel« allerdings keine Zeile wert, er wurde von der »Welt« nicht als Beleg für »beispiellose Grausamkeit« der Göttinger Polizei verwendet, sondern lediglich erwähnt, weil bei anschließenden »Krawallen« auch Schaufensterscheiben zu Bruch gegangen waren.

Cornelia Wissmann ist die erste Frau, die von bundesdeutschen Polizisten in den Tod getrieben wurde; nach den Demonstranten Olaf Ritzmann, Klaus Jürgen Rattay und Günter Sare ist sie das vierte Opfer, das in den achtziger Jahren die aggressiven Einsatzstrategien zur Bekämpfung von Antifaschisten und radikalen Linken nicht überlebt hat. Bemerkenswert an dem Tod sind so auch nicht außergewöhnliche Umstände des vorangegangenen Einsatzes mehrerer Streifenwagen und Zivilfahnder nach einem Zusammenstoß von Antifaschisten und Neonazis: Es war ein ganz normaler Polizeieinsatz. Verfolgt wurde eine Gruppe von dreißig Antifaschisten. Aus dem Wagen des Leiters des Zivilen Streifenkommandos kam die Anweisung: »...Wenn wir genug Leute sind, sollten wir sie plattmachen«. Unterstützung zum »Plattmachen« bekamen die Zivilen von Uniformierten und einer Hundestaffel. Die kleine Schar wurde durch die Straßen getrieben, die Fluchtwege durch immer neue Kräfte abgesperrt, bis Cornelia angesichts eines vorfahrenden Polizeiwagens, aus dem knüppelschwingende Beamte heraussprangen und auf sie zuliefen, nur noch einen Fluchtweg sieht: mitten auf eine Straße, wo sie ein mit hoher Geschwindigkeit heranfahrender Wagen erfaßt. Genossen, die versuchen, der Schwerverletzten zu Hilfe zu eilen, erste Hilfe zu leisten, werden von einem Hundeführer ferngehalten und angepöbelt: »Legt Euch doch daneben«.

Wie bei den vorangegangenen Einsätzen mit tödlichem Ausgang haben auch die Verantwortlichen in Göttingen Namen, Anschrift und Pensionsberechtigung. Ihre Einheit, das Zivile Streifenkommando (ZSK), dessen Auflösung jetzt zahlreiche Göttinger Gruppen fordern, hat darüberhinaus eine bemerkenswerte Tradition. Anfang der achtziger Jahre war es als »Aufklärungs- und Festnahmekommando« gegründet worden. In Zusammenhang mit bekanntgewordenen rechtswidrig angelegten »Spuren- und Dokumentationsdateien«, veröffentlichten Funksprüchen («Zwei von unseren Freunden stehen gerade am Theaterkeller, spielen Anhalter, ihr könnt sie ja mal mitnehmen« – »Jau« – »Im Kerstlingröder Feld, da werden sie rausgeschmissen« – »Kleines Loch hacken, reinschmeißen«) und dauerhaftem öffentlichen Protest gegen Einsätze der »Geheimen Stadtpolizei« sah sich die Landesregierung veranlaßt, den Trupp wieder aufzulösen – und anschließend die Gründung des ZSK zu initiieren. »Die Bedrohung und Belästigung von linken Gruppen, aber auch Frauen und Ausländern«, heißt es in einer nach Cornelia Wissmanns Tod erschienenen Recherche über das ZSK, »ist in Göttingen inzwischen Alltag geworden. Da werden z.B. die BesucherInnen des Juzi regelmäßig von zivilen Polizeiwagen aus mit Ferngläsern beobachtet und mit Teleobjektiven fotografiert. Da fahren die Zivilwagen zeitweise täglich an bestimmten Wohnungen vorbei. Da werden Leute zu Fuß, auf dem Fahrrad, auf dem Mofa oder im Auto von zivilen Polizeiautos verfolgt. Da werden – häufig auf brutale Weise – Personenkontrollen durchgeführt. Und all dies ohne konkreten Anlaß.

Für die Kneipenbesucher, die am Juzi (Jugendzentrum-lnnenstadt) vorbeigehen oder zufällige Passantinnen in der Göttinger Innenstadt ist dieses Stück Göttinger Alltag nicht sichtbar.«

Seit 1987 sind Göttinger Linke, Ausländer und Frauen auch von in Niedersachsen sehr aktiven neonazistischen Gruppen ins Visier genommen worden: Brandanschläge auf Wohngemeinschaften, Überfälle auf Schwarze, Angriffe auf das Juzi gehören zum Alltag in der Universitätsstadt. In der Nacht nach Connys Tod, als Polizeikräfte aus ganz Norddeutschland Göttingen in eine große Kaserne verwandelt hatten und keine Linke einen Pflasterstein auch nur angucken durfte, ohne kontrolliert zu werden, fackelten Unbekannte unbehelligt ein Trauerplakat ab, beschossen ein Studentenwohnheim mit Gaspistolen und sprühten Parolen in der Innenstadt: »Conny war die erste«, »Tote Conny, gute Conny«.

Die Zermürbungsstrategie der Polizei und die Überfälle der Neonazis greifen ineinander und verstärken sich gegenseitig. Der ZSK-Einsatz in jener Freitagnacht hat gezeigt, daß der Bedrohung keine Grenzen gesetzt sind. »Wenn dem Tod dieses jungen Menschen überhaupt ein Sinn beigemessen werden darf, dann kann dieser nur in der Mahnung liegen, Abkehr zu nehmen von Haß und Gewalt«. Das Flugblatt, daß der Göttinger Polizeichef Will, kurz nachdem seine Untergebenen

Cornelia Wissmann in den Tod getrieben hatten, veröffentlichte, war nicht an seine Beamten adressiert: Bei der großen Trauerdemonstration am 25. November, bei der 15.000 Menschen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen demonstrierten, hieß es wieder »Knüppel frei«. Daß in Göttingen auf derartige Provokationen viele nicht mehr mit einem gewaltfreien »Bitte nicht plattmachen« reagieren, ist verständlich.

Jan Schmidt ist freier Autor und lebt in Norddeutschland

konkret 01/90, S. 36

Ralf Syring

Ausgang offen

Offensive in El Salvador: Die Befreiungsbewegung FMLN kämpft in den Straßen der Hauptstadt gegen die USA und die bürgerlichen Medien der westlichen Welt

Am 2. August 1989 veröffentlichte das Koordinationskomitee der Arbeiter und Angestellten bei staatlichen und städtischen Behörden (CCTEM) in San Salvador ein Kommuniqué, in dem die Regierung des Präsidenten Cristiani beschuldigt wurde, »dem Volk den Krieg erklärt« zu haben. Dem Protest schlossen sich zahlreiche Organisationen an: CCM, CDC, FEDECACES, CGT, FEASIES; FENASTRAS; ACCC, UNTS, UPD, UNOC, CPDN, CRIPDES, UCS, ACOPAI... Abkürzung ließe sich weiter an Abkürzung reihen. Jede von ihnen steht für eine Organisation, in der Teile der Bevölkerung El Salvadors organisiert sind. Jede von ihnen war in den letzten Monaten Ziel der militärischen Angriffe des Regimes, seiner sogenannten Sicherheitsorgane, seiner paramilitärischen Todesschwadronen, seiner regulären Armee. Einer dieser Angriffe gegen die Bevölkerung, die Ermordung der Gewerkschafterin Febe Elizabeth Velasquez, gab der am 11. November 1989 begonnenen großen Offensive der Befreiungsbewegung FMLN den Namen: »Faschisten raus – Febe Elizabeth Velasquez lebt! «

Die überraschend heftige Offensive der FMLN ist Ausdruck einer seit Jahren an Stärke zunehmenden Volksbewegung. Angesichts der Schlagzeilen und Artikel aus El Salvador, die aus Anlaß dieser Offensive erschienen sind, gilt es, sich diese Tatsache in Erinnerung zu rufen. Schon deshalb, weil selbst die Köpfe und Herzen solidarischer Menschen in Verwirrung geraten angesichts jener anderen Offensive: der publizistischen gegen den Widerstandskampf der Bevölkerung des kleinen Landes El Salvador. Diese Offensive besteht darin, daß uns über allerlei Unterschiede im Detail hinweg ein »Bürgerkrieg« in El Salvador präsentiert wird, in dem zwei Armeen einander auf Kosten einer unbeteiligten oder gelegentlich auch als »unschuldig« apostrophierten Zivilbevölkerung bekämpfen. Das entscheidende Kennzeichen dieser Zivilbevölkerung ist ihr Opferstatus. »Salvadors Volk hat sich nicht erhoben – natürlich nicht«, titelte die »Welt« am 23. I l .1989. Und in der »taz« war einen Tag später zu lesen: »Tatsächlich ist es der Guerilla nicht gelungen, einen entscheidenden Rückhalt in der salvadorianischen Bevölkerung zu gewinnen. Der 39jährige Tischler José Luis Jimenez, der vor den Kämpfen der letzten Tage in ein zum Auffanglager umfunktioniertes Fußballstadion geflüchtet ist, spricht wohl für viele. Er meint, daß die Armee die Bevölkerung nicht bombardiert hätte, wenn die Guerilla nicht angegriffen hätte«.

Die Offensive der FMLN, deren Zentrum in der Hauptstadt San Salvador lag, wo gleichzeitig alle wichtigen militärischen Einrichtungen angegriffen wurden, hatte zur Voraussetzung, daß die FMLN eben nicht wie eine Armee in die Stadt einmarschiert ist, um ihre Eroberung zu versuchen, sondern daß sie Teil der Bevölkerung der Stadt ist. Die Operationen kleiner Guerillaeinheiten, die zusätzlich in die Stadt kamen oder sich zwischendurch aus ihr zurückzogen, dienten zur Verstärkung von in der Stadt vorhandenen Strukturen. Der Armee des Regimes war das keineswegs neu. Seit Jahren spricht sie von der »subversiven Bevölkerung«. Damit ist nicht gesagt, daß sie einem geschlossen kämpfenden Volk gegenübersteht. Extreme Unterdrückung bringt nicht nur Widerstand hervor, sondern immer auch Kollaboration mit dem Feind, den Versuch, durch Wohlverhalten das eigene Elend zu mildern.

Warum die Offensive jetzt?

Im Laufe des vergangenen Jahres erschien die Politik der FMLN vielen widersprüchlich und verwirrend. Seit Sommer 1988 wurde von einer bevorstehenden Offensive gesprochen. Immer wieder tauchte in diesem Zusammenhang das Wort »Volksaufstand« auf. Kaum bemerkt überzog die FMLN seit etwa diesem Zeitpunkt das Land mit neuen Organisationsformen, deren besonderes Kennzeichen die Verbindung von politischen und militärischen Strukturen war. Sogenannte klandestine Milizen entstanden in den Städten und größeren Dörfern, später kamen die »Aufstandseinheiten für bewaffnete Aktion« (Destacamentos insurreccionales para la accion armada) hinzu. Nicht alle, die ihnen angehörten, waren bewaffnet. Gemeinsam führten sie die Aktionen gegen Einrichtungen des Militärs und der verschiedenen Polizeitruppen durch. Diese Einheiten setzten sich aus Menschen in den Stadtteilen zusammen, die ganz unauffällig ihrer Arbeit nachgingen, vielleicht ambulante Händlerinnen waren, Marktfrauen oder Handwerker .

Parallel zum Aufbau dieser Strukturen entfaltete die FMLN eine intensive diplomatische Aktivität. Es war dabei überraschend, wie weit die von der FMLN dem Regime angebotenen Konzessionen gingen. Nicht nur war die Befreiungsbewegung befreit, an Wahlen teilzunehmen und deren Ergebnis ohne Bedingungen zu akzeptieren, also eventuell auch die Waffen niederzulegen. Sie verzichtete am Ende sogar darauf, an der Regierung beteiligt zu werden, während die Wahlen vorbereitet würden. Schließlich schien es, als bliebe von den ehemals revolutionären Forderungen der FMLN nichts übrig als ein paar humanitäre Petitionen, die die Bestrafung der brutalsten Verbrecher des Regimes und die Zurückdrängung der Intervention der USA zum Ziel hatten. Besorgt fragten sich Mitglieder der internationalen Solidaritätsbewegung, ob das denn nicht zu weit gehe, und interpretierten die Verhandlungsangebote gelegentlich so, wie

das Regime es offenbar trotz wiederholter Warnungen der FMLN auch tat: Wenn die FMLN so weit zu gehen bereit sei, um den Krieg zu beenden, müsse sie recht schwach sein.

Sie ist es nicht. Sie hat versucht, das auszuführen, was sie öffentlich ankündigte: die Ausweitung des Aufstandes zu verhindern. Und das bedeutete: die Zahl der Opfer dieses Krieges so klein wie möglich zu halten. Darauf hat die Staatsmacht sich nicht eingelassen. So mußten die Menschen im Widerstand den Weg gehen, den sie bisher immer gehen mußten: den Weg des militärischen Angriffs. Bemerkenswert an diesem Angriff ist nun, daß er sich nicht direkt auf die Eroberung der Staatsmacht richtet. Nach den öffentlichen Aussagen der FMLN geht es ihr allein darum, das Regime zu Verhandlungen zu zwingen, in denen es um die Beendigung der Repression und damit um die Beendigung des Krieges gehen soll.

Die komplizierte Lage, der sich die FMLN bei diesem Unterfangen gegenüber sieht, wird durch das Kriegsführungskonzept der USA bestimmt. Es ist daher zum Verständnis der Abläufe unabdingbar, sich die Kennzeichen des US-Krieges »geringer Intensität« zu vergegenwärtigen: Dieser Krieg hat sein Ziel nicht in der territorialen Kontrolle eines Landes, die im Regelfall kriegerische Auseinandersetzungen beendet. Er hat sein Ziel vielmehr darin, daß er geführt wird, möglichst lange, möglichst billig und doch eine am Ende noch rentable Form der Verfügung über die Bevölkerung bzw. deren teilweise Vernichtung bringt. Die FMLN hat diesem Konzept in den letzten Jahren u.a. den erfolgreichen Versuch entgegengesetzt, den Krieg für die USA immer teurer zu machen. Nicht undenkbar erscheint es, daß sich die USA zu einem taktischen Rückzug gezwungen sehen, in San Salvador eine Regierung tolerieren müssen, mit der auch die FMLN einverstanden sein kann, und den Krieg nach dem Muster der Contra gegen Nicaragua weiterführen.

Wenn auch die FMLN deutlich die Initiative in diesem Krieg hat, so kann sie seinen Verlauf doch nicht einfach bestimmen. Dafür ist der Gegner – und das ist das US-Regime – zu stark. Die gegenwärtige militärische Offensive hat die Machtverhältnisse in El Salvador erkennbar gemacht. Ob das ein wenig früher oder ein wenig später noch deutlicher ausgefallen wäre, ist von hier aus nicht zu beurteilen und wahrscheinlich selbst für die FMLN schwer einzuschätzen. Wichtige Gründe für den aktuellen Angriff in El Salvador waren die immer heftiger werdenden Attacken des Regimes gegen die Bevölkerung, das seit Monaten spürbare Drängen von Teilen der Bevölkerung nach offensiven Aktionen, die immer schneller fortschreitende wirtschaftliche Verelendung. Und es sind die historischen Erfahrungen mit einzubeziehen: Das Massaker von 1932, als nach einem landesweiten Aufstand die Diktatur in wenigen Tagen 30.000 Menschen ermorden ließ; die »Endoffensive« der FMLN von 1981, deren Scheitern inzwischen in der Befreiungsbewegung darauf zurückgeführt wird, daß sie erst einsetzte, als der Höhepunkt der Bereitschaft zum Aufstand in der Bevölkerung bereits überschritten war, zu spät also.

Dieses Mal war sich die FMLN-Führung zu Beginn der Offensive klar darüber, daß diese für mindestens drei Tage von den organisierten Kräften allein durchgehalten werden müsse. Erst dann werde die unbewaffnete Bevölkerung eingreifen, sich selbst exponieren, ein lebensgefährliches Risiko eingehen. In der Tat scheint der Ablauf dieser Erwartung entsprochen zu haben. Manche Äußerungen aus der FMLN-Führung deuten allerdings darauf hin, daß eine noch massivere Beteiligung der unbewaffneten Bevölkerung erwartet worden war.

Prozeß der Befreiung

Entscheidend für uns, die wir mit dem Befreiungskampf solidarisch sind, ist die Beachtung genau der Prozesse, in deren Verlauf unter den Bedingungen dieses Krieges sich Menschen befreien. Und das sind jene Prozesse, in denen Menschen eigene Wege suchen, sich der Angriffe des Regimes zu erwehren und für sich bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Das ist in den letzten Jahren vielfältig geschehen, und zwar am intensivsten da, wo die FMLN bereits Macht ausübt. Dabei finden sich die Organisationsformen der Menschen auf beiden Seiten der Grenze, die durch die Legalität markiert ist. Wenn das Regime immer wieder die legalen Gewerkschaften, die Organisationen der Mütter von politischen Gefangenen, Verschwundenen und Ermordeten, Landarbeiterorganisationen und andere als Fassaden der FMLN bezeichnet und bekämpft hat, dann hat es verstanden, daß es im Land eine breite Aufstandsbewegung gibt, die in ihrer Gesamtheit längst die Machtfrage gestellt hat. Dabei kann nicht behauptet werden, daß die FMLN eine Hegemonie über die Strukturen gewonnen hat, in denen die Bevölkerung sich organisiert. Die FMLN ist ein wichtiger Teil der Oppositionsbewegung, sie weiß das und verhält sich entsprechend. In diesem Punkt hat es innerhalb der FMLN eine wichtige Entwicklung gegeben. Viele Kader mußten erst lernen, daß die Organisationsformen der Bevölkerung nicht Kaderschulen für die eine oder andere Partei waren.

Die FMLN ist sich, insofern sie politische und militärische Macht hat, über ihre Rolle immer klarer geworden. So äußerte sich ihr Kommandant Leonel Gonzales in einem Interview mit Marta Harnecker zur Aktion in den Städten so: »Was die Aktion in den Städten zu erreichen sucht, ist, die Fähigkeit der Massen zum Aufstand neu zu aktivieren«. Und das geht nicht einfach, indem eine organisierte Truppe vom Land in die Stadt geht. Leonel Gonzales: »Ich glaube, daß die Erfahrung damit, Kräfte vom Land in die Stadt zu verpflanzen, für keine Organisation ein gutes Ergebnis gebracht hat; denn was das Entstehen einer Kraft bestimmt, ist ihre soziale Basis, die Kenntnis des Terrains, auf dem sie sich bewegt, in diesem Falle

also der Stadt, und die Kenntnis der Psychologie des Feindes. In dem Maße, in dem wir angefangen haben, unsere Arbeit mit den Massen in der Stadt wiederaufzunehmen, haben diese selbst ihre eigenen Kampfinstrumente entwickelt . . .«

Zum Zeitpunkt, da dieser Artikel geschrieben wird, ist die Offensive der FMLN im Gang, ihr Ausgang offen. Es ist schwer, Solidarität in einer Weise auszudrücken, die der Intensität des Kampfes in El Salvador angemessen wäre. Das liegt daran, daß wir hier in den meisten Fragen rat- und perspektivlos sind. Dennoch der Appell: Tun wir aus unserer Schwäche heraus, was uns möglich ist. Widersprechen wir der fein abgestuften publizistischen Offensive gegen die FMLN! Und unterstützen wir den Volksaufstand materiell:

Waffen für El Salvador, Postscheckkonto Berlin-West 28859-107 (Freunde der alternativen Tageszeitung, Berlin);

Medizinische Hilfe: medico international, Frankfurt, Stichwort »El Salvador«, Postscheckkonto Köln 6999-508;

Gesundheitsladen Berlin, Stichwort »El Salvador«, Postscheckkonto Berlin-West 38513-105

Neue Literatur:

Gesundheitsladen Berlin/medico international (Hrsg.): Krieg in El Salvador. Widerstand gegen die Weiterentwicklung der Unterentwicklung. Eine Einführung. Berlin Oktober 1989;

Ulf Baumgartner u.a.: D'Aubuissons neue ARENA. Stop der Entwicklungshilfe an El Salvador. Bonn, Frankfurt, Oktober 1989.

Ralf Syring ist Vorstandsmitglied des Vereins El Salvador Libre

konkret 01/90, S. 38

Horst Kahrs

»Eine sparsame Lebensführung«

Während die kapitalistische Welt die Niederlage der sozialistischen Planwirtschaften feiert, wird in der Bundesrepublik das amtliche Existenzminimum neu vermessen. Ab 1990 soll das Sozialhilfeniveau nicht länger anhand eines "Warenkorbs«, sondern mit Hilfe eines Statistik-Modells errechnet werden, das das Bedarfsprinzip abschafft und den 'Sozialstaat' von der Selbstverpflichtung befreit, die Befriedigung der Grundbedürfnisse zu garantieren

I

Zehn Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung, schätzte der erste, im November 1989 vorgelegte »Armutsbericht« des »Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes«, sind arm, wobei er die Armutsgrenze bei einem monatlichen Einkommen von weniger als vierzig Prozent des gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens zieht, was etwas mehr als das gegenwärtige Niveau der Sozialhilfe ausmacht. Sozialhilfe, die »Hilfe zum Lebensunterhalt« nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) bildet im bundesdeutschen Lohn- und Sozialeinkommenssystem den untersten Sockel, das »letzte Auffangnetz«. Diese »Hilfe zum Lebensunterhalt«, die nicht nur das bloße Überleben, sondern auch »die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft ermöglichen und die Führung eines menschenwürdigen Lebens sichern« soll, die also Elemente eines sozialen Existenzminimums insoweit enthält, als sie »menschenwürdige Armut« definiert, deren Inanspruchnahme gleichwohl jedoch mit sozialstaatlicher Schröpfung unmittelbarer Verwandter und der staatlichen Überwachung der Arbeitspflicht verbunden ist, setzt sich aus drei Teilen zusammen. Der monatliche Regelsatz für Ernährung, Haushaltsführung und »persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens« beträgt für einen alleinstehenden Haushaltsvorstand im Bundesdurchschnitt zur Zeit 425 Mark; hinzukommen sollen die tatsächliche Warmmiete sowie einmalige Beihilfen im Falle eines nachgewiesenen »notwendigen Bedarfs« an Bekleidung und unverzichtbaren Haushaltsgeräten. Nach sozialstaatlichem Selbstverständnis soll unter dieses amtliche Existenzminimum niemand absinken können; denn Löhne, lohnorientierte Sozialeinkommen wie Arbeitslosenunterstützungen und Renten sowie private Unterhaltszahlungen müssen, so ebenfalls das geduldige Papier, durch ergänzende Sozialhilfe bis zum Sozialhilfe-Niveau aufgestockt werden.

In den vergangenen 10 Jahren nahmen immer mehr Einwohner und, vor allem, neue Bevölkerungsgruppen diese offizielle Armutsgrenze als Schutz gegen Lohnsenkungen, prekäre und flexibilisierte Arbeitsverhältnisse, gegen Ausgrenzungen und Kürzungen bei der lohn- und leistungsorientierten Arbeitslosenunterstützung sowie bei der Auflösung familiärer Reproduktionszusammenhänge in Anspruch. Trotz restriktiver Gewährungspraxis der kommunalen Sozialämter und administrativer Schwellen, unter denen insbesondere diejenigen, die am dringendsten Unterstützung benötigen, leiden; trotz gezielter Abschreckungsmaßnahmen, wie dem in einigen Städten eingeführten System »gemeinnütziger« Pflichtarbeit, durch das alle arbeitsfähigen Unterstützungsempfänger zur Prüfung ihres »Arbeitswillens« rotieren müssen; trotz einer Reihe von relativen und absoluten Kürzungen bei den Regelsätzen und den einmaligen Beihilfen; und trotz einer z.T. auf 50 Prozent geschätzten Dunkelziffer derjenigen, die aus Unkenntnis, Scham und Stolz auf Sozialhilfe verzichten – gerade älteren Menschen ist die fürsorgerisch-polizeiliche Tradition der öffentlichen Wohlfahrt im Gedächtnis geblieben – ; trotz alledem verdoppelten sich die Sozialhilfekosten von 1980 bis 1988 auf 28 Milliarden Mark – und übertrafen damit den gesamten bundesdeutschen Banken- und Sparkassengewinn von 1988 tatsächlich um 6 Milliarden . Die Zahl der Unterstützten stieg auf 3,3 Millionen, wobei die entscheidende Steigerung bei der »Hilfe zum Lebensunterhalt« und nicht bei der »Hilfe in besonderen Lebenslagen« (Pflegekosten, Eingliederungshilfen für Behinderte) stattfand.

Im Gefolge der kapitalistischen Modernisierungserfolge, der Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Sanierung der Arbeitslosenunterstützung wandelte sich die sozialstaatliche Funktion der Sozialhilfe. Als Hauptursachen der Sozialhilfebedürftigkeit registrieren die amtlichen Statistiker nicht mehr, wie in den sechziger und siebziger Jahren, unzureichende Renten- und Versorgungsansprüche, Krankheit, Behinderung, »Ausfall des Ernährers« oder »Arbeitsentwöhnung«, d.h. Phänomene traditioneller, »alter« Armut aufgrund individuell zurechenbarer, aber gesellschaftlich anerkannter, zugelassener physischer oder sozialer Arbeitsunfähigkeit. Zur Hauptursache des laufenden Sozialhilfebezugs ist Arbeitslosigkeit geworden, d.h. die Einkommenslosigkeit von nach den gesellschaftlichen Normen arbeitsfähigen Personen; deutliche Zunahme verzeichnet auch die Kategorie »unzureichendes Erwerbseinkommen«, d.h. Armut trotz bzw. wegen Lohnarbeit; schließlich hat die Zahl der alleinerziehenden Frauen, die von Sozialhilfe leben, jährlich um fünf Prozent zugenommen, 1988 lebten 220.000 Frauen mit ihren Kindern von Sozialhilfe, und zwar nicht vorübergehend, sondern in langfristiger Perspektive.

In den Städten und Regionen hoher Massenarbeitslosigkeit machen »Arbeitslosigkeit« bzw. keine oder ungenügende Arbeitslosenunterstützung und »unzureichendes Erwerbseinkommen« als Ursache der Sozialhilfe-Bedürftigkeit bis zu 70 von 100 Fällen aus. Jährlich werden an die 200.000 verheiratete Frauen durch die Bedürftigkeitsprüfung vom Arbeitslosenhilfe-Bezug ausgeschlossen; die Arbeitslosenhilfe-Bezüge sanken, vor allem für die meisten erwerbslosen

Frauen, durch Leistungskürzungen, erneutes Anwachsen der Niedriglohngruppen und Zunahme der verschiedenen Formen der Teilzeitarbeit unter das Sozialhilfe-Niveau. Im neuen Lebensmodell der »Rotationsarbeitslosigkeit« wurde der zeitweilige Sozialhilfe-Bezug bzw. die Aufstockung eines 450-Marks-Jobs durch ergänzende Sozialhilfe zu einer festen Größe. Daß die Zahl der Sozialhilfe-Anträge trotz abnehmender Arbeitslosenzahlen in den letzten Jahren anstieg, dokumentiert die verschärften sozial- und arbeitsmarktpolitischen Selektionsprozesse: Vor allem (ältere) Langzeitsarbeitlose und jüngere, ungelernte, »unangepaßte« Arbeitslose werden aus der Arbeitslosenunterstützung endgültig verdrängt oder erst gar nicht in die Lage gesetzt, Ansprüche auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe zu erwerben.

Die in diesen Phänomenen zutage tretende schleichende Auflösung der überkommenen sozialstaatlich hierarchisierten Abgrenzung der Reproduktion »arbeitsfähiger Armer« nach Versicherungsprinzipien machte, oft verdeckt unter den Schlagworten der »Neuen Armut« einerseits und der unzulässigen Belastung der kommunalen Haushalte durch die gesellschaftlichen Kosten der Massenarbeitslosigkeit andererseits, letztlich die Konstruktionsprinzipien der Sozialhilfe selbst zu einem sozialpolitischen Problem ersten Ranges. Denn während die am vorherigen Lohnarbeiterstatus bemessene Arbeitslosenunterstützung sowohl die Stellung des Unterstützten in der sozialen und beruflichen Lohn- und Leistungshierarchie in die Arbeitslosigkeit verlängert als auch sinkende Lohneinkommen und soziale Neuzusammensetzungsprozesse gleitend in sinkende Einkommen umzusetzen vermag, also in ihren zentralen Funktions- und Wirkungsmechanismen am Arbeitsmarkt orientiert ist, ist die Sozialhilfe bedarfsorientiert und soll die Befriedigung »existentieller Bedürfnisse« auf Ernährung, Kleidung, Wohnung und minimalste »persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens« sichern.

Der im BSHG verankerte Rechtsanspruch auf Sicherung des »notwendigen Lebensunterhalts« wirkt damit kontraproduktiv gegenüber den arbeitsmarktpolitischen Ausgrenzungen. In einem Meer von Deregulierungs- und Flexibilisierungsmaßnahmen im Rahmen eines kapitalistischen Modernisierungsprogramms, welches wachsende relative (und absolute!) Verarmung als seine conditio sine qua non setzt, erweist sich das Bedarfsprinzip der Sozialhilfe als dysfunktional, weil es aufgrund seines sozialpolitischen Konstruktions- und Berechnungsschemas nicht ohne weiteres, d.h. nur um den Preis offener Verletzung seiner immanenten Prinzipien als sozialpolitische Waffe einer durchstartenden »Zwei-Drittel-Gesellschaft« zu gebrauchen ist. Kürzungen bei der Sozialhilfe sind Voraussetzung für Lohnsenkungen und Kürzungen in anderen sozialstaatlichen Abteilungen, wenn sie denn mehr sein sollen als eine bloße Umverteilung der unproduktiven Kosten und zudem dazu führen, daß, wie die Bundesbank bedauerte, »viele Gemeinden ihre Ausgaben für kommunale Sachinvestitionen beträchtlich reduzieren« mußten.

Seit Anfang der achtziger Jahre arbeiten verschiedene Arbeitsgruppen der Arbeits- und Sozialminister der Länder und des Deutschen Städtetages an einer neuen Berechnungsgrundlage für die Regelsätze, die die schleichende politische und tatsächliche Verabschiedung vom sozialpolitischen Bedarfsprinzip vollenden und die Sozialhilfe mit einem gleitenden Anpassungsmechanismus an die Entwicklungen unterer Einkommensschichten versehen soll. Das »Warenkorb-Modell« hat ausgedient, es soll durch ein »Statistik-Modell« ersetzt werden.

II

Die Höhe der Sozialhilfe-Regelsätze errechneten die Länderbehörden bisher nach einem Warenkorb-Modell. Nach scheinbar wissenschaftlichen, vor allem ernährungsphysiologischen Standards wurde eine Warenmenge zusammengestellt, mit der jedermann und jedefrau in der BRD soll leben können: 400g einfaches Hefegebäck, I Dose Ochsenschwanzsuppe, 6kg vorwiegend festkochende Kartoffeln, 180g frische Rinderleber, 125g Rollmops 1,41 Mineralwasser ohne Geschmack, 150g ungemahlenen Bohnenkaffee, 0,2 Stubenbesen, 2 Rollen Toilettenpapier, 0,10m Wundpflaster, 4 Briefmarken, I Kinokarte usw. usf. Die Aussage dieses Warenkorbes lautet: Das braucht der Mensch zum Leben – und: mehr nicht. Die Regelsätze sollen so bemessen sein, daß alle im Warenkorb enthaltenen Gegenstände gekauft werden können. Gleichzeitig soll die Zusammensetzung dieses Warenkorbes periodisch den veränderten Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten der Bundesdeutschen angepaßt werden.

Dieses objektivierte, wissenschaftlich verbrämte Bedarfsbemessungssystem geriet seit Beginn der achtziger Jahre in eine sozialpolitische Funktionskrise. Es taugte, anders als in Zeiten sozialpartnerschaftlicher Vollbeschäftigungspolitik und allgemein wachsenden Lebensstandards, nicht mehr zur Legitimation sozialstaatlich reproduzierter Ausgrenzung, als es darum ging, die Logik des marktwirtschaftlich orientierten Sozialsystems zu entfalten, nach der Leistungskürzungen immer dann erforderlich sind, wenn immer mehr Menschen auf Sozialeinkommen angewiesen sind. Eine Ende der siebziger Jahre anstehende Warenkorb-Reform fiel den sozialliberalen Krisenlösungskonzepten zum Opfer, da sie, auf der Basis der immanenten Berechnungsprinzipien, eine Regelsatzerhöhung um 31 Prozent erforderte. Stattdessen wurden das »Abstandspostulat«, die inoffizielle Meßlatte der Regelsätze, nach der das Sozialhilfeniveau unterhalb der unteren Lohngruppen verbleiben muß, ins BSHG selbst eingefügt und bis 1985 nicht einmal die jährlichen Preissteigerungen ausgeglichen, so daß das relative Einkommensniveau von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern unter den Standard

des Jahres 1970 sank. Die Warenkorb-Reform von 1985 – eine Notlösung angesichts stockender Arbeiten an einer grundsätzlichen Reform – änderte daran wenig; sie führte die preisliche Bewertung des Warenkorbes anhand von Billigstpreisen ein und offenbarte das Dilemma des Bedarfsprinzips: Kürzungen beim Posten »Schwund und Verderb« führten dazu, daß jetzt auch alleinstehenden Unterstützten die Anschaffung eines Kühlschrankes ermöglicht werden mußte, da der Warenkorb eine wirtschaftlichere Haushaltsführung voraussetzte...

Die Entpolitisierung durch Verwissenschaftlichung, Zweck des Warenkorbes, bekam in den Jahren des sozialstaatlichen Umbaus Risse; in dem Maße, in dem das Bedarfsprinzip politisch verabschiedet wurde, gedieh der Warenkorb plötzlich zum Argument der Unterstützten: Neben die kritisch gewendete Anschaulichkeit des Ausmaßes der sozialstaatlichen Ausgrenzung vom wachsenden gesellschaftlichen Reichtum in unzähligen öffentlichen Zurschaustellungen des kargen Warenkorbes trat der ebenso einleuchtende Verweis darauf, daß die festgelegten Mengen des existentiellen Bedarfs mit dem zur Verfügung gestellten Geld gar nicht vollständig erworben werden konnten. Die achtziger Jahre machten die Kalkulation mit einem Sozialhilfe-Einkommen für viele nicht nur zu einer Selbstverständlichkeit – Experten der Bundesbank definierten im April 1989 die »veränderte Einstellung zur Beanspruchung von Sozialhilfe« gerade bei jüngeren Erwerbslosen als zentrales Problem der neunziger Jahre, da bereits vielfach das Ziel: die »Hilfe zur Selbsthilfe«, der Druck in prekäre Arbeitsverhältnisse, nicht erreicht werde; sondern sie lernten auch die Spielregeln: ihre Einkommensansprüche als »notwendigen Bedarf« an Bekleidung, Spielzeug für Kinder, ausreichender Ernährung, Fahrrädern oder einem Buch in die kommunale Öffentlichkeit zu tragen und Sozialämter unter Legitimationsdruck zu setzen: Das brauchen wir zum Leben, warum erhalten wir es nicht?

Die Antwort enthält zukünftig das »Statistik-Modell«. Bereits die 56. Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der Länder (ASMK) im April 1982 erteilte einer interministeriellen Arbeitsgruppe den Auftrag, eine neue Berechnungsgrundlage für die Regelsätze zu erarbeiten. Ende März 1984, diskutierte die 59. ASMK erstmals das von den Kommunen favorisierte »Statistik-Modell« und sprach sich grundsätzlich dafür aus. Bis 1987 zog sich die methodische Ausarbeitung hin, bis Ende Oktober 1989 währte seine finanzielle Ausgestaltung, ab 1990 tritt es stufenweise in Kraft.

Im Gegensatz zum Warenkorb-Modell geht das Statistik-Modell nicht mehr von einer verwissenschaftlichten, idealtypischen Bedarfsmenge aus, sondern von der Annahme, »daß die Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten von Alleinstehenden und Mehrpersonenhaushalten vergleichbarer unterer Einkommensgruppen als eine die notwendigen Bedürfnisse deckende Lebensführung angesehen werden können, die der Würde des Menschen entspricht«, so die Vorlage zur 59. ASMK. Ausgangspunkt der Regelsatzermittlung nach diesem Verfahren sind die Verbrauchs- und Ausgabegewohnheiten unterer Einkommensschichten, deren Lebensstandard als der Menschenwürde entsprechend gesetzt wird. In einem zweiten Schritt werden von diesen verbrauchsstatistischen Daten Abschläge für »sozialhilfetypische Abweichungen« vorgenommen, um den Abstand des Sozialhilfe-Niveaus zu den unteren Einkommensgruppen zu wahren. Dieser Übergang von der Bedarfs- zur Verbrauchsermittlung vermeidet, so die Arbeits- und Sozialminister 1984 grundsätzlich »viele Detailschwierigkeiten der Warenkorbmethode«, weil nun »auf das tatsächliche Ausgabeverhalten gerade von Nicht-Sozialhilfeempfängern« mit vergleichbaren Einkommen abgestellt werde. Die weitere methodische Ausarbeitung sollte den offensichtlichen Zirkelschluß kaschieren und zugleich sicherstellen, daß »die durch die bundesgesetzlichen Regelsatzanpassungen bewirkten strukturellen Änderungen nicht voll zurückgenommen werden« (Protokoll der 59. ASMK).

Die ASMK setzte bei der Auswahl der zum Maßstab erkorenen Einkommensgruppe aus der statistischen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1983 als »Referenzgruppe« Einpersonenhaushalte mit einem monatlichen Einkommen von 800-1000 Mark fest: Einkommen, die nur um 4 Prozent über der von der ASMK errechneten Sozialhilfeschwelle liegen; Einkommen, die sich aus Niedriglöhnen plus Wohngeld oder nur aus Sozialeinkommen zusammensetzen. Zukünftig sollen die Regelsätze entsprechend dem Durchschnittsverbrauch dieser statistischen Referenzgruppe schwanken. Im Statistik-Modell existiert keine (einklagbare) Untergrenze mehr, die durch einen wie auch immer bestimmten »eigentlichen Bedarf« definiert ist. Die Regelsätze werden flexibel; ihre sozialpolitische Botschaft lautet zukünftig: »Der Hilfeempfänger kann nicht verlangen, daß ihm (...) Beträge zukommen, die höher sind als die Ausgaben vergleichbarer Bevölkerungsgruppen, die ihren Lebensunterhalt aus Arbeitseinkommen bestreiten« (59. ASMK).

Obwohl es sich bei dieser zirkulären Begründung des Sozialhilfe»bedarfs« um einen theoretischen Taschenspielertrick handelt, steht zu befürchten, daß er jedermann schlagend einleuchtet: Warum sollte ein Sozialhilfeempfänger genausoviel oder gar mehr erhalten als eine angeblich nicht aus Sozialhilfeempfängern bestehende »Referenzgruppe«? Tatsächlich wird über die Referenzgruppe das in den achtziger Jahren durchgedrückte Armutsniveau zum ausreichenden Maßstab für »Menschenwürde« gemacht. Methodische Mängel, die in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung kaum vermittelbar sind, etwa der, daß die soziale Zusammensetzung der Referenzgruppe nicht der der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger entspricht, werden lapidar beiseite geräumt: »Dieser grundsätzliche methodische Mangel läßt sich nicht ausräumen.« In der gleichen Manier wurde ein erstes Ergebnis des Statistik-Modells, welches zu einer Erhöhung der Regelsätze für Einpersonenhaushalte um knapp 11 Prozent führte, durch schlichtes Streichen weiterer »nicht sozialhilfetypischer Ausgaben« auf eine Erhöhung von 4,5 Prozent zurechtgestutzt.

Für größere Haushalte, insbesondere Familien mit zwei und mehr Kindern, bringt die Reform gar eine Kürzung des verfügbaren Haushaltseinkommens. Bereits zu Beginn der Reformbemühungen hatten die Sozialstaatsbürokraten eine »Überausstattung« festgestellt, die sie aus dem Vergleich der addierten Regelsätze für Haushaltsangehörige mit den statistischen Verbrauchsdaten errechneten. So sank z.B. der statistisch erfaßte Ernährungsaufwand mit zunehmender Familiengröße. Der sozialpolitische Angriff des Statistik-Modells wird nirgends so deutlich wie hier: »Während die Verbrauchsangaben für einen Alleinstehenden als die eines Einpersonenhaushaltes mit einem vorgegebenen monatlichen Einkommen definiert werden können, ist die Zuordnung der Ausgaben größerer Bedarfsgemeinschaften zu Einzelpersonen unmöglich. Die Statistik ist – ebenso wie der einzelne Haushalt – nicht in der Lage, die Aufwendungen für das einzelne Haushaltsmitglied zu quantifizieren (...) Der geringere durchschnittliche Aufwand für Personen in Mehrpersonenhaushalten läßt sich sicher teilweise mit den Möglichkeiten einer wirtschaftlicheren Haushaltsführung begründen. Hinzu kommt, und dies zeigt auch die allgemeine Lebenserfahrung, daß in größeren Haushalten eine sparsamere Lebensführung festzustellen ist.«

Nichts verdeutlicht den sozialpolitischen Abschied von Vorstellungen einer irgendwie gestalteten »bedarfsorientierten Einkommenssicherung« besser als diese methodische Bankrott-Erklärung. Daß gerade bei »unteren Einkommensschichten« das Reproduktionsniveau entscheidend von unbezahlter Reproduktionsarbeit in der Familie, vom objektiven Zwang zur Sparsamkeit in seinen verschiedensten Formen, von Ausgaben-Umschichtungen zu Lasten von Ernährung und Kindern usw. geprägt wird, dieser »Sparvorteil einer familiären Gemeinschaft«, unbezahlte Haus- und Kindererziehungsarbeit, soll mittels des Statistik-Modells als sozialstaatliche Kostenersparnis abgeschöpft werden.

III

Die Einführung des Statistik-Modells signalisiert den allfälligen Durchmarsch der sozialen Marktwirtschaft. Die grundsätzliche Abschaffung des Bedarfsprinzips befreit den Sozialstaat von der – theoretischen – Selbstverpflichtung, die Befriedigung einer bestimmten Summe von Grundbedürfnissen tatsächlich sicherzustellen. Gleichzeitig ratifiziert die Reform der Sozialhilfe-Berechnung das in den achtziger Jahren erreichte Maß an Spaltung, Ausgrenzung und Verarmung, in dem es den Lebensstandard allenfalls des »unteren Viertels« – statt des gesellschaftlichen Durchschnitts – als Norm setzt. Und schließlich kann der Umbau des Sozialstaates als vorläufig abgeschlossen gelten: Die Flexibilisierung der Sozialhilfe, der Einbau eines gleitenden Verarmungsmechanismus' beseitigt das letzte immanente Hindernis für weitere Deregulierungen, Lohndifferenzierungen und -senkungen. Sozialpolitisch unterstreicht die Einführung des Statistik-Modells, die im Grundsatz auch von Sozialdemokraten und Wohlfahrtsverbänden unterstützt wird, das Ende einer Ära sozialreformerischer Diskussionen, die um die Sockelung des Sozialeinkommenssystems durch eine »bedarfsorientierte Grundsicherung«, ein »Mindest-« oder »Grundeinkommen«, d.h. um die Garantie eines sozial ausreichenden arbeitslosen Einkommens kreisten. Dieses Recht einzufordern, ist heute kaum noch Thema linker Politik: Die gesellschaftliche Diskussion um Arbeitslosigkeit und Verarmung als systematische Resultate kapitalistischer Akkumulation zerbrach an deren Stabilität, bestenfalls werden heute noch sozialarbeiterisch-betreuende Sondermaßnahmen für diejenigen eingefordert, denen es an Mobilität, Flexibilität und Bereitschaft mangelt, den sich ständig ändernden Anforderungen des dahinrasenden technischen Fortschritts und der imperialistischen Konkurrenz hinterherzuhecheln.

Die endgültige Verabschiedung des Statistik-Modells hätte beinahe, wären da nicht die Proteste eines knappen Hunderts unentwegter Vertreterinnen und Vertreter von Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen sowie mahnende Appelle einiger Wohlfahrtsverbände gewesen, unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden. Der bundesdeutsche Sozialstaat startet mit guten Karten in die neunziger Jahre, um die »Chance EG-Binnenmarkt 92«, dieses gigantische Deregulierungsprojekt, zu nutzen: Seine eigene Deregulierung geht einher mit dem Verlust linken politischen Terrains, wo es angesichts wachsenden, staatlich geschürten Neorassismus' und massenhafter Verarmung einerseits und neuer konsensstiftender Lust am Konsum andererseits dringend angezeigt ist, Verarmung im Reichtum wieder von einem nur noch in den Statistiken über Langzeitarbeitslosigkeit, Frauen- und Kinderarmut, über Wohnungsmangel und »finanzielle Belastungen« existierenden Problem zu einem gesellschaftspolitischen zu machen.

Gleichzeitig mit der Neubestimmung der bundesdeutschen offiziellen Armutslinie durchstreiften Angestellte des Statistischen Bundesamtes Wiesbadener Kaufhäuser und packten ihren Warenkorb neu, mit dem sie in den nächsten Jahren Inflationsraten und Lebenshaltungskosten der Zwei Drittel amtlich ermitteln wollen. 751 käufliche Güter und Dienstleistungen führen den Statistikern die Verbrauchs- und Ausgabegewohnheiten ihres bundesdeutschen »Otto Normalverbrauchers« vor Augen, wobei den gegenüber 1980 veränderten Konsumtrends durch die Aufnahme etwa von Tennisschlägern, bleifreiem Benzin, Karottensaft sowie Fertigpudding und dem Rausschmiß von Haarwasser, Frucht-Joghurt, Herrenschlafanzügen und Schwarz-Weiß-Fernsehern Rechnung getragen wird.

Horst Kahrs lebt als Erwerbsloser in Oldenburg und ist Mitarbeiter der Redaktion von »SIESTA«, Zeitung der »Arbeitslosenhilfe Oldenburg«

Kasten Seite 41 »Die Ermessensfalle«

Während die Regelsätze den Kommunen von den jeweiligen Bundesländern vorgegeben werden, stehen die anderen Elemente der »Hilfe zum Lebensunterhalt« weitgehend in kommunalem Ermessen. Mietkosten und einmalige Beihilfen definieren das Feld alltäglicher Auseinandersetzungen mit den Sozialämtern. So soll zwar die tatsächliche Warmmiete als Sozialhilfebedarf berücksichtigt werden, jedoch nur soweit sie nach Sozialamts-Ermessen »angemessen« ist. Angesichts steigender Mieten und knapper Wohnungen versuchen Sozialämter immer häufiger, bestenfalls die veralteten Mietobergrenzen des Wohngeldgesetzes zu »berücksichtigen«, so daß zur Bestreitung darüber liegender Mieten Einsparungen bei der Ernährung oder den persönlichen Bedürfnissen stillschweigend vorausgesetzt werden – oder gleich ein Umzug bzw. Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit. Der Bedarf an Bekleidung, Haushaltsgegenständen u.ä. wird in Gestalt von im »Bedarfsfall« und meist nur auf besonderen Antrag gewährten »einmaligen Beihilfen« abgedeckt. Höhe und Umfang dieser Beihilfen stehen im Ermessen der Kommunen. Die jährlichen Bekleidungsbeihilfen variieren von Stadt zu Stadt z.T. um mehrere hundert Mark. Bekleidungspauschalen wurden eingefroren, Haushaltsgeräte nicht bewilligt, Bedarfsdeckungsscheine für Billiganbieter eingeführt, Kinderspielzeug, für dessen Anschaffung im Regelsatz für ein bis sieben Jahre altes Kind monatlich drei bis vier Mark enthalten sind, abgelehnt usw. usf. Höchstrichterliche Rückendeckung erhielt die kommunale Kürzungspraxis im November 1988 durch ein Bundesverwaltungsgerichtsurteil, das allen reformerischen Bemühungen, die Sozialhilfe als soziales Existenzminimum über einen erweiterten Kanon einmaliger Leistungen auszubauen, einen juristischen Riegel vorschiebt. Die Anschaffung eines gebrauchten Schwarz-Weiß-Fernsehers auf dem Wege einer Sozialamts-Beihilfe lehnte das Bundesverwaltungsgericht ab; und zwar nicht etwa, weil das Schwarzweißgerät bereits als Zweitfernseher ausgedient hat und es daher auch Sozialhilfeempfängern nicht mehr zuzumuten ist, sondern weil die Bewilligung von Beihilfen zur Anschaffung von solchen Haushalts- und Einrichtungsgegenständen, die mittlerweile nach der amtlichen Statistik zur Grundausstattung eines jeden Haushaltes gehören, zu einer Annäherung der Ausstattung von Sozialhilfe-Haushalten an die allgemeinen Lebensverhältnisse führen würde. Das darf nicht sein, entschied das Bundesgericht und verwarf die gegenteilige Auffassung unterer Gerichtsinstanzen.

konkret 01/90, S. 43

Oliver Tolmein

Totes Kapital

Es wird empfohlen, daß: 1. die Deutsche Bank liquidiert wird, 2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden, 3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger und verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden.«

Wenn überhaupt ein Schriftstück das Kommando der Roten Armee Fraktion zum Anschlag auf den Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, motiviert hat, dann war es, wohl eher als der vielzitierte Brief des Gefangenen Helmut Pohl, der Bericht des »Office of Military Government for Germany, United States Finance Division« (OMGUS) über die »Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946/47«, der eindrücklich nachweist, daß die Nummer I unter den deutschen Geschäftsbanken auch eine führende Rolle bei der »Arisierung« der deutschen Wirtschaft, der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges und der Ausplünderung der besetzten europäischen Länder übernommen hatte.

»Führung muß man wollen«, konnte Jahrzehnte nach dem fehlgeschlagenen Versuch der us-amerikanischen Offiziere aus dem Ministerium des Henry Morgenthau, die Deutsche Bank zu liquidieren, deren neuer und alleiniger Vorstandssprecher Alfred Herrhausen unter Beifall fordern und sich selbst als Führer dieses Kapitalgiganten einsetzen lassen. Auf seinem Weg, die Deutsche Bank größer und einflußreicher zu machen als sie je war, hatten ihn die Entwicklungen in den realsozialistischen Ländern weiter gebracht, als die Linke hierzulande sich das hat vorstellen mögen und begreifen können. Wenn die linke »Volkszeitung« Herrhausens Bereitschaft zum teilweisen Schuldenerlaß für die ausgeplünderten Länder der Dritten Welt als Beweis dafür nimmt, daß der Banker »sich den globalen Problemen in auffälliger Weise nachdenklich gestellt hat«, dann wird übersehen. daß der Mann. »dem Moral und Vernunft nicht fremd waren«, bereits auf dem Weg war, alte Geschichten abzuschließen, um ungebremst neues Terrain für weitergehende Expansionen zu erschließen. Parallel zu seinem Vorschlag für partiellen Schuldenerlaß entwickelte Herrhausen sein Konzept konvertierbarer östlicher Währungen.

»Zum ersten Mal wird auf diese Weise (durch das Attentat) die Kontinuität in der Führung jäh unterbrochen, die bislang die Deutsche Bank auf glückhafte Weise wahren konnte«, klagt die »Frankfurter Allgemeine – Zeitung für Deutschland« in ihrem Nachruf auf einen, der sagte: »Ich liebe die Bundesrepublik über alle Maßen, ich bin stolz auf das, was hier geschehen ist«, den Absolventen einer »NS-Begabtenschule«, und attestiert damit der RAF, geschafft zu haben, was den alliierten Befreiungstruppen in den Jahren nach 1945 nicht gelungen ist. Der Anschlag auf Herrhausen war eben nicht nur ein »Attentat auf den Kapitalismus«, wie der »Spiegel« titelte, sondern eines auf dessen besonders aggressive deutsche Fraktion. An die Adresse derer gerichtet, die auf Wesen und Arbeit der Deutschen Bank hingewiesen haben und weiter hinweisen werden, hat Bundeskanzler Kohl bei den Trauerfeierlichkeiten für Herrhausen gesagt: »Dem Mord geht der Rufmord voraus«. Wie bezeichnet er aber das, was auf das Aussprechen der Wahrheit folgt?

»Der Tod von Herrhausen ist nicht nur für die Deutsche Bank ein schwerer Schicksalsschlag. Die deutsche Wirtschaft, die Bundesrepublik hat einen ihrer Besten verloren« (»FAZ«). Das offizielle Deutschland trauert, auf Kommando und in dumpfem Gleichklang, um die Symbolfigur des wiedererstarkten Reichs. Über den Menschen Herrhausen erfahren wir von seinen Anzeigen schaltenden und Reden haltenden Freunden so wenig, wie von seinen Feinden, als ob man anzweifeln wollte, daß er überhaupt gelebt hat.

Der Anschlag und die nachträglich formulierte Begründung werfen aber nicht nur Fragen nach Politik und Strategie der Deutschen Bank auf. »die völlig veränderte internationale situation und die ganzen neuen entwicklungen hier erfordern, daß der gesamte revolutionäre prozeß neu bestimmt und auf neuer grundlage weiterentwickelt werden muß«, heißt es im Bekennerschreiben, und kein Gedanke, kein Wort klärt darüber auf, in welchem Verhältnis die Autorinnen und Autoren den Anschlag auf den Führer der Deutschen Bank zu dieser Forderung sehen. Wo ist, angesichts der Anschläge der letzten Jahre, »die neue grundlage« für dieses Attentat zu sehen, wie trägt es bei zu einer »neuen bestimmung«?

»neuer abschnitt, das heißt für uns hier vor allem auch die neuzusammensetzung der revolutionären bewegung... wir stellen uns das vor als einen prozeß gemeinsamer diskussion und praxis, in dem offen über die verschiedenen erfahrungen und vorstellungen

gen und kritiken geredet wird... in der diskussion müssen die gefangenen teil sein.« Das klingt richtig – und ist unbefriedigend allgemein: Wie soll ein Prozeß gemeinsamer Diskussion zu entwickeln sein, wenn Positionen von einer Fraktion anscheinend nur durch Taten festgeschrieben werden? Wieso gibt es trotz etlicher in den letzten Jahren formulierter kritischer Positionen zur bewaffneten Politik der RAF und ihren Anschlägen nicht einmal eine Antwort darauf, sondern jetzt nur wieder eine Erklärung, die wie selbstverständlich voraussetzt, daß die Tötung eines Managers das rechte und vielleicht einzige Mittel sei, zu zeigen, »daß die akteure dieses systems wissen müssen.. . daß es für sie keinen platz

geben wird..., an dem sie sicher sind«. Wo liegt der Ansatz für die »produktive Wechselbeziehung«, wenn in einer Situation langsamer, mühseliger und unterschiedlichste Optionen beinhaltender Orientierung in der radikalen Linken ein Anschlag durchgeführt wird, der einen Endpunkt setzt und keine Anknüpfungsmöglichkeiten liefert? Die technische Gründlichkeit des Anschlags hat im Bekennerschreiben keine politische Entsprechung. Für die Auseinandersetzung um die strategische Entwicklung der radikalen Linken angesichts der drohenden Restaurierung des Deutschen Reiches und dem Zusammenbruch der sozialistischen Perspektive in den allermeisten RGW-Staaten liefern Anschlag und Begründung wenig Material.

Sie beantworten allerdings unmißverständlich die Frage »Was macht eigentlich die RAF?« und zerstören die Illusion, der bewaffnete Kampf in der BRD sei aufgegeben worden. Diese notwendige Klärung macht die kontroverse Diskussion zwischen der legalen und der illegalen Linken, zwischen drinnen und draußen nicht überflüssig, sondern wichtiger – allerdings auch erheblich schwieriger als zuvor: Und das nicht nur weil der staatliche Repressionsapparat jetzt verstärkt versuchen wird, Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen der Gefangenen zu kriminalisieren und den Briefwechsel zwischen drinnen und draußen stark zu behindern, auch nicht nur, weil jetzt die Leute abspringen, die eben doch stillschweigend die Abkehr vom bewaffneten Kampf zur Voraussetzung für die Diskussion gemacht haben. Schwerer wiegt, daß die Bekundung verschiedener linker Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, eine Auseinandersetzung führen zu wollen, in der Regel die selbstkritische Erkenntnis zur Grundlage gehabt hat, daß man mit der bisherigen Theorie und Praxis an Grenzen gestoßen ist. Das Kommando Wolfgang Beer der RAF hat seine sehr allgemein formulierte Bereitschaft, sich an einer Diskussion beteiligen zu wollen, dagegen mit einer Bestätigung bisheriger Praxis des bewaffneten Kampfes verknüpft, die von keinerlei Zweifeln bezüglich des eigenen Tuns beeinträchtigt zu sein scheint und damit eben außer der verbalen Absichtserklärung keinen Ansatz für etwas Neues erkennen läßt.

konkret 01/90, S. 44

Ingrid Strobl

Klartext

Brauchbares Material für den Nachhilfeunterricht in linksradikaler Geschichte und Überlegungen zu den Möglichkeiten einer »offensiven Gegenöffentlichkeit« bieten die »Schwarzen Texte«, eine Dokumentation linksradikaler Texte, die in den letzten 20 Jahren der politischen Zensur in der BRD zum Opfer gefallen sind

An einem schönen Donnerstag

Es hatte grad getaut

Da wurde Peter Lorenz,

Aus Zehlendorf geklaut

Und der kam gleich in die Kiste

Und allmählich wurd ihm klar

daß er nun ein Gefangener

Des 2. Juni war...

Wer kann das Lorenz-Lied noch singen? Wer kann sich noch daran erinnern? Wer von den jüngeren Jahrgängen hat schon davon gehört? Der Szenehit von 1975 ist seit kurzem wieder nachlesbar, auch für die, die nicht schon zwei Bände »Blues« im Bücherregal haben. Und nicht nur das Lorenz-Lied. Wer meint, die »Straßenverkehrsordnung« habe immer nur von Vorfahrtsregeln und Überholverbot gehandelt, kann sich wieder eines besseren belehren lassen; wer immer schon wissen wollte, was das Konzept Stadtguerilla besagte, wozu die Bewegung 2. Juni den Peter Lorenz aus Zehlendorf geklaut hat, und warum die RZ dem Vorsitzenden Richter am Asylsenat des Bundesgerichtshofes, Günter Korbmacher, in die Knie geschossen haben, kann es nun erfahren; und auch wer bisher nur dunkel ahnte, warum diverse »Szene«-Blätter, von der Berliner *agit 883* bis zur Hamburger *sabot,* immer wieder verboten wurden, kann sich nun umfassend sachkundig machen: durch Lektüre des im IISG Amsterdam erschienenen Bandes »Schwarze Texte«, herausgegeben vom ID, Untertitel: »Politische Zensur in der BRD 1968 bis heute. Dokumente – Analysen – Diskussionen«.

Dieser 162 Seiten starke Band widmet gut zwei Drittel seines Umfangs der Dokumentation »staatsfeindlicher Schriften«. Aus der Fülle des Materials wählten die Herausgeberinnen und Herausgeber »unter dem Gesichtspunkt (...) inwiefern (die Texte) ein Stimmungsbild bzw. eine Diskussion ihrer Zeit wiedergeben und somit auch heute noch lesenswert und für Auseinandersetzungen brauchbar sind«. Eine zugegeben subjektive Auswahl, jedoch, so die Herausgeberinnen und Herausgeber, »repräsentativ für die Kriminalisierung bestimmter Inhalte«.

Die ausgewählten Texte sind Nachdrucke aus diversen Zeitschriften (seltener Broschüren). War (ist) die betreffende Zeitschrift bereits als solche verboten, werden charakteristische Artikel daraus veröffentlicht. Wurden nur einzelne Ausgaben einer Zeitschrift beschlagnahmt, dokumentieren die »Schwarzen Texte« den Artikel oder die Anschlagserklärung, die der Stein des Anstoßes waren.

Das letzte Drittel der »Schwarzen Texte« dokumentiert anhand von (Protest-) Resolutionen, Analysen, Diskussionen die Reaktion der Linken auf die staatlichen Zensur- bzw. Repressionsmaßnahmen und Konzepte für eine »offensive Gegenöffentlichkeit«.

Die »Schwarzen Texte« bieten so zum einen brauchbares Material für einen (nicht selten dringend nötigen) Nachhilfeunterricht in linksradikaler Geschichte, zumal sie die Dokumentation der Originaltexte ergänzen durch eine Zeit-Chronik, die knapp aber informativ die politischen und historischen Zusammenhänge aufzeigt, in denen die jeweiligen Texte entstanden.

Die Herausgeberinnen und Herausgeber beschränken sich jedoch nicht auf wohlig-schaudernde Nostalgie. Der letzte Abschnitt des Bandes ist eindeutig der Frage »Was tun?« gewidmet – und setzt somit schon voraus, daß es etwas zu tun gibt.

Die Bereitschaft »der« Linken, sich an bestimmten Texten die Finger zu verbrennen – das wird bei Lektüre der »Schwarzen Texte« schnell klar – ist im Laufe der Jahre erheblich gesunken. »Dank« der zunehmenden Repression und »dank« einer ebenso zunehmenden Distanzierung »der« Linken von allem, was sie auch nur im entferntesten mit dem bewaffneten Kampf in den Metropolen in Zusammenhang brachte. Wobei die Herausgeberinnen und Herausgeber der »Schwarzen Texte« die Frage aufwerfen, was das eine mit dem anderen zu tun haben könnte.

1976 hatte der VLB (Verband des linken Buchhandels) anläßlich einer großangelegten bundesweiten Razzia nach dem *Revolutionären Zorn* 2 noch erklärt: »Die Staatsschutzbehörden wollen den Buchhandel zwingen, von sich aus

'verdächtige' Titel für den Staatsschutz auszusortieren, für sie Zensur auszuüben. Die bereits bestehenden staatlichen Zensurpraktiken sollen verdeckt, Zensur langfristig zur Selbstzensur werden.« – Von langfristig konnte keine Rede sein. Bereits ein Jahr später, 1977, weigerte sich die Mehrheit des VLB, die »texte:RAF« herauszugeben.

12 Jahre später schließlich, 1989, konstatiert Rolf Gössner: »Staatskritik (...) gilt mittlerweile als regelrecht verpönt, wenn sie nicht mit Vor- und Gegenleistungen verbunden wird, mit Glaubensbekenntnissen zur FdGO oder Distanzierungen von der RAF.« Im selben Jahr stellt Generalbundesanwalt Rebmann folgendes Phänomen fest: »Umfang und Verbreitung von Veröffentlichungen, die die politisch motivierte Anwendung von Gewalt und insbesondere terroristische Anschläge befürworten, haben in den letzten Jahren ein bislang nicht gekanntes Ausmaß erreicht. (...) Im Hinblick auf die sich inzwischen vielfach überlagernde Verbreitung der einzelnen Untergrundblätter können die Herausgeber zunehmend auch mit einer breit gefächerten Mobilisierungswirkung bei den nicht in ihre ideologische Linie eingebundenen Gruppierungen rechnen.«

Manchmal hat ja auch ein Rebmann recht. Für seine »Beobachtungen« sprechen jedenfalls die Erfahrungen der *Radikal*-Macherinnen und -Macher. In einem in den »Schwarzen Texten« abgedruckten Interview berichten sie, daß zur Zeit mehr radikale »Szene«-Blätter existieren als je zuvor, und daß auch die Auflage der *Radikal* merklich gestiegen sei, obwohl die Zeitschrift seit Jahren nicht nur illegal hergestellt, sondern auch vertrieben wird.

Schön und gut. Aber – von politischer Zensur sind doch nicht nur Texte der bewaffneten Gruppen betroffen oder solche, die (nicht nur) Rebmann dem »linksterroristischen Spektrum« zurechnet. Liegt es nun an der Einseitigkeit der Rezensentin oder an der Einseitigkeit des rezensierten Buches, daß hier ständig nur von derlei Schriften die Rede ist?

Tatsächlich greift der im Untertitel der »Schwarzen Texte« verwendete Begriff »Zensur« zu kurz. Zensiert wird manches. Die Herausgeberinnen und Herausgeber der »Schwarzen Texte« dokumentieren auch dafür Beispiele. Das weite Feld 'Zensur' aber überlassen sie der Empörung der liberalen Öffentlichkeit. Sie selbst konzentrieren sich auf die »heißen Kartoffeln«, die diese liberale Öffentlichkeit, die ohnehin am liebsten dann auf die Barrikaden geht, wenn freie Pornos für freie Bürger auf dem Spiel stehen, gar nicht erst anfaßt.

Den Schwerpunkt sowohl des Dokumentar- als auch des Diskussions-Teiles der »Schwarzen Texte« bilden die Inhalte, die nicht nur quantitativ am häufigsten und kontinuierlichsten, sondern auch qualitativ am härtesten verfolgt werden. Die Texte also, die von militanten Staatsfeindinnen und Staatsfeinden geschrieben, verbreitet und gelesen werden. Gegen diese Texte geht der Staat kaum noch mit dem Zensur-Paragraphen vor, sondern direkt mit dem Paragraphen 129a. Weil hier nicht nur ein bestimmter Text, sondern eine bestimmte Politik mit aller Gewalt verhindert, und, so sie nicht zu verhindern ist, bestraft werden soll. Die Fahndung nach Schriften ist hier auch Vorwand für die Fahndung nach Menschen. Für das Ausforschen einer bestimmten Szene und die Isolierung (im wahrsten Sinne des Wortes) bestimmter Personen.

Die Texte selbst sind allerdings nicht nur Verfolgungs-Vorwand, sie sind auch direkt gemeint. Der (überregionale) Austausch über Inhalte und Strategien militanten Widerstandes findet nicht zuletzt mit Hilfe der (mehr oder weniger legalen) »Szene«-Zeitschriften statt. Es ist nur logisch, daß der Staat diese Zeitschriften nicht dulden kann: Sofern sie militanten bis bewaffneten Widerstand nicht nur dokumentieren, sondern offen diskutieren. Sofern sie nicht nur informieren, sondern selbst Position beziehen (eine Position, die diesen Widerstand nicht nur nicht ablehnt, sondern befürwortet). Wer Zweck und Funktion patriarchaler Klassenherrschaft erkannt hat, kann also nicht darüber jammern, daß der Staat derlei Texte (und ihre Verfasserinnen und Verfasser) verfolgt, kann schon gar nicht von diesem Staat das Bürgerrecht auf Meinungsfreiheit einklagen. Das hieße den Teufel um Weihwasser bitten.

Die Herausgeberinnen und Herausgeber der »Schwarzen Texte« tun das auch nicht. Sie lehnen den Gestus der verfolgten Unschuld (oder deren Verteidigung) ab und lassen stattdessen Klartext reden. Den Schwerpunkt ihres Diskussions-Teiles bildet die Debatte um zwei Fragen: 1. Unter welchen Bedingungen können die militanten Teile der Linken heute ihre Inhalte publizieren und verbreiten? 2. Ist die nicht (deklarierte) militante Linke willens und fähig, eine »offensive Gegenöffentlichkeit« (wieder)herzustellen, die die Verbreitung solcher Inhalte miteinbezieht?

Die erste Frage wird vor allem in einem Interview mit den Macherinnen und Machern der *Radikal* thematisiert. Spätestens nach dem Urteil gegen Klöckner/Härlin stand fest, daß die *Radikal* in der bisherigen Form nicht mehr erscheinen konnte. Die »Radis« mußten sich überlegen, ob die Zeitschrift überhaupt noch weiter erscheinen sollte, und wenn ja, ob legal oder illegal. Nach heftigen Debatten, an denen das alte Kollektiv zerbrach, entschieden sich die Übriggebliebenen und die Hinzugekommenen für die Illegalität.

Sie propagieren diesen Weg nicht als den allein seligmachenden für alle »Szene«-Zeitschriften, beharren aber darauf, daß – nach ihren Erfahrungen – Legalität nur unter Verzicht auf Offenheit möglich ist: »daß die meisten zeitungen legal und offen vertrieben werden und die radi verdeckt, sehen wir als ergänzung. im ersten fall entsteht gegenöffentlichkeit durch – sagen wir mal – die dokumentation unterdrückter nachrichten und diskussionen, die anhand legaler strukturen viele erreichen können. im zweiten fall kann offen und deutlich position bezogen werden.«

Die Illegalität hat der Verbreitung der *Radikal* offenbar nicht geschadet. Laut Interview erreichen Artikel und Erklärungen die Redaktion und die fertigen Zeitschriften ihre Leserinnen und Leser. Die »Radis« bestehen allerdings nicht aus Prinzip auf Illegalität bis in die Postkästen der Adressatinnen und Adressaten. Es könnte auch, zumindest teilweise, anders gehen, wenn zum Beispiel linke Buchhändler bereit wären, die *Radikal* zu verkaufen. Das aber, so die Erfahrungen der Radikal-Macherinnen und -Macher, passiert nur noch in Ausnahmefällen.

Womit bereits die zweite Frage, die in den »Schwarzen Texten« diskutiert wird, angesprochen wäre: Gibt es eine »offensive Gegenöffentlichkeit« der Linken, beziehungsweise (wie) kann sie (wieder)hergestellt werden? Anders gefragt: Können angesichts der herrschenden Repression und insbesondere des Paragraphen 129a »staatsfeindliche Schriften«, von der Anschlagserklärung bis zur *Radikal,* nur noch konspirativ von Hand zu Hand weitergegeben werden? Sowohl die Erfahrungen der letzten Jahre als auch die in den »Schwarzen Texten« dokumentierten Diskussionen ergeben zumindest eine klare Antwort: Es müßte nicht sein.

Während meines Prozesses druckte KONKRET eine Erklärung der RZ ab, ohne anschließend vom Staatsschutz besucht zu werden. In *Emma* waren über Jahre hinweg Erklärungen (inklusive einer Selbstverständnis-Erklärung) der Roten Zora unbeanstandet veröffentlicht worden. Der *Arbeiterkampf* dokumentiert immer mal wieder Erklärungen der RAF, ohne daß gleich allzu Schreckliches passiert.

Je höher die Auflage dieser Zeitschriften ist, je weniger sie in eine bestimmte »Szene« eingebunden sind und je dezidierter sie selbst den bewaffneten Kampf in den Metropolen ablehnen und militantem Widerstand zumindest skeptisch gegenüberstehen, desto geringer ist ihre reale Gefährdung, wenn sie »einschlägige« Texte dokumentieren. (Es sei denn, der Staatsschutz will ihnen aus anderen Gründen an den Kragen und nimmt so einen Text zum Vorwand).

Zeitschriften, vor allem Stadtzeitungen, von denen der Staatsschutz annimmt, sie stünden einer bestimmten »Szene« nahe (oder gar RAF und /oder RZ), müssen schon eher mit Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren rechnen. Was einige von ihnen trotzdem nicht von diesem »sträflichen Tun« abhält.

Was linke Buchläden betrifft, sind sich fast alle Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer in einem Punkt einig: Je mehr sich trauen, desto weniger können kriminalisiert werden. Die »Schwarzen Texte« dokumentieren unter anderem ein Gespräch, das auf der Arbeitstagung »Für eine offensive Gegenöffentlichkeit« stattfand und in dem die Möglichkeit einer solchen »offensiven Gegenöffentlichkeit« durchaus, wenn auch nicht ohne Skepsis, gesehen wurde. Ein konkreter Vorschlag aus diesem Gespräch:

»Im Prozeß gegen Ingrid Strobl zitiert Richter Arend stundenlang RZ-Theoriepapiere und Erklärungen, die 'dank' des 129a nirgends nachzulesen sind. (...) Genau an diesem Punkt hätte es unsere Aufgabe als HerstellerInnen und VerbreiterInnen von Gegeninformation sein können, die Texte der Revolutionären Zellen und Roten Zora in die Regale der Buchläden zu bringen. Wenn 50 bis 100 Buchläden, Verlage, Druckereien, Vertriebe, Setzereien sich zu diesem Schritt entschlossen hätten, wäre das (...) ein offensiver Umgang mit dem Gesinnungsparagraphen 129a gewesen.«

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Gesprächs bleiben anonym. Es ist also nicht erkennbar, ob dieser Vorschlag von linken Buchhändlerinnen und Buchhändlern kommt, die selbst zu diesem Schritt bereit wären. Oder von potentiellen Käuferinnen und Käufern, die vielleicht schon die »Wege zum Erfolg« im Bücherschrank haben.

Wie auch immer. Ob so etwas wie eine »offensive Gegenöffentlichkeit« zumindest in Ansätzen (wieder) existiert, kann sich womöglich schon bald anhand des hier besprochenen Bandes erweisen. Wer weiß, wie lange die »Schwarzen Texte« noch »erlaubt« sind.

Schwarze Texte. Politische Zensur in der BRD 1968 bis heute. Dokumente – Analysen – Diskussionen, hrsg. v. ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam 1989.

Bestellungen und Verlagsinformationen bei: Edition ID-Archiv im IISG, c/o AurorA Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19

konkret 01/90, S. 46

Sinn ohn´ Form: Nach dem Hungerstreik

Von blaßrosa bis dunkelrot – die Farbabstimmung der Broschüren zum Hungerstreik der Gefangenen 1989 entspricht den nachlesbaren politischen Differenzen zwischen den unterschiedlichen Herausgebern: sie sind nur graduell. Der letzte Hungerstreik wird sowohl von der Prozeßgruppe der Roten Hilfe Kiel als auch vom Informationsbüro für Zusammenlegung (Hamburg) zumindest im Grunde als Erfolg bewertet. Einigkeit herrscht aber auch darüber, daß der Kampf um Zusammenlegung, angesichts der nur geringen Veränderungen der Haftsituation infolge des Streiks, weitergehen muß. Wie – das wird in den schmalen Broschüren, die mehr den Charakter von Dokumentensammlungen haben, allerdings nur implizit deutlich. Die Rote Hilfe setzt in ihrer Broschüre den Schwerpunkt erkennbar auf Antirepressionsarbeit: »Durch den Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF und durch die Auseinandersetzung mit dem 129a eröffnet sich die Möglichkeit Knast/Repression in den Linken als einen Punkt der Auseinandersetzung mit dem herrschenden System zu verankern«, heißt es in einer ihrer sieben Thesen zur Auswertung des Hungerstreiks. Deswegen werden in der Broschüre auch neben einigen nachgedruckten Beiträgen ausführliche Informationen über Isolationshaft, 24-Punkte Haftstatut, völkerrechtliche Bindungen der BRD und eine Chronologie sämtlicher Hungerstreiks geliefert. Die Broschüre des Informationsbüros für Zusammenlegung/Hamburg liefert zwar eine knappe Übersicht über Veränderungen der Haftbedingungen seit Ende des Hungerstreiks, konzentriert sich ansonsten aber auf die Dokumentation offener Briefe an die Gefangenen und deren Antworten. Damit sind die Überschneidungen zur Roten-Hilfe-Broschüre nahezu gleich null, die zum laufend publizierten Angehörigen-Info allerdings sehr groß . Der Schwerpunkt »Auswertung der Aktionen während des Hungerstreiks, insbesondere Bündnispolitik« fällt sehr dürftig aus und zeigt, daß die HerausgeberInnen der Broschüre sich bei ihrer Arbeit doch stark auf die Wiedergabe der Positionen des autonomen und antiimperialistischen Spektrums konzentriert haben. Wahrscheinlich die wichtigste der drei hier vorgestellten Broschüren ist die der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD: in ihr werden ausschließlich Texte und Diskussionsbeiträge »kämpfender Gefangener« veröffentlicht: »Nach dem Hungerstreik hat sich für die meisten kämpfenden Gefangenen nichts verändert...Teilweise hat sich die Situation sogar noch verschärft. Dieser Schritt von vielen, mit einem Hungerstreik für ihre Forderungen zu kämpfen, öffentlich Widerstand zu leisten gegen die Methoden und das Ziel, ihre Identität zu brechen, ist draußen nicht wirklich aufgegriffen worden«, kritisiert die Broschüre-Redaktion. Wie sehr die Auseinandersetzung noch am Anfang steht, wird auch dadurch deutlich, daß eine weiterweisende Aufbereitung der vielen vereinzelten und zerschlagenen Kämpfe im sogenannten Normalvollzug nicht stattfindet: vor der Perspektivdebatte muß die Information stehen. Insofern machen

die drei allesamt gut gemachten und übersichtlich gegliederten Broschüren etwas ratlos: sie sind Dokument einer Solidaritätsbewegung, die beinahe so schnell zerfallen ist, wie sie entstand, sie sind gleichzeitig aber auch, indem sie den erreichten Diskussionsstand festhalten, Ansatzpunkt für eine kontinuierlichere Arbeit.

Rote Hilfe, ... wir lassen jetzt nicht mehr los.... 62 Seiten, 7Mark, zu bestellen über: Rote Hilfe, Postfach 6444, 23 Kiel 14;

Informationsbüro für die Zusammenlegung, Freie politische Kommunikation und Information durchsetzen!, GNN-Verlag, 44 Seiten, 4 Mark;

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Hungerstreik kämpfender Gefangener – Berichte, Tatsachen und Einschätzungen der Gefangenen zum sog. Normalvollzug, GNN-Verlag, 52 Seiten, 5 Mark, zu beziehen über: GNN- Verlag, Zülpicher Str. 7, 5 Köln 1.

Sonderkasten in Sinn ohn´Form

"Radikal"

Ursprünglich war die Zeitschrift »radikal« die Zeitung der westberliner undogmatischen Politszene – eine linke Stadtzeitung von vielen und wie viele andere immer mal wieder Opfer ganz gewöhnlicher Zensurmaßnahmen. Am I . 12.1982 erfolgte dann der große Schlag des Staatsschutzes, der die Zeitung nicht mehr aufgrund traditioneller Zensurparagraphen, sondern nach dem Paragraphen 129a unter Anklage stellte und sie damit zu einem bundesdeutschen Politikum machte: 14 Wohnungen, zwei besetzte Häuser, drei Druckereien, zwei Buchläden und etliche Räume anderer Unternehmen wurden durchsucht, die angeblich für die »radikal« Verantwortlichen, Benny Härlin und Michael Klöckner, vorübergehend verhaftet und am 1.3 .1984 wegen Werbung für eine terroristische Vereinigung zu 2 1/2 Jahren Knast verurteilt (sie erhielten allerdings Haftverschonung). Gegen die Kriminalisierung der »radikal« gab es massive Proteste. Trotzdem wurde gegen jede neu erscheinende Nummer des Jahres 1983 sofort ein Strafverfahren eingeleitet. 1984 gaben die Macherlnnen der »radikal« auf. Andere Leute nahmen die Produktion unter klandestinen Bedingungen wieder auf. Im

Juli 1986 erfolgte eine nächste große Staatsschutzaktion, diesmal gegen die Vertriebsstruktur der mittlerweile bundesweit erscheinenden Zeitung: Gegen 192 Menschen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, zwei Buchhändler und drei angebliche HandverkäuferInnen wurden zu monatelangen, allerdings auf Bewährung ausgesetzten Haftstrafen verurteilt. Seitdem wird die »radikal« auch klandestin vertrieben. Am 2. November 1989 haben BKA- und LKA-Beamte erneut eine Druckerei, einen Vertrieb und mehrere Wohnungen durchsucht: diesmal aus Anlaß eines schriftlichen Interviews, das das ID-Archiv mit den MacherInnen der »radikal« geführt hat. Kurz darauf konnte die »radikal 139« erscheinen. Themenschwerpunkt ist die Entwicklung der Anti-Shell-Kampagne (mit Tips für praktische Aktionen) sowie der Beginn einer sehr lesenswerten »Geschichte von unten«, die auf vierzig Seiten Aktivitäten der radikalen Linken von 1848 bis 1933 dem Vergessen zu entreißen versucht.

Die »radikal« ist entweder im gutsortierten Widerstand direkt erhältlich, zuverlässiger ist es aber, sie zu abonnieren: für 5 bzw. 10 Nummern müssen dazu 40 bzw. 80 Mark bar in einen Umschlag gesteckt werden. Dieser erste, mit Z.K. adressierte Umschlag wird in einen zweiten Umschlag gesteckt, der an WOZ, Postfach, CH-8059 Zürich geht.

konkret 01/90, S. 47

Oliver Tolmein, Nina, Hajo

Legal, Illegal, radikal - Zeitungsproduktion und Zensur in der BRD

Seit mehreren Jahren versucht der Staatsapparat, die linke Zeitschrift "radikal" zum Schweigen zu bringen. Warum das bislang nicht gelungen ist und welchen Sinn eine illegale Zeitschrift in der BRD macht war Thema des Gesprächs, das Oliver Tolmein mit Nina und Hajo von "radikal" führte

KONKRET: Nach der letzten Prozeßwelle gegen »radikal« haben viele Linke befürchtet, der Staatsapparat habe es geschafft, die Zeitung zu zerschlagen. Es hat sich in den letzten Monaten aber gezeigt, daß »radikal« nach dieser Repressionswelle häufiger als früher erscheint. Ist das noch die alte »radikal« von vor der Repressionswelle? Ihr selber schreibt mal, daß es heute andere Leute seien, die euch lesen, als vor 5 Jahren.

Hajo: Die alte »radikal« war mehr eine Bewegungszeitung. Nach dem Prozeß 84 gab es keine Bewegung mehr, das hat sich zeitlich praktisch überschnitten, der Prozeß, und die Abräume der Häuser. Danach war der Inhalt der radi nicht mehr so an der Bewegung oder an einem bestimmten politischen Bereich orientiert. Sie hat einerseits ein größeres Spektrum angesprochen, und heute sind eine Menge neue und jüngere Leute dabei.

KONKRET: Wieso hat sich das verändert?

HAJO: Weil die Zeitung nicht so spezialisiert war auf bestimmte Themen, aber viele GenossInnen haben sich über die Jahre auf einen bestimmten politischen Bereich spezialisiert, wo sie sich besonders gut auskennen und die kontinuierliche Arbeit tragen. Außerdem haben mehrere Ausgaben nach dem Prozeß auf einer Ebene angesetzt, wo erstmal ganz einfache Sachen vermittelt und geklärt wurden. Das ist jetzt ähnlich. Viele, die die radi in die Hand nehmen, haben Erfahrungen nicht gemacht, und da kannst du nicht auf einem oberrevolutionären Bewußtsein aufbauen.

KONKRET: War das eine bewußte Entscheidung zu sagen, wir machen jetzt eine Zeitung, die in der politischen Theoriebildung von vorne anfängt?

Hajo: Am Anfang nicht. Die Leute, die die Zeitung nach dem Prozeß weitergemacht haben, waren einfach so drauf. Wir hatten nicht die großen politischen Erfahrungen. Mittlerweile ist es aber ziemlich bewußt, so eine Zweiteilung. Einmal versuchen wir zu hinterfragen und offene Probleme in der radikalen Linken möglichst genau darzustellen. Der zweite Teil sind Hintergrundinfos und Zusammenfassungen, damit viele Leute überhaupt blicken, worum es z.B. bei einem Streit geht. Du kannst spezielle Themen oder genaue Diskussionen vielen Leuten nur dann verständlich machen, wenn du am Anfang beginnst und nicht zuviel voraussetzt.

In der Metropole ist allgemein ein anderer Erfahrungsstand vorhanden, als in der Provinz. Es gibt auch Unterschiede zwischen älteren und jüngeren GenossInnen. Sowas muß bewußt werden, damit die Diskussionen zusammenführen. Schließlich wollen wir mehr werden, und nicht ausschließlich in isolierten Polit-Klüngeln nach vorne schreiten. Das mag einigen Leuten Erkenntnisse bringen, aber eine revolutionäre Perspektive ist das nicht.

Nina: Es ist von Thema zu Thema unterschiedlich. Z.B. bei den ganzen Antifa-Sachen sind wir vorher nicht besonders durchgestiegen. Dann reicht uns das nicht, auf soundsoviele Dokumentationen zu dem Thema zu verweisen, weil die wenigsten in der Lage sind, sich die Teile auch zu besorgen. Andererseits haben wir keine Lust, hochtheoretische Auseinandersetzungen wie die »Autonomie« zu führen, weil die kaum noch nachvollziehbar sind. Wir finden es wesentlicher, sich über die Realität auseinanderzusetzen. Um beim Beispiel zu bleiben, wenn wir z.B. das Gefühl haben, daß der Antifaschismus der Szene ein Einbahnstraßen-Antifaschismus ist, und der Begriff 'Sexismus' als leeres Anhängsel rumgeschleppt wird.

Das wichtigste an unserem Anspruch ist, daß wir nicht *neben* den Leuten stehen oder *über* sie reden, sondern gemeinsam diskutieren wollen. Alle, die hier was machen und verändern wollen, sind gleich wichtig. Nimm z.B. Sprache. Mit einer anderen Sprache schaffst du ganz schnell die Situation, daß ganz viele nichts mehr sagen können, weil das, was erzählt wird, schon gar nicht mehr ankommt.

KONKRET: Durch die Repression ist der Vertrieb der Zeitung für euch schwerer geworden. In dem Interview mit dem ID-Archiv sagt ihr, daß ihr mit der »radikal« »revolutionäre Propaganda in die Öffentlichkeit bringen« wollt. Aber ihr produziert unter Bedingungen, wo 99 Prozent dieser Öffentlichkeit nicht ohne weiteres an die »radikal« rankommt**.**

Nina: Wie du fragst, ist das ziemlich starr betrachtet. Es geht doch darum, hier eine Entwicklung in Gang zu setzen, die a) ein bestimmtes Bewußtsein voranbringt und b) darüber auch eine Organisierung entstehen läßt. Du kannst zwar sagen: Es ist schade, daß 99 Prozent der Bevölkerung die radi kaum in die Hand bekommen. Damit ändert sich aber nichts. Es gibt viele Versuche, die Zeitung unter die Leute zu bringen, z.B. wird sie von Vermummten auf Veranstaltungen und in Kneipen verteilt, wo durchaus nicht nur Autonome sind. Das hat nicht das Niveau, daß die Zeitung täglich und überall zu haben ist.

Aber die Tendenz, die in dieser Entwicklung liegt, richtet sich ja an einer Zielvorstellung aus. Außerdem hängt die Verankerung der radi auch damit zusammen, wie linke Strukturen hier aussehen.

Hajo: Natürlich stolperst du nicht über die radi wie über Sonderangebote im Kaufhaus. Aber es gibt für alle die Möglichkeit, die Zeitung zu abonnieren statt zu suchen. Dazu mußt du sie halbwegs wollen und das Geld an eine Deckadresse im Ausland schicken. Du hast schon recht, »die Öffentlichkeit« tut sowas nicht, aber soweit geht unser Anspruch auch gar nicht, daß wir z.B. die Verbreitung der »taz« haben wollen**.**

KONKRET: Bekommt ihr denn Rückmeldung von Leuten, die nicht zum autonomen oder militanten Spektrum gehören, daß die die »radikal« wahrnehmen?

Nina: Na ja, du hast z.B. versucht, ein Interview mit uns zu machen**.**

Hajo: Das kriegst du über die Post mit und wenn du hinschaust, welche Leute sich dafür interessieren und was dafür tun. Einige schicken Infos und Artikel, und andere schauen bei sich, ob sie da eine Verteilung auf die Reihe kriegen.

Normalerweise mißt du den Verbreitungsgrad einer Zeitung daran, ob und wie sie in der Öffentlichkeit rumliegt. Das geht bei der radi nicht mehr. Nach der Repression gegen die Nr. 132 ist die Buchladenstruktur zusammengebrochen. Seitdem haben wir versucht, etwas neues aufzubauen. Es wurde gesagt, die Buchläden legen die Zeitung nicht mehr aus, also müssen Leute, die die radi lesen, sich auch irgendwie rumbringen. Wenn das klappt, dann ist das prima und entspricht dem Anspruch, daß die Leute sich nicht nur was reinziehen, sondern es so ernst nehmen, daß sie auch was dafür tun. Es ist noch lange nicht so, wie wir uns das vorstellen, aber es gibt schon Bereiche, wo die Zeitung verteilt wird, die vorher in der Buchladenstruktur nicht so da waren.

Heute wird die radi auch anders gekauft als vor 85. Da bist du in einen Buchladen mit riesiger Auswahl gekommen, und da lag eben auch die »radikal« rum. Wenn sie heute auf einer Veranstaltung verkauft wird und du kaufst sie so, dann steckt nach 2,3 mal ein anderes Bewußtsein dahinter, warum du das machst. Oder ein Kumpel kommt an und sagt: Ich hab da ne Zeitung, die ist kriminalisiert, willst du mal antesten. Das ist was ganz anderes, das läuft in Strukturen.

KONKRET: Wobei die Gefahr besteht, daß die Zeitung auch in diesen Strukturen hängenbleibt.

Hajo: Das stimmt, wenn wir uns nur auf autonome Strukturen konzentrieren würden. Aber das tun wir ja nicht. Es ist wie in der Zeitung, da wollen wir ja auch, daß erfahrene Linke mit Jüngeren zusammenkommen, ohne daß welche mehr oder weniger zu bestimmen haben. Das muß dann in unserer Praxis und in der Struktur auch so umgesetzt werden. Und dann geht die Zeitung eben in Schulen oder in der Provinz rum, wo viele gar nicht so klar haben, warum Steine gegen Bullen fliegen. Aber die sind offen dafür und wollen wissen, warum andere sowas tun. Und darüber entsteht eine Diskussion, auch in der Struktur vielleicht.

KONKRET: Ihr seid ja, unter anderem aufgrund eurer illegalen Produktion, ein recht schwerfälliges Medium. Hättet ihr nach dem 1. Mai 1989 nicht eine aktuelle Sonderausgabe versuchen müssen, um Informationsdefizite in der Linken zu beseitigen oder um der Sicht der Herrschenden, wie sie z.B. die »taz« präsentiert hat, eine Sichtweise der Akteurinnen und Akteure entgegenzusetzen?

Hajo: Das Wort »schwerfällig« trifft voll zu. Ohne längere Planung läuft bei uns selten was, und wenn die Revolution abgehen würde, sind wir lieber auf der Straße als am Schreibtisch**.**

Nina: In der Nr.138 gab es Artikel, die sich mit dem 1. Mai beschäftigt haben. Außerdem haben der »Arbeiterkampf« oder die »Prowo« ziemlich schnell mit Hintergrundinformationen die ganze Empörung und Distanziererei auf einen realen Boden zurückgebracht: daß es sowas immer geben wird, solange es Unterdrückung gibt. Eine Sonderausgabe wäre schon gut gewesen, besonders für Leute außerhalb Westberlins, die wegen der »taz«-Berichterstattung ziemlich verwirrt waren. Aber es war nicht so ein Wunschbild von mir, denn über eine überregionale Struktur kriegst du gleichzeitig auch andere Wichtigkeiten mit. Das empfindest du im ersten Moment vielleicht als nebensächlich, aber ob etwas viel Staub aufwirbelt, ist nicht das einzige Kriterium für wichtig oder unwichtig. Das relativiert einiges.

KONKRET: Wie seht ihr euer Verhältnis zu anderen legal erscheinenden linken Zeitungen wie »wildcat«, »Arbeiterkampf« oder »interim«? Seid ihr als illegale Zeitung das Fachblatt für Militanz?

Nina: Das ist Schwachsinn. Wenn du dir den Inhalt der Zeitung nicht vorschreiben lassen willst, mußt du sie verdeckt organisieren. Das schafft die Voraussetzung, daß wir in gewisser Hinsicht frei von Sorgen militante Handlungen und Tips veröffentlichen können. Aber Militanz ist vor allem eine Haltung und ein Bewußtsein in Kopf und Bauch, was sich in vielen Diskussionen auch bei legalen Zeitungen ausdrückt.

Hajo: »interim« oder »sabot« oder »swing« sind regionale Zeitungen, die »wildcat« beschränkt sich klar auf ein Thema. Die radi erscheint bundesweit, und die inhaltlichen Schwerpunkte wechseln ständig. Außerdem ist es ein gewaltiger Unterschied, ob du eine Zeitung legal oder illegal machst. Illegalität bedeutet miese Bedingungen, aus denen das beste gemacht werden muß, aber sie bestimmen immer unsere Möglichkeiten und jeden zweiten Handgriff. Verdeckt, sicher

organisiert und dann noch bundesweit – so kann die radi z.B. nicht jede Woche erscheinen wie die »interim«, und ist dann auch entsprechend weniger aktuell. Aber ich glaube, auch ohne das hätten wir keinen Bock darauf, sonst wäre keine Zeit zum Artikel besprechen und rumrecherchieren, und ohne diese Arbeit kriegst du selten genauere Diskussionen hin. Auch Auseinandersetzungen entstehen häufig erst beim Nachfragen und Sich-in-andere-reindenken. Wenn keine Zeit dafür da ist, häufen sich Sätze wie: Hier müßte es eigentlich weitergehen, aber... Und dann ist die Auseinandersetzung schon am Ende, bevor sie begonnen hat, weil niemand was reinsteckt und macht.

KONKRET: Obwohl ihr ja auch sagt, daß es am besten wäre, wenn die Redaktion selber immer weniger Texte schreiben muß, und so auch weniger Verantwortung für den Inhalt übernimmt.

Hajo: Das bezieht sich darauf, daß wir die Redaktion als eine Art Übergangsjob sehen. Wir wollen ja nicht unsere Auseinandersetzungen anderen zum Fressen vorknallen, sondern anleiern, daß sich alle einmischen und verantwortlich fühlen. Der Zustand ist ja nicht so, aber als Utopie, als Wunsch, haben wir den schon so im Kopf.

Nina: Und daß wir an allen Ecken und Enden auch versuchen, bestimmte Konturen in die Diskussion reinzubringen. Wir schmeißen ja nicht alles Papier zusammen, und das wird dann eine Zeitung. Nach unseren Kriterien versuchen wir, Diskussionen in eine bestimmte Richtung zu lenken, von der wir uns konstruktive Ergebnisse versprechen. Beim Repressionsblock z.B. haben wir keine Lust gehabt, nur Szene-Prozesse reinzunehmen. Wir wollten gerade mal die ganze Alltäglichkeit der Repression ins Licht der geschätzten Öffentlichkeit rücken. Oder die Rassismus-Sexismus-Auseinandersetzungen in der Antifa. Wenn wir nur alles, was kommt, auch abdrucken würden, kommt nicht soviel bei rum. Mit vielen Sachen läßt sich erst dann was anfangen, wenn sich jemand damit beschäftigt und darauf eingeht.

Hajo: Wir provozieren auch bewußt, wenn uns was anstinkt. Zur Zeit haben wir viele Fragen und Kritik an Antifa-Strukturen. Wie gesagt, war in der Nr. 137 der Schwerpunkt Faschismus, und da mußten wir erstmal selber viel aufarbeiten und blicken. Das Problem ist, daß eine vorsichtige Kritik selten ernstgenommen wird, und wenn sie hart ist, wird sie oft als unsolidarisch verstanden. Aber dann gibt es wenigstens Reaktionen, auf die wiederum reagiert werden kann, und so entsteht vielleicht eine konstruktive Auseinandersetzung, aus der beide Seiten was lernen können. Leider läuft die Diskussion oft auch stellvertretend für viele, die ihr Maul nicht aufmachen oder gar nicht die Möglichkeit haben, sich Gehör zu verschaffen.

KONKRET: Das heißt aber, daß die Redaktionsarbeit für euch eine ziemlich wichtige Arbeit ist. In dem Interview mit dem ID klang es für mich so, als ob ihr's am liebsten hättet, wenn ihr nur noch Post sortieren müßtet und für die technische Herstellung verantwortlich wärt. Und jetzt sagt ihr, ihr wollt auch ein bestimmtes Programm realisieren und Akzente setzen, wie es Tradition linker Zeitungen ist.

Hajo: Unser Programm ist wohl, daß erstmal alle sich an dem Entwurf dafür beteiligen sollen und können...

Nina: Wir wollen doch nicht nur Diskussionen vermitteln, sondern auch praktische Schritte parallel dazu auf die Reihe kriegen. Das muß in unserer Situation immer organisiert werden und organisiert laufen. Das Interview mit dem ID sollte erklären, daß dieser praktische und organisatorische Aufwand uns soviel Kraft kostet, daß wir uns auch heute noch nicht so mit dem Inhalt der Zeitung befassen können, wie wir eigentlich wollen. Aber damit sind wir nicht zufrieden, weil wir den Anspruch ernst nehmen. Es geht uns nicht darum, daß einige tolle Papiere schreiben, und andere stehen am Rand und klatschen in die Hände und brüllen hurra.

Hajo: Je mehr Leute was dafür tun, desto mehr verändert sich das auch.

KONKRET: Das ist jetzt nicht nur eine allgemeine Aussage, sondern das beschreibt auch reale Verhältnisse?

Nina + Hajo: Ja!

KONKRET: »Radikal« ist ja die einzige Zeitung in der BRD, die die Kriminalisierung überstanden hat und in der Illegalität regelmäßig erscheint. Hat sie für euch einen Modellcharakter, mit dem auch experimentiert wird, was möglich ist und was nicht?

Nina: Ich hab bloß so wenig Bock auf Begriffe wie 'Modellcharakter'. Es ist für mich schon was Neues, und mir fällt auch kein anderes Beispiel ein, wo schon mal auf die Art und Weise sowas ausprobiert wurde. Aber ich fühl mich jetzt hier nicht als Modellantin, von wegen schaut auf mich, ich versuch hier grad ein ganz tolles Experiment. Mir geht's auch nicht besonders experimentierlustig zur Zeit. Ich hab das Gefühl, daß es in die richtige Richtung geht, und darauf kommt es für mich an.

Hajo: Wenn du dir anschaust, was so mit Zeitungen passiert ist – wenn sie den Herrschenden gefährlich werden, haut irgendwann die Repression rein, und die Zeitung verschwindet oder wird zum Untergrundblatt. Beides ist Scheiße, und wenn die radi derzeit noch mit 'Untergrundblatt' identifiziert wird, dann geben wir uns noch lange nicht damit zufrieden.

Wenn jemand das mal ausprobiert und womöglich erfolgreich, dann hat das logisch Auswirkungen auf die legalen Zeitungen des Widerstandes. Erstmal ist es wichtig, eine erprobte Möglichkeit zu haben, etwas anderes als Aufhören, wenn

die Bullen zuschlagen. Zur Not eben illegal, obwohl es dem Wesen einer Zeitung widerspricht. Und wenn es klappt, und eine illegale Zeitung dann auch kontinuierlich weiter erscheint, dann ist das wiederum ein Schutz für legale Zeitungen und Strukturen: Die Bullen müssen notgedrungen einsehen, daß eine Wiederholung der Methode gegen die nächste Zeitung zu demselben Ergebnis führen kann.

Nina: In der Geschichte der radi ist es ja so abgelaufen. Der ermittelnde Staatsanwalt war 1984 der Meinung, daß die radi nach dem Prozeß erledigt wäre. Vorher hat er den Bullen eine offene Observation empfohlen, damit die Leute das merken und abgeschreckt werden (trotz der mißlungenen Strategie wurde er nachher Vizechef des Verfassungsschutzes und ist heute abgesägt). Gegen die radi gab es mehrere Stufen der Repression, mit denen versucht wurde, die Zeitung plattzumachen. Erst wurden im Prozeß 84 angeblich Verantwortliche zu immerhin 30 Monaten Knast verurteilt. 86 kamen dann die bundesweiten Razzien gegen den Vertrieb der radi und knapp 200 Ermittlungsverfahren nach Paragraph 129a. Und neulich hatten wir Schiß, daß sie sich schon bis zur Auslandsadresse vorgearbeitet haben und sich dort vergreifen. Aber damit hat es sich. Jetzt können sie nur noch versuchen, das Ganze auszuheben.

Wir haben genug Infos, daß sie dran sind, und versuchen es ihnen nach Kräften so schwer wie möglich zu machen. Bei der ganzen Aktion geht es uns längst nicht mehr nur um die spezielle Zeitung »radikal«. Wenn das nur noch illegal geht, was wir richtig und notwendig finden, dann versuchen wir lieber einen illegalen Bumerang statt den Abgang.

KONKRET: Mir fällt bei der Lektüre von »radikal« auf, daß entgegen eurem Anspruch, umfassend Leute anzusprechen und keine Szenezeitung zu machen, die Themen ziemlich darauf beschränkt sind, was im autonomen Spektrum gerade Konjunktur hat: Antifa, Anti-IWF, Hungerstreik. Der gesamte Produktionsbereich taucht bei euch dagegen überhaupt nicht auf.

Nina: Das Wort 'Konjunktur' klingt mir ein bißchen abfällig. Das sind doch Themen, für die sich, ausgehend von einer aktuellen Betroffenheit, viele Leute interessieren, und gerade das sollte eine Zeitung dann auch aufgreifen können. Da sind die Chancen doch ganz gut daß die Betroffenheit bei möglichst vielen in einem radikalen Bewußtsein und in einer weitergehenden Organisierung mündet. Außerdem sehen wir diese Bereiche nicht so quasi im Besitz von autonomen Gruppen. Aber Autonome und radikaler Widerstand sind in diesen Bereichen verwurzelt, und das heißt, daß es hier eine konkrete Wirkung auf andere gibt, die sich beileibe nicht autonom nennen oder zum Widerstand zählen. Auch nach Tschernobyl, in Wackersdorf oder an der Startbahn war es doch so, daß diese Verwurzelung sich auf das Bewußtsein auch der betroffenen Bürger ausgewirkt hat.

Hajo: Wir können in der radi nicht einen Schwerpunkt aus dem Boden stampfen, der in der radikalen Linken, so wie wir sie mitkriegen, nicht verwurzelt ist. Die »wildcat« kann das, weil die Leute sich da auskennen und auch in die Fabrik gehen, weil sie genau dort was analysieren und verändern wollen.

KONKRET: Aber ihr sagt doch auch, wir schauen, was in der Provinz ist, recherchieren zur Situation der sozialen Gefangenen, dann könntet ihr sowas doch auch bezogen auf Lohnarbeit und Arbeitskämpfe machen.

Nina: Es gibt zwar viele Linke, die z.T. die übelste Lohnarbeit verrichten oder zum Sklavenhändler gehen, aber dieser Bereich wird fast nie thematisiert. Wenn wir aktive Leute wüßten, die in Streikkämpfen stecken oder Sabotage am Band organisieren, dann würden wir bestimmt nachfragen, ob sie ihre Erfahrungen nicht mal anderen vermitteln wollen, damit auch hier eine Diskussion entsteht und was Umfassenderes organisiert wird.

Natürlich sind Parolen schön, wie z.B. am 1. Mai »Kampf im Stadtteil und in der Fabrik, ist unsere Antwort...« und so. Wir wollen schon thematisieren, was wir für wichtige zukünftige Fragen halten, und dazu gehört klar auch die Umstrukturierung im Arbeitssektor und das vereinte Europa der Herrschenden. Das ist ja am 1. Mai auch so gewesen. Da haben auch viele Leute über die türkischen Jugendlichen geredet, und daß immer mehr ihren Haß rauslassen. Da kannst du mich auch fragen: Warum macht ihr nicht mal einen Erfahrungsbericht über deren Situation. Und ich kann nur zurückfragen, warum schafft es ein Maiplenum nicht, eine Organisierung auch mit türkischen Jugendlichen auf die Reihe zu kriegen. Und das Maiplenum kann die gesamte Linke fragen: Warum habt ihr trotz der internationalistischen Parolen kaum was mit den hier lebenden AusländerInnen zu tun. Das sind alles keine Fragen an Uns als Zeitung, sondern an die radikale Linke.

KONKRET: Wobei ihr ja ein Teil der radikalen Linken seid...

Hajo: Da gibt's aber viele Teile, und das ist auch gut so. Dann gibt es eben »wildcat« und »radikal«. Ohne den Anspruch, daß die eine Zeitung das leisten muß, wofür bei der anderen ziemlich viel Kraft draufgeht. Ist doch besser, bei weniger Themen relativ genau durchzublicken, als tausenderlei anzureißen. Das ist doch bei KONKRET genauso.

KONKRET: Die Frage ist doch, wie ihr als Zeitungsredaktion an Themen rangeht. Beschäftigt ihr euch hauptsächlich mit dem, was ohnehin geschrieben und erarbeitet wird, oder sagt ihr, es gibt für die radikale Linke zur Zeit ganz zentrale Fragen, wie die Entwicklung in den realsozialistischen Ländern oder eben auch im Produktionssektor in der BRD, zu denen wir auf jeden Fall eine Position entwickeln und veröffentlichen müssen.

Hajo: Es ist beides. Ich könnte dir sofort 10 weitere Themen nennen, die ich zentral finde. Dann machst du einen Teil in KONKRET oder im »Arbeiterkampf« oder in »wildcat«. Aber dafür laufen andere Sachen nicht, die in der radi stehen, und da kann sich bestimmt was ergänzen.

Für mich, uns, ist es wichtig, da anzusetzen, wo praktisch etwas passiert, und nicht wegen einer Analyse oder Theorie sich auf etwas zu versteifen, wo kaum was entwickelt ist. Ich sag's mal zugespitzt: Es geht uns nicht darum, ausgehend von einer richtigen Theorie was aufzubauen, sondern dort anzusetzen, wo Widerstand schon da ist in den Köpfen der Leute. Wenn wir von Provinz reden, dann reden wir ja auch nicht vom Bauern Sepp, der eigentlich was machen müßte, sondern von Leuten, die nicht nur am Rummosern und unzufrieden sind und sich ansonsten zuknallen. Die suchen irgendwelche Ansätze, auch etwas zu tun. Und ob das im Bereich Bundeswehr ist, ob Arbeitssabotage oder Strommasten umlegen, das ist erstmal egal. Es geht darum, daß praktischer Widerstand gewollt wird, und dafür versuchen wir dann zu pauern.

KONKRET: Die Gefahr ist recht groß, daß dieser Ansatz in der Sackgasse landet. Traditionalistisch wie ich bin, denke ich, daß neben der Betroffenheit auch die Fähigkeit, von einer bestimmten Basis aus etwas zu verändern, Kriterium für die Mobilisierung von Widerstand sein müßte. Anfang der 70er Jahre haben die K-Gruppen das eine Extrem praktiziert: Sie haben darauf bestanden, jetzt sofort und nur die Arbeiter für den Klassenkampf zu agitieren. Das, was ihr sagt, und was ich auch ingesamt im autonomen Spektrum beobachte, scheint mir das andere Extrem zu Sein: zu sagen, wenn die Arbeiterklasse nicht revoltiert,`dann soll sie's halt sein lassen.

Nina: Du sagt hier locker, du bist traditionalistisch. Ich als Frau kann da nur sagen: eine schlechte Tradition für Frauen. Die sind immer verarscht worden. Warum fragst du nicht mal nach anderen Artikeln der letzten Ausgaben, wo es um Frauen ging, um bezahlte Lohnarbeit und unbezahlte Reproduktionsarbeit. Das ist ein Bereich, der von Leuten in bester Tradition massiv vernachlässigt wird. Wir haben doch was anderes gesagt: Wenn Leute in den Betrieben hocken, dann sollen sie das thematisieren und die konkreten Probleme beschreiben. Sonst wird permanent über Arbeiterklasse geredet mit dem frommen Wunsch, die soll sich endlich mal rühren. Wenn mal was Konkretes da ist, wird vielleicht endlich mal über die scheiß reaktionäre Struktur bei denen geredet, was für Typen das sind, was für Kerle das sind, daß du denen am liebsten nur noch in die Fresse haust. Wenn da auch andere bei sind oder Frauen, die sich nicht alles gefallen lassen, dann möchte ich das auch selber mal gerne erfahren.

Als es in Rheinhausen abgegangen ist, sind viele Leute, u.a. aus der Hafenstraße, dort hingefahren. Wir haben mehrere Diskussionen gehabt, ohne daß ein Artikel zustandegekommen ist, und später war in der radi dann doch ein zugeschicktes Flugi veröffentlicht, das Autonome in Rheinhausen geklebt haben. Mehr war nicht drin. Wir wollten zeigen, wir haben das wahrgenommen, und es ist uns wichtig, daß etwas beginnt.

Mich persönlich interessieren andere Bereiche wesentlich mehr. Also, warum wird über den Reproduktionsbereich so wenig geredet, das ist ein äußerst untraditionelles Thema. Die Organisierung proletarischer Hausfrauen wird sich vielleicht erst in den nächsten Jahrzehnten abspielen, und eine Zeitung kann das sicherlich nicht herbeireden.

KONKRET: Ich denke, daß die aktuelle Krise in der radikalen Linken nur zu überwinden ist, wenn es gelingt, beide Bereiche zusammen zu sehen und nicht den einen gegen den anderen auszuspielen.

Nina: Krise der radikalen Linke ist auch so ein Schlagwort, mit dem ich wenig anfangen kann. Was ist denn so außergewöhnlich an der Situation? Bestimmte Kernfragen, wie z.B. eine Verankerung in der Bevölkerung erreicht werden kann oder wem wir unsere Aktionen vermitteln können und wem warum nicht, konnten auch Bewegungen nicht beantworten, die vergleichsweise viele Leute mobilisiert haben. Ich finde nicht, daß die Situation derzeit besonders krisenhaft ist. Wenn du hier wirklich was verändern willst, könntest du dich ohne Probleme in einer Dauerkrise befinden.

KONKRET: Auch wenn festgestellt wird, daß sich nichts verändert hat, also daß die Krise eine dauerhafte ist, kann man sich mit dieser Erkenntnis doch nicht begnügen.

Hajo: Ich finde nicht, daß sich nichts verändert hat. Wenn es z.B. mal eine Häuserbewegung gegeben hat, und du hast mit den Leuten zu tun oder kannst was nachlesen, dann kannst du auch aus den Erfahrungen schöpfen. Oder daß es hier eine Guerilla gibt oder gegeben hat, hat eine Menge damit zu tun, daß es jetzt militanten Widerstand gibt und worauf der aufbaut. Aufgrund von Bewegungen oder Kampfzyklen rückt eine bestimmte Sache ins Bewußtsein – und wenn es die Gründe der Niederlage sind. Ein Teil der APO z.B. hat versucht, durch die Institutionen zu marschieren, andere haben den bewaffneten Kampf aufgenommen, die nächsten Bürgerinitiativen gegründet oder in K-Gruppen mitgemischt. Aus allen diesen Wegen ist etwas geworden, eine Art linke Geschichtsschreibung. Und darauf kann ich heute zurückgreifen, obwohl ich es nicht erlebt hab. Ich weiß genau, warum ich Kaderpolitik ablehne, und warum ich keine Ziegen in der Idylle melke. Alles zusammen bewirkt, daß sich Abläufe und Kämpfe verändern – auch wenn sich individuell vieles wiederholt.

Nina: Du kannst immer auf Sachen aufbauen, die schon mal gewesen sind. Und dann ist aktuell wohl weniger die richtige Theorie wichtig, sondern daß die Kämpfe, und während du dich organisierst, aus gemachten Erfahrungen lernen. Du mußt dich von vornherein so organisieren, daß der Prozentsatz der Leute, die irgendwann aufhören oder sich integrieren lassen, so klein wie möglich ist. Das ist keine technische Sache oder eine Frage der stumpfen Disziplin. Mich interessieren eher

die Gründe, warum aktive Gruppen immer wieder zerfallen. Es muß doch erstmal gehen, daß sich solche Gruppen halten und weiterentwickeln und auf ihrer Ebene, die sie für politisch sinnvoll halten, weitermachen. Wenn klar vermittelt werden kann, worauf es dabei ankommt, dann kann der großen Masse auch eine revolutionäre Kampfperspektive vermittelt werden. Dazu muß die Kollektivität, die Gruppen bieten können, wichtiger sein, als die Angebote des Systems, sich zu arrangieren. Nur so kannst du der Resignation von Niederlagen auf Dauer etwas entgegensetzen. Die Leute sind doch nicht plötzlich blöde im Kopf, bloß weil ihre Bewegung eingeschäumt oder zerschlagen wurde – viele geben auf, nichts sonst.

KONKRET: Mir klingt das zu optimistisch. Aus den Erfahrungen der Häuserkämpfe kannst du doch heute schwer praktische Konsequenzen ziehen. Angesichts des rot-grünen Senats in Westberlin werden doch schon Hausbesetzungen von vielen Leuten als nicht mehr legitim empfunden. Und am 1. Mai 1989 hat sich im Anschluß an die Auseinandersetzungen, die vor zwei Jahren noch viel Sympathie in der Bevölkerung hervorgerufen haben, eine ziemlich beispiellose Militantenhatz entwickelt.

Hajo: Daß viele Leute Besetzungen plötzlich nicht mehr legitim finden, halt ich für ein Gerücht. Das sagt vielleicht die »taz«. Sogar ne Arbeitsgruppe der SPD erklärt Besetzungen für legitim, und dann frag mal rum bei den 10.000 Obdachlosen.

Nina: Die andere Seite ist, daß 10.000 Leute auf die revolutionäre 1. Mai-Demo gekommen sind. Die Gefühle der Leute haben sich unter einem neuen Senat nicht verändert. Natürlich bewirkt die Hetze was, und dann muß Gegenpropaganda laufen und die Plünderung von Supermärkten am besten jeden Tag.

KONKRET: Ich sehe auch, daß es die 10.000 Leute auf der Demonstration gegeben hat. Mir scheint aber, daß die Vermittlungsmöglichkeiten für die radikale Linke, obwohl sie zahlenmäßig wieder stärker geworden ist, gesamtgesellschaftlich abgenommen haben.

Hajo: Abgenommen, zugenommen. Für solche Einschätzungen fehlt mir im Moment der Überblick. Gerade bei einer Schleimerei wie rot-grün. Erst ein Riesengebrülle, und mittlerweile ist kaum noch was zu hören. Die AL stimmt den Sicherheitsgesetzen zu und macht überall einen Kniefall, wo sie sich nur beugen kann. Ich denke, das begreifen immer mehr, und die Hoffnungen schwinden entsprechend. Im Oktober ist ein Haus geräumt worden, da hat sich sogar der staatstragende Verein S036 aufgeregt, und die AL-Basis beschwert sich eh ständig bei ihren Chefs. Wenn parallel zu diesen Entwicklungen eine radikale Linke weiterexistiert, konfrontiert das viele mit ihren falschen Hoffnungen. Wenn du dich da dem Druck beugst und von der Bildfläche verschwindest, wäre das das Falscheste überhaupt, denn dann sind die realen Konflikte noch mundtoter gemacht. Es sind eher etablierte Kräfte, die Stimmung machen. Die haben den neuen Senat hinter sich, Vereine, Verlautbarungsorgane wie die »taz«, Geld, Funktionsträger, Sanierungsträger usw. Ich denke, daß ist eine Minderheit auch in Kreuzberg, aber sie haben die Möglichkeiten, so zu tun, als ob sie Volkes Stimme wären. Wenn der Alltag wiederkommt, verkehrt sich das mit der Zeit. Und nach dem nächsten 1. Mai können sie sowas nicht wiederholen, wenn ihnen bis dahin überhaupt noch jemand zuhört.

Nina: Meinetwegen sollen bei denen die Widersprüche krachen, bis sie kotzen. Mir ist das zuviel Gerede auf so einer allgemeinen Ebene, und so wenig Reden über das, was konkret läuft. Für mich geht der praktische Aspekt, den so eine Diskussion in erster Linie haben muß, flöten. Dazu gehört Militanz, ob am 1. Mai oder sonstwo.

Wenn nach dem Hungerstreik alle vom gesellschaftlichen Dialog reden, dann find ich wichtiger, daß vor Ort auch wegen anderer Gefangener was praktisch organisiert wird.

KONKRET: Ich finde, die Linke ist – vom Büchertisch bis zur militanten Aktion – ziemlich emsig. Wenn aber nicht geklärt ist, wo die Auseinandersetzungen hinführen sollen, was wir in den letzten Jahren für Fehler gemacht haben und welche strategischen Orientierungen sich als untauglich erwiesen haben, hilft das recht wenig.

Hajo: Und ich finde, daß die Linke wesentlich emsiger diskutiert als handelt, wo es dringend nötig wäre zu handeln.

KONKRET: Wenn bei einem Konzept die Praxis auf Dauer immer das Dominierende ausmacht, kannst du doch in eine Mühle geraten, wo die praktischen Erfordernisse alles andere überdecken, oder du resignierst, wenn du wie jetzt beim Hungerstreik Niederlagen in erheblichem Ausmaß erleben mußt. Diese Perspektivdiskussionsfeindlichkeit ...

Nina: Das machen wir jetzt immerhin seit 2 Stunden, also kann die Feindlichkeit ja nicht so groß sein.

Hajo: Eine Perspektive ist eine Entwicklung, und ich finde, sie ergibt sich aus der Praxis und der Theorie gleichzeitig. Sagen wir mal du hast den Hungerstreik unterstützt und es gibt kaum Erfolge, dann müßtest du das so gut aufarbeiten, daß beim nächsten Hungerstreik mehr gewonnen wird. Aber das war ja nicht der erste Streik, und daß die Unterstützung nicht gereicht hat, liegt in erster Linie am Kräfteverhältnis und nicht daran, daß die Theorie des gesellschaftlichen Dialogs oder ähnliche Argumentationen noch nicht richtig plaziert werden konnten. Im Moment hab ich eh den Eindruck, daß es in vielen Bereichen eine unausgesprochene Arbeitsteilung gibt: zwischen Leuten die praktische Sachen machen und anderen, die inhaltlich arbeiten. Und die Theorie hat ein ziemliches Übergewicht. Ich finde, indem du Widerstand machst, wird klarer, was bewirkt werden kann, also: Wo konntest du eine Schweinerei demaskieren, wo ist Öffentlichkeit geschaffen

worden, oder wo ist eine Organisierung entstanden, die auch einen Gegenschlag ausgehalten hat. Und so festigt sich auch eine Theorie, besser: Sie bewährt sich, denn die muß ja einen Bezug zur Praxis haben.

Aber sie entsteht nicht auf dem Reißbrett oder auf einem Kongreß, wie die 'Radikale Linke' das plant, und da kommen viele Leute hin und gehen mit Diskussionsergebnissen wieder auseinander, die sollen eventuell eingelöst werden. Und daneben gibt es die ganze Zeit Basisinitiativen und bestehende Organisierung, aber die kommt in den Vorträgen auf diesem Kongreß bestimmt nicht zu Wort. Ich find das eh eine Unverschämtheit, sich 'Radikale Linke' zu nennen. Wenn jemand sagt, ich bin radikal links – aber als Name, da hängt ein Vertretungsanspruch drin, mit dem dann dieser Kongreß veranstaltet werden soll. Ich hab da echt Mißtrauen, daß eine Menge Kraft und Gerede in eine Überbauorganisation gesteckt wird, statt bei den vorhandenen Sachen anzusetzen.

Nina: Das kannst du auch streichen.

KONKRET: Das laß ich drin!

Nina: Nein, das läßt du natürlich nicht drin!

KONKRET: Warum denn nicht?

Nina: Weil wir vorher besprochen haben, daß wir uns in dem Interview nicht abgrenzen.

KONKRET: Ich glaube, da hast du ein ziemliches Zerrbild von der 'Radikalen Linken' im Kopf. Im Kreis 'Radikale Linke' gibt es sowohl Leute, die eine ganze Menge praktisch gemacht haben, und welche, die tatsächlich im wesentlichen theoretisch arbeiten. Es fragt sich ja auch, was definierst du jetzt als praktische Arbeit.

Hajo: Etwas, was auf jeden Fall von unten kommt.

Nina: Oder von unten gedacht ist.

KONKRET: Würdet ihr sagen, daß »radikal« eine Zeitung ist, die von unten kommt?

Nina: Ja logisch. Sonst würd ich's sofort schmeißen. Worauf es mir ziemlich ankommt, ist, daß in der Diskussion das reale Leben, die Gefühle und auch Widersprüche rauskommen. Das sind doch mit die verbindendsten Sachen mit Leuten wie z.B. am 1. Mai, da hast du dieselbe Sauwut auf die Schweinebullen, und dann handelst du gemeinsam. Viele Linke schauen nach Italien, wie lebendig die Kämpfe dort abgelaufen sind, und hier ist es so stocksteif und bieder, daß die Linke eben nicht so diese Ausstrahlung hat. Ich finde wichtig, daß beim Widerstand ein Lebensgefühl rüberkommt, und das geht in bestimmten Diskussionen flöten. Du kannst die Theoriefeindlichkeit von manchen Autonomen kritisieren, auf jeden Fall haben sie es geschafft, ihren politischen Anspruch und ihr reales Leben ein Stück weit zusammenzubringen, und diesen Zusammenhang auf die Tagesordnung zu setzen. Wenn ich so einige gutbetuchte Theoretiker sehe und über Verweigerung im Alltag reden höre, da könnte ich schwören, daß die nie klauen müssen.

Hajo: Oder welche Leute auf die Idee kommen, vom Staat ein Existenzgeld fordern zu wollen. Das fordern die nicht für sich, sondern für andere.

KONKRET: Wobei ich denke, daß die persönliche Betroffenheit auch nicht der einzige Ansatz für eine politische Aktivität sein kann. Du kannst auch über eine theoretische Analyse zu etwas kommen. Dann zu sagen, das kannst du nicht machen, weil du in ganz anderen Verhältnissen lebst, find ich nicht so überzeugend.

Nina: So ausschließlich hab ich das auch nicht gesagt. Ich finde z.B. die Flüchtlingkampagne der RZ hervorragend. Das haben die auch selber gesagt, daß sie sich nicht einbilden, daß wegen ihres Ansatzes die proletarischen Massen plötzlich auf die Barrikaden springen. Trotzdem ist es für mich zukunftsweisend, weil die Flüchtlingsströme zunehmen werden und sich daran praktischer Internationalismus zeigen muß.

Hajo: Leute, die ein Existenzgeld fordern, wenn ich mir anschaue, was die sonst noch sagen, dann ist das für mich eher so ein Ansatz, wo sich welche zu Funktionären und Fürsprechern aufschwingen. Ich kann nicht sagen, daß alle von vornherein sowas im Kopf haben, aber ich bin mißtrauisch, weil bestimmte politische Ansätze haben sich einfach oft genug gegen diejenigen gekehrt, für die sie bestimmt waren. Die Grünen, die »taz« oder viele Vereine und SozialarbeiterInnen – die haben ja alle einen linken Anspruch zumindest mal gehabt. Nach ein paar Jahren kriegst du von denen so eins auf den Deckel – und zwar subtil – daß du dich dagegen wehren mußt, wie z.B. nach dem 1. Mai. Das ist doch alles keine Fata Morgana, diese Versuche, die Gegenwart in einem Theoriebild zu kanalisieren und dann soll was Gutes rauskommen, weil diese und jene theoretischen Regeln eingehalten werden. Aber das entsteht nicht von unten, sonst gäbe es ja eine Bewegung.

KONKRET: Wenn ihr z.B. in »radikal« Akzente setzt oder sagt, ihr wollt eine Diskussion in eine bestimmte Richtung bringen, dann ist das doch nur bei weiterer Auslegung eine Sache, die ausschließlich von unten kommt. Ihr habt doch die Möglichkeit, Artikel reinzunehmen oder nicht. Die Möglichkeiten etwas zu beeinflussen gibt es doch immer, wenn es irgendeine Form von strukturierter Oppositionsarbeit gibt.

Nina: Und wo ist das Problem?

KONKRET: Mein Problem ist das überhaupt nicht...

Hajo: Es kann passieren, daß wir auch wie Funktionäre draufkommen. Ich hoffe, daß dadurch, daß wir das ständig problematisieren und untereinander kritisieren, sowas nicht passiert. Wir achten ziemlich darauf, daß in der radi Sachen drinstehen, die nicht losgelöst von einer Basis sind. Ob das klappt, siehst du dann an den Reaktionen. Außerdem ist die radi für uns nicht einfach nur eine Zeitung. Sie wird nur gemacht und nur solange gemacht, wie sie von mehreren gemacht wird. Und was wir probieren ist ja gerade, daß nicht irgendwo eine Redaktion sitzt und woanders ein technischer Apparat, sondern, daß sich eine Struktur entwickelt, die ausfächert, so daß sie eben nicht von einer bestimmten Gruppe kontrolliert werden kann. Wenn diese Entwicklung zurückfallen würde, also wenn die Zeitung z.B. von einer Gruppe allein gemacht wird wie früher, dann würden wir das nicht mehr machen.

KONKRET: Was in euren Worten über Theoretiker anklingt, aber auch in eurem Interview mit dem ID, ist, daß es für euch eine Hierarchie politischer Tätigkeiten gibt, bei der die illegale, militante Praxis die höchste Stufe hat.

Nina: Es geht uns weniger um die Mittel, sondern um das Ziel. In erster Linie kommt es darauf an, daß immer mehr Leute im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf eine Revolution hinarbeiten. Wie du das machst, ist erstmal dein Bier, und militanter ist nicht gleichbedeutend mit besser drauf. Da gibt es ganz andere Kriterien, z.B. was für ein Niveau die Auseinandersetzungen zwischen Typen und Frauen haben und wie ein Bewußtsein praktisch umgesetzt wird. Es geht uns einfach um Basisautonomie und Strukturen, wo Leute ihre Geschichte in die eigene Hand nehmen mit dem Ziel, hier zunehmend die Machtfrage stellen zu können. Was wir vorhin gesagt haben, hat nichts mit Theoriefeindlichkeit zu tun. Aber wir haben Abscheu vor Funktionärstum und vor Leuten, die rumreden und die Drecksarbeit an der Basis anderen Leuten überlassen, auf die herabgeschaut wird, weil sie sich nicht so geschliffen ausdrücken können. Oder die als doof belächelt werden, weil sie bei Diskussionen über Fordismus nicht mitreden können oder wollen. In der Geschichte war es doch eher so, daß die legale Linke sich von den Militanten abgegrenzt hat, statt daß umgekehrt gesagt wurde, ihr seid uns zu lasch. Dann fahren welche ein, und dafür wird ihnen noch ans Bein gepißt. Ich hab das Gefühl, man muß permanent beteuern, daß militante Aktionen oder Steine schmeißen nicht aus einem Avantgardedünkel kommen.

KONKRET: Wie ist euer Verhältnis zur breiten Öffentlichkeit? Im Zusammenhang mit dem »radikal«-Prozeß kritisiert ihr, daß im breiten öffentlichen Protest radikale Inhalte ziemlich verschwommen sind und außerdem selbst diese breite Öffentlichkeit keinen wirkungsvollen Schutz bietet, weil im »radikal«-Prozeß eine Verurteilung von Benny Härlin und Michael Klöckner trotzdem durchgesetzt werden konnte.

Hajo: Wir meinen das nicht so absolut. Öffentlichkeit hat einen Sinn, wenn sie die Herrschenden unter Druck setzt, und weil dadurch mehr Leute blicken, was hier gespielt wird. Aber wenn zu ausschließlich auf Öffentlichkeit gesetzt wird, dann paßt du dich zu sehr an. Das kann bedeuten, daß es ein überwältigendes Trara für ein falsches Ziel gibt. Z.B. die stark humanistische Argumentation beim Hungerstreik. Oder die stark auf die Person von Ingrid Strobl zugeschnittene Kampagne hat für mich viel damit zu tun, daß selbst in KONKRET von Henning Venske später versucht wird, ihre Unschuld über die Schuld in diesem Fall der RZ zu beteuern. In einem solchen Fall werden Linke gegen Linke ausgespielt, wenn der Staat das macht, ist es normal, aber hier find ich das einfach nur noch dreckig. Oder im »radikal«-Prozeß hat die Öffentlichkeit ihre Pressefreiheit eingefordert, und das hat den ganzen Konflikt verwischt und entschärft. Uns zumindest geht es überhaupt nicht um Pressefreiheit, weil es hilflos ist, wenn angesichts der vom Staat täglich geschaffenen Fakten auf irgendwo geschriebene Grundrechte gepocht wird. Außerdem haben sie in diesem Artikel 5 eh vorgesorgt, weil die Pressefreiheit eben durch andere Gesetze eingeschränkt wird. Das sind dann besonders Sicherheitsgesetze für die Bullen, also Gefahr für die öffentliche Ordnung und so.

Nina: Ich finde den Inhalt einer Mobilisierung genauso wichtig wie das Ziel, z.B. eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Auch wenn die Erfolgsaussichten im konkreten Fall vielleicht dadurch schlechter werden. Wenn sich Prominente in Mutlangen hinsetzen, dann wird vielleicht verhindert, daß ein Transport durchkommt, und die Bullen sind vorsichtig, weil die Presse da ist und berichtet. Aber wenn über Jahre Leute von unten kontinuierlich blockieren, ohne daß die Presse da ist, entstehen realistischere Erfahrungen, und die find ich wertvoll. Erfahrungen, die darauf aufbauen, daß Prominente dich davor schützen, abgeräumt zu werden, oder daß der Widerstand ohne sie chancenlos ist, die gehen in die falsche Richtung.

KONKRET: Nach Tschernobyl waren militante Aktionen gegen Strommasten fast ein Volkssport: Sogar die »taz« hat eine Sägeanleitung veröffentlicht. Andererseits hat es dabei auch schwere Unfälle gegeben, und in den Prozessen anderthalb Jahre später hat sich herausgestellt, daß sich zumindest einige Leute wenig überlegt haben, auf was für ein Terrain sie sich mit solchen Aktionen begeben. Worin seht ihr jetzt im Nachhinein die Verantwortung einer Zeitung wie »radikal«, für die Militanz ja eine ziemlich wichtige Rolle spielt.

Hajo: Erstmal ist Militanz ein unverzichtbares Mittel, um revolutionäre Veränderungen herbeizuführen. Und dabei gibt es mehrere Erfahrungen und Verhaltensweisen, damit du weder dich noch andere gefährdest, damit du nicht einfährst, damit die Aktion eine politische Wirkung hat. Dazu braucht es Austausch und eine Diskussion zuerst unter den Leuten, die eine

militante Praxis haben. Das läuft also nicht in der Öffentlichkeit ab oder in der »taz«, und es gibt überhaupt so gut wie keinen Raum, in dem sowas stattfinden kann. U.a. deswegen ist die radi kriminalisiert und es für uns eine Selbstverständlichkeit, in der Zeitung bestimmte Erfahrungen und Tips zu veröffentlichen. Wir haben damit nicht im Kopf, Leute zu animieren, kurz mal einen Mast umzulegen, sondern es gibt die militante Praxis, eine persönliche Diskussion ist aber kaum möglich. Über die radi kann das laufen. Wir gehen also so ran, daß wir auf etwas aufbauen, was vorhanden ist, und daß die Veröffentlichung den Sinn hat, Wiederholungen und Fehler auch in diesem Bereich zu vermeiden.

Daß die Gefahr besteht, sich durch einen Lichtbogen zu verbrennen, ist erst nach dem Anschlag bei Frankfurt als Problem klargeworden. Es wäre jetzt falsch zu sagen, weil es Anleitungen gegeben hat, haben Leute das nachgeahmt. Der richtige Schluß daraus ist eher, so eine Gefahr früher zu überlegen und sie in genauere Anleitungen einzubauen. Wir haben auch Erfahrungen bei Klauaktionen, für den Bau von Mollis und UKW-Sender veröffentlicht. Oder die Bauanleitung für den Ausdreher für Autoschlösser, der sich äußerster Beliebtheit erfreut. Da könntest du jetzt auch sagen, den könnte ein Faschist nachbauen...Wir können mit dem Abdruck nicht die Verantwortung dafür übernehmen, was damit passiert. Aber ich gehe davon aus, daß, wenn Leute die radi lesen, auch der Hintergrund und das politische Bewußtsein rüberkommen, mit dem die Anleitungen gedacht sind.

Nina: Das mit der »taz« ist bezeichnend. Die veröffentlichen eine Anleitung zum Strommastknacken, obwohl sie überhaupt kein Interesse daran haben, die Schlagkraft der Linken zu stärken. Irgendwie können sie sich aber nicht leisten, das zu übersehen. Dann laufen deswegen die Bullen in der »taz« auf, sie bringt große Berichte über Unfälle und angeblich durchgeknallte Jugendliche, und das alles wird zum Anlaß genommen, insgesamt militante Aktionen als sinnlos darzustellen. Aber das Problem ist ja nicht, daß es Anleitungen gibt, sondern wie Leute damit umgehen. Und wenn du die Anleitungen wegnimmst, dann werden weiter Aktionen laufen, weil das Bedürfnis ja da ist. Es ist auf jeden Fall richtig, dieses Wissen als Macht zu begreifen, mit der du verantwortungsvoll umgehen mußt. Aber einiges kommt mir vor wie im Schüler-Lehrer Verhältnis: nimmst den Kleinen die Anleitungen weg, dann *e* können sie's nicht mehr machen. Das ist Schwachsinn denn es gibt tausend Wege und Möglichkeiten, was zu machen, und die Veröffentlichung von Anleitungen soll J das eher koordinieren als ersetzen.

KONKRET: Wobei sich nach Tschernobyl doch gezeigt hat, daß diese Massenmilitanz nicht der große Sprung nach vorne ist. Die Anti-AKW Bewegung steht heute nicht besser da als vor Tschernobyl.

Hajo: Aber was weißt du von den Leuten, was die heute machen. Ich glaube nicht, daß alle in der Versenkung verschwunden sind. Vielleicht haben einige aufgehört, andere machen was gegen Munitionstransporte, die nächsten gegen Siemens oder Internationalismusarbeit oder sie besetzen Häuser oder organisieren sich als Frauen – was weiß ich darüber. Wenn du bei einer Sache gescheitert bist, ist es aufgrund der gemachten Erfahrungen vielleicht sinnvoller zu versuchen, in einem anderen Bereich anzusetzen. Ich finde, du mißt Erfolge zu ausschließlich an offensichtlichen Fakten und nimmst unscheinbarere Entwicklungen – also auch individuelle Erfahrungen meinetwegen über Jahre – gar nicht wahr.

Nina: Wenn nichts passiert, dann können natürlich auch keine Fehler gemacht werden. Die Mastaktionen haben eine Menge Nachfolgediskussionen ausgelöst, und wenn du dich solidarisch damit auseinandersetzt, dann kannst du auch was lernen und das überhaupt auf militante Aktionen übertragen. Aber solidarisch geht das nur, wenn du militante Aktionen an sich richtig und notwendig findest und nicht, wenn du gerade in diesem Bereich dir das ganze von weit außen betrachtest oder, wie die »taz« dein politisches Süppchen im Hinterkopf hast.

Hajo: Gerade wenn es dir so stark um Theorie und Perspektive geht, dann ist doch Massenmilitanz was total Wichtiges. Ich glaub zumindest nicht, daß wirklich wesentliche Veränderungen allein auf evolutionärem Weg erkämpft werden. Wenn dann trotz der Militanz vieler die AKWs nicht sofort abgeschaltet wurden, dann ist dieser Mißerfolg doch kein Beweis dafür, daß Massenmilitanz was Falsches ist. Im Gegenteil: Wie beim Hungerstreik und allen anderen Beispielen mußt du die Gründe rausfinden, damit es beim nächsten Mal besser klappt. Außerdem gibt es genug Beispiele, wo Massenmilitanz eine ganze Menge bewirkt hat, auch was ein radikales Bewußtsein betrifft. Z.B. die Militanz vor AKW-Baustellen, an der Startbahn oder während der Häuserkämpfe auf der Straße. Oder bei der Anti-Shell-Kampagne in Dänemark und den Niederlanden, wo die zielgerichtete Militanz vieler Gruppen eine Menge dazu beigetragen hat, daß sich Konzerne aus Südafrika zurückziehen mußten.

Nina: Über militante Aktionen wird in größerem Maßstab sowieso nur geredet, wenn Leute dabei einfahren oder verletzt werden. Mir kommt das oft so vor, als ob bewiesen werden muß, daß Militanz fehlerfrei ist. Bloß weil ich davon überzeugt bin, daß es ein notwendiges Mittel ist. Wenn die miesen Beispiele hochgehalten werden, entsteht schnell der Eindruck, Militanz wäre was Falsches und Aussichtsloses. Wenn es Fehler gibt, dann spreche ich diesem ganzen »taz«-Spektrum einfach das Recht ab, auch nur ein Wort dazu zu sagen. Die befördern ihren Nowakowski, obwohl der Typ ohne jeden Druck Leute namentlich bei den Bullen angeschwärzt und seine ganze Aussage auch noch auf üblen Vermutungen aufgebaut hat. In solchen Bereichen werden Fehler wie selbstverständlich akzeptiert, ohne daß jemand z.B. ständig rumbrüllt: Legale Politik bringts nicht.

KONKRET: Fehler bei militanten Aktionen haben in der Regel auch schlimmere Folgen als eine falsche Abstimmung bei den Grünen: sowohl für einzelne Leute, die dabei verletzt werden, als auch für die radikale Linke insgesamt, gegen die nach einer falschen Aktion leicht massiv Stimmung gemacht werden kann. Von daher werden da auch strengere Maßstäbe angelegt.

Hajo: Genau sowas mein ich, die strengeren Maßstäbe sind die Kriterien von Leuten, die sich eher durch militante Aktionen bedroht sehen, als durch die Repression des Staates. Ein Abstimmungsergebnis der Grünen war, daß sie in Hessen für die Anschaffung der neuen Wasserwerfer gestimmt haben. Einen davon hat später ein Bulle (geschwärzt) benutzt und Günter Sare totgefahren. Das ist echt nur ein Beispiel von vielen. Was in Parlamenten entschieden wird, hat wesentlich gravierendere Folgen als militante Aktionen. Sie sind bloß nicht so offensichtlich, weil sich die Folgen verzögern oder in anderen Ländern auftreten. Außerdem sind solche Fehler auch in der Linken wesentlich akzeptierter, denn es gibt ja viele, die ihren politischen Anspruch über die demokratische Mitbestimmung in den Institutionen einlösen wollen.

Ich finde, da wird eine Verhältnismäßigkeit total auf den Kopf gestellt. Die ganze subtile Gewalt in diesem System fällt dabei vollkommen weg. Was z.B. ein Konzern wie Daimler in Südafrika macht, rechtfertigt meiner Meinung nach tausend Bomben in all seine Niederlassungen auf der ganzen Welt. Und wenn es Verletzte gibt, dann fang ich nicht an grundsätzlich zu zweifeln, sondern find es gut daß welche erstmal versucht haben, diese (geschwärzt) anzugreifen.

Nina: Das Grundproblem ist, daß die positiven Beispiele und Erfahrungen mit Militanz nicht genug vermittelt werden. Das ist natürlich auch eine Frage des Kräfteverhältnisses, daß sie genug Möglichkeiten haben, dreist zu lügen und den Widerstand auszuschlachten. Und die Gegenpropaganda ist viel zu schwach. Reden und kämpfen, kämpfen und reden (alter Vietkong-Spruch).

konkret 01/90, S. 56

Peter Hacks

Die wissenschaftliche Gesellschaft und ihr Nachbar

Beobachtungen zu Christoph Martin Wieland: »Politische Schriften, insbesondere zur Französischen Revolution«

Die Revolution

Das Jahr 1989 ist herum, man kann endlich wieder über die Französische Revolution reden.

Wie sehr das bürgerliche Frankreich die Umwälzung gehaßt hat, die einst sein Mutterschoß war, erfuhr die Welt erst jetzt. Die fränkischen Könige, weiß man, stammten von einem Meeresungeheuer ab, das sie doch immer ziemlich in Ehren hielten. Die französische Bourgeoisie brachte nicht über sich, Neigung zu der Revolution zu heucheln, von der sie abstammt. Sie schämte sich offen. Der Franz Mitterand, den man sicher nicht kränkt, wenn man sagt, das er politisch rechts von Ludwig XVI steht, schmähte den Geburtstag der unvorzeigbaren Ahnin, indem er ihn beging: er ließ die Göttin der Unvernunft auf den Champs Elysées herumtragen. Eine Vorführung der force de frappe hätte die Revolution weniger beleidigt.

Der Beobachter, wenn er anhand der hocherfreulichen drei Bände des Greno Verlags von 1988 die Rückwälzungsausschreitungen überspringt und, 1990, zum Gegenstand zurückkehrt, behauptet nicht etwa, er sei glücklich mit ihm. Wenn er zwar nicht haßerfüllt ist, verlegen ist er natürlich doch.

Die Revolution, das ist kaum abzuleugnen, machte in keinem ihrer vielen Zustände ein schönes Bild. (Die einzigen schönen Bilder von ihr sind die, die David gemalt hat. Der Beobachter mag alle diese Römer. Er mag David). Auf ihren erhabensten oder rührendsten Tableaus ist immer zugleich was Widriges, Abstoßendes; die Rede ist nicht von den Blutflecken allein. Da ist immer Machtverlangen in der Gefühlsduselei, Käuflichkeit im Heldentum, Selbsttäuschung in den höchsten Aufschwüngen des Scharfsinns. Irgendein Fleck ist immer, sei es vom Regen, sei es von der Bohéme und vom Tingeltangel.

Gut aus der Klemme geholfen hat sich des Beobachters Regierung. Sie murmelte was davon, daß man die Revolution nicht anders denn als Ganzes betrachten dürfe; mit dem Satz verließ sie schon das Thema.

Der Beobachter will es sich eine Spur schwerer machen. Kleckse verlieren sich mit dem Abstand der Jahre, und es läßt sich von dort aus über sie hinwegsehn. Peinlicher als die häßlichen Stellen der Revolution ist ein sonderbares Verblassen ihrer Farben. Eine schreckliche Vermutung drängt sich auf: die Revolution könnte – und das wäre schlimmer als nur häßlich – unnötig gewesen sein.

In Frankreich, schrieb Mozart (Vater) 1763, 26 Jahre vor der erstürmten Bastille, an Mozart (Sohn), habe niemand Geld, außer "einigen großen Bankiers und den Steuerpächtern«. In den Jahren vom Thermidor bis zu ihrem amtlichen Ende zeigte sich die Revolution unbemäntelt als das, was sie ihrem gesellschaftlichen Wesen nach war: als der real existierende Kapitalismus. – Was dann war dadurch geändert, daß sie stattgefunden hatte? Wer ausschließlich in wirtschaftlichen Denkformen denkt, kann zu Recht sagen: Nichts. An der Wirklichkeit war nichts geändert.

Die Revolution hat nichts an der Wirklichkeit geändert, meint der Beobachter, aber alles an unserm Begriff von der Wirklichkeit. Der Sprung, den sie machte, war geistiger Art. Er bestand in der Entfernung der unbewiesenen Behauptungen aus dem menschlichen Zusammenleben.

Nichts ging mehr ohne Begründung. Nichts verstand sich mehr von alters oder von selbst. (Ausgenommen freilich das Eigentum, das laut Gesetz ununtersucht bleiben mußte. Aber diese Ausnahme hatte keine große Aussicht auf Dauer, nicht wahr?) Die Revolution erzeugte eine Tatsache, indem sie mit der lauten Stimme einer ganzen Nation nach ihr fragte. Diese Tatsache ist die wissenschaftliche Gesellschaft.

Die voraussetzungslose Gesellschaft. Die Gesellschaft, die allein von Menschen gedacht und gemacht wird. Die Gesellschaft, im Hinblick auf den Gesamtnutzen berechnet. Die Gesellschaft nach dem Naturrecht: die unnatürliche Gesellschaft also. La société machine. Der Staat.

Alle Autorität will fortan abgeleitet sein und das Volk mitgenannt. Das sind zwei Gründe zu lügen, seither wird so viel gelogen. Diese Lügen sind der Fortschritt.

Dem idealen Wesen der Revolution entspricht, daß sie fast ausnahmslos von Intelligenzlern durchgeführt wurde. Die Revolutionäre waren alle Kopfarbeiter, und an diesem Körperteil wurden sie auch alle bestraft.

Wieland faßt 1799 das Ergebnis zusammen. »Wenn wir die Zeit der Vorurteile auch zurück wünschen wollten, – es wäre vergebens; sie wird nicht wiederkommen, sie kann nicht wiederkommen«.

Die Revolution, kurz, hat tatsächlich nichts Neues gebracht, nur eine neue Epoche. Die Revolution enthielt tatsächlich keinen schönen Augenblick. Aber David hatte Recht: Die Revolution ist schön.

Der Herr Nachbar

In der von landschaftlicher Anmut nicht begünstigten thüringer Hochebene lebte zu der Zeit der Dichter Wieland.

Er war ein gedanken- und töchterreicher Poet mit einer überlangen Barocknase. Runde Brauen gaben seinen Augen etwas Spöttisches, eine dicke Unterlippe seinem Mund etwas Genüßliches. In seinem hohen Alter wärmte er seine Stirnglatze mit einem schwarzen Samtkäppchen. – Man sollte alle großen Männer in ihrem hohen Alter darstellen. Keiner wird ja vom Leben dümmer.

Der Klassiker mit dem Käppchen also. Die Weltidee im Schlafrock.

Vor den Toren Weimars besaß er ein Gütchen, Osmannstädt. Ein gestrecktes, französisch ummauertes Wasser lief senkrecht auf die Front seines Dichterschlößchens zu und bildete mit dem ein T. Es ist nicht zu glauben, in wie kleinem Maßstab Versailles sehr hübsch nachzuahmen geht. Wurde ihm englisch zu Mute, ging er nach Tiefurt seine Freundin, die Herzoginmutter, besuchen; die wandelte dort auf ihren winzigen Füßen mit ihm durch Laubgruppen und Distichen. (Insofern sagt unsere Edition gewiß die Wahrheit, wenn sie vorträgt, Wieland habe zwischen der französischen Haltung zur Welt und der englischen keine rechte Entscheidung getroffen. Was war deutsch an der Sache? Deutsch war, das Wieland ganz selbstverständlich unternahm, das Pariser Weltereignis unter einen höheren Gesichtspunkt zu ordnen).

Wielands Bild steht ebenso matt und verschwommen im gegenwärtigen Bewußtsein wie sein Werk und sein Leben. Daß Wieland überhaupt wieder vorkommt, verdankt die Bundesrepublik Arno Schmidt; der Beobachter fragt sich, welches die Kunst betreffende Ergebnis sie Arno Schmidt eigentlich nicht verdankt. Was Schmidt an Wieland zu rühmen weiß, ist nicht besonders stichhaltig. Aber letztenendes ist gleichgültig, an welcher Stelle man eine Orange zu schälen anfängt, Hauptsache, man nähert sich dem Fleisch.

Wielands Beruf war die Aufklärung. Er erzeugte sie als Großmeister der schönen Literatur, als politisch und ästhetisch Urteilender, als Zeitungsmensch. Außer mit ihr beschäftigte er sich mit nichts. Er zog weder von Ort zu Ort, noch flog er von Bett zu Bett. (Das Genie ist seßhaft. Der Walfisch reist nicht gern). Er war 1772 nach Weimar gekommen und blieb da vierzig Jahre lang wohnen und starb dann.

Das aber sind die beiden Gründe seiner hartnäckigen Nichtachtung durch die philologischen Medien: Er führte ein gelehrtes, mithin häusliches Leben, und in ihm war der Wurm nicht drin. Welcher Grund ist der ausschlaggebende? Der Mangel an action? Oder die Aufklärung? – Der Beobachter meint, die Aufklärung.

Ein hiesiger Herausgeber, S. Hermlin, hat ein »Deutsches Lesebuch« vorgelegt: eine Literaturgeschichte in Textproben, worin die deutsche Literatur vom Gesichtsort der Frühromantik vorgeführt ist. Schon im Riß zu der war Wieland nicht enthalten. Als der Beobachter dem Chrestomathisten nahelegte, doch auch das achtzehnte Jahrhundert ein gutes Jahrhundert sein zu lassen, ließ der sich erweichen und konnte sich zu – Brockes entschließen. In S. Hermlins »Deutschem Lesebuch« fehlt Christoph Martin Wieland, und, wie gesagt, nicht, weil er ihn übersehen hätte.

Als Fortdenker des »Athenäum« handelt er mit der »Annihilazion« Wielands folgerichtig. Es war nicht später als 1798, daß Friedrich Schlegel seinem Berliner Verleger Vieweg anbot, Wieland »literarisch totzumachen«. Ob Hermlin das gewußt hat?

Weimar

Weimar war einer von diesen deutschen Herzogsflecken, ein schäbiger oder verträumter, wie man will. In ihm schien (und scheint) sich nie etwas zu ereignen. In Wahrheit ereignete sich hier die andere Welthauptsache, die deutsche Klassik. Es gab nämlich im Revolutionsjahrzehnt zwei Entwürfe von der Gesellschaft, einen bürgerlichen und einen unbürgerlichen. Der bürgerliche war der französische. Der unbürgerliche war der klassische.

Der französische Entwurf war wenig gegliedert: Die Kapitaleigner beuten die Nichtbesitzer von Eigentum aus, und der Adel an den Laternen. Der Vorteil der Weimarischen Musenfreunde war, daß an seine Übertragung auf Deutschland nur von Narren zu denken war. Derlei Undurchführbarkeiten heben die Durchsprechebene.

Das Bürgertum kann in Deutschland die Macht nicht ergreifen, und soll es auch nicht; man benutzt die Gelegenheit seiner Unterentwicklung, um ihm von vornherein Fesseln anzulegen. Der Adel kann in Deutschland nicht gehängt werden, und soll es auch nicht; man bedient sich seiner Fähigkeiten, (auf die ja auch Frankreich schließlich nicht wird verzichten können). Gegen die noch schwache Bourgeoisie spielt man die schon geschwächte Aristokratie aus. Wucherer, rät der Gärtner Förster, soll man auf einander loslassen. Die Gärtner, die in dem (klassischen) Fall leichte Mühe haben, bleiben die Fürsten.

Die Klassik also ist ein noch aufgeklärterer Absolutismus. Die Nation erscheint auch in ihrem Entwurf: sie erscheint in Gestalt des Klassengleichgewichts. Jegliche Regierungsverwaltung, sagt Wieland, muß »einer vermischten Form sich

nähern«.

Was Wieland an dem französischen Einparteiensystem vor allem störte, war, daß es keinen Gärtner erforderte. Wer sollte das leiten? Es schien die Gefahr einer ungeheuren Tyrannei zu enthalten, der parlamentarischen Demokratie. Parlamentarische Demokratie, das ist die Befehlsgewalt einer Kammermehrheit. Von allen Herrschaftsformen ist die Oligokratie die schlechteste, und von allen Oligokratien die schlechteste ist die Befehlsgewalt einer Kammermehrheit.

Der französische Entwurf und der deutsche Entwurf sind nicht die gleichen. Es ist eine wohlmeinende, aber falsche Vereinfachung, wenn man den Klassikern nachredet, sie seien Jakobiner gewesen. Gemeinsam indes ist den Entwürfen: daß sie vollständige und für absehbare Zeit endgültige, daß sie zu Menschheitsentwürfen hochgerechnet waren. Die französische Utopie ist eher eine der Rationalität, die klassische eher eine der Harmonie. An welchen Idealen sich ja nichts ausschließt. Keine Utopie deckt sich mit der anderen. Alle Utopien decken sich.

Wenn der französische Entwurf was Vormarxistisches hat, so der klassische was Vorlassalleanisches. Aus dem Lassalleanismus der Klassik kann man keinen rückwirkenden Tadel herleiten: andere Zeiten. andere Wahrheiten. Vorläufig bekam die Klassik erst einmal für die nächsten hundert Jahre Recht. Gemessen an den schönen Aufgeregtheiten der Revolution wirkt sie vergleichsweise bescheiden, dafür ist sie tiefer. Und natürlich lebensnäher.

Nicht wir übernahmen den französischen Entwurf, die Franzosen übernahmen unsern. Im bonapartistischen Schlußabschitt der Revolution fanden sich die Entwürfe, der französische und der klassische, Arm in Arm wieder. – 1808 gab es eine Gipfelbegegnung.

Wieland ging nicht zur Revolution, er ließ sie kommen. Damit sie sich treffen konnten, mußte Napoleon sich von Paris nach Weimar bequemen und Wieland sich von seiner Wohnung zum Schloß.

Wieland verkehrte mit Napoleon ganz von Weltmitte zu Weltmitte. Die berühmte Unterhaltung, bei welcher die zwei Atheisten erörterten, ob es wirklich unvermeidbar sei, in Frankreich das Papsttum wiedereinzuführen, beendete Wieland mit der Bemerkung, er könne jetzt nicht länger stehen und gehe jetzt, und der Kaiser sagte: »Ja, tun Sie das nur«, und schickte ihm die Ehrenlegion durch Boten.

Wieder zehn Jahre später mußten beide, die Franzosen und die Klassiker, noch einmal von ihren Hoffnungen zurückstecken und begaben sich mitsammen in die Heilige Allianz.

Der Weimaraner und die Frankreicher

Gegen das Wort »Frankreicher« (für »Franzosen«) hat der Beobachter nichts. Das ist gebildet wie »Österreicher« und geht von der deutschen Zunge. Jedes eingesparte Fremdwort ist eine Verbesserung. Der Beobachter nimmt auch keinen Anstand, diejenigen französischen Vornamen, die hier eine hinlängliche Entsprechung haben, einzudeutschen. – Wie sah der Weimaraner das Treiben der Frankreicher?

Die Lage ähnelt ja, bei Umkehrung des Himmels, der heutigen. Der gesellschaftliche Klumpen hat sich um seine Achse gedreht: Westen ist jetzt Osten. Wieland, wenn er die Revolution anblickte, blickte nach Westen über den Rhein wie heute Gremliza nach Osten über die Elbe. Der Beobachter übergeht alle aus dem Vergleich etwa entstehenden Ähnlichkeiten oder Unähnlichkeiten und fährt mit Wieland fort. Wieland genoß den Anblick. Er hatte für das Land, aus dem er blickte, einen eigenen Weg im Kopf und war nicht verdrossen. »Ich halte es für eine Glückseligkeit, um welche uns die Nachwelt beneiden wird«, ließ er 1790 einen Brieffreund wissen, »Zuschauer der Revolution gewesen zu sein«. Er behandelte, was er sah, ganz unverkrampft.

Die Revolution war Angelegenheit der Franzosen. Die Revolution war nicht Angelegenheit der Deutschen. Für die Franzosen war sie gut. »Wie vieles auch an den Jakobinern mit Grund auszustellen ist« – 1792 – »so kann ich mich doch nicht erwehren, ihre Sache im Ganzen innerlich zu begünstigen«. Im Ganzen! Wieland sagt, was des Beobachters Regierung murmelt. Die Jakobiner, sie sind einmal die Revolution. Folglich hat, wer für die Revolution ist. für die Jakobiner zu sein.

Natürlich saßen auch an den Wassern der Ilm die Art Leute, die der Revolution von Woche zu Woche das Elegante und das Törichte an ihrem Betragen erklärten und ihre Zustimmung davon abhängig machten und sich ohne Zweifel sehr darüber würden gewundert haben, daß die Revolution irgendwie auch ohne die Mitwirkung ihres sittlichen Urteils zurecht kam. Das sind Freunde. Die mopsen. Was hat eine Revolution von Nachbarn, die ihr fallweise anhängen? Wieland gehörte zu denen nicht.

Er behelligt die Revolution nicht mit Seufzern der Enttäuschung, er verschont sie mit Begeisterungsschreien. Nicht öfter als ein Mal überläßt er sich »bloß dem süßen Gefühl der Freude« über einen ihrer Schritte, und druckt das süße Gefühl; es handelt sich um die ökonomische Zerschlagung des Katholizismus. (Diese Kirchen alle machen es einem ja aber auch tatsächlich schwer, nicht über ihnen zum Sektierer zu werden).

Wieland ist mit jedem einzelnen Zustand der Revolution einverstanden. Es genau zu sagen: In jedem einzelnen Zustand der Revolution ist er Zentrist, und mit Wohlwollen für die Linke.

Bei all der durchgängigen Billigung freilich ist selbst er nicht von politischen Geschmacksneigungen frei. Er zieht Stellen, in denen regiert wird, solchen, worin nicht regiert wird, vor. Er liebte die Revolution, ausgenommen das Anarchische an ihr. (Die Romantik verabscheute die Revolution, ausgenommen das Anarchische an ihr). Gleich eingangs beispielsweise, beim Putsch des dritten Standes, wird er ganz rappelig. Wer ist es, der da die Vernunft fordert? Das »Pariser Parlamente«? Kann man dessen »sonderbare Rolle in den Unruhen der Fronde« aus dem Gedächtnis streichen? Das Parlament verlangt das Richtige, aber Vorsicht: Es ist der Falsche, der das Richtige verlangt.

Der Beobachter zitiert Wieland natürlich nur, wenn der sagt, was der Beobachter auch glaubt. Jeder täte das. – Wieland also urteilt als ein in der Wolle gefärbter Monarchist. Er liest die Revolution zweifellos als Königsdrama.

Ihm sind alle Könige recht, welcher ist Nebensache. Numa und Heliogabal, der Unterschied zwischen ihnen ist gering und geht zu vernachlässigen. Es ist eine zweitrangige Frage, ob der Fürst der Revolution Ludwig XVI, Ludwig Philipp Josef v. Orleans, Robespierre oder Napoleon heißt; Wieland steht auf seiner Seite. Die Geschichte bestätigt ihn. Keiner von denen war mit seinem Abgang erledigt. Wer regierte das 19. Jahrhundert? Ludwigs Brüder, Philipps Sohn und Napoleons Neffe. Zugestanden: Robespierres Nachfolger, die Männer der Commune, waren nicht Robespierres Verwandte. Sie waren seine Geistesverwandten. Alle Herrscher der Revolution kamen noch einmal wieder dran und waren ein Treffer, jeder von ihnen. Auf welchen immer man wettete, man gewann. Wieland wettete auf alle. – Erst als auf die die Republik folgte, ging es mit Frankreich bergab und begann Mitterand sich drohend abzuzeichnen.

Der Unterklasse, wie bekannt, ging es durch die Revolution geschäftlich schlechter. Als Robespierre 1793 einen Getreidehöchstpreis, das Maximum, festsetzte, überführten ihn die Girondisten des Rückfalls in königliche Gewohnheiten; denn der König pflegte das ebenso zu halten. Hieraus läßt sich eine Regel ableiten. Wenn ein Volk Brot essen will, sollte es vermeiden, liberal zu fühlen. Wer für das Maximum eintritt, muß für die Alleinherrschaft eintreten. Man kriegt es nicht anders.

Vielleicht ist auch das noch eine durchgängige unter seinen Meinungen: Wieland erklärte sich immer wieder, und mit Nachdruck, gegen die Bourgeoisie. Er will sie ebenso der Nation unterstellt wie den Adel oder die Pfaffen. Ist das jakobinisch? Oder ist das deutsch?

Der Beobachter denkt, beides. Das geheime Bindeglied zwischen der Klassik und den Jakobinern ist eine starke einwohnende Lust an der Despotie.

Der Herausgeber

Das alles sagt Reemtsma auch. Er sagt nicht nur das, er sagt es unter anderem. Man kann es in dem, was er sagt, finden.

Als Herausgeber genannt sind Jan Philipp Reemtsma, Johanna Radspieler und Hans Radspieler. Das Vorwort hat Reemtsma geschrieben, und der Beobachter hält sich an den.

Das Vorwort ist sehr höflich. Es stellt dem Leser frei, es nicht zu lesen. Der Beobachter rät jedem ab, von dieser Erlaubnis Gebrauch zu machen; das Vorwort ist sehr gut. Es ist klug und richtig und wohlgesetzt und unternimmt erfolgreich, den Wieland nachzuerzählen, der, einer der beweglichsten und lebendigsten Denker, unmöglich nachzuerzählen ist; der Beobachter beneidet den Herausgeber nicht um diese Aufgabe. Dennoch fällt ihm schwer, JPR ganz beizufallen. Was ist an dem Beifall die Schwierigkeit? Die Schwierigkeit ist jener gelehrte Ernst, der alle Dinge so schwierig macht.

Der Herausgeber ist so viel sachkundiger und so viel gewissenhafter und so viel mißtrauischer als der Beobachter. Zum Beispiel kommt ihm die Frage nach der Glaublichkeit vertrauter Briefe ein; das ist eine von den wirklich wissenschaftlichen Fragestellungen, die den Beobachter rasend machen. JPR bemerkt treffend, daß in Briefen nicht notwendig die Wahrheit und in Veröffentlichungen nicht notwendig die Unwahrheit stehen müsse. Briefmeinungen können dem Empfänger zu Gefallen hingerückt sein. Was einer drucken läßt, ist, was er verantwortet: des Schriftstellers eigentliche Wahrheit. »Was berechtigt«, fragt JPR also, »eine private Meinung für authentischer zu halten als eine öffentlich geäußerte?« – Nun ja, sofern die öffentliche Äußerung Kopf und Kragen kostet, doch wohl einiges.

Wo anders hätte Wieland sagen können, daß er die Hinrichtung Ludwigs XVI für rechtmäßig ansah, als in einem vertrauten Brief? Wielands Tapferkeit kannte nahezu keine Grenze. Er wagte es, den Marat-Mord der Irren von Caen für einen Mord aus Geltungssucht zu erklären – und die Corday saß damals fester in den Herzen als heute ein Robbenbaby. Aber unter die Königsmörder konnte sich auch Wieland nur in einem vertrauten Brief einreihen.

Eine famose Entscheidung der Ausgabe ist, daß sie vor der Revolution beginnt. Da ist ein Stück, aus Gründen verwickeltsten Witzes Friedrich dem Großen gewidmet, worin sich Wieland streitbar zum Machiavell bekennt. Wieland schätzt ihn als großen Realisten. Er ist, sagt er, selbst beinahe so schlecht, wie die Welt schlecht ist. Über Politik im Ernst reden, sagt er, heißt mit Machiavell reden. Auf die Macht verstehen sich am besten die Mächtigen, sagt er, sie ist ihr

Geschäft. Und er wird in der Folge nichts dagegen haben, wenn neue Mächtige auf den Plan treten und sie den alten wegnehmen. Können sie es, dann sind sie im Recht. Das ist wie ein Gottesurteil, ein Urteil des Gotts der Geschichte.

Auch Ideen erscheinen in der Politik. Sie erscheinen in Form von politisch wirksamen Maßnahmen, wodurch sie gelegentlich schwer wiederzuerkennen sind. Geistesgeschichtsschreibung ist dazu da, sie kenntlich zu machen.

Die Ausgabe bringt Wielands Texte in ihrer zeitlichen Reihenfolge, und das muß sie; der Beobachter wünschte, die Jahreszahlen ständen bei den Überschriften und nicht nur in dem Versteck, in dem sie sind. Das Vorwort, obgleich JPR den Ausgang der Dinge inzwischen weiß, bedient sich dieses Wissensvorteils nicht. Es versetzt sich ins »Voranschreiten der Ereignisse« und Wielands »momentane Eindrücke« von denen. Es begibt sich damit mitten in den heftig sich krümmenden Zeitstrom und auf eine gleichsam sublunarische Ebene. Man muß ihm um viele Bindungen folgen.

JPR, das unmißverständlich zu sagen, ist so ungern sicher. Er entfesselt einen Universalienstreit, und er gerät über dem in den Zweifel.

Was ist wirklich, die Revolution oder ihre Teile? Ist die Revolution einfach das geschichtliche Ergebnis ihrer Teile? Oder gibt es eine Wirklichkeit, die Revolution heißt, und ist jeder Teil der Revolution gewissermaßen das Ergebnis der Revolution? – Einige, immerhin, sagen: die Universalie, das ist der Stand der Erzeugungskräfte, der im Kleiderladen der gesellschaftlichen Erscheinungen solange die Gewänder anprobt, bis er das Erzeugungsverhältnis gefunden hat, worin er sich kommod fühlt. Das läßt sich doch ganz gut denken. Die Universalie wäre hiernach eine Realie; Anproben, beiläufig, dauern manchmal ungemein lange.

Die Periode des Zweifels, die von Duns Scotus bis Kant reicht, war das Ende des Denkmittelalters und der Beginn der Neuzeit. Das Gegenteil eines Dogmatikers war damals der Zweifler. Aber seit Hegel ist der Zweifel überwunden und von der Dialektik abgelöst. Tatsachen können richtig sein, nur das Ganze kann wahr sein. (Meint Hegel. Und murmelt die DDR). JPR meint: mal sind es die, die gelten, mal das. Und das stimmt ja dann auch wieder.

JPR findet Wielands Hirnschaltungen den seinen ähnlich. Wieland, so lautet seine oberste Behauptung und sein persönlichstes Lob, habe eine Aussageform, die »Meinungsäußerung«, gemieden. Er erhält eine politische Psychologie zugeordnet, fast wie ein Englischmann. Vielleicht läßt sich dasselbe besser begründen.

Bei jedem Satz, den Wieland über die Revolution schreibt, hat er drei Denksysteme gleichzeitig im Kopf: das deutsche, das französische und das sächsische, nämlich das der Zensur. Das Gehirn, das von der Lage nicht zur Dialektik vermocht wird, verdient den Namen nicht.

Wieland, ferner, schreibt wie alle Aufklärer gern Dialoge. Das Erfordernis dieser Gattung ist, daß beide Sprecher was vorzubringen haben: die dialogische Objektivität.

Aus dem soll folgen, Wieland habe keine Meinungsäußerungen abgegeben? Der Beobachter, der sich im Hauptberuf der dramatischen Objektivität befleißigt, würde sich über das Lob beunruhigen, er habe keine Meinung, oder er äußere sie nicht.

Wo, fragt der Beobachter, bleibt die Lust am Erkennen? Wo die Lust am Gegenstand? Christoph Martin Wieland! Die Französische Revolution! Gibt es erfrischendere Gegenstände? Selbst unter den Vernünftigen ist heute so ein graulicher Zeit-Ton eingerissen, so als leite sich das Adjektiv bedenklich von dem Verb denken her. Manche haben die Wahrheit, als hätten sie sie nicht.

Reemtsma ist ein Freund und Kritiker des Fortschritts, Wieland ist ein Freund und Kritiker des Fortschritts, sie sind es beide, aber sie sind es nicht in derselben Mischung. Das Vorwort berichtet tatsachengetreu die Denkbegebenheiten von Reemtsmas Wieland.

(Auch des Beobachters Wieland ist nicht Wielands Wieland. Wir alle bemühen uns nur).

Sibyllinische Bücher

Die vornehmste Nachricht, die die Ausgabe vermittelt, ist, daß Wieland in die Zukunft sehen konnte.

1787 kündigte er das Eintreten der Revolution an. 1792 die »Ausrottung der ganzen königlichen Familie«. 1798 die Diktatur des Napoleon Buonaparte. 1800 die Umwandlung der »vorbereitenden Maßregel« des Konsulats in eine Erbmonarchie; der Vorhersagezeitraum, der bis dahin zwei Jahre umfaßte, erweitert sich nun auf vier.

In solcher Regelmäßigkeit und Häufung, denkt (anders als JPR) der Beobachter, können Voraussagen keine Zufälle sein. Die unwahrscheinlichste von ihnen ist die Napoleons, welche Wieland beinahe die peinliche Verfolgung durch die englische Regierung an den Hals gebracht hätte. England bezichtigte den Dichter des Einverständnisses mit französischen Diensten; der Beobachter will das auch gar nicht abstreiten. Aber selbst französische Dienste kannten 1798 die Person des kommenden Diktators nicht.

Wieland folgert die Unvermeidlichkeit der Diktatur aus der Unhaltbarkeit der bourgeoisen Anarchie im Directoire; stets geläufig sind ihm ja »die großen Vorteile, welche die Alleinherrschaft hat«. Er ahnt den Diktator; denn ihn verlangt nach einem. Aber wie zum Teufel kommt er auf des Diktators Eigennamen? So:

Er prüft die Anwärter auf ihre Tugenden und hofft, der Tugendreichste unter ihnen möge durchs Ziel gehn. Und der geht dann durchs Ziel. Sicher, man prophezeit, was man hofft. Der Wunsch ist der Vater auch dieser Prophezeiung. Aber das Verfahren wirkt nicht bei den Wünschen eines Dahergelaufenen.

Sind historische Voraussagen möglich? Sie sind es unter zwei Voraussetzungen. Es bedarf hierfür einer Kausalität in der Geschichte. Und eines Wieland.

Man spürt in jeder Zeile die Erregung, die Wieland bei jeder neuen Wendung der Sache überkam. Aber man spürt zugleich eine große Gelassenheit. Jede Neuigkeit, unerhört, wie sie war, bestätigte ihm, daß die Welt fortfuhr, sich verständig zu verhalten. Das nämlich tat sie. Der Beobachter sagt das schlicht, der Herausgeber sagt es weniger schlicht, und käme dem Beobachter je in den Sinn, an JPR eine Aussetzung zu machen, wäre es die.

Die Ausgabe

Die Bücher gefallen dem Beobachter sehr. Sie sehen aus, als wären sie von 1800. Sie sind in einem geistreichen länglichen Format. Der Einband ist aus Halbleinen und marmorierter Pappe, selbst der Schnitt oben amselfarben gesprenkelt.

Sie haben keinen Schutzumschlag. Heute, wo man all das modische bißchen Buchkunst in das steckt, was man wegwirft, ins Papier drumherum, und wehe, man entfernt es, – heute ist das allein schon eine Rückkehr aus der Hochstapelei der Jetztzeit zum Wertmaßstab der Benutzbarkeit. Gut am Buch soll ja das Buch sein, nicht die Eigenwerbung, worein es gewickelt ist. – Noch schlimmer als Schutzumschläge sind Schuber.

Ein Schuber ist das Signal des Verlags, daß das Buch den Versuch nicht lohnt, es aus ihm herauszupfriemeln. Der Schuber hier gibt nicht vor, was besseres zu sein als eine Schachtel und eine Vorrichtung gegen Schäden, die beim Heimtragen entstehen. Das ist alles vorzüglich gedacht. Von einem solchen Ansatz geht man aus, wenn man sich vorgenommen hat, für ein beliebiges Gut die zeitgemäße Form zu finden und ein Erzeugnis zu erarbeiten, worin Gebrauchswert und Zeitgeist zusammenfallen.

Denn wie macht man denn sowas? Man beginnt bei dem geschichtlichen Stand, wo das Erzeugnis seine Blüte und höchste Gelungenheit hatte, und prüft dann, was an dem unter den gegenwärtigen Bedingungen der Herstellbarkeit, Wirtschaftlichkeit und Verlangtheit aufrechtzuerhalten geht oder geändert werden muß.

Hier demnach ist eine Aufgabe in ihrer Lösung begriffen; der Beobachter glaubt nicht, daß sie bereits gelöst sei. Grenos Wieland ist mehr als nur gediegen, aber weniger als vollkommen. Was fehlt? Die Bücher fremdeln ein wenig. Ehrfurchtgebietend sollen sie gern wirken; weshalb soll ein Buch nicht Ehrfurcht gebieten? Aber fremdelnd? Ein richtiges Buch ist was zum Knuddeln, es ist zutunlich, handsome, es erwärmt die Seele und den Raum. Das achtzehnte Jahrhundert konnte das. Ist es, weil lederne Einbände einmal nicht übertrefflich sind? Oder scheint es nur so, weil die Bücher inzwischen alt sind?

Und stimmt wirklich, daß unsere demokratischen Gesellschaften Ledereinbände (und Goldschnitt) sich nicht mehr leisten können? Das sind so Fragen, und die Ausgabe weicht ihnen nicht aus.

Die Ausgabe, gäbe es heute noch Ereignisse, wäre ein Ereignis. Die Schönheit, die sie hat, ist eine vorsätzliche und also eine politische Schönheit. Sie macht Wieland schön, so wie einst David die Revolution.

Der Beobachter

Die Französische Revolution hat die Denker in aller Welt stark beschäftigt, die Dichter so gut wie gar nicht. Der Beobachter, der bis zu diesem Abschnitt sein Urteil streng zurückgehalten und sich in nichts gemischt hat, nimmt sich zum Schluß die Freiheit und mengt sich ein und kommt auf sich zu sprechen.

Er hat in der Revolution während seines langen Dramatikerlebens drei Dramenstoffe ausgemittelt. Es sind – außer Goethes »Mädchen von Oberkirch«, welches fabelhafte Opernsujet er seinem Freund Matthus für dessen Revolutionsoper vorgeschlagen hat; der hat aber den »Mirabeau« gemacht – :

1. Collot d'Herbois. Ein Schauspieler köpft sein Publikum, ein Künstlerdrama.

2. Barras. Der Erfinder der PR-Marianne verkauft Napoleon die Revolution für eine halbe Million Francs. Barras ist für den Beobachter der erste durchaus moderne Parlamentarier.

Beide Stoffe wären leicht zu schreiben gewesen. Aber im Grunde liegt dem Beobachter so wenig an Künstlern wie an Parlamentariern, das sind nicht Menschen im strengen Sinn. Wirklich wichtig war das dritte Vorhaben, aber das blieb

bedauerlicherweise ein Einfall dramaturgischer und geschichtsphilosophischer Art und barg keine Fabel in sich. Jene konnte der Beobachter erzählen, weil er sie nicht ausführen wollte. Dieses muß er erzählen, weil er es nicht ausführen kann. Also

3. Die Revolution als Dreipersonenstück. Der Vorwurf beruht auf der Entdeckung, daß das Volk – das Volk (Hegel) ist der bewußtlose Teil der Gesellschaft – nicht nur selbstverständlich nicht das Subjekt der Revolution war, sondern daß es ihren Fortgang eher störte. Ludwig XVI, Philipp Gleichheit und Robespierre sind im Besitz der Bühne und machen die Revolution unter sich aus; hin und wieder aber tritt das Volk auf und stört. – Ein erstklassiges Drama erkennt man daran, daß das Volk in ihm stört.

»Was für eine Regierungsform die französische Nation oder irgendeine andere in der Welt sich auch geben mag«, teilt Wieland 1792 mit, »eine Regierung muß sie haben; und da sich das Volk nicht selbst regieren kann, so muß es regiert werden«.

Christoph Martin Wieland: Politische Schriften, insbesondere zur Französischen Revolution, hrsg. v. Jan Philipp Reemtsma, Hans und Johanna Radspieler, Verlag Franz Greno, Nördlingen 1988, 3 Bände, zus. 1628 Seiten, 128 Mark.

Peter Hacks lebt und schreibt in der DDR. Zuletzt erschien von ihm in KONKRET10/89 ein Text über den 'Turnvater' Friedrich Ludwig Jahn

Kasten Seite 59

Wieland über Gorbatschow & Co.:

JUPITER: Bedenke, was bey einer solchen Revolution dem Drang der Umstände, der Verschiedenheit der Vorstellungsarten, und Einsichten und dem ewigen Streite, worin Privatvortheile und gemeines Bestes mit einander verwickelt sind, zugerechnet werden muß! Bedenke, daß auch die redlichsten und weisesten Menschen nur Menschen sind! Man wollte anfangs nur soweit gehen, als die Noth erforderte, und wurde durch die unaufhaltbaren Wogen der Zufälle weiter fortgerissen. Ohne eine Revolution konnte dem Staate nicht geholfen werden, eine Revolution aber war nur durch überwiegende Gewalt möglich. Wenn ein Staat nur noch durch die Fesseln, die man seinen Bürgern angelegt hat, zusammenhängt: so wird er freylich aufgelöst, sobald diese Fesseln zerbrochen werden. Ist es mit einer Regierung so weit gekommen, daß sie sich nur noch durch *Mißbräuche* erhält, und alle ihre Stärke von ihnen zieht: so muß nothwendig auf die Abstellung dieser Mißbräuche ein Augenblick von Stockung erfolgen; und das kann, nach Beschaffenheit der Menschen und der Umstände, ein ziemlich langer Augenblick seyn. (...)

Wie würdest du es also anfangen Numa, wenn du auf die Erde zurückkehren müßtest, um den *** Gesetze zu geben?

NUMA: Ich würde mir den Auftrag, wo möglich verbitten, Jupiter; wofern dies aber nicht angienge, mich nicht verbunden halten, das Urbild der vollkommensten Gesetzgebung für sie vom Himmel zu stehlen, sondern genug gethan zu haben glauben, wenn ich ihnen, wie Solon den Atheniensern, die besten Gesetze gäbe, deren sie gegenwärtig fähig wären.

JUPITER: Du würdest also, wie es scheint, einen ganz anderen Weg einschlagen, als die Philosophen und Physiokraten, die jetzt im Besitze des Gesetzgebens in *** sind?

NUMA: Ich würde mich wenigstens hüten, kein eingeführtes Gesetz eher abzuschaffen, bis ich gewiß wäre, daß ich es auch nicht einen einzigen Tag länger nöthig haben könnte. Ich würde mich hüten, den rohesten Theil des Volks, der doch immer die meisten und derbsten Arme hat, von *alten* Pflichten zu entbinden, eh ich mich hinlänglich versichert hätte, daß sie sich den *neuen,* die ich ihnen dafür auflegte, willig und unverzüglich unterwerfen würden. Ich würde, wenn ich nothwendig voraussehen müßte, daß meine Gesetzgebung einer ansehnlichen und mächtigen Partey nicht angenehm seyn könnte, mich sehr hüten, diese Partey noch absichtlich ohne alle Noth zu erbittern; sondern sie vielmehr auf alle nur ersinnliche Weise zu gewinnen, und für die Aufopferungen, so sie dem Staate machen müßten, zu entschädigen suchen. Ich würde nicht alles auf einmahl thun wollen, sondern eine Verbesserung nach und nach die andere herbeyführen lassen; und während ich mich bloß mit den unaufschieblichsten beschäftigte, zufrieden seyn, zu den andern, die ich der Zeit, und der künftigen Erfahrung überließe, den Grund gelegt, oder den Weg gebahnt zu haben. Und hauptsächlich würde ich mir selbst zum unverbrüchlichen Gesetze machen, keine Gesetze – in der Trunkenheit zu geben.

Aus Christoph Martin Wieland: Der vierzehnte Julius. Ein Göttergespräch, in: ders.: Politische Schriften, Bd. Il. S. 140ff.

(Anstelle der *** steht in Wielands Text »Westfranken« bzw. »Frankreich«)

konkret 01/90, S. 62

Matthias Altenburg

Buch des Monats - Marx und Manitou

T. Coraghessan Boyle: „Worlds' End“, Roman, aus dem Amerikanischen von Werner Richter, Carl Hanser Verlag, München 1989, 512 Seiten, 45 Mark

Das Leben ist ein schlechter Roman? Einverstanden. Aber dennoch ist es interessanter als die meisten Romane aus der Abteilung »Das gute Buch«. Und andersrum: Es gibt schlechte Romane, die interessanter sind als das Leben.

Seit ich vor zwei Jahren Boyles »Wassermusik« (Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins, 560 Seiten, 30 Mark) gelesen habe, ist das Buch nicht mehr in meinem Regal gelandet. Ich lieh es einem Bekannten, der es seiner Schwester gab, deren Schwager es seiner Geliebten ... Und irgendwo liegt auch jetzt der Freund eines Freundesfreundes mit heißen Ohren und roten Augen auf seinem Bett und will wissen, was aus Mungo Park wird und ob Ned Rise dem Henker entkommt.

Völlig unbekümmert um die Diskussionen, ob und wie heute Romane noch möglich sind, erzählt Tom Coraghessan Boyle (scheinbar, scheinbar!) einfach drauflos. Er nennt eine ekelhafte Ratte eine ekelhafte Ratte und einen Verräter einen Verräter. Und die Bevölkerung ist begeistert. Soviel ungeteilter Zuspruch könnte mißtrauisch machen, wenn die Popularität dieser Prosa erkauft wäre mit Zugeständnissen an die versauten Lesegewohnheiten des Publikums. Ist sie aber nicht. Boyle unterläßt es nur einfach, seine Leser mit den Problemen des Schreibens zu langweilen und konzentriert sich stattdessen auf das, was er zu sagen hat. Statt an der Weiterentwicklung eines Genres zu arbeiten, plündert er das gesamte ästhetische Arsenal, das die Romanautoren der vergangenen Jahrhunderte angelegt haben, um seine Geschichte so gut, so genau und so spannend es eben geht zu erzählen – und er entwickelt unter der Hand dann doch sein Genre weiter. Daß er dafür nun als postmoderner Dekonstruktivist gefeiert wird, ist wahrhaftig nicht seine Schuld.

Boyles zweiter ins Deutsche übersetzter Roman – den die ungewöhnlich schlecht informierte »FAZ« als sein »deutschsprachiges Debüt« ausgibt – heißt »World's End« und ist längst nicht so düster wie sein Titel und seine Interpreten uns glauben machen wollen. Obwohl ...

Es beginnt mit Verrat, und es endet mit Verrat. Walter Van Brunt, gerade 22 geworden, rast, bekifft und besoffen wie er ist, mit seinem Motorrad gegen eine Gedenktafel, die er schon oft gesehen, aber noch nie beachtet hat. Dieser Zusammenprall mit der Geschichte katapultiert ihn nicht nur auf den Operationstisch, sondern auch zurück in eine Zeit, die längst vergessen, aber nur scheinbar vergangen ist (»Keine Sache ist jemals wirklich abgeschlossen.«) Außer seinem rechten Fuß verliert er bei dem Unfall auch noch das ganze Bündel an Gewißheiten, das ein junger Intellektueller in der amerikanischen Provinz des Jahres 1968 haben konnte.

»An dieser Stelle ergab sich im Jahre 1693 Cadwallader Crane, Anführer eines bewaffneten Aufstands auf dem Gut der Van Warts, den Behörden. Er wurde 1694 zusammen mit seinem Mitverschwörer Jeremy Mohonk auf dem Galgenhügel von Van Wartville gehenkt.« So steht es auf jener Tafel, die Walter zum Verhängnis wird und die zugleich auf seinen Ahnen Wouter Van Brunt verweist. Der nämlich hatte, um seine eigene Haut zu retten, seine beiden Kumpane denunziert und sie so dem Henker ausgeliefert.

Schauplatz ist eine Siedlung am Oberlauf des Hudson. Holländische Einwanderer waren Mitte des 17.Jahrhunderts in das von den Kitchawanken bewohnte Gebiet gekommen, hatten den Indianern ihre Ordnung errichtet . Da gab es den reichen *patroon* und die armen Pächter, die Herren und die Habenichtse, die Van Warts und die Van Brunts.

Ein mittelmäßiger Autor hätte aus solchem Stoff eine schwerfällige Familiensaga über drei Jahrhunderte gemacht, die uns dann kurze Zeit später als sechsteilige Soap-Opera vom Fernsehen aufgetischt worden wäre. Boyle macht es anders. Er setzt uns einem historischen Wechselbad aus, jagt uns vom zwanzigsten Jahrhundert ins siebzehnte, um uns sogleich wieder aus dem tiefen Brunnen der Geschichte ins grelle Licht der Gegenwart zu zerren. In einem erzählerischen Kraftakt biegt er die beiden Enden seiner Geschichte zusammen, fertigt eine Parallelschaltung der Jahrhunderte an und treibt uns immer weiter hinein in das Gespinst von Abhängigkeiten, das sich über so lange Zeit erhalten hat.

Walter sucht nach seinem Vater, als ginge es um sein Leben, als wäre der die Inkarnation einer Wahrheit, die dem Jungen so lange vorenthalten wurde. Und doch stellt sich heraus, daß Truman Van Brunt genau der Verräter ist, für den ihn alle halten. Er hat nicht nur seine Genossen – Kommunisten, Linke, Gewerkschafter allesamt – er hat auch seine Frau und seinen Sohn verraten. Und Walter, anstatt sich von seinem Erzeuger abzuwenden, nimmt an, was er für sein unabweisbares Erbe hält: Er tut, was all seine Ahnen getan haben, er wird selbst zum Verräter.

Boyle führt vor, wieviel gute Argumente es gibt, sich die eigene, schleichende Anpassung zu verbergen, sie vor den anderen zu kaschieren, wie sich Opportunismus als Vernunft und Verrat sich als Reife ausgibt. Hat Stalin nicht auch die Leute unterdrückt? Klar doch, also weg mit dem Kommunismus? Ist nicht am Ende alles bloß Propaganda? Na sicher, zum Teufel mit den linken Theorien! Und haben die sogenannten Unterdrücker nicht auch ihre menschlichen Seiten? Na also, dann her mit dem schönen Leben! Also wäre »World's End« nichts anderes als die literarische Illustration jenes Briefes,

den der deutsche Revolutionär Georg Büchner an seine Braut schrieb, in dem es heißt: »Ich studierte die Geschichte der Revolution. Ich fühlte mich wie zernichtet unter dem gräßlichen Fatalismus der Geschichte. Ich finde in der Menschennatur eine entsetzliche Gleichheit, in den menschlichen Verhältnissen eine unabwendbare Gewalt, allen und keinem verliehen. Der einzelne nur Schaum auf der Welle, die Größe ein bloßer Zufall, die Herrschaft des Genies ein Puppenspiel, ein lächerliches Ringen gegen ein ehernes Gesetz, es zu erkennen das Höchste, es zu beherrschen unmöglich.«?

Aber nein, man kommt diesem Roman nicht bei, wenn man versucht, ihn zu referieren, ihn auf seine ideologische Essenz zu reduzieren, wenn man ihn zum politischen – und sei es zum fatalistischen – Lehrstück stutzt, das er nicht ist und nicht sein will. »World's End« ist die Geschichte von Auflehnung und Unterwerfung, von heißer Wut und stummer Resignation, von jahrhundertelanger Friedhofsruhe und plötzlicher Eruption. Aber zuerst und vor allem ist der Roman die Geschichte seiner Figuren, und die sind immer beides zugleich: widerspenstig und weinerlich, nobel und niederträchtig, heldenhaft und hasenherzig.

Blendende Einfälle, wie Günter Grass einen hatte (und an dem die gesamte Geisteswelt seit nunmehr dreißig Jahren kaut), als er den kleinen Oskar klein bleiben ließ, entwickelt Boyle alle paar Seiten . Er läßt Männer zu gefräßigen Monstren werden, verwandelt brave Industriellengattinnen in sexhungrige Furien und athletische Sportler in klapprige Säufer. Die Geister der Abtrünnigen erscheinen den Unterworfenen, um sie gegen ihre Unterwerfer aufzuwiegeln, und als Jeremy Mohonk, der Letzte der Kitchawanken, dem Kommunisten Sasha Freeman begegnet, kommt es zu einer jener seltenen Hochzeiten zwischen Wissenschaft und Weisheit, zwischen der Rationalität der Aufklärung und den Legenden der Völker, zwischen Marx und Manitou, die dann doch wieder Hoffnung geben, daß die ehernen Gesetze der Geschichte nicht für immer gelten müssen. Trotz und Trauer, Feigheit und Fanatismus, Geilheit und Gewalt – dieses Buch umfaßt alles, was zwischen Himmel und Hölle möglich ist.

Als das neunzehnte Jahrhundert zuende ging, hatten die Prosaautoren zwei Möglichkeiten weniger. Weder konnten sie weiterhin Abenteuerromane schreiben, wie Cooper und Melville, Sue und Dumas sie geschrieben hatten, noch konnten sie künftig der Wirklichkeit durch jenen psychologischen Realismus habhaft werden, wie er noch taugte, als die bürgerlichen Helden mit ihren Autoren glaubten, sie und ihre Seelen seien das Zentrum des Universums. Es war wie immer, wenn etwas Altes nicht mehr funktioniert und etwas Neues noch nicht in Sicht ist: Es mußte experimentiert werden. Das Experiment, das damals begann, nennt man heute Moderne. Als der Zweite Weltkrieg dann endgültig das wahrgemacht hatte, was den Kunstwerken der Moderne schon vorher abzulesen war, daß nämlich der Mensch und seine Welt zerrissen sind, bestand für die Künstler keine Notwendigkeit mehr, in ihren Werken noch einmal zu zerstören, was in der Wirklichkeit bereits in Trümmern lag, und doch waren sie gezwungen, darauf zu reagieren. Man einigte sich, das, was jetzt begann, als Postmoderne zu bezeichnen.

Folgt man den geschwätzigen Kulturtheoretikern, so finden sich in diesem Bett nun so unterschiedliche Autoren wie Botho Strauß und Heiner Müller, wie Rolf Dieter Brinkmann und Peter Handke, wie Thomas Pynchon und Walker Percy. Allein die Subsumierung dieser sechs Namen unter eine Kategorie, wäre ausreichend, diese als ziemlich dubios erscheinen zu lassen. Und doch, wenn Postmoderne mehr (und damit weniger) bedeutet, als nur alles, was *nach* der Moderne kam, wenn in ihr die Erfahrungen, das heißt, die Errungenschaften *und* die Fehler der Moderne aufgehoben sind, dann und nur dann sind die Romane Tom Coraghessan Boyles (wie alles, was heute geschrieben wird und den Namen Literatur verdient) einer postmodernen Literatur zuzurechnen. »World's End« jedenfalls ist ein psychologischer Abenteuerroman, dem man anmerkt, daß sein Autor bei Melville *und* Stendhal, bei Joyce *und* Pynchon in die Schule gegangen ist. »World's End« ist wie ein Bild von Brueghel, wie ein Film von Fellini, wie ein Buch von Boyle.

Literatur darf nicht al dente, sie muß gut durch sein. All das halbgare Futter der letzten Jahre hat Hunger gemacht auf Bücher, wie Boyle sie schreibt: Genuß ohne Reue, ich schwörs. Ein Buch des Monats? Ach was, warum soll man bescheiden sein, wenn es sich schonmal lohnt, das Maul vollzunehmen? Das Buch des Jahres ist dieser Roman.

konkret 01/90, S. 64

Rossana Rossanda, Theresia Degener

Marxismus und sexuelle Differenz

Sie ist eine der führenden Theoretikerinnen des italienischen Feminismus und des italienischen Marxismus: Rossana Rossanda, Kommunistin, bis 1968 im ZK des PCI, dort ausgeschlossen, Mitbegründerin der Zeitung »n Manifesto«, Mitarbeit bei »Lotta continua«. Theresia Degener sprach mit ihr über Gleichheit und sexuelle Differenz, über Eugenik und Gentechnologie, schließlich auch über Perestrojka und dumme Menschen

KONKRET: Der Tenor Ihrer Rede auf dem Frankfurter Kongreß »Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht« lautete ungefähr so: Laßt uns Abschied nehmen von der Forderung nach Gleichheit zwischen Männern und Frauen, laßt uns lieber nachdenken über die Theorie der sexuellen Differenz. 1978 haben Sie noch ganz anders gesprochen. Damals galt Ihnen die Forderung nach Gleichheit als »subversive« und deshalb begrüßenswert.

Rossanda: Ich glaube, ich wurde mißverstanden.

Aber vielleicht darf ich zunächst einmal zwei Sachen richtigstellen: Seit 1978 sind 11 Jahre vergangen, in denen die italienische Frauenbewegung sehr viel diskutiert hat. Es hat dabei sehr unterschiedliche Positionen gegeben. Einig aber waren sich die italienischen Frauen darin, daß sie ihre Geschichte nicht nur als eine Geschichte der Unterdrückung ansehen wollen, daß sie nicht nur die gleichen Rechte haben wollen wie die Männer, sondern das Frausein als einen positiven Wert schätzen. Das ist natürlich zweischneidig, aber wenn wir sagen, wir bewerten das Frausein positiv, dann meinen wir damit: Es gibt Männlichkeit und Weiblichkeit, beides sind komplementäre Arten, die Welt zu sehen. Wir akzeptieren nicht, daß Mann mit Mensch gleichgesetzt wird.

Zweitens habe ich den Marxismus nie als universelle Philosophie angesehen, sondern lediglich als eine Analyse der Warenherstellung und als Beweis dafür, daß mit einer bestimmten Art der Warenherstellung spezifische gesellschaftliche Konsequenzen verbunden sind. In diesem Sinne bin ich eine absolut orthodoxe Marxistin. Ich glaube aber nicht, daß die Geschichte der Geschlechter und ihr Verhältnis zueinander direkt von der Produktionsweise abhängen. Marx und Engels sagen in ihren frühen Schriften, der Körper der Frau sei der erste Besitz des Mannes, und zwar Besitz im Sinne von Warenbesitz. Es gibt bei Engels einige Gedanken zu der Hypothese, daß es einmal ein Matriarchat gegeben hat. Man kann nämlich annehmen, daß es in der Menschheitsgeschichte einen Zeitraum gab, in dem der Mann den Zusammenhang zwischen Kinderkriegen und Geschlechtsakt nicht sah, weil 9 Monate dazwischen liegen. Deshalb hatte der Mann irrsinnige Angst vor der Frau als Lebensspenderin. Um sagen zu können: »Das sind meine Kinder«, mußte er von der Frau Besitz ergreifen. Er mußte die Frau in Besitz nehmen, um selber Kinder zu bekommen.

Der Marxismus ist eine Theorie, die die kapitalistische Produktionswelt erklärt und analysiert, während die Theorie der sexuellen Differenz etwas erklärt, was sehr viel weiter zurückgeht. Das Eine enthält nicht das Andere. Der Marxismus enthält nicht die Theorie der sexuellen Differenz, so wie der Feminismus nicht die Theorie des Klassenkampfes enthält.

Ich weiß, daß ich mit dieser Position relativ allein stehe: Es gibt Feministinnen, die – eben weil die geschlechtliche Unterdrückung nicht von den Produktionsbedingungen abhängt – das ganze Problem des Klassenkampfes aussparen, und es gibt eine ganze Reihe von Marxistinnen, die die Unterdrückung der Frau direkt von der Produktionsweise ableiten. Viele linke Frauen wollen den Marxismus um den Feminismus erweitern, sozusagen das Eine in dem Anderen aufgehen lassen. Ich dagegen glaube, daß das Eine mit dem Anderen nichts zu tun hat.

KONKRET: Wie sehen Sie dann – wenn also das Eine mit dem Anderen nichts zu tun hat – die Entwicklung der neuen Gen und Reproduktionstechnologien? Das Thema haben Sie ja in ihrer Rede kurz angeschnitten und gesagt, daß die neuen Reproduktionstechnologien den Frauen nicht unbedingt mehr Selbstbestimmungsrechte bringen.

Rossanda: Sicherlich nicht.

KONKRET: Aber läßt sich das, was passiert, nicht eher mit Hilfe der marxistischen Analyse begreifen? Es gibt bei uns viele Feministinnen, die sagen, mit der Einführung und Anwendung dieser neuen Technologien breche eine neue Phase der Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen an. Die Schwangerschaft werde zunehmend medikalisiert und in (männliche) Medizinerhände gelegt; der Körper der Frau werde in Einzelteile zerlegt, und die Einzelteile würden zu Waren degradiert. Das ist sozusagen die kapitalistische Ausbeutung des Frauenkörpers. Und dann gibt es andere Feministinnen, die sagen, hier realisiere sich ein uralter Traum der Männer. Mittels der Reproduktionstechnologie versuchten sie, die Gebärfähigkeit zu übernehmen .

Rossanda: Ich glaube, in diesem Jahrhundert hat es für die Frauen einen sehr wichtigen Schritt gegeben. Sie können zum ersten Mal den Finger an den »genetischen Abzug« setzen. Das heißt nicht nur, daß sie Abtreibungen vornehmen lassen können – das war vorher auch schon möglich – , sondern daß sie nun selbst entscheiden können, ob sie schwanger werden oder nicht. Darauf haben die Männer reagiert. Die haben gesagt: »Stop! Das können wir nicht zulassen; wir müssen

versuchen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Wir nehmen also ein Sperma und ein Ei, tun die zusammen und übernehmen so die Funktion der Frauen.«

Hinter diesem Vorgehen steckt der Wunsch des Mannes, sich selbst reproduzieren zu können: nicht nur ein Segment zu sein in diesem Prozeß, sondern die Ewigkeit der Frau okkupieren zu können. Die Frau strahlt für den Mann aufgrund ihrer Reproduktionsfähigkeit nämlich eine Art Ewigkeit aus. Und nun haben die Männer Technologien ausgearbeitet, um sich der Erfüllung dieses Wunsches ein bißchen näher zu bringen. Das hat nichts mit Marxismus/Kapitalismus zu tun, sondern das hat mit den ganz tief verwurzelten Bedürfnissen des Mannes zu tun.

KONKRET: Die amerikanische Feministin Gena Corea sagt, der Körper der Frau werde im Rahmen des Reproduktionsprozesses industrialisiert: durch Leihmutterschaft, Eierernte, etc. Das hat doch etwas mit kapitalistischen Verhältnissen zu tun.

Rossanda: Ich werde das Wort Industrialisierung hier nicht benutzen. Darunter ist nämlich die Massenproduktion, die Serienproduktion von Waren zu verstehen, die für den Verkauf bestimmt sind. Der damit verfolgte Zweck ist nicht das Produkt, sondern ein Profit. In der Zukunft kann es natürlich sein, daß man Menschen wie Hühner produziert. Wir befinden uns zur Zeit in einem Epochenwechsel, in dem Entscheidungen getroffen und altbekannte Fragen beantwortet werden müssen.

Das Problem ist ja schon einmal vor dem Krieg aufgekommen. Besonders in den Vereinigten Staaten hat man versucht, Verbrecher oder Geisteskranke zu sterilisieren. Dann kamen der Krieg und der Nationalsozialismus mit seiner Rassenhygiene, und die ganze Menschheit hat einen enormen Rückschritt gemacht. Ich bin davon überzeugt, daß man sich diesem Problem heute wieder stellen muß. Es geht bei den neuen Technologien nicht nur darum, den Frauen zu ersparen, ein mongoloides Kind auf die Welt zu bringen. Es geht, insgeheim, um sehr viel mehr.

KONKRET: In der BRD wird gerade sehr heftig diskutiert, ob Frauen das Recht haben, die neuen Technologien zu nutzen, um die Geburt eines vermeintlich behinderten Kindes auszuschließen. Das bezeichnen wir als selektive Abtreibung. Behinderte Frauen sagen z.B., daß es eine Diskriminierung sei, Behinderung mit Leid gleichzusetzen. Behinderung solle vielmehr als eine von verschiedenen Lebensmöglichkeiten betrachtet werden, als eine körperliche oder geistige Differenz.

Rossanda: Das ist ein sehr heikles Thema für uns in Italien, weil wir hier die katholische Kirche haben, die sagt, man muß unter allen Umständen Leben verteidigen und erhalten. Aber dabei geht es nicht um die Verteidigung des Lebens, sondern um eine Form der Unterdrückung, den Gebärzwang. Es gibt sogar eine ganze Reihe von Frauen, die die Amniozentese nicht machen lassen, oder, wenn sie wissen, daß das Kind behindert ist, es trotzdem austragen. Und die Behinderten meinen, die Frau muß das Kind austragen?

KONKRET: Nein, jedenfalls nicht die behinderten Frauen, die sich als Feministinnen verstehen. Als Feministinnen sagen sie, niemand hat das Recht, eine Frau zu zwingen, eine Schwangerschaft auszutragen. Aber als Behinderte sagen sie auch: Frauen müssen über ihr Menschenbild nachdenken. Übrigens paßt ein Gedanke, den Sie einmal formuliert haben, sehr gut zu diesem Problem. In Ihrer Analyse der Niederlage der italienischen Linken Ende der 60er Jahre haben sie gesagt, ein Grund der Niederlage war, daß die intellektuelle Linke feststellen mußte, daß sie die Wertordnung des Feindes übernommen hatte. Hier haben wir einen ähnlichen Prozeß. Der Wunsch nach einem nichtbehinderten Kind ist Ausdruck der Wertordnung der Herrschenden. Der Drang nach einem garantiert nicht-behinderten Kind wird zwar durch die gesellschaftlichen Zustände bedingt. Aber wenn Feministinnen selber daran festhalten, und es gibt Feministinnen in der BRD und in anderen Ländern, die sagen, diese Entscheidung sei Teil ihres feministischen Selbstbestimmungsrechtes, dann wird die eugenische Wertordnung in das Selbstbestimmungsverständnis aufgenommen. Eugenik war aber immer die Waffe der Herrschenden gegen sozial Unterdrückte. Gerade Feministinnen, die sich so sehr mit dem Thema der Differenz und der Gleichheit beschäftigt haben, sollten eine Ethik entwickeln, die Behinderung nicht als Leid, sondern als Differenz versteht, wie Geschlecht oder Hautfarbe.

Rossanda: Bis vor wenigen Monaten habe ich das auch gedacht. Vor wenigen Monaten sind in Italien zwei Bücher erschienen. Das eine von einer Frau, die Mutter eines schwer geistigbehinderten Kindes ist. Das andere wurde von zwei Frauen herausgegeben, die Aussagen von Müttern behinderter Kinder gesammelt haben. Wir haben diese beiden Bücher zusammen mit Behinderten diskutiert. Aus dieser Diskussion hat sich erstens ergeben, daß die anwesenden Behinderten die Meinung vertraten, man müsse von der Idylle, die in jeder Behinderung einen positiven Wert sieht, Abstand nehmen. Das Zweite war, und damit waren auch einige Mütter einverstanden, daß es etwas in der Mutterschaft gibt, das negativ ist, und das uns nicht der Feind übermittelt hat. Das ist das Gefühl fürs Machthaben. Das behinderte Kind ist das Kind par excellence, das Symbolkind. Das Kind, daß nie von dir weggehen kann, daß dich immer braucht. Das Kind, von dem du dich nicht trennen kannst und das sich nie von dir trennen wird. Und das ist nicht positiv.

Aber davon einmal abgesehen glaube ich, daß der italienische Feminismus über dieses Problem bisher sehr wenig nachgedacht hat. Das hängt auch damit zusammen, daß wir bislang immer nur die über uns schwebende katholische Kirche

sahen. Wir müssen uns erst einmal auflehnen gegen das absolute Gebot der Mutterschaft. Und dann können die italienischen Feministinnen vielleicht darüber nachdenken, was ihr Menschenbild ist.

KONKRET: Die Möglichkeiten der Gentechnologie und ihre Anwendung werfen ganz dringend die Frage auf nach dem, was wir unter Mensch-Sein verstehen. Für Feministinnen ist das an sich ja eine Chance, denn wir haben in den Auseinandersetzungen über Gleichheit und Differenz feststellen müssen, daß es bisher keine Definition des weiblichen Geschlechts gibt. Die Frau als weiblicher Mensch ist nur negativ definiert, als die Andere im Vergleich zum Mann. Die Frage ist, ob es Feministinnen gelingt, bei der Neudefinition des Begriffs vom Menschen und damit dessen, was die Menschheit ist, mitzuwirken.

Rossanda: Das zentrale Problem dabei wird sein, daß wir uns selber erst einmal darüber klar werden müssen, was der Begriff »Menschheit« heute für uns bedeutet. Bisher ist er meines Erachtens stark männlich geprägt: Gott als Mann, der Mensch (also der Mann) als Herrscher über die Natur und die Tiere. Wenn wir den Begriff Menschheit neu definieren, müssen wir uns von vielen Vorstellungen trennen. Das betrifft sicher unsere Sexualität und unser Verhältnis zur Natur. Aber auch die marxistische Kritik an einem undifferenzierten Menschheitsbegriff ist heute hochaktuell. Menschlichkeit und Leben haben in der kapitalistischen Gesellschaft keinen eigenen Wert, der Mensch zählt nur als Ware. Uns muß es also gelingen, die feministische, die ökologische und die marxistische Kritik zusammenzudenken, um einen neuen Menschheitsbegriff zu entwickeln, der sich von dem gültigen, ethisch sehr niedrig angesetzten unterscheidet.

Wenn ich z. B . an die Friedensbewegung der letzten Jahre denke, dann erinnere ich mich an die jungen Leute, die rumgelaufen sind mit Schildern »Glücklicherweise kenne ich keinen Krieg«. Dann denke ich: »Ja, was sehen sie denn jeden Tag im Fernsehen, im Nahen Osten, in Südafrika?« Das ist alles von untergeordneter Bedeutung, weil diese Menschen nicht so wichtig scheinen. Der Blick auf die Menschheit, oft auch unserer, ist auf Europa und auf die Supermächte verengt. Ich glaube, daß sowohl die Gen- und Reproduktionstechnologien als auch die Theorie der sexuellen Differenz das Problem des Menschheitsbegriffes neu stellen. Aber das heißt nicht, daß ich darauf verzichte, den gesamten Menschheitsbegriff, den wir heute haben, hart zu kritisieren und anzugreifen.

KONKRET: Wenn Sie »wir« sagen, sprechen Sie dann von Frauen oder von Frauen und Männern? Gibt es da ein gemeinsames Begriffsterrain? Oder muß es einen Bruch mit dem männlichen Menschheitsbegriff geben, mit der Folge, daß sich die Frauen zunächst alleine über das neue Menschenbild verständigen müssen?

Rossanda: Es gibt zwei Antworten, die die italienischen Frauen geben könnten. Die eine gebe ich, die andere würden die Frauen aus Mailand (Cavarero z.B.) geben. Die Mailänder Frauen würden sagen, wir brauchen zwei Menschheitsbegriffe, zwei getrennte Definitionen. Sie sprechen von dem »weiblich-menschlichen« Geschlecht. Und sie sagen, die Menschheit teile sich in zwei unterschiedliche Geschlechter, die erst einmal völlig unabhängig voneinander ihren Menschheitsbegriff definieren müßten. Es gebe also zwei partielle Sichtweisen und es sei wichtig, daß sich beide Geschlechter dessen bewußt seien. Und es werde immer zwei unterschiedliche Geschlechter geben, die sich niemals irgendwo treffen könnten.

Ich halte diesen Ansatz für sehr problematisch. Ich kann mir einfach nicht alles weiblich oder männlich vorstellen. Ich kann mir z.B. keine weibliche Relativitätstheorie vorstellen. Oder wenn Cavarero sagt: Den Satz »Cogito ergo sum« von Descartes konnte nur ein Mann sagen, dann verstehe ich eigentlich nicht, was sie damit meint. Wie soll dieser Satz weiblich aussehen? Ich sehe eine Dialektik zwischen den Geschlechtern in einer gemeinsamen Geschichte. Man wirft mir manchmal vor, ein androgynes Ideal zu haben. Aber ich finde, daß die Mailänderinnen eine sehr lesbische Sichtweise haben. Nicht lesbisch im Sinne von sexuell, denn das ist für mich völlig akzeptabel, es ist mir völlig egal, wer mit wem schläft. Ich meine hier lesbisch im Sinne von ausschließlich. Sie reden nicht mit Männern, sie lesen keine Bücher von Männern. Sie sehen nur die Frauen, und das kann ich nicht akzeptieren.

KONKRET: Aber wenn der Menschheitsbegriff bislang so männlich besetzt war, wenn dem weiblichen Geschlecht keine Identität zugestanden wurde, dann müßte nach dem dialektischen Modell eigentlich das alte Menschenbild zunächst zerstört werden, damit etwas Neues entstehen kann.

Rossanda: Ich will auch keine Synthese am Ende erreichen. Dialektik muß immer offen bleiben, die Sache muß immer in Bewegung sein, sonst ist die Geschichte zuende.

Ich glaube auch nicht, daß es bis jetzt noch keine Ansätze einer weiblichen Identitätsfindung gibt. In den letzten 70 Jahren, aber vor allem seit den 70er Jahren, war die Bewußtseinsbildung darauf ausgerichtet, dem weiblichen Geschlecht einen positiven Wert zu geben. Das ist schon ein Anfang, ein sehr wichtiger für eine Identitätsfindung. Ich bin erst sehr spät – mit 50 Jahren – zum Feminismus gestoßen. Aber seit ich den Feminismus entdeckt habe, kann ich die Welt nicht mehr so sehen, und auch die Bücher nicht mehr so lesen, wie ich sie bis zu diesem Zeitpunkt gesehen und gelesen habe. Jeder Roman enthüllt mir plötzlich das Geschlecht des Autors oder der Autorin. Das ist etwas sehr Schönes. Auch wenn du den Autorennamen nicht kennst, weißt du doch, ob es ein Mann oder eine Frau ist. Die Tatsache, daß die Kultur von einem Teil der Männer bestimmt wurde, heißt eben nicht, daß es keine Frauen in dieser Kultur gegeben hat. Sicher, das Weibliche

konnte sich nicht ausdrücken, es gab in der Zivilisation keinen Platz dafür. Und dennoch war in unserer Zivilisation die Anwesenheit des Weiblichen immer entscheidend.

Ich glaube, daß die Anwesenheit der Frauen, sei es die Mutter oder die Frau in der Liebesbeziehung, die männliche Identitätsfindung immer mitbestimmt hat. In diesem Sinne kann man marxistisch sagen, daß das männliche Denken einerseits eine falsche Ideologie und andererseits ein falsches Bewußtsein widerspiegelt. Der Mann hat einerseits die Frau nur als einen unzureichenden Mann verstehen und sehen können. Andererseits ist es ihm nicht gelungen, zu begreifen, wieviel Weiblichkeit er selbst in sich trägt.

Die Mailänder Feministinnen interessiert das nicht, während ich daran sehr interessiert bin. Ich insistiere auf der Anwesenheit der Weiblichkeit in der Geschichte. Wir gehen schließlich nicht von Null aus, sonst müßten wir alles, was nicht aufgeschrieben wurde, als nicht existent betrachten. Natürlich müssen wir das alles auch kritisch sehen, denn wir haben vieles von dem, wie die Männer uns gesehen haben, verinnerlicht. Und weil wir auch einige Vorteile aus der Unterdrückung gezogen haben, ist es ein ganz besonders komplizierter Prozeß der Befreiung. Es war schließlich von Vorteil, daß der Mann die Leoparden gejagt hat, während wir in den Grotten gesessen und etwas zu essen gemacht haben. Er hat uns als schön angesehen, als leichtsinnig, aber auch als ohne Verantwortung. Wenn mir eine Frau sagt: »Mit Krieg will ich nichts zu tun haben, das sind alles Männergeschichten«, dann wiederholt sie die männliche Sichtweise und bezieht sich auf ihre Vorteile.

Außerdem gibt es da noch die für Unterdrückungsverhältnisse ungewöhnliche Konstellation, daß wir unseren Unterdrücker lieben. Das kompliziert das Ganze sehr.

KONKRET: Sie sagten in Frankfurt, die Emanzipationsgeschichte der sowjetischen Frauen, sei das beste Beispiel für eine Emanzipation, die die Geschlechterdifferenz nicht anerkennt. Die sowjetische Frauenemanzipation habe lediglich zu einer Angleichung der Frauen an die Männer geführt. Die Ursache für diesen falschen Weg der Emanzipation liegt Ihrer Auffassung nach darin, daß in der sowjetischen Revolution der Schwerpunkt auf die Veränderung der Eigentumsverhältnisse gelegt wurde, während die Problematik des Ichs, der Personalität völlig ausgeblendet wurde. Nun erleben wir ja einen Umbruch im Osten, insbesondere in der Sowjetunion. Bei diesem Umbruch spielt nun auf einmal die Person, das Ich eine Rolle. Glauben Sie, daß es für die sowjetischen Frauen einen Fortschritt bedeutet?

Rossanda: Ich bedaure sehr, daß die Frankfurter Frauen nicht versucht haben, eine sowjetische Feministin einzuladen, von der ich gesprochen hatte. Olga Aleksandrovna Voronina hat kürzlich einen Text geschrieben, der heißt: »Die Frau in der männlichen, sowjetischen Gesellschaft«. So etwas hat es dort seit 70 Jahren nicht gegeben! Ich habe, nachdem ich lange nicht einreisen durfte, in den letzten zwei Jahren Moskau wieder besucht. Ich habe händeringend Feministinnen gesucht. Es war wahnsinnig schwierig; ich habe vielleicht eine oder zwei gefunden.

Die Frauen, die ich dort getroffen habe, waren irrsinnig ermüdet vom alltäglichen Leben. Marxistisch gesagt: Zum einen arbeiten sie in der Produktion, zum anderen fällt aber auch die gesamte Last der sozialen Reproduktion auf ihre Schultern. Die Frauen sagen: »Ihr habt uns emanzipiert, aber eigentlich habt ihr uns damit kein Geschenk gemacht.«

Die sowjetischen Frauen machen also die gleichen Arbeiten wie die Männer, sie arbeiten in den gleichen Produktionsbereichen, kriegen den gleichen Lohn; aber wenn sie dann nach Hause kommen, dann haben sie noch eine zweite Arbeit, denn der sowjetische Mann hat sich überhaupt nicht geändert. Das führt natürlich auch dazu, daß die Frauen so müde sind, daß sie sich in vielen Bereichen gar nicht einmischen können. Sie sind einfach zu kaputt. Das ist eben ein klarer Beweis dafür, daß es nicht ausreicht, lediglich die Produktionsverhältnisse zu verändern. Leider, und das beunruhigt mich sehr, hat dieser Zustand nun nicht dazu geführt, daß das Bewußtsein bezüglich der Theorie der sexuellen Differenz gewachsen ist. Die Frauen sagen eher: »Wir wollen weniger arbeiten. Entweder Familie oder Beruf.«

Ich habe hauptsächlich Frauen getroffen, die dieses fehlgeleitete Bewußtsein hatten. Ich habe Frauen getroffen, die sagten: »Ach, warum beklagen wir uns eigentlich? Es geht uns doch gut; wir müssen nicht zum Militär; wir brauchen uns nicht in die parteiinternen Dinge einzumischen; das sind Männersachen; die Gesetze sind für Frauen oft sehr viel günstiger: Wir bekommen z.B. eine Wohnung, wenn wir uns scheiden lassen. Was wollen wir eigentlich? Worüber sollen wir uns beklagen?«

Im letzten Februar ist in der »Prawda« ein Artikel erschienen, der wirklich altpatriarchalisch christlich ist. Er ist skandalös, aber er paßt dazu. In diesem Artikel heißt es ungefähr: »In unserer Gesellschaft gibt es jetzt irrsinnige Schwierigkeiten, wir haben Drogen, wir haben Kriminalität. Woran liegt das? Es liegt an den bösen Frauen, die arbeiten wollen. Die Frauen sollten sich lieber um ihre Kinder kümmern, denn gesellschaftlich ist es gut, wenn der Mann das Geld verdient und die Frau zu Hause bleibt. Das entspricht den wahren Werten einer Gesellschaft.« Jetzt haben drei Feministinnen darauf geantwortet. Aber trotz Glasnost hat es sechs Monate gebraucht, bis die »Prawda« sich entschließen konnte, diese Antworten zu veröffentlichen. Also der Patriarchismus ist in der sowjetischen Gesellschaft ganz tief verwurzelt.

Zwei Themen waren in der sowjetischen Gesellschaft tabu. Das eine ist das Thema: die Person. Es gab immer nur die Menschheit. Es gab keine Männer und Frauen. Das zweite ist der Sex. Der ist absolut tabuisiert worden, weil der Begriff

als bürgerlich empfunden wurde und wird. In dieser Gesellschaft wird überhaupt nicht über Sex geredet. Noch nicht einmal unter Eheleuten, wie mir meine feministische Freundin erklärte. Es gibt nun zwar eine Rückkehr zur Person, zum individuellen Menschen. Aber dieser Mensch ist immer nur der Mann. Daß die Menschheit, der Mensch aus zwei Geschlechtern besteht – es wird noch sehr lange dauern, bis sich in der Sowjetunion darüber wirklich Gedanken gemacht werden wird.

KONKRET: Perestroika bedeutet keinen Fortschritt für die Frauen?

Rossanda: Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß nur der Kampf der Frauen ein wirklicher Fortschritt für die Frauen ist. Vielleicht wären wir ein sehr glückliches Geschlecht, wenn wir wirklich frei wären.

Ich mache zur Zeit eine sehr schwierige Lebensphase durch, wie man angesichts der historischen Ereignisse vielleicht verstehen kann. Und seit Jahren denke ich: Solange der Kommunismus, in der Form, wie er bis jetzt verstanden wurde, nicht zusammenbricht, gibt es keinen Neubeginn. Diese Leute, die jetzt in den Westen kommen, die kommen mit einem Auto, die verlassen ihre Wohnung. Im Westen werden sie das alles nicht haben. Die sind doch wirklich bescheuert. Ich frage mich, wie es möglich ist, daß ein kommunistisches Regime so dumme Menschen hervorbringt? Ich frage mich, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn sie die Realität des Westens kennengelernt hätten, denn offensichtlich hat man im Osten einen völlig falschen Westbegriff aufgebaut.

Ich bin 1968 aus der KPI ausgeschlossen worden wegen der tschechischen Ereignisse und konnte deshalb lange Zeit nicht nach Moskau reisen. Wenn ich heute nach Moskau komme, dann werde ich wahnsinnig, wenn ich sehe, wie dort über den Westen geredet wird. Vielleicht gelingt es uns ja, in diesen Zeiten des Umbruchs ein paar Mißverständnisse auf beiden Seiten auszuräumen.

Dolmetscherin: Esther Koppel

konkret 01/90, S. 68

Dan Diner

Die Wahl der Perspektive

Teil 4 der Debatte über die Frage, ob es eine »Ökonomie der 'Endlösung'« gegeben hat und wer ihre Planer gewesen sind: Gegen Susanne Heims und Götz Alys These vom sozial und bevölkerungspolitischen Kalkül der nationalsozialistischen Massenvernichtung (KONKRET 10/89) setzt Diner die These ihrer prinzipiellen »Gegenrationalität« und fragt nach der historiographischen Perspektive, die es möglich macht, diese »absolut radikale Tat« des NS-Regimes dem Verstehen zu erschließen

I

Den Nationalsozialismus als historisch zu qualifizieren, ist trivial. Niemand würde ernsthaft bestreiten, jene katastrophische Phase deutscher und europäischer Vergangenheit ließe sich nicht mit den Mitteln der Historik in den Fluß der Geschichte integrieren. Indes gilt dies vornehmlich für die beschreibende Herangehensweise. Für das nicht weniger dringliche Anliegen des Verstehens dürften sich jedoch mancherlei Erschwernisse einstellen. Dann scheint dem Nationalsozialismus etwas anzuhaften, was sich schlichter Erkenntnis entzieht; das sich ihm nähernde säkulare Bewußtsein wird sich mit einem Paradoxon konfrontiert finden, das Anlaß zu mancherlei Differenzen über die universalhistorische Bedeutung des Nationalsozialismus geben kann: Obschon *geschichtlich* geworden, nimmt der Nationalsozialismus eine geradezu *überhistorisch* anmutende Bedeutung an. Dies freilich nur dann, wenn die industrielle Massenvernichtung als absolut radikale Tat des Regimes ins Zentrum der Rekonstruktionsbemühungen gerückt wird.

Eine derart getroffene Entscheidung des Historikers ist wiederum keine beliebige Dezision. Zwar mag sich solche Perspektive empirisch und erfahrungsgeschichtlich an der Sichtweise der Opfer orientieren; ihr Gehalt ist – weiteres Paradoxon – universellen Charakters, zumal die als der radikalen Tat angemessene radikale Perspektive sich der Erfahrung der Opfer gleichsam kognitiv bedient, um in theoretischer Verstehensabsicht zu der universalgeschichtlichen Bedeutung des Ereignisses der Massenvernichtung vorzustoßen. Die Frage nach dem historischen Ort des Nationalsozialismus, seiner Bedeutung in und für die Geschichte ist insofern mit der erkenntnisleitenden Vorentscheidung historiographischer *Perspektivenwahl* auf das engste verbunden.

Der Nationalsozialismus ist als »historische Krise« charakterisiert worden – als historische Krise, vergleichbar mit den für den universalen Zivilisationsprozeß so bedeutsamen Einschnitten wie Reformation oder Französische Revolution. Die Reformation hat grundlegend das Verhältnis der Menschen zu Gott verändert, und im Gefolge der Französischen Revolution ist die Beziehung des einzelnen zu Autorität und Herrschaft radikal verändert worden. Hinsichtlich des Nationalsozialismus jedoch greift das Wort von der »historischen Krise« augenscheinlich ins Leere – hat jene Ereignisphase doch keinerlei sichtbare Veränderungen im säkular gestifteten und rational organisierten Zivilisationszusammenhang nach sich gezogen. Der Hinweis auf die Unzahl von Toten mag zwar Anlaß moralischen Erschreckens vor den Untiefen menschlichen Handelns sein – eine qualitative Bestimmung dessen, was der Nationalsozialismus als »historische Krise« und als Analogem zu Reformation und Französischer Revolution bedeuten könnte, wird allenthalben jedoch nicht sichtbar. Insofern ist der Zeit des Nationalsozialismus mit dem Zweiten Weltkrieg und der Massenvernichtung in der Geschichtsschreibung nicht einmal periodisierende Epochenbedeutung zuerkannt worden – ganz im Unterschied etwa zum Ersten Weltkrieg. Dennoch muß man davon ausgehen, daß der Nationalsozialismus mit seinem Kern, der Massenvernichtung, eine »historische Krise« darstellt; eine Krise freilich, die im Unterschied zu Reformation und Französischer Revolution weder eine sicht- und faßbare gesellschaftliche noch eine bewußtseinsmäßige Veränderung nach sich gezogen zu haben scheint, und ihres eigentümlichen Charakters wegen eine solche auch gar nicht nach sich ziehen konnte. Der Nationalsozialismus – eine »historische Krise«, die zwar eingetreten ist, deren Folgen jedoch allem Anschein nach im Bewußtsein nicht bewahrt werden können?

Um das *universelle* dieser »historischen Krise« zu ergründen, sollen zur Eingrenzung des Problems – gleichsam als methodisches Mittel *ex negativo* – die verschiedenen historiographischen Zugänge bemüht werden, die sich den Fragen von Darstellung und Verstehen des Nationalsozialismus widmen. Das Interesse gilt also vornehmlich den, jenen Zugriffen immanenten Begrenzungen in der Erklärung des Phänomens der Massenvernichtung. Solchem methodischen Ausloten ist die auf den ersten Blick trivial anmutende These zweckdienlich, die Sicht auf die Periode des Nationalsozialismus und vor allem auf das Ereignis der Massenvernichtung werde von kollektiv-partikularen Sichtweisen bestimmt, die es nach Darlegung der Grenzen ihrer Erklärungsmacht mittels einer zwar historiographisch-empirisch begründeten, gleichwohl dritten Dimension der Wahrnehmung universell aufzuheben gilt. Indes ist vorläufig eine schier unauflösliche Dichotomie der Perspektiven zu konstatieren, in der sich die Sicht der Opfer und der Täter als gegenläufige spiegeln.

Solche unterschiedlich gearteten Sichtweisen, auf jeweils wirklicher historischer Erfahrung beruhend, ziehen wiederum Konsequenzen im Bereich des historischen Zugriffs nach sich. So wird ein Zugang, der wesentlich die Abbildung von Kontinuitätsbezügen im Blick hat, sich vor allem auf solche Phänomene zu konzentrieren wissen, die durch die

inkriminierte Epoche hindurchführen. Dabei dürfte die Perspektive der Kontinuität mit den Lebenserfahrungen jener zur Deckung gelangen, die entweder der volksgemeinschaftlichen Mehrheitsgesellschaft angehörten, mit ihr als Nachgeborene auch ganz ohne eigenes Zutun positiv oder auch negativ identifiziert sind oder gar als lebensgeschichtlich »Neutrale« aufgrund der Quellenlage eine solche Perspektive einzunehmen sich veranlaßt sehen. Eine solche – wie jede andere Perspektivenwahl auch – bleibt für die Geschichtsschreibung nicht folgenlos. Die Konzentration auf Phänomene der Vergangenheit, die gleichsam umstandslos in solche der Vorvergangenheit und der Nachvergangenheit aufzugehen vermögen, wird ganz ohne Absicht zu einem Abschleifen des historischen Einschnittscharakters einer Epoche wie der des Nationalsozialismus führen. Überhaupt wird durch die Einnahme von Perspektiven der Kontinuität die Sicht des historisch Siegreichen eingenommen. Umgekehrt führt die Konzentration auf den historischen Bruch zur Einnahme einer solchen Sichtweise, die sich eher dem Erfahrungsbild der Unterlegenen, der Opfer zuneigt. Nicht Kontinuität als historiographische Fortzeugung vergangener Normalitäten durch die inkriminierte Epoche hindurch, sondern die sich auftürmende Ausnahme wird in den Fokus von Darstellungsvorhaben und Verstehensanstrengungen gerückt.*)

**) Im Folgenden haben wir uns auf jene Passagen des Dinerschen Aufsatzes beschränkt, die sich mit den, auch von Heim/Aly favorisierten, Kontinuitätsannahmen beschäftigen – d. Red.*

II

Kein Zweifel: Der Antisemitismus der Nazis steht im Zentrum nationalsozialistischer Weltanschauung. Auch die Erfahrung der jüdischen Opfer führt über die diskriminierenden antisemitischen Maßnahmen des Jahres 1933 über die »Nürnberger Gesetze« 1935 zur pogromartigen »Reichskristallnacht«, einem Ereignis, das die historische Assoziationskette in Richtung traditionellem Antisemitismus geradezu schließen läßt. Der qualitative Sprung hin zur Massenvernichtung, für die das Jahr 1941 steht, wird durchaus mittels individueller Erfahrung, die im Jahre 1933 anhebt, und der chronologischen Abfolge der Ereignisse entlang als Steigerung des vermeintlich ein und desselben erfahren und damit auf einen unmittelbaren Kausalzusammenhang verkürzt, mittels dessen sich auch die historiographische Rekonstruktion verengt. Die These, die Judenvernichtung gehe *direkt* aus dem Antisemitismus hervor, läßt sich indes kaum halten. Antisemitische Tradition und Ideologie, antijüdische Diskriminierung und als solche ausgewiesene »Maßnahmen« mögen zwar die Frage beantworten, warum gerade *jüdische* Menschen zu Opfern der Massenvernichtung ausersehen wurden. Ihre Erklärungsmacht findet ihre Grenze dort, wo es um die Deutung dessen geht, wie es dazu kommen konnte, *Menschen überhaupt* einer systematischen Vernichtung zu überantworten. War der Antisemitismus für die Judenvernichtung nötig, so geht letztere nicht notwendig aus dem Antisemitismus hervor.

Um den Übergang vom Antisemitismus zur Judenvernichtung zu verstehen, bedarf es der Entfaltung eines weiteren, eines Zwischenschritts qualitativen Charakters – dem der »Euthanasie«. Erst das Zwischenglied der Eugenik bzw. die nationalsozialistische Praxis der sogenannten Euthanasie vermag antijüdische Maßnahmen und Antisemitismus in den 30er Jahren mit der ungeheuerlichen Judenvernichtung in den 40er Jahren zu verknüpfen; Tradition und Praxis der Eugenik scheinen eine logische wie chronologische, direkt auf die Massenvernichtung zueilende historische Linienführung abzubilden.

Die sogenannte Euthanasie bzw. die nationalsozialistische Politik der Vernichtung »lebensunwerten Lebens«, die in der Wissenschaftstradition der Eugenik stand, läßt sich als ideologisch verblendeter Versuch begreifen, soziale Probleme einer »biologischen Lösung« zuzuführen. Im nationalsozialistischen Deutschland, als die sogenannte Judenfrage noch im Sinne einer Auswanderungs- bzw. Austreibungspolitik »gelöst« werden sollte, wurden bereits mittels gesetzlich verankerter Sterilisierungsprogramme Hunderttausende von Menschen im Reich unfruchtbar gemacht. Von der eugenischen Denkweise und Praxis des biologischen Eingriffs von Staats wegen war es nur noch ein kleiner Schritt zur Vernichtung jenes »lebensunwerten Lebens«, dem zehntausend in unterschiedlicher Weise als behindert stigmatisierte Menschen, »medizinisch« ermordet, zum Opfer fielen.

Nun wäre es gleichermaßen verfehlt, die Judenvernichtung – statt wie bislang direkt aus Antisemitismus – nunmehr aus der Eugenik ableiten zu wollen. Trotz aller nationalsozialistischen Propaganda über »Schädlinge« und »Untermenschen« läßt sich die Vernichtung weder aus dem Geiste der Wissenschaft noch aus dem Ungeist der Ideologie begründen. Ohne »Wissenschaft« und Ideologie eine vorbereitende und die Hemmschwelle in einem erheblichen Maße senkende Funktion abzusprechen: Die Tat selbst erwächst weit mehr aus den von den Nazis in antisemitischer Absicht herbeigeführten Umständen und Folgen der barbarischen Konzentration der Juden im Osten; Umstände und Folgen, die wiederum mittels sozial- und rassenhygienischer »Maßnahmen« »bereinigt« wurden, d.h. mittels der fabrikmäßigen Ermordung in Fortführung jener Praxis, die aus der Vernichtung »lebensunwerten Lebens« erwachsen war. Die Überführung des Personals der »Aktion T4« aus dem Reich nach Osten im Rahmen der »Aktion Reinhard«, aber auch darüber hinaus, belegt empirisch jene Kontinuitätsbezüge, in denen sich ursprünglich auf Austreibung gerichteter Antisemitismus mit solchen »Erfahrungen« mischt, die aus der Verkehrung des medizinischen Auftrags im Programm der Euthanasie hervorgegangen waren.

Die Verschränkung beider Elemente: der ursprünglich auf Austreibung gerichtete Antisemitismus und die Vernichtung »lebensunwerten Lebens« – eine Praxis, die bis zum Jahre 1941 nicht Juden als Juden zu ihren Opfern machte – lehrt, daß weder der Antisemitismus allein zur Judenvernichtung führte, noch die nationalsozialistische Euthanasie Juden von Anfang an als »lebensunwertes Leben« zu vernichten trachtete. Erst die Vereinigung beider – ein Umstand, der einer ereignis- und handlungsgeschichtlichen Rekonstruktion oder einer *politikorientierten* Historik zu seinem Verständnis bedarf – führt zu dem, was in der nationalsozialistischen Judenvernichtung gipfelte. Doch nicht jener Komplex ist Gegenstand der Ausführungen; vielmehr geht es um die methodische Fragestellung, inwieweit eine auf vor-nationalsozialistische Traditionsbestände und Kontinuitäten wie Antisemitismus und Eugenik sich berufende, letztendlich *finale* Deutung des Ereignisses der Massenvernichtung, einer kritischen Würdigung standhalten kann.

Um derart finalisierende Kontinuitätsbezüge in der Geschichtsschreibung zu dementieren, reicht der Hinweis aus, in Ländern mit virulenterem Antisemitismus als dem in Deutschland verbreiteten sei es nicht zu einem Ereignis wie der systematischen Ausrottung von Juden gekommen; und es genügt, auf die notorische Tradition der Eugenik vor allem in protestantischen und angelsächsischen Ländern zu verweisen. »Auschwitz« erklärt sich eben nicht schlicht aus dem Geiste sozial- bzw. rassenhygienischer Wissenschaftsbestände, wurden doch allein in den USA in den 20er und 30er Jahren mehr als 30.000 Menschen aus eugenischen Gründen sterilisiert, ohne daß es zu einer Vernichtung »lebensunwerten Lebens« kam – ein Umstand, der – was die Besonderheit der nationalsozialistischen Massenvernichtung angeht – von der bloßen Wirkungsmacht der Wissenschaftstradition weg und wieder in den Bereich politischen Handelns und persönlicher Verantwortlichkeit und damit auf spezifische historisch-nationale Ausprägungen hinführt.

Eins wird deutlich: Monokausale Bezüge reichen für die Erklärung der Massenvernichtung nicht aus. Während mit der Eugenik die Spur einer sich sozial und biologisch begründenden medizinisch durchgeführten Tötung von Menschen gelegt ist, weist erst die Verknüpfung von eugenischer *Praxis* – nicht von eugenischer Theorie – *und* Antisemitismus in Richtung Judenvernichtung. Dennoch scheinen die ständigen Versuche der Rückführung des Ereignisses auf eine *einzige* Wesensbestimmung erhebliche Faszinationskraft zu besitzen. So etwa neuerliche Versuche, die Massenvernichtung auf das Paradigma *ökonomischer* Rationalität rückführen zu wollen. Ein derartiger Zugang bemüht zur Erhärtung seiner These vor allem solche Quellen, die aus ökonomischen oder bevölkerungspolitischen Forschungsinstituten im Reich und im besetzen Osten, vor allem aus dem »Generalgouvernement« stammen.*) Solche im Kern als neomalthusianisch zu kennzeichnenden Zugänge der Nazis reflektieren jedoch nicht ökonomische Rationalität, sondern spiegeln vielmehr rassistische Denkmuster wider, die sich des Scheins wegen um mikroökonomische Rationalität bemühen. Das kalkulatorische, statistische und buchhalterische Rationalitätsprinzip, dessen man sich in den nationalsozialistischen Forschungsinstituten aus bevölkerungspolitischen Gründen und administrativer »Flurbereinigung« befleißigte, ist eher als scheinmaterialistische Rationalisierung rassistischer Vorhaben denn – wie insinuiert – als Ausdruck jener Rationalität zu bezeichnen, der es um die Maximierung ökonomischen Nutzens geht.

Doch neben diesen Einwänden hinsichtlich jenes zum Zuge gelangenden Rationalitätsbegriffs rassistischer Rationalisierungsmaßnahmen sind anderweitige, methodische Zweifel geboten: so etwa die Frage, inwieweit die in den Forschungsinstituten formulierten Papiere und Planungsvorhaben überhaupt die politischen Handlungsträger erreicht haben und zur Grundlage von Entscheidungen hinsichtlich der Vernichtungspolitik gemacht worden sind. Solange die unmittelbare politische Umsetzung von einer solch ohnehin höchst dubiosen Rationalität in Vernichtung nicht zu belegen ist, dürfte sie sich bestenfalls als überaus interessante wissenschaftsgeschichtliche Spur erweisen, um deren Aufdeckung man sich durchaus Verdienste erworben hätte. Für die Beantwortung der notorischen Frage hinsichtlich des Entscheidungsprozesses selbst bleibt sie von untergeordneter Bedeutung.

Es wäre müßig, im einzelnen darüber zu spekulieren, welche Intentionen die Autoren der ökonomischen Rationalitätsthese hinsichtlich der Massenvernichtung verfolgen, die unter dem sich aufspreizenden Anspruch einer »Ökonomie der Endlösung« firmiert. Vermutungen ließen sich dahingehend anstellen, sie diene dem Ziel, der Massenvernichtung unbedingt deshalb ökonomische Rationalität abzugewinnen, um trotz bzw. wegen aller offenkundigen Zweifel angesichts des Phänomens einer schier sinnlosen Vernichtung dennoch ein ökonomisches Deutungsschema gesellschaftlicher Wirklichkeit zu wahren – vom historiographischen Gegenstand der Massenvernichtung ganz unabhängig. Die Gültigkeit ökonomischer Handlungsrationalität soll dem Härtetest des existentiellen Grenzereignisses ausgesetzt werden. Durchbricht jedoch die Massenvernichtung als extremes Grenzereignis säkularer Zivilisation die Grundannahmen ökonomischer Nützlichkeitserwägungen, so könnte darin die Befürchtung beschlossen sein, Deutungskategorien ökonomischer Rationalität hätten sich schlechthin, also auch für die Erklärung anderer, gesellschaftliche Normalität spiegelnder Phänomene, aufgebraucht. Das Bemühen um eine historiographische Konstruktion einer »Ökonomie der Endlösung« auf der Grundlage eines mikrologisch eng gefaßten und mithin in seiner Bedeutung amputierten instrumentellen Rationalitätsbegriffs, das in Wirklichkeit nur *rassistische Rationalisierung* meinen kann, dient eher dem untauglichen Versuch am falschen Objekt, die fortbestehende Wirksamkeit ökonomisch geleiteter Denk- und Handlungsformen zu demonstrieren, als Erkenntnis über das Phänomen der Massenvernichtung selbst zu gewinnen. Ob ein solcher Zugang darüber hinaus auch die politische Absicht hegt, die immerwährende Latenz einer in kapitalistischer Rationalisierung

vermeintlich begründeten Massentötung auch für den Vor- und Nachfaschismus in Deutschland wie auch anderswo zu begründen, bleibt bloße Vermutung; eine Vermutung freilich, die sich durch die Anlage diverser Forschungen auf der Grundlage dieses Paradigmas aufdrängt.

Im großen und ganzen verhält es sich mit einer auf wissenschaftsgeschichtlichen Kontinuitätsbezügen ruhenden Begründungskonstruktion der Massenvernichtung nicht anders als mit jenen Ansätzen, die sich direkt aus den Traditionsbeständen des Antisemitismus oder der Eugenik herzuleiten suchen . Allen ist der Umstand gemein, die Massenvernichtung linear und monokausal in ideen-, traditions- und wissenschaftsgeschichtliche Kontinuitäten zu versetzen. Doch dabei werden die entscheidenden politischen, handlungsgeschichtlich zu verifizierenden Anteile ignoriert, um die es eigentlich zu gehen hat: jener kausalisierende Nachweis von Ursache und Wirkung, von Verantwortung und Schuld, der im Nebel des organisierten Chaos eines totalitär aus den Fugen des traditionellen Staates geratenen politischen Systems verborgen zu bleiben scheint.

Historiographische De-Personalisierung der nationalsozialistischen Epoche, d.h. die Aufhebung der zeitlichen Markierungen politischer Geschichte (1933-1945) und ihre Einpassung in einen Kontinuitätsbezügen verpflichteten Fluß der Geschichte, wird von unterschiedlichen Varianten sozialgeschichtlichen Zugangs erprobt. Solche dem Aspekt der Kontinuität verpflichteten Perspektiven lassen sich nicht in den durch enge politische Zeitbegrenzung abgezirkelten Wirkungsbereich des Nationalsozialismus pressen. In der Tat wäre es infam, solche Perspektiven auch nur in die Nähe diverser Normalisierungsprojekte der nationalsozialistischen Zeit rücken zu wollen. Aber ein Umstand ist ihnen geradezu der Natur der Sache wegen eigen: Durch die Fokussierung von Kontinuitätsbezügen gesellschaftlicher Phänomene *durch* den Nationalsozialismus *hindurch,* entzieht sich die extreme Ausnahmeerscheinung der Massenvernichtung notwendig einem solchen Zugriff wie von selbst.

III

Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Zugriffe auf die Zeit des Nationalsozialismus läßt sich die These vom partikularen Charakter historiographischer Methoden erhärten. Sie mündet in folgender Grundannahme: Je *mikrologischer* der historiographische Zugang eingerichtet ist, je mehr sich der Historiker einer mikrologischen Nahsicht auf die Lebenswelt unter dem Nationalsozialismus befleißigt, desto eher werden sich Elemente von Kontinuität und damit auch von Normalität in den Vordergrund gerückt finden. Damit wird vor allem die althergebrachte politisch begründete Periodisierung (1933/45) aufgebrochen. Umgekehrt die *makrologische* Sicht auf die Zeit des Nationalsozialismus: Mit ihr werden die politisch relevanten Haupt- und Staatsaktionen in den Vordergrund gerückt und damit auch jener Bruch, für den der Nationalsozialismus auch im universellen Bewußtsein steht. Hinzu gesellt sich eine weitere Komplikation: Die Dichotomie der Zugänge ist nicht einer beliebigen methodischen Präferenz überlassen. Sie dürfte weitgehend selbst Ausdruck partikularer Zugehörigkeit sein. Denn soweit Kontinuitäts- und Normalitätsbezüge in den Vordergrund gerückt werden, wird es sich um einen Zugriff handeln, der die Lebenserfahrung der Mehrheitsgesellschaft realitätsgerecht abzubilden versteht. Eine Geschichtsschreibung jedoch, die sich den jeweiligen Einschnitten und damit dem inkriminierten Großereigniss zuwendet, wird eher der Erfahrungswelt der Opfer entsprechen. Verstärkt wird solche Affinität zwischen historiographischem Zugang und tradiertem spezifischem kollektiven Erleben durch den hohen Grad an Arbeitsteiligkeit, mit der das Massenverbrechen herbeigeführt wurde. Die Erlebniswelten zerfallen jeweils partikular in Komplexe von Banalitäts- bzw. von Monstrositätserfahrungen .

Der Schluß, Methoden- und Perspektivenwahl entsprängen letztendlich dem im Nationalsozialismus jeweils erfahrenen oder erlittenen kollektiven Schicksal und reproduzierten jene Dichotomie der Erfahrung in Form von Geschichtsschreibung, stellt eine universeller Sichtweise verpflichtete Historie nicht zufrieden. Es bedarf eines Versuchs der Aufhebung beider erfahrungsgeschichtlich gegenläufigen Perspektiven mittels einer dritten Sicht, die dem Nationalsozialismus bzw. der von ihm verübten Massenverbrechen in ihrer universalhistorischen Bedeutung zu entsprechen vermag.

Erinnern wir uns: Die intuitive und vorwissenschaftliche historiographische Fragestellung an den Nationalsozialismus beläßt es nicht beim traditionellen » *Wie es eigentlich gewesen«,* sondern hebt ab auf das *» Wie war es eigentlich möglich«* – jenes erkenntnisleitende Motiv, das auf die universelle »historische Krise« verweist, die sich mittels des Nationalsozialismus ereignete, ohne aber – wie etwa bei Reformation oder Französischer Revolution – bleibende Veränderungen in Gesellschaft und Bewußtsein nach sich zu ziehen. Das, was die Krise charakterisiert, jedoch nicht in Erscheinung tritt, dürfte mittels einer dritten historiographischen Perspektive zu entschlüsseln sein.

Ausgangspunkt ist paradoxerweise ein geradezu partikulares historisch-empirisches Phänomen: die Institution des »Judenrats«. Schon bei näherem Hinsehen wird deutlich, wie die Institution des »Judenrats« trotz ihres partikularen Charakters sich den gegensätzlich gepolten Erfahrungsbereichen von Täter und Opfer – Banalität und Monstrosität – in *einem* zuneigt. Der »Judenrat«, obschon jüdische Interessenvertretung den Nazis gegenüber, ist gleichwohl auch Vermittlungsinstanz nationalsozialistischen Willens, der sich Juden gegenüber Juden bedient. Dort finden sich zwei

gegenläufige Willen verschränkt. Ihrer Natur nach ist es völlig ausgeschlossen, sie miteinander zu harmonisieren – auch nicht auf der Grundlage von Kompromiß; denn der Wille der Nazis ist auf den Tod der Juden gerichtet und der der Juden aufs Überleben. Die Institution des »Judenrats« ist insofern *in sich* antagonistisch gepolt und stellt seine individuellen Träger nicht nur im Falle einer Ausnahme vor eine nicht mehr handhabbare Grenzsituation; der »Judenrat« an sich ist permanente Grenzsituation. Seine handelnden Vertreter sehen sich in doppelter Lage gefangen, einer Lage, die sich als Ausgangspunkt jener historiographischen Verschmelzung der Perspektiven anbietet: nämlich aus Überlebensinteresse gezwungen zu sein, als Opfer die Nazis zu *denken,* bzw. im Interesse des Überlebens vieler die *vermeintlichen* Absichten der Nazis durch vorwegnehmendes Handeln zu moderieren. Ihre reale Lage könnte die jener radikalen Tat angemessene radikale Perspektive sein.

Anhand von Reaktion und Handeln der »Judenräte« läßt sich der für die Nachwelt unsichtbar gebliebene Inhalt der »historischen Krise« halbwegs offenbaren. Es handelt sich hierbei um die Krise von universellen handlungsanleitenden Denkformen, die auf Utilitarismus, Nützlichkeitserwägungen und Selbsterhaltungsabsicht des Feindes spekulieren. In ihrem antizipatorischen Handeln gegenüber den Nazis reagierten die Judenräte auf ein von ihnen angenommenes *traditionell Böses* – der Realisierungsabsicht grenzenlosen materiellen Egoismus' und schrankenloser Triebbefriedigung. Rational ist das Verhalten dem traditionell Bösen gegenüber dann, wenn im Sinn eigener Selbsterhaltung ständig darauf hinzuwirken gesucht wird, ein materiell antizipiertes Interesse des Gegenübers zu befriedigen. Die ökonomische Ausbeutung des Unterworfenen wäre dem traditionell Bösen nach ein Rationalitätskategorien durchaus entsprechendes antizipierbares Begehren. Es ermöglicht auch dem Unterworfenen und Ausgebeuteten, seinem Plünderer gegenüber eine auf das eigene Überleben zweckrational gerichtete und die jeweiligen Umstände kalkulierende Verhaltensweise zu entwickeln. Solch ein antizipatorisches, wesentlich an der ökonomischen Nutzungskategorie der Arbeit orientiertes Verhalten würde sich – obschon bzw. weil Reflex auf das traditionell Böse – für die Opfer im *Prinzip* lebenserhaltend auswirken. Nützlichkeit, Arbeit, Produktivität begründeten mithin eine gesellschaftlich allgemeine antizipatorische Rationalität, mittels der die »Judenräte« im Sinne des Überlebens des ihnen anvertrauten und sich ihnen anvertrauenden Kollektivs zu handeln suchten. Doch ein solches sozial gewachsenes und im verantwortungsethischen Sinne aufs Überleben gerichtetes Handeln wurde von den Nazis schlechthin dementiert; universell dementiert und im historischen Falle praktisch gebrochen, weil ihr Handeln nicht von Nützlichkeitserwägungen im Sinne des traditionell Bösen angeleitet war. Vielmehr wurden jene universell voraussetzbaren interessengeleiteten Denk- und Handlungsformen, denen sich die »Judenräte« faktisch alternativlos anvertrauen mußten, um überhaupt tätig werden zu können, dahingehend instrumentell verkehrt, daß sie als passive Anteile jener Handlungsfalle wirkten, in die die Nazis die Juden trieben. Gesellschaftlich begründete Handlungsrationalität, sonsthin dem eigenen Überleben zweckdienlich, mündete praktisch in eine Paralyse bis hin zur anteiligen Selbstvernichtung. Insofern erweist sich mittels der Perspektive der Judenräte das Handeln der Nazis empirisch und gleichsam kognitiv-universell verallgemeinert als *gegenrational* gerichtet.

Mit der von den Nazis erwirkten Annulierung jener auf das traditionell Böse gerichteten, als universell voraussetzbaren Handlungsrationalität, auf der alles Gesellschaftliche und seine Funktionsweise auch weiterhin beruht, ist jene »historische Krise« charakterisiert, für die der Nationalsozialismus steht. Als Widerlegung rationaler antizipatorischer Handlung und ihrer Denkformen ist diese Krise als solche kaum faßbar – und wenn, dann nur in der Psyche der Opfer eruierbar. Der Kernbereich jener »historischen Krise« bleibt aber vor allem auch deshalb verborgen, weil die rationalem Handeln im Sinne von Selbsterhaltung vorausgehenden Denkformen weiterhin zu den fundamentalen kognitiven Bausteinen unserer Lebenswelt gehören müssen. Ihre Unverzichtbarkeit führt zu einem notwendigen Verleugnungsphänomen: Die Menschen handeln so, als ob die Fundamente ihrer Zivilisation in der Grenzerfahrung der Opfer der industriellen Massenvernichtung nicht widerlegt worden wären. So neigt das dem Ereignis nachlebende zukunftsgewisse Bewußtsein dazu, das Kernereignis des Nationalsozialismus der Schattenwelt des Vergessens zu überantworten. Dieses Vergessen durchzieht als systematische Auslassung die unterschiedlichen Formen der Rekonstruktion der Epoche des Nationalsozialismus. Die historiographische Rekonstruktion der »historischen Krise« bedarf insofern jener erfahrungsgeschichtlich zwar partikularen, universell-kognitiv jedoch *radikalen Perspektive.* Denn nur sie kann sich der *radikalen Tat* als angemessen erweisen.

*) Susanne Heim/Götz Aly, Die Ökonomie der »Endlösung«. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 5: Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der »Endlösung«? Berlin 1987, S. *11-90. (Vergl. auch: KONKRET 10/89: Susanne Heim/Götz Aly: Soz.ialplanung und Völkermord – d. Red.)*

Dan Diner ist Professor für Neuere und Außereuropäische Geschichte an der Universität Essen. Sein Text ist die ausgearbeitete Fassung eines Vortrages, den er im Juni '89 während einer Tagung gehalten hat, die das Hamburger Institut für Sozialforschung unter dem Titel » Wissenschaft und Massenvernichtung – Zur Rationalität nationalsozialistischer Vernichtungspolitik« durchführte. Unter dem Titel »Perspektiven-Pluralismus und Geschichtsbewußtsein« erscheint Diners Beitrag in diesen Tagen in einem Sammelband des Fischer- Verlags: »Der historische Ort des Nationalsozialismus«. Wir

drucken eine vom Verfasser autorisierte gekürzte Fassung.

konkret 01/90, S. 73

Ralf Syring

»Im Interesse des Reiches«

Serge Klarsfelds große Dokumentation über die Zusammenarbeit des Vichy-Regimes mit den nazistischen Besatzern bei der Deportation der Juden und Widerstandskämpfer aus Frankreich ist endlich in deutscher Übersetzung erschienen

»6. November 1942. Transport Nr. 42. . . Der Transport Nr. 42 verläßt Le Bourget-Drancy mit 1000 Jugendlichen; darunter sind 221 Kinder unter 18 Jahren, 113 von ihnen sind jünger als 12 Jahre alt. Das größte Kontingent (200) stammt aus Poitiers, die übrigen aus verschiedenen Gegenden der Provinz der besetzten Zone, die im Oktober nach Juden 'durchkämmt' wurde. 150 Deportierte kommen aus Drancy, 45 aus Angers, 55 aus Angoulême, 16 aus Alençon, 25 aus Le Creusot, 62 aus Le Mans, 52 aus Melun, 69 aus Bordeaux-Mérignac, 142 aus Nancy und 28 aus Rouen. Die Ausnahme bilden 94 Deportierte aus Rivesaltes in der freien Zone. In Auschwitz wurden 145 Männer und 82 Frauen zur Arbeit selektiert. Der Rest des Transports wurde sofort vergast. Im Jahr 1945 waren noch vier Männer am Leben . «

77 Transporte – Menschen in Güterwagen, manchmal auch, weil keine Güterwagen zur Verfügung standen, in 3.-KlassePersonenwagen, was aber ungünstig war, weil es mehr Bewacher erforderte – werden so beschrieben. Dabei erfährt man auch, daß es den Transport Nr. 56 nicht gab, weil »das Dokument mit dieser Nummer (...) in Wirklichkeit eine Liste von 450 Jugendlichen (ist), deren Deportation geplant war«, und daß die Gestapo die Nummern der Transporte 63 und 64 vertauscht hat.

Die Genauigkeit, mit der hier Buch geführt wurde, gibt dem Verbrechen eine besondere Dimension. Seine nachträgliche Dokumentation läßt es in einer Weise wiedererstehen, die bedrohlich und niederdrückend ist und immer wieder längere Unterbrechungen der Lektüre verlangt. Serge Klarsfeld hat mit seinem Werk »Vichy – Auschwitz«, das er in französischer Sprache in zwei Bänden 1983 und 1985 vorlegte, ein aktuelles politisches Ziel verfolgt: »Wir beschlossen, dafür zu sorgen, daß diese Ereignisse in die Schulbücher Eingang fänden. . . Es ging uns um Erinnerung und Gerechtigkeit. Die antijüdische Politik des Vichy-Regimes sollte endlich öffentlich und mit der nötigen Aufmerksamkeit im Lichte der seit der Befreiung Frankreichs vorliegenden Dokumente untersucht werden«. In der deutschen Übertragung ist ein Band daraus geworden, der in der Reihe der »Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts« im Verlag Greno erschienen ist. Gegenüber der französischen Ausgabe wurden die im Original französischsprachigen Dokumente nur zu etwa 10 Prozent übernommen. Die ursprünglich deutschsprachigen Dokumente sind nach den Originalen wiedergegeben. Klarsfelds kommentierender Text paraphrasiert im wesentlichen diese Dokumente, was den Übersetzer Ahlrich Meyer vor eine schwierige Aufgabe stellte. »Was in französischer Übersetzung distanzierend wirken mag, nämlich der Gebrauch des (bis heute fortwirkenden) deutschen Behördenstils in seiner spezifischen Funktion als Tarnsprache der Nazis, verliert in der an den Quellen orientierten Wiederherstellung im Original jede Distanzierung und muß als sprachliches Einverständnis wirken«, sagt Meyer in einer »Anmerkung des Übersetzers«. Was er meint, erläutert er am Beispiel der »juifs déportables«, was dem Nazi-Terminus »abschubfähige Juden« entspricht, »womit nach der Sprachregelung der Nazis staatenlose, d.h. expatriierte, und ausländische Juden bestimmter Staatsangehörigkeiten gemeint sind, die in die Deportations- und Vernichtungsprogramme einbezogen wurden«.

Klarsfelds Buch dokumentiert die Verfolgung und Deportation von Juden durch die Sicherheitspolizei und den Sicherheitsdienst (Sipo-SD) im besetzten Frankreich in den Jahren 1941 bis 1944. Dabei wird deutlich, daß die Deportationen, die bis auf wenige Ausnahmen mit der Ermordung der Deportierten endeten, nur dadurch möglich waren, daß die in der sogenannten ' freien Zone' Vichy, also jenem südöstlichen Teil Frankreichs, in den die Nazi-Truppen erst am 11. November 1942 einmarschierten, angesiedelte Regierung unter der Präsidentschaft des Marschalls Pétain mit den Nazis zusammenarbeitete: »Vichy trug maßgeblich zur Vernichtung eines Viertels der Juden aus Frankreich bei«.

Nur selten eröffnet der Text einen Blick auf die Opfer jener Verbrechen, mit dem die Lesenden eine andere als die Perspektive der Täter einnehmen könnten. Das ist z.B. der Fall, wo es um die »tragischste Phase der Deportation der Juden aus Frankreich« geht: die im August 1942 begonnene Deportation der Kinder: »Die Kleineren, die den Grund dieser Trennung nicht begreifen konnten, klammerten sich an ihre Eltern und weinten. Die Älteren, die wußten, wie groß der Schmerz ihrer Eltern war, versuchten, ihr Leid zu beherrschen und bissen die Zähne zusammen. Die Frauen klammerten sich an die Türen der abfahrenden Busse. Die Wachen und die Polizisten selbst beherrschten kaum ihre Gefühle. Der Eindruck war um so schlimmer, als bis dahin die größte Ruhe im Lager geherrscht hatte. Auf den Gesichtern lag eine tiefe, bittere Resignation. Kein Protest, kein Schrei der Empörung oder Wut war zu hören. Es schien, als hätten die Internierten nach so vielen Prüfungen nicht mehr die Kraft, sich gegen ihr Schicksal aufzulehnen«.

Andere lehnten sich an ihrer Stelle auf. Während zu Anfang der Razzien in Paris und in der Provinz in kriminalpolizeilichen Quellen von gelegentlichem Unmut der Bevölkerung die Rede ist, ist ab September 1942 immer öfter von offener Empörung zu lesen: »Überall war die Bevölkerung Zeuge dieser Menschenjagd geworden. Viele Türen hatten sich geöffnet, um die Flüchtenden zu beschützen«. Der Klerus und das jüdische Zentralkonsistorium protestieren öffentlich

und klagen das Regime in Vichy der Kollaboration mit den Nazis an. Kardinal Gerlier, der Erzbischof von Lyon, schreibt in einem Brief, der am 6. September 1942 von den Kanzeln verlesen wird: »Das Herz preßt sich einem zusammen bei dem Gedanken an die erlittenen Behandlungen dieser Tausenden von Menschen, und wenn man an das denkt, was ihnen noch bevorsteht«.

Das, was ihnen bevorstand, war ja keineswegs unbekannt, hatte doch Hitler in zahlreichen öffentlichen Reden den Willen seines Regimes zur Vernichtung der Juden betont. Pierre Laval, der Regierungschef in Vichy, handelte somit wider besseres Wissen, als er die Sprachregelung der Nazis übernahm, nach der die deportierten Juden zum Arbeitseinsatz in einen Staat gebracht werden sollten, den die Nazis erst einzurichten vorgaben. Lavals Versuch, seine Maßnahmen zu rechtfertigen, ähnelt sehr aktuellen rassistischen Argumentationen, ohne daß damit eine Identität mit der Vernichtungspolitik der Nazis behauptet werden soll: »Er beginnt seine Rechtfertigung der Maßnahmen gegen die Juden damit, daß er von einer Welle jüdischer Flüchtlinge redet, die 1940 zu einer 'vollständigen Zerstörung des demographischen Gleichgewichts' in der freien Zone geführt habe, da sich dort schon seit 1930 viele aus Mitteleuropa kommende Juden befunden hätten«.

Klarsfeld zeigt, wie Laval durch die zunehmenden Proteste immer mehr unter Rechtfertigungsdruck gerät, wie seine Regierung schließlich weitere Razzien und Deportationen verweigert, obwohl diese vom Leiter des Judenreferats in Paris, Röthke, hinter dem Eichmann steht, nachdrücklich gefordert werden. Diese Weigerung aber habe »keine Repressalien von deutscher Seite« zur Folge gehabt. Klarsfeld schließt daraus, daß das Regime in Vichy, das sich im Juli 1942 den Nazis beugte, indem es ihnen die französische Polizei für die Durchführung der Razzien zur Verfügung stellte, einen eigenständigen Beitrag zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung geleistet hat, denn es hätte zu jenem Zeitpunkt eine andere Wahl gehabt: Eine Weigerung, die französische Polizei einzusetzen, hätte zu einem vorläufigen Verzicht auf die Verfolgung der Juden führen müssen, da die Besatzungsmacht dafür keine ausreichenden Kräfte zur Verfügung hatte und außerdem nicht an Aktionen interessiert war, die den französischen Widerstand hätten stärken und die Zusammenarbeit mit der Regierung in Vichy gefährden können: »Wenn sich Laval Anfang Juli 1942 den deutschen Forderungen kategorisch widersetzt hätte (...), dann hätten die Führer der Nazi-Polizei in Frankreich, davon sind wir zutiefst überzeugt, ebenfalls Himmler gegenüber die höheren Interessen des Reiches geltend gemacht, und die Deportation der Juden aus Frankreich wäre zurückgestellt worden – in Erwartung eines deutschen Endsiegs, der alle Vorbehalte aus dem Weg räumen würde«.

Die »höheren Interessen des Reiches« erforderten, »daß Frankreich unter der Führung Pétains und Lavals gehorsam und in Frieden seiner Arbeit nachgeht und sich den wirtschaftlichen und strategischen Interessen des Reichs fügt«. Bei der Durchsetzung dieser Interessen stießen Besatzer und Vichy-Regierung auf gemeinsame Feinde: »Kommunisten, Terroristen und Saboteure« werden sie im »Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der französischen und der deutschen Polizei« vom August 1942 genannt. In jenen »höheren Interessen« liegt sowohl der Schlüssel für das Verständnis der Nazi-Politik im besetzten Frankreich wie auch der Kollaboration des Vichy-Regimes. Klarsfeld mag recht haben, wenn er den Antisemitismus den »Dreh- und Angelpunkt« der »fanatischen Ideologie« des Nazi-Regimes nennt, doch neben der fanatischen Ideologie gab es die sehr rational geplante Politik der Neuen Ordnung im Großraum. Dieses Nebeneinander erklärt die ausführlich dokumentierten Streitigkeiten innerhalb der Nazi-Führung in Paris, die manchmal wie lächerliche Geplänkel zwischen trotzigen Bürokraten erscheinen könnten, ginge es nicht dabei immer wieder um Tausende von Menschenleben. Da laufen die fanatischen Ideologen Dannecker und Röthke Amok, während die klug berechnenden Herren Knochen und Hagen als geschickte Diplomaten erscheinen. Deren »antisemitische Einstellung gewinnt niemals die Oberhand über ihre politische Klugheit«, schreibt Klarsfeld. Und diese Klugheit dient dem Aufbau der Neuen Ordnung, deren ökonomische Aspekte, was den Anteil Frankreichs angeht, andernorts dargestellt sind (vgl. Alan S. Milward: The New Order and the French Economy).

In denselben Erklärungszusammenhang gehört die sorgfältig über lange Zeit von den »politisch Klugen« aufrechterhaltene Unterscheidung zwischen einerseits den französischen und andererseits den staatenlosen und ausländischen Juden. Hier ging es nicht einfach um einen Nationalitätenunterschied. Das herauszufinden kostet in Klarsfelds Werk allerdings einige Mühe. Die Mehrheit der zunächst internierten, dann deportierten und schließlich ermordeten Juden, zu deren Verfolgung und Internierung das Vichy-Regime von Anfang an bereit war, sind sogenannte »staatenlose« oder »Juden unbestimmter Staatsangehörigkeit« und ausländische Juden unterschiedlicher Herkunft gewesen. Ihre Zahl nahm stetig zu, weil immer mehr vom Nazi-Regime unterschiedlich abhängige Regierungen »ihre« Juden zur Deportation »freigaben«. Es handelte sich dabei ganz überwiegend um Immigranten, die ab etwa 1917 aus Osteuropa nach Frankreich eingewandert waren. Ihre Einwanderung war Teil einer größeren Migrationsbewegung von Menschen aus Osteuropa nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, als das geschah, was immer nach großen Kriegen geschieht: Der Arbeitsmarkt sucht Arbeitskräfte, weil deren viele im Krieg getötet wurden.

Unter diesen Immigranten, die nach dem Krieg nach Westen kamen, waren auch zahlreiche Juden, und zwar selbstverständlich solche, die weder »reich und einflußreich« waren, noch »eine wichtige Stellung in der französischen Volkswirtschaft« innehatten. Das aber waren die Voraussetzungen dafür, bei den Razzien als nicht zu behelligende »Ausnahmen« geschont zu werden. Demgegenüber setzten sich die Festgenommenen »ihrer sozialen Herkunft nach 'aus der untersten Schicht der jüdischen Rasse' zusammen«. Nicht immer allerdings war das so eindeutig. Auch die »fanatischen

Ideologen« hatten ihre »Erfolge«. Zu betonen ist aber dennoch, daß Klarsfeld implizit einen wichtigen Beleg dafür liefert, daß der Vernichtungsangriff der Nazis auch ein Klassenangriff war, der als sozialpolitisches Kalkül im Rahmen des Konzepts der Neuen Ordnung verstanden werden muß. Für diese Lesart gibt es mittlerweile zahlreiche Belege. Dennoch ist ihr immer wieder vorgeworfen worden, sie trage zu einer Verharmlosung der Nazi-Verbrechen bei, ein Argument, das sich angesichts der von Klarsfeld gesammelten Dokumente als unhaltbar erweist.

Klarsfeld belegt, daß die Rettung von drei Vierteln der in Frankreich lebenden Juden den Protesten der Bevölkerung und des Klerus, die einander gegenseitig verstärkten, zu verdanken ist. Es ist schon bei Erscheinen der beiden Bände in Frankreich kritisiert worden, daß der organisierte französische Widerstand, die Résistance, dabei kaum das ihm zukommende Gewicht erhält. Nun kann man Serge Klarsfeld sicher nicht vorwerfen, daß er den organisierten Widerstand übergangen habe. Daß er auch ihn mit Akribie dokumentiert hat, belegt sein 1979 erschienenes Werk »Le livre des otages«. Dennoch wäre es dem vorliegenden Band zugutegekommen, wenn den Aktivitäten der Résistance größere Aufmerksamkeit geschenkt worden wäre.

Die Widerstandshandlungen der Résistance wurden von den Nazis zunächst mit sogenannten 'Sühnemaßnahmen' beantwortet. Aufgrund eines Erlasses des Oberkommandos der Wehrmacht vom 16. September 1941 wurden für jeden deutschen Offizier, der einem Attentat zum Opfer fiel, 50 bis 100 sogenannte Geiseln erschossen: »Juden, Kommunisten und Anarchisten«. Schon bald aber wurde den Militärs klar, daß sie damit das Gegenteil dessen erreichten, was sie sich vorgenommen hatten: Der Widerstand wuchs, die Anschläge nahmen zu. General Stülpnagel schlug daher vor, nicht Massenerschießungen durchzuführen, sondern nach den Tätern der Anschläge zu fahnden und diese dann mit in die Deportationen einzubeziehen. Stülpnagel hatte gute Gründe für seine Vermutung, daß der Widerstand zum großen Teil von Mitgliedern der Kommunistischen Partei durchgeführt wurde. Nach dem Überfall der Nazis auf die Sowjetunion gingen die Kommunistischen Parteien überall in den besetzten Ländern zum bewaffneten Widerstand über. Was Stülpnagel schließlich noch seinen Posten kostete, ist wenige Monate später zur Grundlage der Politik der Nazi-Führung geworden: In immer größerer Zahl werden Menschen aus der Résistance deportiert, von denen viele Immigranten und Juden sind. Den Nazis war ebenso wie dem Vichy-Regime bewußt, daß die brutale Verfolgung der »ausländischen« oder »staatenlosen« Juden stets auch ein Angriff gegen die »Résistance« war, vor allem gegen deren aktivsten Teil in den FTP-MOI (Francs Tireurs et Partisans – Main d'Oeuvre Immigrce).

»Im deutschsprachigen Raum ist die M.O.I. so gut wie unbekannt. Doch auch in Frankreich lüftete sich erst vor wenigen Jahren der Schleier des Vergessens – des absichtlichen Vergessens. Denn die M.O.I. bestand nicht aus 'richtigen' Franzosen, sondern aus 'Ausländern', aus Arbeitsimmigranten, und die meisten von ihnen waren Juden. Diese Kämpferinnen und Kämpfer sind mit einem dreifachen Stigma gezeichnet: Als Ausländer. Als Juden. Als Kommunisten« (Ingrid Strobl: »Sag nie, du gehst den letzten Weg«. Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung, Frankfurt 1989). Das Interesse, diese »nicht richtigen Franzosen« zu bekämpfen, war der Nazi-Führung und den Herren in Vichy gemeinsam und somit eine wichtige Grundlage der Kollaboration.

Ein Mensch muß wohl, wie Serge Klarsfeld, Advokat sein, wenn er es schaffen will, aus der Fülle solcher Dokumente »logische Schlußfolgerungen zu ziehen, die frei von jeder Parteilichkeit sind«, oder wenn er angesichts der Monstrosität der Verbrechen auch die Energie noch aufbringt, den Verbrechern die Verletzung ihrer eigenen Regeln vorzuhalten. Es ist geradezu erleichternd, daß Klarsfeld diese Rolle des unparteiischen Advokaten nicht durchzuhalten vermag, wenn er etwa angesichts der Kinderdeportationen fragt: »Wenn es in dieser Situation um seine eigenen Kinder gegangen wäre (die des Delegierten des Generalsekretärs der Polizei in der besetzten Zone, Leguay, R.S.), wie hätte er selbst reagiert?«

Serge Klarsfeld gehört selbst zur zweiten Generation jener aus Osteuropa, in seinem Fall aus Rumänien, nach Frankreich eingewanderten Menschen jüdischen Glaubens. Seit langem sind er und Beate Klarsfeld bekannt für ihren Einsatz für die Bestrafung der Nazi-Verbrecher. Die wichtigen Prozesse gegen Lischka, Hagen und Heinrichsohn 1979/80 in Köln und gegen Barbie 1987 in Lyon gehen auf diesen Einsatz zurück.

»Vichy – Auschwitz« ist gerade wegen seiner Parteilichkeit ein wichtiges Buch, eines, das wie nur wenige andere den Lesenden zumutet, die Untaten des Nazi-Regimes und seiner Kollaborateure in kaum mehr erträglicher Genauigkeit zur Kenntnis zu nehmen und sich mit ihrer Interpretation auseinanderzusetzen. Nun ist es seit jener »Historikerstreit« genannten Debatte in der BRD wohl erforderlich, die Veröffentlichung eines Werkes besonders zu begründen, in dem auch Nicht-Nationalsozialisten ihre Beteiligung an der nazistischen Massenvernichtung vorgeworfen wird. Wie zu hören war, als das Buch erschien, ist es schwierig gewesen, einen bundesdeutschen Verlag dafür zu finden. Mancher Verleger habe die Befürchtung geäußert, die Publikation dieses Werkes könne als ein Versuch der Entlastung der Deutschen verstanden werden. Die Schlußfolgerung jedoch, daß das Verbrechen der einen geringer werde, wenn andere auch eines begehen, stammt nicht aus dem Bereich der Logik, sondern aus dem der Apologetik. Klarsfelds Buch eignet sich dafür an keiner Stelle.

Serge Klarsfeld: Vichy – Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der »Endlösung der Judenfrage« in Frankreich, Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts Bd. 9, Verlag Greno, Nördlingen 1989, 600 S., 48 Mark

konkret 01/90, S. 76

Oliver Tolmein

Geschätztes Leben

Die bundesdeutschen Medizin-Ethiker suchen Maßstäbe zur Bemessung des biologischen Gebrauchswerts »Leben" und Wege für eine effiziente Krankenversorgungspolitik. Sie denken dort weiter, wo die Kostendämpfungsgesetze der Bundesregierung aufhören müssen: Moralische Verpflichtungen statt rechtlicher Zwangsmittel sollen die Geburt von Behinderten verhindern und die frühzeitige Tötung kranker und alter Menschen ermöglichen

Als vor einem knappen halben Jahr Behindertengruppen an mehreren Orten der BRD den Auftritt des australischen »Euthanasie«-Propagandisten Peter Singer verhinderten, mischte sich, wenn auch unausgesprochen, Skepsis in die ohnehin nicht allzu zahlreichen Solidaritätsbekundungen: War die Situation wirklich so ernst, wie die Behinderteninitiativen und ihre Bündnispartner behaupteten? Peter Singer, der mit Hilfe des sogenannten Präferenz-Utilitarismus (siehe KONKRET 7/89) die Ermordung behinderter Neugeborener ethisch zu begründen versucht, galt vielen noch als Einzelkämpfer; gewiß, die staatstragende Wochenzeitung »Zeit« hatte ihn gleich mehrfach seitenlang in Schutz genommen – aber hatte sie das nicht vielleicht doch nur getan, um im Namen der Meinungsfreiheit gegen die Verweigerung des Rederechts für den Australier zu protestieren?

Tatsächlich wurden in den Wochen der hitzigen Auseinandersetzungen nur wenige Stimmen laut, die Singers Positionen inhaltlich entschlossen unterstützt hätten. Andererseits gab es außerhalb der Behindertenbewegung aber auch kaum Autoren und Autorinnen, die den Versuch, den Begriff des »lebensunwerten Lebens« erneut zu etablieren, grundsätzlich und kompromißlos attackiert hätten. Stattdessen sind mehrere Sammelbände zum Thema »medizinische Ethik« auf den Markt gekommen, die Anlaß zu fortgesetzter Beunruhigung geben. In ihnen wird auch die Legende zerstört, die bundesdeutsche Ethik-Debatte habe keinerlei Anschluß an die sehr viel weiter fortgeschrittene Auseinandersetzung in den anglo-amerikanischen Ländern. Mit dem gleichen guten Grund, mit dem Peter Singer hierzulande am Reden gehindert wurde, mül3ten mittlerweile auch Seminare und Veranstaltungen bundesdeutscher Juristen, Philosophen und Mediziner (unter den knapp fünfzig Autoren, um deren Arbeiten es hier geht, befindet sich tatsächlich nur eine einzige Frau), gesprengt werden, die sich wie selbstverständlich für die Auslöschung »lebensunwerten Lebens« – die sie allerdings in andere Worte fassen – aussprechen.

»Pränatale Diagnostik – eine Auseinandersetzung« heißt ein Band des »Forums Paidikos«, der Beiträge eines »interdisziplinären Gesprächs« dokumentiert, die wenig anderes zeigen, als daß statt Auseinandersetzung Arbeitsteilung die Debatte zwischen Philosophen, Ärzten und Genetikern prägt. »Selbstbesinnung, die aus Wunsch, Versagen und Rechtfertigung erwächst, erscheint geeignet, unseren Standort zu bestimmen«, räsonnieren die Herausgeber des Bandes, der, das sei vorab vermerkt, immerhin auch einen Beitrag zur »Auseinandersetzung mit Peter Singer aus evangelischer Sicht« enthält (der sich seinem Gegenstand allerdings so freundlich-akademisch und vorsichtig nähert, daß man am Ende schon nicht mehr genau weiß, ob die prinzipiellen Einwände außer der allgemeinen Bekundung der Liebe von und zu Gott auch noch praktische Konsequenzen haben sollen oder gar müssen). Entschlossen zur Sache geht dann z. B. der Anthropogenetik-Professor Ropers aus Nijmwegen/Niederlande, der, ohne eine Silbe an die Selbstbesinnung zu verschwenden, verkündet, wo es, Standort hin, Standort her, künftig langgeht. Konnten sich bislang Gegnerinnen der pränatalen Diagnose damit trösten, daß sich kaum mehr als zehn Gen-Anomalien pränatal identifizieren ließen, weist Ropers zufrieden darauf hin, daß 22 der etwa 4000 bekannten monogenen Auffälligkeiten für 75 Prozent aller Krankheitsfälle in dieser Gruppe verantwortlich sind – und sich 16 dieser 22 Defekte bereits feststellen lassen. Deswegen hält er diese Arbeit, deren Folge er wie selbstverständlich als »die Inzidenz dieser Krankheiten signifikant zu senken« beschreibt, für weitgehend getan. Künftig werde es darum gehen, »polygene Krankheiten« pränatal zu diagnostizieren: »Dazu gehören Herz- und Kreislauferkrankungen, die manisch-depressive Psychose, die Schizophrenie und verschiedene kongenitale Mißbildungen«. Auch hier hält Ropers »eliminieren« für das Mittel der Wahl.

Weil es aber auf der Tagung um Ethik ging, stellt Ropers sich am Ende seines Beitrags auch eine Frage: »Welche Krankheiten sind so schwerwiegend, daß sie gegebenenfalls sogar einen Spätabort rechtfertigen? Wäre es vertretbar, auch minimalen Behinderungen, wie z.B. Farbsinnesstörungen, auf diese Weise zuvorzukommen, wenn die Diagnose bereits im embryonalen Zweizellstadium gestellt werden könnte? ... Das sind Fragen, auf die man keine endgültigen und schlüssigen Antworten erwarten sollte, deren Diskussion jedoch gerade deshalb nicht zum Stillstand kommen darf.« Denn die endgültige und schlüssige Antwort könnte »nein« lauten und die zum Stillstand gekommene Diskussion nach Konsequenzen verlangen, bevor die »Erbkrankheit« Schizophrenie durch Eliminierung ihrer potentiellen Träger und Trägerinnen aus der Welt geschafft ist.

Der Gestus der Nachdenklichkeit gewinnt in den Beiträgen des Göttinger Anthropologie-Professors Vogel eindrucksvollere Konturen. Vogel, der sich mit »reproduktiver Manipulation aus evolutionsbiologischer Sicht« beschäftigt, führt uns ins Tierreich und in frühere Jahrtausende, um zu erklären, daß auch Krähen, indische Langurenaffen und das Eipo-Volk in

Neuguinea »infantizide Reproduktionsstrategien« (Beeinflussung von Kinderzahl und Art der Kinder durch Töten z.B. von neugeborenen Mädchen oder Behinderten) verfolgen. Das soll nun, beteuert Vogel, nachdem er sein Material und die guten Gründe ausgebreitet hat, warum wer welche Neugeborenen ermordet, nicht heißen, daß dies auch heute wünschenswert sei; »auf der anderen Seite sollten wir uns aber nicht darüber täuschen, daß zahlreiche moralische Normen, die unser Alltagsleben mitbestimmen, keineswegs so frei von Eigennutz sind, wie sie sich geben.«

Damit erfüllt Vogel, obgleich Anthropologe und nicht Philosoph, präzise die im selben Zusammenhang an anderer Stelle von Odo Marquard aufgestellte Forderung: »Die philosophischen Ethiker müssen schließlich ihre ethischen Ratschläge so einbringen, wie einstmals gut funktionierende Orakel – z.B. das von Delphi – es getan haben: mit Behutsamkeit, das heißt vor allem auch mit jener Prise Dunkelheit, die erforderlich ist, um Ratsuchende – im akuten Fall die Mediziner und Ärzte – nicht unangemessen aus der Eigenverantwortung zu entlassen und sie beim Umgang mit der konkreten Situation vor Ort nicht unvernünftig zu behindern.« Der Bezug auf das Orakel ist ein bemerkenswerter Hinweis auf das Selbstverständnis der Ethiker: Ein Orakel leistet Vermittlungsarbeit im Dienst einer Cottheit.

"Wir müssen uns klar machen, daß Ethik nicht etwas ist, was von Ethikern erfunden wird. Der Ethiker hat gar keine andere Wahl als das, was an Ethos in unserer Gesellschaft ist, zu erläutern«, sagt der an der Ethik-Debatte wesentlich beteiligte Sozialmediziner Hans Schaefer und formuliert so die profane Version des Marquardschen Gedankens. »Nehmen wir beispielsweise die Einstellung der Normalbevölkerung zu Mißgestalteten. Hier scheint mir ein angeborenes Verhaltensmuster vorzuliegen, dem der Einzelne nur mit rationalen Argumenten begegnen kann, die er nicht angeleitet wurde zu entwickeln.«

Bleibt die Frage, warum die Vermittlungsarbeit eines eigenen wissenschaftlichen Berufszweiges bedarf? 1983 forderte derselbe Hans Schaefer, der heute behauptet, es könne nur Aufgabe des Ethikers sein, den bereits existierenden Ethos in der Gesellschaft zu interpretieren, in der Fachzeitschrift »Medical Tribune«, daß sich »die Einsicht durchsetzen (muß), daß niemand das Recht hat, um des geringen Vorteils sehr kurzer Lebensverlängerung willen hohe Opfer der Solidargemeinschaft zu verlangen«. Die »ethische Triagesituation«, daß »trotz des Reichtums an ethischen und kulturellen Werten in unserer pluralistischen Gesellschaft wir nicht selten in der akuten Notsituation die rechten Werte nicht zur rechten Zeit zur Hand haben«, werde immer brennender, konstatiert in der Einleitung von »Medizin und Ethik« der Bochumer Philosoph Hans Martin Sass. Sass, der in Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern des Bochumer Instituts für Philosophie die sich zielstrebig entwickelnde medizinethische Debatte maßgeblich prägt und gelegentlich im Auftrag der Bundesregierung arbeitet, hat diesen Gedanken in einem weiteren, »Ethik und öffentliches Gesundheitswesen« betitelten Sammelband noch prägnanter umrissen:

»Der Mangel an ethischer Kosten-Nutzen-Abwägungskompetenz beim Bürger scheint ein direktes Resultat des als absolut gesetzten Solidaritätsprinzips zu sein.« Der Unterschied zwischen der Betonung des Reichtums unserer kulturellen und ethischen Werte und der Kritik an mangelnder ethischer Kosten-Nutzen-Abwägungskompetenz entspricht dem Unterschied zwischen dem auf die breite Öffentlichkeit zielenden gelben Reclam-Heft für 13 Mark, in dem zumeist Nachdrucke von Mitte der 80er Jahre erschienen Texten versammelt sind, und dem 118 Mark teuren, im Fachverlag Springer publizierten Band, in dem der aktuelle Stand der Expertendiskussion wiedergegeben wird: Wird im ersteren noch erklärt, daß es »lebensunwertes« Leben gibt und wie es zu bestimmen ist, beschäftigt sich letzterer ausgehend vom als begrenzt erkannten Wert bestimmter Formen des Lebens mit (zugespitzt formuliert) Grenznutzen-Analysen und den daraus erwachsenden »ordnungsethischen und ordnungspolitischen« Konsequenzen für das gesamte Krankenversorgungssystem.

Die Medizin-Ethiker, der Eindruck bestätigt sich auch bei Lektüre anderer Texte, setzen dort an, wo die Kostendämpfungsgesetze der aktuellen Regierungsparteien aufhören müssen. Gesundheit ist kein reines Wirtschaftsgut und wird auch nicht als solches verstanden. Ein qualitativer Schritt, der über zwar weitgehende, aber eben doch begrenzt wirksame Sparmaßnahmen hinausgeht, läßt sich nur ideologisch durchsetzen und absichern. Der Essener Philosophie-Dozent Dieter Birnbacher hat die Möglichkeit der Ethik, dort zu wirken, wo unmittelbare ökonomische oder rechtliche Zwangsmittel in absehbarer Zeit versagen würden, in seinem Beitrag über »Genomanalyse und Gentherapie« deutlich formuliert. Er stellt »die weitere Frage, ob in Fällen drohender Behinderungen des Kindes die Eltern zu einer Abtreibung moralisch nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet sind.. . Den Eltern eine moralische Verpflichtung aufzuerlegen, bedeutet nicht, rechtliche Zwangs- und Druckmittel zu denselben Zwecken gutzuheißen.«

Die moralische Durchsetzung von volkswirtschaftlich gut zu kalkulierenden Verhaltensweisen setzt die Verinnerlichung der zugrundeliegenden Normen voraus. Die Entwicklung dorthin ist in manchen Bereichen bereits erschreckend weit fortgeschritten: Die in den letzten Jahren öffentlich diskutierten Schicksale einzelner alter oder behinderter Menschen, die von Ärzten wie Julius Hackethal getötet zu werden verlangten, haben gezeigt, wie bereitwillig eine Gesellschaft die Tötung als »Lösung« in Krisensituationen zu akzeptieren bereit ist. Die politischen Umstände zu analysieren und zu kritisieren, die diesen Ausweg für immer mehr Menschen zum einzig denkbaren machen, wird durch die scheinbare Freiwilligkeit des Entschlusses, so nicht mehr leben zu wollen, nahezu aussichtslos. Das macht die besondere Gefahr der aktuellen Ethik-Diskussion und ihrer absehbaren Konsequenzen aus. Es zeigt auch, daß diese Tendenz der medizinischen Ethik nicht als

bloße Legitimationswissenschaft für die rasanten Entwicklungen in den Bereichen Gentechnik und Reproduktionsmedizin abgetan werden kann. Die Arbeiten der Wissenschaftler, die menschliches Leben zu einer kalkulierbaren (und produzierbaren) Größe verdinglichen, und die der Ethiker, die einen Werte-Wandel einleiten und vorantreiben, im Zuge dessen der moralische Wert menschlichen Lebens zu einem biologischen Gebrauchs-Wert herabgewürdigt wird, ist kaum trennbar ineinander verschränkt. Die ideologische Offensive der einen eröffnet das materielle Terrain für die anderen – und schafft damit wieder die Basis für eine weitergehende qualitative Veränderung des Menschenbildes.

Wie schnell in der Öffentlichkeit bei entsprechender Grundeinstimmung durch ethische Argumentationsmuster selbst offensichtliche Analogien zur nazistischen Vernichtungspolitik beiseite gewischt werden, zeigt die »Euthanasie«-Debatte dieses Sommers: Die erneute Etablierung des Gedankens, daß es ein »lebensunwertes Leben« gebe, wurde durch ausdrücklichen Verweis auf den angeblich ganz anders, nämlich diesmal ethisch und nicht rassehygienisch und ökonomisch begründeten Zusammenhang, möglich und gesellschaftlich akzeptabel. Daß es sich dabei keineswegs, wie es auf den ersten Blick scheinen mochte, um die brachialen Gedanken eines isolierten australischen Philosophen – Peter Singers nämlich – handelt, ist in »Medizin und Ethik« (das im übrigen auch wieder einen Singer-Text enthält) nachzulesen. Der Mainzer Jura-Professor Norbert Hoerster formuliert darin noch einmal den zentralen Gedanken der neuen »Euthanasie«-Befürworter: »Natürlich gibt es so etwas wie 'lebensunwertes Leben'. Ich vermag keineswegs notwendig etwas Inhumanes oder Verwerfliches darin zu erblicken, über das Leben eines bestimmten Menschen zu sagen, es sei 'nicht lebenswert'. Anstößig ist ein solches Urteil allein dann, wenn es – wie bei den Nazis – auf der Basis von Kriterien etwa der Rassezugehörigkeit oder der sozialen Nützlichkeit gefällt wird. Ob ein bestimmtes Leben lebenswert ist oder nicht, kann nur vom Wertungsstandpunkt jenes Menschen aus entschieden werden, dem dieses Leben gehört!«

Die sogenannte »Binnenperspektive«, die stets und nur individuell sein kann, zum alleinigen Maßstab zu machen, würde dem Beharren auf der Begrifflichkeit des »lebensunwerten Lebens« seinen Sinn nehmen: Gebraucht wird der Begriff ja gerade für eine gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit Behinderten, Neugeborenen oder Alten, die entweder nicht in der Lage oder nicht willens sind, ihr Leben als »unwert« zu erkennen und deswegen der eigenen Vernichtung zuzustimmen oder sie sogar von alleine zu verlangen. Wurde von Singer die Binnenperspektive deswegen zugunsten einer das Wohl der Familie einbeziehenden Perspektive aufgegeben, führt Hoerster »gewisse Lebensaspekte oder Lebenskomponenten (ein), die nach einer *allgemein geteilten* (kursiv im Original, O.T.), d.h. nach einer intersubjektiven Einschätzung den Lebenswert in hohem Maße zumindest mitbestimmen. Zwei in diesem Sinne wohl für jedermann relevante Bewertungsfaktoren sind der (positive) Faktor der Gesundheit und der (entsprechend negative) Faktor Krankheit. Genau das ist der Grund, warum ein krankes Leben relativ sehr viel häufiger für seinen Träger nicht (mehr) lebenswert ist als ein gesundes Leben.«

Welche Perspektive bietet diese objektivierende Sicht auf den angeblich nur subjektiv zu erschließenden »Lebenswert«? Der US-amerikanische Ethiker Baruch Brody, der in hierzulande erscheinenden Text-Sammlungen regelmäßig zu Wort kommt, schließt direkt an Hoerster an und schildert die Situation einer Motorradfahrerin, die bei einem Unfall schwere, aber keineswegs tödliche Kopfverletzungen erlitten hat. Sie atmet noch selbständig, und es werden auch Hirnreflexe verzeichnet, aber »nichts läßt auf eine verstärkte Gehirntätigkeit schließen«. Die medizinische Behandlung besteht im wesentlichen aus Antibiotikagaben und künstlicher Ernährung – das Pflegepersonal der Klinik möchte aber auch diese einfache Pflege abbrechen: »Sie betrachten die Fürsorge als Mißbrauch ihrer beruflichen Fähigkeiten und (sind) besorgt über die aus der fortgesetzten Versorgung entstehenden Kosten für die Gesellschaft«.

Brody weist an diesem Beispiel darauf hin, daß es häufig Fälle gebe, in denen Angehörige bei bewußtlosen oder sich nicht äußern könnenden Patienten auf Weiterbehandlung bestehen, während Ärzte für einen Abbruch der Versorgung plädieren. Das ethische Dilemma sieht Brody darin, daß die Angehörigen den Wert des Lebens unabhängig von seiner nach fachlicher Ansicht geringen Qualität sehen, also die, wie Hoerster schreibt, »intersubjektive Einschätzung des Lebenswerts« nicht teilen. Weil »die Konsequenzen zugunsten der Behandelnden und der Gesellschaft« dafür sprechen, plädiert Brody für ein Ende der medizinischen Betreuung: »Was wir brauchen, sind vorläufige Vereinbarungen über die Verfahren und Bedingungen, nach denen Ärzte und Pflegepersonal eine Behandlung abbrechen können, die sie trotz des Beharrens auf Weiterversorgung seitens des Patienten und/oder seines Bevollmächtigten selbst für unangemessen halten.«

Forum Paidikos, Pränatale Diagnostik – eine Auseinandersetzung, Vieweg Verlag, 240 Seiten, 34 Mark;

Odo Marquard u.a., Medizinische Ethik und soziale Verantwortung, Ferdinand Schöningh Verlag, 92 Seiten, 9,80 Mark;

Hans Martin Sass (Hg), Ethik und öffentliches Gesundheitswesen, Springer Verlag Heidelberg, 288 Seiten, 118 Mark;

Hans Martin Sass (Hg.), Medizin und Ethik, Reclam Verlag, 392 Seiten, 13 Mark

konkret 01/90, S. 78

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

»Was unterscheidet den diesjährigen Bambi-Preisträger für Literatur von Stalin? – Stalin war hübscher.«

Und auch dies ein Witz, den wir nicht mehr wollen wie überhaupt jede Art von Humor auf Kosten von Behinderten. Und dann bleibt man doch mit der Fernbedienung hängen und will es nicht fassen, wie sie schweigt, das frühere DKP-Mitglied, und sich auf ihr Talent besinnt, das Kindchenschema in den Köpfen alter Männer zu erfüllen, das Versfüßchen, das dem Namen nach an ein männliches Hausgeflügel erinnert, – schweigt, während der Schirmherr an ihrer Seite, der überall Zugeschaltete, der nicht enden kann, dasitzt, der Unbeschreibliche, und – in ungebrochener Debilität rhetorisch niedermachend, was sich ihm in den Weg stellt – den Kollegen Mayer und Hermlin vorwirft, sie hätten sich noch jüngst zum Kommunismus bekannt... Nein, muß man gesehen haben. Muß man wirklich gesehen haben. Braucht man die Geisterbahn im Prater gar nicht.

*

Und wieder einmal bahnt sich eine Wende an, diesmal im Spiel zwischen Boris Becker und Brad Gilbert, das wir uns eben life im Fernsehen schildern lassen, so wie il divino Tommaso di Ciaula (»Der Fabrikaffe und die Bäume«) es sich wünschte, daß man möchte auch auf *seine* Kunstfertigkeiten einmal ähnlich öffentlich versessen sein:

Und jetzt, meine Damen und Herren, ist Tommaso di Ciaula im Bild, wie er gerade sein Werkzeug zuschneidet, er schleift sein Werkzeug... jetzt geht er urinieren, aber da kommt er auch schon wieder zurück, bohrt mit dem 22-mm-Bohrer ein Loch, vor lauter Anstrengung beißt er die Zähne zusammen, jetzt kratzt er sich, da! und wieder versucht er es...

*

1972 hatte er in »Elected« alle obszönen Situationen einer us-amerikanischen Präsidenten-(Gouverneurs? -Parlaments?-) Wahl durchgeturnt. Stars und Stripes am weißen Zylinder, Küßchen gebend und irgendwann unter den Dollarscheinen versinkend, die ihm ein Affe ins Büro karrte. Jetzt ist er mit »Poison« wieder auf dem Markt, der alte Alice Cooper. Und immer noch witzig. Und obszön. Nun allerdings nur noch in Sachen Sex. Was eigentlich hat sich so groß geändert seitdem? Außer, daß alles *noch* schweinischer geworden ist? Die Todesschwadrone machen weiter und das Agrobusiness in Afrika. Vor der chilenischen Küste plündern Unternehmen aus Japan, USA und Westeuropa das Meer und lassen die einheimischen Fischer kaputtgehen. Regenwälder gehen als Holzkohle in Rauch auf in den Schmelzöfen der Minas Gerais, die uns mit Erz beliefern. Menschen und Naturgüter in zig Ländern verschwendet, um die Verschwendungssucht in wenigen zu stillen. Und aus seinem IC über die Obdachlosen am Hamburger Hauptbahnhof hinweg steigt – wo er doch alles selbst erarbeitet hat, siebenunddreißig Stunden am Tag! – der Jungmanager und läßt sich in sein Bonzengetto chauffieren, mit dem verglichen Wandlitz eine bessere Schrebergartenkolonie mit Schwimmbad war. Und natürlich freut sich der Kolumnist und Billig-Lohn-Dichter, daß die 'Beste Bohne' von Tschibo eben nur noch achtfünfundvierzig statt neunfünfundsiebzig kostet. Hätte, persönlich, nicht einmal was dagegen, wenn sie den Kaffee endlich auch umsonst rausrücken. Aber eh er deshalb, wie Hoch-Lohn-Kritiker Karasek, DDR-Autoren, die trotz allem grausamen Beschiß (der nicht zuletzt an ihnen selbst exekutiert wurde) an der Idee des Kommunismus festhalten, in die Nähe von armen Irren rückt, die noch immer an die unbefleckte Empfängnis glauben, kotzte er denn doch lieber erstmal ein bißchen vor sich selbst.

*

»Don´t worry be happy« und »Doowutchualike« singen die Bimbo-Bands in den Arbeitslosenbetreuungs-Sendungen der Musik-Video-Kanäle zwischen ein und Vier Uhr nachts.

Westliche Lebensfreude verkauft von den jeweils größten Zapplern unter den ärmsten Schweinen.

*

Billy Joel, wie er eben mit »We didn't start the fire«, angefangen bei den 50er Jahren, alles abbügelt in puncto 'Geburt of eve of destruction aus dem Geist der Kleinfamilie': das ist schon was und das Verweilen wert; bevor man dann umschaltet gegen zwei, auf 'Canale Retemia', resp. 'Quark uno', wo Ammiraglio Dobermann, Rocco Marocco und die männliche Wahrsagerin Donna Zobeide 'Kurzweil' bieten, ja, genauso steht es da, in deutsch, auf italienisch: »Kurzweil«.

Was red' ich. Sechzehn Programme – und schon ist man nur noch Kanalratte.

*

Ich will meine beiden Sibiriaden aus der Breschnew-Ära nicht mit einem Federstrich wegwischen. Ich bekenne mich zu meinen Jubelberichten, weil sie ganz einfach ein Stück von mir sind, ein Stück meiner Biografie, meiner Naivität, meiner Vertrauensseligkeit. Ich habe keinen Grund, mich dieser Bücher zu schämen. Ich bin der ich bin und bin auch der, der ich

war. Keiner ist unfehlbar, auch diejenigen nicht, die mir damals oder heute Irrtümer vorhalten. Ich habe auch in Kenntnis meiner selbst eine Abneigung entwickelt gegen Menschen, die immer nur und immer schon recht hatten und immer Bescheid wußten, wo es lang geht.

Gut, Peter Schütt, wenn ich denn Deiner Abneigung ohnehin sicher sein kann, dies: Dein Buch »Die Himbeersoße kam vom KGB. Auf den Spuren meiner sibirischen Irrtümer« ist in der Tat scham-los. Harlekinaden, Münchhauseniaden, eben »Sibiriaden«, waren es also, womit Du viele Jahre lang Gutgläubige moralisch unter Druck gesetzt hast. Oh, ich erinnere mich ja: Damals, als alles in die DKP rannte, und man war der Halunke, der 'bourgeoise Schöngeist', weil man an seinen Zweifeln festhielt. Und dann noch einmal der *kommunistische* Halunke, weil man – denn zumindest Eure Motive schienen anständig! – bei aller eigener Kritik an Eurer Ewige-Wahrheiten-GmbH Euch doch immer wieder öffentlich in Schutz nahm mit all den existenziellen Konsequenzen, die bei so einem Verruf in Kauf zu nehmen waren bis heute.

Und nun stellst Du Dich also hin, Peter Schütt, ewiger Ministrant Du, und bittest, nein, Du bittest eben nicht um Entschuldigung sondern: Du bekennst.

Kannst Du nicht endlich einmal aufhören zu bekennen und einfach schamhaft eine Weile den Mund halten?

Aber woher denn ! Ist er doch, der er ist und der, der er war. »Nimm mich so, wie ich bin. . .« Freundchen, Du bist mir schon ein Schlager.

konkret 01/90, S. 80

H. Aegar

Modem* Kreuzberg

Ein halbes Jahr nach dem Ausbruch der»Hölle von Kreuzberg« hatte Michael Wildenhain in KONKRET 11/89 (»Modell Kreuzberg«) einen ruhigen Blick auf die erkalteten Schlacken geworfen und den Erfolg des staatlichen Befriedungsmodells, das Wachsen neuer Mittelschichten und die Ohnmacht autonomer Widerstandskonzepte festgestellt. Ihm widerspricht, »aus dem Herzen der Bestie«, ein Kreuzberger Autonomer: Wildenhain habe ein Bild der Zustände geliefert, wie »wir alle es uns oft von denjenigen Menschen und Geschehnissen machen, die uns fremd sind«

»Michael Wildenhain ist Schriftsteller und lebt in Berlin/West«. Nicht nur das: Er gehörte einmal selbst zu jener Art von Zustand, den er jetzt kühl von außen betrachtet und seziert. In seinem Buch »zum beispiel k.« bearbeitete er 1983 seine Zeit als Hausbesetzer Anfang der 80er Jahre durchaus desillusioniert – ist die (damalige) Anlehnung an Brechts »Herr Keuner« und die (offenbar andauernde) Vorliebe für Zitate vielleicht auf den erlebten Verlust von Illusionen und Idealen zurückzuführen? Ich gebe zu, ich zitiere auch ganz gerne. Und ich möchte hier nicht mit persönlichen Argumenten auf politische antworten.

Was mich zuallererst gestört hat an Wildenhains Text, war der Eindruck, daß hier eine von außen geübte Kritik im Gewande der 'Innenansicht' daherkommt. In dieser Hinsicht gibt es eine gewisse Empfindlichkeit in Kreuzberg, weil seit langem zahlreiche Menschen, die oft weit weniger dazu berufen sind als Wildenhain, aus dem Herzen der Bestie Kreuzberg berichten, als wüßten sie prima Bescheid. Das multipliziert sich, wenn es um 'Autonome' geht. Oft genug finden sich auch in linken Kreisen Berichte und Meinungen, die so exotisch sind, daß jede Antwort darauf vergeblich erscheint. Ich möchte darum betonen, daß meine Antwort demgegenüber sehr wohl von 'innen' kommt – sowohl was Kreuzberg 36, als auch was die Autonomen angeht.

Es wäre sicherlich vermessen, nur denen das Recht auf Kritik zubilligen zu wollen, die 'drinnen' sind – wo 'drinnen' auch immer. Ein Blick von außen bietet oft genug neue Ansatzpunkte und Einsichten. Mein Eindruck von Wildenhains Text ist jedoch, daß der Abstand zum Geschehen ihm nicht zu mehr Übersicht verholfen, sondern seinen Blick getrübt hat. Er rührt verschiedenste Beobachtungen und Folgerungen zusammen und versucht, dem entstandenen Durcheinander durch vorangestellte Zitate und hintangestellte Postulate zu einem Sinn zu verhelfen.

Dabei ist ein erheblicher Teil seiner Beobachtungen durchaus zutreffend, und seine Kritik an den Autonomen ist, aus dem Zusammenhang gerissen, an vielen Stellen berechtigt und notwendig. Aber die Art, wie Wildenhain versucht, Zusammenhänge herzustellen und Erklärungen zu liefern, scheint mir eher von genau der Realitätswahrnehmung geprägt, die er selbst kritisiert: dem schematischen, an Mythen orientierten, undifferenzierten Bild, das wir alle uns oft von denjenigen Menschen und Geschehnissen machen, die uns fremd sind. Wie z.B. Wolfgang Pohrt vorführt, ist die destruktive Kritik mit dem Holzhammer vor allem ein ästhetischer Genuß für diejenigen, die nicht gemeint sind, während die Kritisierten in Abwehrposition gehen und nur einige wenige sich die Mühe machen, die Kritik positiv zu verarbeiten. Dies nur den Kritisierten vorzuwerfen, würde die Notwendigkeit der *Wechselwirkung* von Kritik (als Teil der Kommunikation) ignorieren. Wer – auch formal – keine Rücksicht auf die 'Opfer' der Kritik nimmt, führt Monologe und bringt nichts voran. Wildenhain macht in diesem Fall genau das, was er den Autonomen – zurecht – vorwirft: »...sich ihrer (der eigenen Anliegen) selbst fortwährend zu vergewissern« – ohne weiteren Nutzen.

Die zentrale Aussage Wildenhains zur gesellschaftlichen Realität in Kreuzberg 36 ist wohl folgende: »Die Berliner Räumungs- und Selbsthilfelösung (ist) in ihren Kernpunkten – sozial verbrämte Beschäftigungstherapie für die Involvierten und ihre Konzentration in einem Bezirk – ein genial konzipiertes und gekonnt umgesetztes Modell für die Kanalisierung dessen, was die entsprechende Untersuchungskommissionen (...) mit 'Jugendunruhen im demokratischen Staat' umschrieben haben.« Und: »Die Methode, aufkommende Konflikte zwar nicht zu lösen, aber auf ähnliche Art – gesellschaftlich – zu isolieren, hat sich inzwischen durchgesetzt.« Solche Feststellungen meine ich z.B., wenn ich von schematischer, undifferenzierter Sichtweise spreche. Es ist gewiß eine große Verlockung, sich für ein einheitliches Weltbild zu entscheiden: Entweder die Illuminaten, die alles steuern, oder genau vorhersagbare, logische Schritte einer dialektischen Kette oder »genial konzipierte« Modelle einzelner Machtgruppen... Unter Autonomen werden nicht selten die 11luminaten-Theorien bevorzugt. Aber von Wildenhains genial konzipiertem und gekonnt umgesetztem Modell bleibt nicht viel übrig, wenn es vom geduldigen Papier in die Wirklichkeit gezerrt wird.

Der erweckte Eindruck, es ginge hier um ein ganz neues Patent der Sozialdemokratie, ist offenkundig falsch. Seit Herrschaft der Menschen über Menschen ausgeübt wird, werden Murrende oder gar Aufständische mit Zuckerbrot und Peitsche bekämpft. Mal überwiegt das Zuckerbrot, mal die Peitsche; das Erscheinungsbild der Herrschaftssicherung ist natürlich stark von den bestehenden Kräfteverhältnissen geprägt. Daß ein in den Grundfesten stabiler und moderner Herrschaftsapparat eine relativ begrenzte Unruhe nicht militärisch niederschlägt, sondern mit differenzierten Mitteln ausschaltet, ist wohl kaum ein historisches Ereignis ersten Ranges. Daß den Protestierenden das Gefühl gegeben wird, ernst genommen zu werden und nicht aufgegeben zu haben, indem sie beschäftigt werden, gehört genauso dazu wie die

materielle Korrumpierung etlicher Unruhestifter. Das ist steinalt, nur ist es in Kreuzberg offenbar besonders schön zu betrachten, da es in Berlin Unmengen von Studenten der Sozial- und anderen Wissenschaften gibt, die hier ihre Sezierkünste am gesellschaftlichen Objekt und seinen Wucherungen erproben können.

Es hat bereits in den 70er Jahren Richtungskämpfe im Herrschaftsapparat gegeben, was die erwünschte Situation in Kreuzberg angeht, und es gibt sie weiterhin. Das betrifft nicht allein Hausbesetzer oder Autonome, sondern genauso Ausländer und 'sozial Schwache' . Der Tendenz, alle lästigen Teile der Gesellschaft gettoähnlich abzuschieben und somit kontrollierbar zu halten, steht die Tendenz entgegen, diese Teile auch räumlich zu zersplittern und zu isolieren, um so gefährliche Zusammenballungen mit 'sozialer Sprengkraft' zu vermeiden.

Wildenhains Schlußfolgerungen besäßen dann Logik, wenn in Kreuzberg Mittelstand, Autonome, Unruhestifter, Kollektive und legalisierte Hausbesetzer zwar derzeit scharf getrennt, aber potentiell gemeinsame Angehörige einer (ökonomischen) Schicht, wenn nicht gar Klasse, ohne Kontakt zum 'Volk', wären. Die neue Kreuzberger Mischung ist aber etwas komplizierter und läßt sich nicht mit vier Schnitten sezieren. Autonome finden sich in Kollektiven und legalisierten Häusern, der alternative Mittelstand ebenfalls, aber beide auch ebenso außerhalb davon. Daß es weder die heutige scharfe Trennung der Gruppen noch ihre potentielle Einheit gibt, liegt daran, daß es sich um *politische* Klassenstrukturen handelt, die hier beschrieben werden. Die Autonomen besitzen weder eine ökonomische noch eine organisatorische Klassenstruktur. Die 'alternative Szene' spaltet sich nach und nach entsprechend ökonomischer Kriterien.

Der größte Teil der 'Alternativen' erweist sich dabei als nichts anderes als ein Teil des bürgerlichen (liberalen) Mittelstandes, dessen 'Alternativ'- oder Links-sein nichts anderes war als die Rebellion einer bürgerlichen Schicht, die sich im gesellschaftlichen Konkurrenzkampf gegen das etablierte Bürgertum durchsetzen muß. Die Verwirrung im Umgang mit dieser Schicht ergibt sich aus ihrer einstigen Identität als 'Linke', die sie erst nach und nach ablegt – wie z. B . nach dem 1. Mai 1989. Insofern sind die Reaktionen im Herbst 1977 nur begrenzt mit denen von 1989 zu vergleichen. Damals zwang die allgemeine politische Offensive des Staates nahezu alle Linken, ob bürgerlich oder nicht, ihre Karten auf den Tisch zu legen oder sich tot zu stellen. Demgegenüber wurde 1989 »ohne Not«, wie Wildenhain schreibt, Stellung bezogen – will meinen, ohne Druck des Staates, aus reinem Eigeninteresse. Ob der 1. Mai 89 dem alternativen Bürgertum wirklich so »hochwillkommen« war, wie Wildenhain unterstellt, würde ich bezweifeln. Das klingt ähnlich wie das berühmte Argument, die RAF sei ein Produkt des Verfassungsschutzes oder dem Staat zumindest willkommen, und ignoriert völlig den Unterschied zwischen *absichtlich herbeigeführten* und *faktisch ausgenutzten* Ereignissen.

Um zurück zu den Protagonisten der Handlung zu kommen: Auch wir Autonomen sind in Teilen ein (besonders radikaler) Ausdruck des bürgerlichen Konkurrenzkampfes. Das bedeutet, daß viele von uns aus 'besseren' Verhältnissen stammen und schließlich in diese zurückkehren werden – das Problem jeder politisch definierten Klasse. Ich möchte damit nicht der marxistisch-leninistischen Analyse das Wort reden, die Linksradikalismus als kleinbürgerliches Abweichlertum oder ähnliches ablehnt. Ich habe durchaus etwas übrig für die 'politische' Klasse und glaube nicht an die allein seligmachende Wirkung der rein ökonomischen Klassenbestimmung. Dabei geht es mir hier nicht um die Diskussion über Klassen, sondern um die Frage, wie denn nun jene Schicht von Menschen beurteilt wird, die z.B. die Ereignisse am 1. Mai 1989 verurteilte: Handelt es sich vorrangig um »etablierte Linke«, d.h. um Mitglieder einer gemeinsamen politischen Klasse der 'Linken', oder handelt es sich vorrangig um einen bürgerlichen Mittelstand mit fortschrittlichen Restbeständen, der für die Linksradikalen nur Bündnispartner sein kann (das aber durchaus!)?

Wildenhains »filigraner Stadtteilfilz«, den er zur beliebigen Interpretation freigibt, ist ein Gemisch verschiedenster Szenen, zwischen denen aus politischen wie auch ökonomischen Gründen Spannungen unvermeidlich sind. Dabei ist es unsinnig, diese Spannungen zu reduzieren auf den Aufstand der bei der Wohlstandsverteilung zu kurz Gekommenen (Autonome) gegen die Erfolgreicheren (legalisierte Hausbesetzer) und deren Zieh-Eltern (alternativer Mittelstand), wobei den Autonomen nebenbei noch unterstellt wird, es gehe ihnen eigentlich nur um mehr Pfründe. Es mag in den Augen eines Außenstehenden keinen großen Unterschied machen, ob Menschen in den Genuß materieller Vorteile eines Befriedungsmodells kommen wollen oder ob sie versuchen, Werte zurückzuholen (z.B. menschenwürdige Wohnbedingungen), die ihnen vorenthalten werden. Es war schon immer für wohlgenährte Bürger eine klare Sache, daß die ärmeren Menschen aus reiner Habgier revoltieren, und mit dieser banalen Feststellung läßt sich das eigene Gewissen locker beruhigen (dieses Extrem möchte ich Wildenhain nicht unterstellen!). Daß die Autonomen eine Mischung aus teils unfreiwillig, teils freiwillig 'Einkommensschwachen' sind, erleichtert diese Klassifizierung eher noch.

Die schematische Sichtweise läuft in beiden Richtungen. Die Wahrnehmung von Kapital und Herrschaftsapparat als dem berühmten monolithischen Block ist bei uns Autonomen weit verbreitet, zumindest bei unseren öffentlichen Auftritten. Dabei werden dem Apparat Gruppen und Institutionen zugeordnet, die mehr oder weniger offensichtlich Vermittlerpositionen außerhalb dieses Apparates einnehmen. Gerade die differenzierten Mechanismen sozialdemokratischer Herrschaft sind für viele von uns schwer durchschaubar, geschweige denn politisch beantwortbar. Die Konfrontation mit derart strukturierten Befriedungskonzepten verstärkt ein Feindbild, in dem selbst Mietervereine sich nicht mehr groß von Daimler-Benz zu unterscheiden scheinen. Auch das ist nicht gerade neu: Die Schwierigkeit, mit

übermächtiger reformistischer Konkurrenz umzugehen, war sicher eine der Wurzeln für die Sozialfaschismus-These der Weimarer Zeit. Daß es uns Autonomen bisher nicht gelungen ist, unsere teils spontanen, teils auf persönlichen Erfahrungen beruhenden Feindbilder zu ersetzen durch eine 'nüchterne' Analyse von Realitäten und Kräfteverhältnissen, erschwert unsere politische Arbeit. Andererseits erscheint es uns oft als eine Art Versicherung, nicht denselben 'realpolitischen' Zwängen unterworfen zu werden wie all die 'nüchternen' Analysatoren der etablierten politischen Szene.

Wer 'die Autonomen' eigentlich sind und wie die heutige Situation in Kreuzberg 36 entstanden ist, versucht Wildenhain aus einzelnen Textfetzen zusammenzukochen, wobei er nicht weit kommt, obwohl er durchaus über die richtigen Zutaten verfügt. Wenn er z.B. sagt, die (west-)deutsche Linke habe ihre Niederlage von 1977 »umfassend verinnerlicht« und die »Kreuzberger Ideologie« (der Bezug auf 'Kiez' oder 'Getto' und 'Selbstbestimmung') sei eine »simple Rückzugsstrategie«, dann ist das zwar ein Teil *der Wahrheit,* aber eben nur *ein Teil.*

Es ist richtig, daß der Defensivcharakter dieser Entwicklung von vielen nicht erkannt wurde. Andererseits läßt sich erstens eine Defensive nicht allein an ihren inhaltlichen Ausformungen messen, sondern auch an ihrer Notwendigkeit. Wenn die Kräfteverhältnisse eine Defensive erzwingen, ist es sinnlos, sich hinzustellen und auf ideologischer Ebene dagegen zu predigen. Zweitens folgte die Ausformung der »Kreuzberger Ideologie« im Zuge der Defensive nicht allein, wie Wildenhain unterstellt, einer unbewußten und letztlich unpolitischen Eigendynamik von Menschen, die gar nicht wissen, was sie wollen; vielmehr ging und geht es grundsätzlich darum, eine Basis für linksradikale Politik zu schaffen, die es außerhalb von Bewegungszeiten und seit langem praktisch nicht gibt.

In diesem Zusammenhang klingt bei Wildenhain (der es besser wissen müßte) ein wenig der schon 1982 entstandene Mythos der Autonomen Gruppen an, der von allen Beteiligten und Unbeteiligten kräftig gefördert wurde und heute oft das Bild einer organisierten Bewegung mit verbindlicher Zielsetzung und Strategie zeichnet, zusammengehalten von den uniformen Haßkappen. Wir selbst setzen diesem Mythos kaum etwas entgegen, denn er verleiht uns politisches Gewicht. In Krisensituationen fällt er dafür oft auf uns zurück: Wir wecken Erwartungen und Hoffnungen, die wir nicht erfüllen können; wir wecken Ängste, deren Folgen schwer kalkulierbar sind – und dabei existieren wir gar nicht in der Form, die von außen wahrgenommen wird. Wir sind – immer noch – eine Revolten-Bewegung, nur daß der z.B. 1981 vorhandene gesellschaftliche Rahmen für eine Revolte heute nur sehr ansatzweise besteht. Viele von uns warten mehr auf bessere Zeiten als daß sie 'Politik' machen. Eine Grundmelodie autonomer Selbstkritik seit jeher ist die Feststellung, überwiegend zu reagieren auf die Taten anderer (Staat und Kapital etc.pp.), ohne eigene Perspektiven zu entwickeln. Der unorganisierte Mikrokosmos der 'Szene' *(jede* denkbare Szene hat einen Mikrokosmos!) erlaubt nebeneinander Chaos und Strategiedebatte, Angeberei und Selbstkritik, Propaganda und Selbstbespiegelung. Da es kein ZK gibt, gibt es keine Generallinie, sondern Stimmungspolitik. Das wird dann außen als rätselhafte und zuweilen widersprüchliche Politik 'automomer Gruppen' wahrgenommen.

Ist aber Unverbindlichkeit einer linksradikalen Bewegung grundsätzlich so falsch? Bietet sich nicht – theoretisch betrachtet – die Möglichkeit, Erstarrungen und Sackgassen zu vermeiden, in die die ML-Bewegung der 70er Jahre führte, wodurch *auch* der Boden für die Organisationsfeindlichkeit der Autonomen bereitet wurde? Daß es nicht ganz ohne verbindliche Strukturen geht, ist auch unter den meisten Autonomen unumstritten. Bösartig ausgedrückt, kreist die Organisierungsdebatte um das Motto 'wasch mir den Pelz, aber mach nicht naß'. Netter gesagt geht es darum, Modelle zu finden, die die negativen Erfahrungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte verarbeiten. Wie schwierig eine solche Debatte zu führen ist, zeigt anschaulich das Projekt 'Radikale Linke' .

Das nach außen geschlossene Bild 'der' Autonomen (bis hin zu der von Wildenhain entdeckten »rigiden Kaderpolitik«) dürfte ein Makel sein, der jeder linksradikalen Bewegung anhaftet – ohne ihn damit entschuldigen zu wollen. Das Wahrnehmen von Unzulänglichkeiten anderer als deren geplantes Vorgehen ist zwar auch ein Makel, nämlich der der Wahrnehmenden, kann diesen aber nicht vorgeworfen werden – er muß erklärt werden. Die tatsächlich vorhandene Abgrenzung der Autonomen selbst vielen Linksradikalen gegenüber und die von Wildenhain unterstellte »Verachtung gegenüber 'den Massen'« haben verschiedene Gründe.

Da ist z.B. die Schwäche, die eigene Situation der Isolation ungenügend zu verarbeiten (und lieber zu verdrängen), wodurch wir oft in unseren Getto-Startlöchern hängenbleiben. Die Isolation radikaler Gruppen ist Produkt sowohl innerer wie auch äußerer Einflüsse, auch der Angriffe, denen wir faktisch ausgesetzt sind. Die Bewahrung der eigenen radikalen Identität gegenüber den tatsächlichen oder vermeintlichen Angriffen von außen führt zu einer gewissen Angst vor dem Fremden (Xenophobie).

Eine Partei oder vergleichbare Organisation vollzieht den Akt der Aufnahme in ihre 'Szene' durch Formalitäten: Beitritt, Beitrag, Versammlungen, Gremien... Das halten wir für gefährlich, weil es die Menschen entfremden und funktionalisieren kann (andere würden sagen: muß). Es ist uns aber bisher nicht gelungen, einen neuen, problemlosen und -lösenden Weg jenseits von 'sich kennenlernen' zu entwickeln. Also führt der Weg in die Szene über private oder unverbindlich-politische Kontakte und Handlungen.

Dann ist da unser Bedürfnis, nicht bevormundet zu handeln (die »Politik der ersten Person«; übrigens: wie 'massenverachtend' ist eigentlich das pädagogisierende Sozialarbeitergehabe der intellektuelleren Linken?), also davon auszugehen, daß wir erst einmal ganz normale Menschen sind und unsere Politik aus der eigenen Persönlichkeit entwickeln – ein Versuch, den ich für einen grundsätzlich richtigen Ansatz halte, der aber *überlegt* stattfinden muß, sonst führt er oft in die Irre.

Hinzu kommt die Politikform, die Wildenhain als (sinnlose) Bekämpfung der »Phänomene nur auf der Erscheinungsebene« anspricht: Aus verschiedenen Gründen *(nicht nur* der Getto-Situation) ist unsere Politik stark medienorientiert – ein allgemeiner Zug heutiger Politikformen, bei uns aber sehr deutlich sichtbar. Mit Medien meine ich dabei nicht allein Presse und Fernsehen, sondern allgemein Hilfsmittel jeder Art, eben auch Symbolik, Fanale, Demos – alles, was zwischen uns und die angesprochenen Menschen einen Übertragungsmechanismus setzt. In großem Maßstab ist die »Kreuzberger Ideologie« ein solcher Mechanismus, teils als Mythos, teils als unbewußte Eigendynamik, teils als bewußtes Mittel der Politik. Inwieweit diese Medienpolitik eine Sackgasse ist, in die wir vielleicht sogar geschickt wurden, ohne es zu merken, werden wir aufzuarbeiten haben – solche Diskussionen haben jahrelang kaum stattgefunden.

Zuletzt ist da die »verinnerlichte Niederlage«. Wer sie wegreden wollte, müßte sich selbst belügen. Die Niederlage fand statt, 1933 als Tragödie, 1977 als Farce. Die Folgen der Niederlage sind nicht nur eingeigelte Linksradikale, sondern auch distanzierte Beobachter wie Wildenhain.

Aus all dem eine Verachtung 'der Massen' zu konstruieren, halte ich für sehr gewagt. Hilflosigkeit, Konfliktscheue und Nicht-Verhalten prägen die Beziehungen zwischen uns und anderen Teilen der Gesellschaft eher als Verachtung. Den Vorwurf der Verachtung würde ich im übrigen Wildenhain postwendend zurückschicken, was seine Betrachtungsweise der verschiedenen Kreuzberger Schichten betrifft.

Was unsere politische Konzeption angeht, so ist klar, daß Analysen wie Aktivitäten in den letzten Jahren viel zu wünschen übrig ließen. Schon seit längerem zeigt sich, daß auch die unverbindlichen autonomen Ideen erstarren können, und so manches, was heute als autonome Politik aufkreuzt, sieht verdächtig nach Leerformel und potemkinscher Analyse aus. Schuld daran sind vor allem wir 'Älteren', die wir es uns in unseren Ideologien über die Jahre allzu bequem gemacht haben. Wir haben sie weder weiterentwickelt noch sie zumindest in frischem Zustand halten können. Das fiel während der CDU-Herrschaft nicht weiter auf; jetzt unter rosa-grün tritt es deutlich zutage. Wir, oder sagen wir besser die Linksradikalen allgemein, haben keine angemessene Antwort auf die neue Regierung. Wir haben lange Zeit (seit jeher eigentlich) ignoriert, daß es überhaupt einen Unterschied bedeutet, welche politische Fraktion im Parlament dem Kapitalismus ihre Farbe leiht. Daß wir auf die SPD/AL-Regierung andere politische Antworten entwickeln müssen als auf eine CDU/FDP-Regierung, müssen wir erst mühsam lernen, indem wir immer wieder mit unseren alten grobschlächtigen Ansätzen baden gehen (wie z.B. mit den Hausbesetzungen in diesem Jahr). Daß die daraus erwachsenden politischen Konflikte in Kreuzberg (das schon länger rosa-grün regiert ist) sich vermischen mit den Spannungen zwischen neuem Mittelstand und Autonomen, erschwert den Durchblick von außen, wie an den diesbezüglich unzutreffenden Einordnungen und Folgerungen Wildenhains deutlich zu sehen ist.

Er scheint z.B. den 1. Mai 1989 zu vermischen mit den 'kleineren' Konflikten in Kreuzberg, was zwar nicht grundfalsch, aber doch eher kurzsichtig ist. Der l. Mai 87 wie der von 89 war, was viele Autonome angeht, gerade im Gegenteil ein Ansatzpunkt, die Konfrontation mit den tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern im Kiez zu überwinden. Aufstände wie am 1. Mai sind, im Unterschied zu diversen militanten Ereignissen seit 1981, kein taktisches Mittel der Politik, sondern – im Ansatz und wie immer sie im Einzelnen verlaufen – ein Schritt darüber hinaus, die Infragestellung 'der Macht' an sich, unabhängig von der jeweils herrschenden Fraktion. Sie sind natürlich zwiespältig, denn sie sind nicht ohne weiteres kontrollierbar und können unerwartete Formen annehmen (genau wie eine Revolution übrigens). Ihr gesellschaftlicher Einzugsbereich ist groß, entsprechend groß die Krisen, die sie bei verschiedenen Schichten und Gruppen auslösen können und die auch gegen uns als Befürworter des Aufstandes zurückschlagen können. Dabei ist es allerdings gewagt, dies als allgemeine Meinung der Autonomen auszugeben. Es gibt bei uns sowohl Stimmen, die die 1. Mai-Revolten in Bausch und Bogen verdammen, wie auch Stimmen, die den allgemeinen Aufruhr mit der erwähnten 'kleinen' Konfrontation im Kiez verbinden wollen

Wildenhain verfügt über die Informationen, die die Schwächen der Autonomen oder der Linken allgemein erklären könnten, aber er verschleudert sie in nichtssagender Aneinanderreihung kunstvoller Sätze. Ohne die realen Kräfteverhältnisse einzubeziehen, wirft er den Autonomen ihre Schwäche vor – so simpel wie zutreffend. Wichtige Kritikpunkte (wie die Abschottung nach außen, die fehlende Perspektive, die uneffektive Politikform, die zuweilen blinde Getto-Fixierung...) vermischt er mit sinnloser Anmache wie z.B. seinen hand- und fußlosen Ausführungen zum Begriff »Widerstand« (oder fiel da der Sinn Kürzungen zum Opfer?), schwankend zwischen Bemitleidung und Verachtung der Kritisierten. Ich sehe das ohne Larmoyanz, denn ich unterstelle ihm dasselbe Verhältnis z.B. zum Kreuzberger Mittelstand, zu dessen Verteidigung ich hier nicht gerade angetreten bin.

Die »Kreuzberger Ideologie« besteht aus weit mehr als aus den Schattenseiten, die Wildenhain für sein Plädoyer dagegen heraussucht. Sie ist nicht allein Aufstandsbekämpfungskonzept der Sozialdemokratie oder Zeichen der Konzeptlosigkeit autonomer Wirrköpfe, wie er unterstellt, sondern sie ist auch eine Chance, radikalen Kämpfen unabhängig von Bewegungskonjunkturen eine breitere Basis zu verschaffen. Sie bedeutet, daß eine Phase der Stagnation oder des Rückzuges nicht notwendig die völlige Vereinzelung der Menschen bedeutet, sondern ihnen eine Zuflucht öffnet – vielleicht auch ein Ergebnis der »verinnerlichten Niederlage«. Sie darf natürlich nicht um sich selbst kreisen, sondern muß bemüht sein, Ausstrahlung zu entwickeln und die eigenen Grenzen zu sprengen. Sie bietet einen Ansatzpunkt in einer Zeit, in der die Linksradikalen relativ erfahrungs- und orientierungslos dastehen, und sie hat in diesem Rahmen in den vergangenen Jahren – auch über den 'Kiez' hinaus – durchaus positiv gewirkt: als Katalysator für Kämpfe, die sonst völlig untergegangen wären, als Beispiel für Versuche, der herrschenden Realität standzuhalten (ob nun »selbstbestimmt« oder nicht), und, wie oben erwähnt, als Medium, um das andere, das immer noch und weiterhin existiert, aus den Köpfen der einzelnen beteiligten Menschen heraus in eine allgemein wahrnehmbare Realität umzuformen. Die »Kreuzberger Ideologie« ist weder Ausgangs- noch Endpunkt revolutionärer Vorstellungen, sondern eine notwendige Etappe – nicht mehr aber auch nicht weniger.

*) Modem: MOdulator/DEModulator: Gerät zur Umwandlung digitaler in analoge Signale und umgekehrt

konkret 01/90, S. 88

Eckhard Henscheid

Musikplaudertasche

Selbstverständlich wäre auch ich, wie jeder vernünftige Mensch, in diesem Leben am liebsten Tenor geworden; am besten eine Synthese aus Wunderlich, Gedda, Bergonzi und Carreras. Aber das wäre nichts geworden. Ich bin nicht hart genug. Ich hätte ja immer an meinen schönsten Stellen auf der Bühne losweinen müssen.

Um der Gerechtigkeit willen: Domingo, Aragall und Raimondi, lese ich, soll es durchaus ähnlich gehen.

&

Es ist, das Thema vom letztenmal nochmals zu käuen, ein – und insofern führt das altbewährte Schema von den Lehr- und Galeerenjahren hie, von der Meisterschaft dort in die Irre – unbegreiflich, ein geradezu absurd weiter Weg vom Arien- und Duett-Unfug des frühen, noch des mittleren Verdi des »Rigoletto« und selbst der »Sizilianischen Vesper« zu den Erhabenheiten, zu den »sublimi cantici« der »Forza« oder des »Carlo« oder der »Aida« – das eine hat scheint's mit dem anderen partout nichts mehr gemein – geistloser Quatsch steht da anscheinend gegen das Inspirierte, gegen die Niederkunft des Geistes schlechthin – und färbt gleichwohl noch eben diesen: Noch Aida-Radames hingerissene Fluchtvision »Si, fuggiam da queste mura« aus dem Nil-Akt ist wesentlich und strukturell nichts anderes als eine x-beliebig heruntergeschmierte Geschwindstretta aus »Attila« oder »I due Foscari«; als typisch vorwärtsstürmende Verdi-Phrase hält die Sublimgestalt, indem sie ihn zitiert, dem Schmarren die Treue.

Was daraus, noch einmal, zu lernen sein möchte? Daß Hegels Geist halt doch nichts anderes ist als die Verbrämung seines eigenen Überbaus, der Basis?

Weiter drüber reflektieren und am Balle bleiben.

&

Er klaute jedes zweite seiner, soweit sie Melodien waren, Motive von ihm, Mendelssohn-Bartholdy; und dankte ihm dafür, indem er seiner Musik vorhielt, sie »bleibe immer weichlich gedrückt« (Mein Leben, S. 373, Piper-Ausgabe), ergänze: etwas dekadent-zweitrangig-jüdisch – und dies speziell im Zusammenhang des 1. Satzes der Schottischen a-moll-Sinfonie, deren von ihm, Wagner, fast unverändert abgestaubtes Eingangsthema zu den profiliertesten des »Ring« geriet, dem sogenannten Schicksalsfragenmotiv sich aufschwang.

Doch, fast muß man ihn nicht nur ob seiner sächsisch-gußeisernen Chuzpe, sondern auch wegen seines sicheren Geschmacks beim Nassauern schwer loben.

&

Es ist nicht der ungenialste Zug von »Figaros Hochzeit«, sondern Gegenteil: Daß im komplimentierenden Duettino Susanna-Marcellina aber auch schon die ganze und gesammelte und gewappelte Gemeinheit, Gefühlsrohheit und Gemütsverrottetheit der neuzeitlich-okzidentalen ebenso in summa wie in nuce vorgeführt wird:

Susanna: »So alt, so alt!«

Marcellina: »Ich platze vor Ärger schier!«

Susanna: »So alt, so alt, so alt, so alt!«

Und das Schönste ist, das jene, die sich daran gar nicht sattkriegen kann, mit dieser Kränkung, mit dieser Gemeinheit eine große Befreiung, ein wahres Humanum initiiert, ja initiiert.

&

Von Mozarts »Don Giovanni« sollte man, ich bin heute gnädig gestimmt, zwar nicht unbedingt jede Note, aber doch jeden Takt kennen. Denn eigentlich ist fast jeder fast so gut wie jene drei-vier Übergangstakte zwischen Menuett und Rächerterzett, für welche Richard Strauss, und der war immerhin der Erfinder der Gema, sein gesamtes Frühwerk bis hin

zur »Salome« weggegeben hätte – aber apropos, eine schöne Doktorarbeit hätte ich Studenten mit Sinn für eigenwillige Wege anzudienen, gegen geringes Entgelt, ein schönes Thema: Die Kategorie der Peinlichkeit in Oper und Epik, dargestellt v.a.

am großen »Don Giovanni«-Quartett, am erwähnten Menuett-Terzett inklusive Aktfinale, item an den finali von »Figaro« und »Cosi fan tutte«, sodann an ausgewählten Romanszenen von Dostojewski, Kafka und E. Henscheid, jaja, ich hör' auch schon auf, eh's gänzlich peinlich wird – ist es schon? – na bitte, das gehört eben zum Thema.

&

»Ich frag mich, was denn unter Tiefe zu verstehen ist. Ist es diese akademische Langeweile, dieses Spiel ohne Inspiration und ohne Glanz? Das Klavierspiel ist heute weitgehend uninteressant. Es lohnt sich nicht mehr allzusehr, zu Klavierabenden zu gehen.«

(Vladimir Horowitz, gestorben am 5.11.1989)

&

Ich bin ja, wenn ich mich so anschaue, weißgott keine Frau. Aber das, diese Stimme macht einen auch als Mann vollkommen fertig, nieder, hingegossen. Nein, so schön wie Cesare Siepi z.B. in der Fiesco-Arietta aus »Simone« dürfte ein Mensch eigentlich nicht singen. Nicht singen können. Nicht singen können dürfen trauen.

&

Nein, tut mir leid, meine Damen, wenn ich Fanny Mendelssohn-Hensels Vertonung der Höltyschen »Mainacht« op. 9,6 gegen jene von Johannes Brahms halte, dann, Mesdames, von Felix jetzt mal ganz abgesehen, ist es doch so, daß, zumal wenn ich dann noch einen Vergleich von Gustav Mahlers genialer Komposition von F. Rückerts »Liebst du um Schönheit« mit der durchaus kargen Clara Wieck-Schumanns op. 12 in – trotz gewisser melodischer Strukturanalogien – recht enttäuschte Rechnung stelle, so daß mir die Aufnahme in den gemeinsamen Zyklus »Liebesfrühling« op. 37 auf eine überzogene Galanterie Robert Schumanns zurückzugehen scheint, zumal wenn dann daraus

(Fragment eines wahrscheinlich doch nicht allzu großen Gedankens)

&

»Traurig bin ich sowieso«, weinte einst, nämlich vor (hätten Sie's gedacht?) genau zehn Jahren Wegners Bettina ziemlich erschütternd und leitmotivisch für die drohend anbrechenden Achtziger Jahre – und deshalb wollen wir, zum Start der nun endlich nicht mehr verhinderbaren Neunziger (was ein horror vacui) ab sofort alles, alles lustig finden. Rücksichtslos.

&

Nina Hagen ist mit ihrem sog. Comeback-Album nach eigenem Gutdünken (»Viva la sisterhood!«) Janis Joplin, Tina Turner und Mahalia Jackson zugleich – und auch nach ihrer Beleidigung durch den CSU-Spitzenpolitiker Günther Müller (»Rockschlampe«? »Rotzschlampe«?) mental offenbar überhaupt gut drauf:

Plärrer: Für zusätzliche Promotion sorgte ja auch die Affäre um die Beleidigung von diesem CSU-Menschen...

Nina »Hab ich vergessen, wie der geheißen hat. Das ging um diesen Video-Clip beim Goethe-Institut und der meinte, man solle doch lieber Deutschlehrer ins Ausland schicken als so eine Rockschlampe wie die Nina Hagen. Und ich finde, ick bin ein guter Deutschlehrer. Erstens bin ick 'n deutscher Jude und zweitens noch'n deutscher Christ, drittens 'n indischer Buddhist und viertens 'n hinduistischer Shivaist, also was will man mehr von 'nem guten Deutschlehrer?«

Unsere Meinung: Daß der im Ausland vor dem Hintergrund Goethes und eingedenk der Empfehlung Adornos niemals nie »ich« sagt; sondern immer »ick«. Und wenn schon, dann noch rockiger »icke«.

&

In einem Frankfurter Konzert verbindet der englische Star der sog. »Free Music Scene«, Phil Minton, laut »FAZ« »Rock 'n' Roll, Gospel, Folk, Swing, Schubert und Lieder der Renaissance«.

Ob das mal gut geht? »Einzig durchs Extrem hindurch ist noch zu vermitteln«, dekretierte der vorerwähnte und zumindest als zu widerlegender Stichwortgeber noch immer unentbehrliche Adorno (Impromptus, S. 162) vor einem Vierteljahrhundert. Einzig durch die gnadenlos synästhetische Vermittlung hindurch ist noch der wünschenswert radikalistische Scheiß zu bauen.

&

Schon recht erstaunlich, daß bei der Vertonung des lyrischen »Reichskleinods« (K. Kraus), bei Goethes »Über allen Gipfeln ist Ruh« also, der Reihe nach immerhin Schubert, Schumann, Hugo Wolf und Loewe nichts Gescheites, ja eigentlich überhaupt nichts zuwege brachten. Nein, nicht erstaunlich. Das Kaninchen starrt zu eindringlich die Schlange an.

&

Auflösung unseres Rätsel-Experiments vom letzten Heft: Beethoven, Klaviersonate Nr. 32 op. 111; Bach, Toccata und Fuge in d-moll, BMV 565; Beethoven, Erzherzog-Klaviertrio B-dur op. 97; Schubert, B-dur-Klaviertrio Deutsch-Werkverzeichnis 898; Mozart, Sinfonie Es-dur KV 543; Beethoven, Hammerklavier-Sonate, op. 106; Brahms, Haydn-Variationen op. 56a; Bach, Goldberg-Variationen BWV 988; Mozart, Requiem KV 626.

&

Er war schon eine Silberzunge, ein Goldtöner, ein Belkantist der ersten Art, der alte Adorno: »Cielo pietoso rendila, rendila a questo core, pura siccome, I'angelo...«

Wer, was? Nein, nicht der Theodor. Sondern der Gabriele. Bei Verdi. Im »Simone«.

Und eben davon hat der andere Adorno ja keine Ahnung gehabt.

Wie von so vielem.

Allerdings und nun wiederum: »(Adornos) Stimme klang glockenhell, sie erinnerte an die eines italienischen Tenors, der alle Höhenlagen mühelos beherrschte« (Ortheil, Schwerenöter, S. 401), also letztlich doch wie Bergonzi als Gabriele Adorno – ach ja, wahr sind wahrscheinlich wirklich nur die Gedanken, die sich selber nicht ganz verstehen.

&

Bei der Wiener Complimenta 1786 wurde die Venus-Preisung bzw. Umschreibung »nuovo Vulcan del secolo« (Figaros Hochzeit, 4. Akt) zur schönsten und originellsten Frauenhuldigung wo nicht des secolo, so doch der gesamten Operngeschichte ernannt. Glückwunsch, da Ponte!

&

Gianna Nanini? Haha. Milva? Hahaha. Die Callas? Ha-he-hör mir doch auf. Dagegen sage *ich* nur: Miranda Martino!!

Wer? Miranda Martino.

»Ah, que bell' aria fresca ... io te vurria vasà ... ah, gelosia, tormento« – –

ah, que bella, bellissima, bellisissima voce! Incredibile appassionata! Meravigliosa! Wonne und Wehmut. Freudentränen beider Ohren. »Ersticken in Verzückung« (Rousseau). O quanta malincunia eccessiva eruptissima enorma! Sia benedetta!

Und kein Mensch kennt ihren Namen; fast nicht mal in Italien. Geht schon komisch zu auf dieser Welt.

konkret 01/90, S. 90

Georg Seeßlen

Topf - Welt - Kopf

Mit seinem Film □ Der Koch, der Dieb, seine Frau und ihr Liebhaber□ arbeitet der Regisseur Peter Greenaway □ an einem revolutionären bürgerlichen Kino, aus dem der Mensch durch seine eigenen Begierden vertrieben wird□

Die Macht zeigt sich am prächtigsten, wo sie Geschichte macht. Aber was, wenn sie sich nicht mehr bewegt, wenn sie sich nur noch selber meint, wenn sie nur noch verdaut, was sie in sich frißt, und obszöne Scherze über das Gefressen- und Geschissenwerden der Welt machen muß? Wenn die Macht versteinert, wenn sich, zum Beispiel, die Regierungsperioden ins Unendliche dehnen, oder, umgekehrt, jeder Wandel auf die Wiederkehr des Immergleichen zielt? Dann bleibt der Kunst der Weg in die Radikalität. Sie wird die Macht nicht mehr als das geschichtlich Gewordene zeigen können, als Ergebnis von Methode und Interesse, sondern als die Barbarei der Körper, die nichts mehr können, nur noch wollen. Wenn wirklich, wie man so sagt, das Proletarische im Kino die Darstellung der Fähigkeiten des Körpers und das Bürgerliche die Darstellung seiner Wünsche ist, so arbeitet Peter Greenaway an einem revolutionären bürgerlichen Kino, aus dem der Mensch durch seine eigenen Begierden vertrieben wird.

Ein jacobinisches Rache-Drama nennt der Regisseur seinen Film, der folgerichtig mit dem Aufziehen des Vorhanges beginnt. Albert Spica, der Dieb, der erpressen und stehlen läßt, aus allem Geld macht, zwingt einen Konkurrenten, Hundescheiße zu fressen. Hunde umstreifen, in sonderbarer Aufgeregtheit, den Ort des Geschehens: das Gourmet-Restaurant »Le Hollandais«, in dem der Koch seine Kunst auch an den Dieb verschwenden muß. Ihm gehört der Ort, und hier hält er im Kreis seiner Vasallen Tafel, als Fortsetzung des Gemäldes »Festmahl der Offiziere der Sankt-Georgs-Schützengilde« von Frans Hals aus dem Jahr 1616, das an der Wand hängt: die bürgerliche Macht als Geschichte und Mythos, und für uns ist zu sehen, was daraus geworden ist. (Dieses Bild ist seinerseits in seiner Säkularität revolutionär, und es spricht von der gewandelten Funktion des Künstlers, der sich nun auf den Markt geworfen sieht, seine Arbeit direkter Dienst an denen, die ihn bezahlen: Frans Hals ist der Koch ist Peter Greenaway.)

In der Küchenwelt dieses anderen Holländers wird Unschuld und Wissen gepflegt, von dem türkischen Saucenkoch Troy (in der Tat werden wir auch den trojanischen Krieg noch einmal erleben), von dem schwarzen Eden, von der nonnengleichen Alice, dem französischen Kellner Philippe, der nordischen Serviererin Adele, dem blonden Küchenknaben Pup (was auch ein eben »geworfener« Hund ist), der auch ein Sänger ist und in all seiner Reinheit schon um die Säuberung fleht: »Wash me...«, steigt die Stimme des Knaben in den Himmel. »Wasche meine Sünde völlig von mir ab und mach mich rein von meiner Schuld! Denn ich erkenne meine Missetaten, meine Schuld steht dauernd mir vor Augen«, und »Entsündige mich mit Ysop, daß ich rein werde, wasche mich, daß ich weißer werde als Schnee«. Der 51. Psalm bildet den Text zu seinem »Miserere«, der Demuts-Psalm, der nicht einmal mehr zu schmeicheln und zu werben versucht, und Demut ist vielleicht der Schlüssel für das Leben in dieser Küche, die lebt, als wäre sie hunderte von Jahren alt, und die in ihrem sanftdüsteren Licht, ihrer endlosen Erfülltheit von Geräten, Speisen und Gerüchen einen Platz der Geborgenheit in diesem Film bildet, den das Böse zerstörend durcheilt. Diese Küche ist aus dem Märchen, und wenn der Koch das Federvieh rupft, läßt er es schneien, wie Frau Holle. Hier lebt »das Volk«. Die Menschen arbeiten schwer, körperlich, eine vergessene Klasse im Bauch einer Maschine, die nichts mehr bewegt, außer Wünsche in Geld und Natur in Scheiße zu verwandeln. Die Menschen hier gehören den unterschiedlichsten Zivilisationsgraden an, von halbnackt bis uniformiert, aber sie alle arbeiten ohne eigenen Genuß für den Genuß der Herrschaften im Restaurant. Nicht einmal der kleine Genuß des Naschens, nicht einmal der Stolz auf das zuwege Gebrachte mischt sich in die demütige Askese, die zugleich unbezwingbare Stärke ist. Die Ausbeutung hat eine neue Form gefunden: Nicht mehr die Ausgebeuteten verstehen das Produkt nicht, das sie herstellen, sondern die Ausbeuter.

Der Dieb bleibt dem Koch gegenüber immer unsicher; er versteht seine Kunst nicht, aber er braucht sie; er macht sich lächerlich durch sein Unwissen (wie poison, englisch für »Gift«, spricht er das französische poisson aus), aber er hat die Macht, die er insbesondere gegenüber seiner Frau demonstriert, die es besser weiß. Der Dieb schwätzt, rülpst, frißt und ergeht sich in Obszönitäten; seine Frau Georgina, die er Georgie nennt, leidet. Der Koch läßt für sie besondere Leckereien zubereiten, schon da hat der Dieb Grund zur Eifersucht. Er muß wissen, daß es Dinge gibt, derer er nicht würdig ist.

Das Essen ist nicht zuerst eine Frage des Genusses, sondern eine der Macht. Der Dieb weiß nicht einmal, was er ißt (weshalb es durchaus auch Gift sein kann), aber er kann darüber sprechen, unentwegt. Die Bande von Mördern, Dieben, Zuhältern und Betrügern um ihn, gewandet wie die Männer auf dem Bild, hört zu oder auch nicht. Seine täglich neu aufgestellte Gleichung zwischen Macht, Geld und Lebenslust ist genauso falsch wie die von Cracklite in »Der Bauch des Architekten«, und ebensowenig wie in »Der Kontrakt des Zeichners« kann der Künstler, der Koch Richard Borst, eine »unschuldige« Rolle spielen. Irgendwann wird der Konflikt zwischen ihm und seinem Geldgeber aufbrechen, was er als Spiel beginnt, die kleine Provokation, die Geste der Verachtung, wird ernst. Das Ziel und das Forum zugleich ist der Körper, der zugrunde gerichtet werden muß. Am Ende ist das Gift, das den Mächtigen fällt, erkannt; es ist der Körper des Feindes.

Aber es ist nicht der Koch, der die Macht des Diebes in Frage stellt, denn er selber hat keine Begierden (er selber scheint nie zu essen, und später wird er gar das Angebot der Frau des Diebes, mit ihm zu schlafen, ablehnen). Der Liebhaber ist ein Mann, der in diesem Trubel allein sitzt, die schwadronierende, unflätige Tafelrunde ignoriert, sein Essen genießt und dabei Bücher liest. Ihre Blicke treffen sich, der Koch bedenkt sie mit der gleichen Aufmerksamkeit, auf der Toilette lieben sie sich, atem- und sprachlos, ein wenig unbeholfen und mit großer Leidenschaft, immer wieder. Albert, der Dieb, wird immer mißtrauischer, er verfolgt Georgina, mehrmals hätte er die beiden beinahe ertappt, aber noch weiß er ja nicht, wonach er zu suchen hätte. Er versucht, den Liebhaber zu demütigen, der Bücher liest, wo man essen soll, heißt ihn, am Tisch Platz zu nehmen, und hat schon verloren, ohne zu wissen, was. Er selbst hat das Schweigen zwischen den Liebenden gebrochen, die nun auch eine Liebes-Geschichte haben.

Gegen die Macht des Diebes ist nun das Wissen gerichtet, das, anders als die Kunst, nicht ohne weiteres zu kaufen ist. Als Gynäkologe stellt sich Michael, der Liebhaber, am Tisch des Diebes vor. Ein scheinbares Wissen um den Körper der Frau, das Albert nicht ertragen kann, macht ihn zum Feind, schon bevor der Dieb sich bestohlen weiß. In Wahrheit ist das Wissen Michaels, eines Erzengels, tot, es ist das Wissen über eine Revolution. Der Koch wird zum Komplizen der Liebenden, führt sie in den Nebenräumen und Speisekammern zusammen und bewacht ihre Wege. Gegen die Macht des Diebes haben sich die Kunst, das Wissen und die Natur verbunden, die der Mann in seiner Frau unterdrückt (der Dieb will selbst ihre Blasenentleerung, ihren Stuhlgang kontrollieren; seine furchtsame, böse Neugier richtet sich auf alle Äußerungen ihres Körpers, die er zugleich veröffentlichen will, um seine Macht über diesen Körper offenkundig zu machen, den er ängstlich als Privatbesitz zu schützen versucht). Die Körper von Greenaways Frauen zeigen einen revolutionären Prozeß, die Geburt oder ihre Verweigerung wird zur Waffe, und die Körper widersprechen der männlichen Sprache über sie.

Der Beginn der Katastrophe für das jacobinische Drama liegt fatalerweise in einer Begegnung des Diebes mit seinesgleichen. Jovial bewirtet er den Konkurrenten Terence Fitch (Ian Dury spielt ihn schön schmierig), der ein Verbündeter sein soll; die Hure Patricia, die ihn hinter dem Restaurant bedient, beobachtet Georgina und Michael, und als Albert sie tags darauf vor seinen Kumpanen demütigt, schreit sie vom Betrug seiner Frau. Der Dieb sticht der Frau eine Gabel in die Wange, rasend vor Zorn tobt er durch das Restaurant und zerstört, was ihm unter die Hände kommt. »Ich bringe ihn um, ich fresse ihn auf«, flucht er. Der Koch verhilft dem Paar zur Flucht: Nackt müssen sie zuerst in der Kühlkammer ausharren, dann in einem Lastwagen voll verdorbenen Fleisches fliehen, den Eden fährt. Die Vertreibung aus dem Paradies findet in einem jener »Geschenke« statt, die der Dieb dem Koch machen zu müssen glaubte: Er hat den Wagen ganz am Anfang vor den Toren des Restaurants abgestellt, der Koch aber hat sich geweigert, das Fleisch anzunehmen.

Georgina und Michael verbergen sich in seinem Bücherdepot. Die Korridore sind nach den verschiedenen Etappen der Französischen Revolution benannt, und in dieser Ruinen-Architektur des Wissens gibt es eine Oase: ein Bett, eine Kochstelle, eine Toilette. Der Küchenjunge Pup bringt den beiden Essen aus dem Restaurant und darf sich Bücher mitnehmen. Albert und seine Leute lauern ihm auf, er läßt ihn Knöpfe essen und droht, ihm seinen eigenen Bauchnabel in den Rachen zu stopfen. Aber es sind die Bücher, die den Dieb auf die Fährte seiner Frau und ihres Liebhabers bringen.

Greenaways Kino scheint stets nach Aggregatzuständen, nach strukturierenden Merkmalen, nach enzyklopädischer Ordnung zu suchen. Aber gerade in dieser manischen Suche nach der Ordnung, nach alphabetischen, numerischen, farblichen Kategorien offenbart sich das Chaos, die rettungslose Vermischung. Der Liebhaber hat die Bücher in den Kreislauf von Fressen und Verdauen gebracht, nun erfahren wir, daß er diesem Kreislauf schon einen Platz in der Welt der Bücher eingerichtet hat. Und so wie wir Michael als Vertreter des Wissens kennengelernt haben, so erfahren wir nun, daß dieses Wissen auch Form (also Kunst) ist, während der Koch sich so angelegentlich mit der Natur seiner Materialien auseinandersetzt wie ihrerseits die Natur der Frau zum Wissen und zur Sprache drängt. Logisch, im strengen Sinne, ist in Greenaways Filmen nur der Tod. Alle Verweise und Abbildungen dagegen bleiben Fragment, ästhetische Systeme im Zustand ihrer Dekonstruktion: Greenaways Filme bewegen sich von der strengen Komposition zur Auflösung.

Am Abend kommt der Koch und erzählt den beiden, daß Pup im Krankenhaus liegt. Georgina eilt zu ihm. Während ihrer Abwesenheit ermorden Albert und seine Leute Michael, indem sie ihm die Blätter seines Lieblingsbuches zur Französischen Revolution in die Kehle stoßen. Michael erstickt an seinem Wissen. Die Frau des Diebes läßt ihren Geliebten vom Koch zubereiten und zwingt ihren Mann, bevor sie ihn vor den Augen der von ihm Gepeinigten erschießt, seinen Schwur zu halten und von ihm zu essen. Die Revolution ist zugleich vollzogen und gescheitert. Der Vorhang senkt sich.

»Der Koch, der Dieb, seine Frau und ihr Liebhaber« weist sechs Hauptdekorationen auf, denen jeweils eine Grundfarbe zugeordnet ist, das Blau des Platzes vor dem Restaurant, das Rot des Restaurants, das bläuliche Weiß der Toiletten (das in rosa übergeht, wenn die Tür Licht einläßt) etc., und beim Übertritt von einer Dekoration in die andere ändern auch die Kostüme von Jean-Paul Gaultier ihre Grundfarben. Aber auch dieses System weist prägnante Brüche auf; der Wechsel geht über die Kraft zur Ordnung in diesen Menschen, die ja gar keine sind, sondern Ideen, die eine Form brauchen.

Das heißt, wie in einem »normalen« Film Figuren sich an einer Geschichte beweisen müssen (und die »Kunst« des Kinos mag darin bestehen, Figur und Geschichte nicht vollständig ineinander aufgehen zu lassen), so müssen sich bei Greenaway Ideen an ästhetischen Systemen bewähren (und auch seine Kunst besteht darin, zu zeigen, daß eine ästhetische Struktur möglicherweise eine Idee oder deren mehrere aufnehmen und vermitteln kann, zugleich aber gar nicht anders kann, als eine Vielzahl anderer Elemente zu transportieren): Das jacobinische Drama, die europäische Bankettmalerei, die manieristische Körper-Darstellung, der antike Mythos sind solche ästhetischen Systeme, auf die die Ideen zu projizieren sind, die aber zugleich neue Fragen aufwerfen. Denn gerade weil Greenaway keine »Personen« entwirft, nähert er sich einer Grundfrage der Bild-Produktion, der Darstellung des Körpers. Greenaway kann Menschen nackt zeigen, die weder in der Geste des »Aktes« noch in der Pose verfügbarer erotischer Zeichenrepertoires verborgen sind. Und er zitiert die Bankettmalerei nicht nur, macht sie nicht nur für seine Vision verwendbar und setzt sie in gewisser Weise fort, sondern dementiert sie auch. Warum werden, seit Jahrhunderten, Menschen, Männer vor allem, abgebildet, die gemeinsam essen (was bereits ein perspektivisches Problem für das Arrangement und die Bild-Produktion erzeugt, das eine mythische Lösung anbietet: Dieses Essen hat Schau-Charakter, es ist eine Inszenierung der Macht, in der der barbarische Impuls zum gierigen Verschlingen in eine Kampfansage gegen die anderen Stände umgeformt wird)? Ganz zweifellos sind beide, das Essen und der nackte Körper, Schauplatz der letzten Klassenkämpfe unter den Bedingungen des Thatcherismus und ähnlicher Privatisierungskampagnen: Die neue herrschende Klasse hat eine Diktatur des Fressens errichtet; die Bankettmalerei ist durch das »echte« Schaufressen abgelöst und fortgesetzt worden, von dem wir uns, so oder so, fasziniert zeigen. Daß die Gangster um Albert Spica (aspic, spice, speaker, und dann kann albert spica auch eine »kurze Ähre« sein, Zufall vielleicht, und in »Drowning by Numbers« wird der 13. Planet von den hundert, die ein Mädchen aufsagt, die Unglückswelt »Spica« genannt) keinen Genuß beim Essen finden können, leuchtet ein; Alberts größtes Vergnügen ist nicht, zu essen, sondern andere dazu zu zwingen, etwas Entsetzliches zu verspeisen, von Tierhoden bis zu Teilen des eigenen Körpers.

Wenn aber das Essen eine Waffe ist, so ist es immer auch eine Waffe gegen den eigenen Körper. Anders ausgedrückt: Die neueste Version der herrschenden Klasse, nicht bloß in England, kann ihre beiden Grundbedürfnisse, nämlich die Welt aufzufressen (aus immer mehr Zutaten immer verdichtetere und teurere Nahrung zu machen, die gleichsam das Verhungern der anderen semiotisch umfaßt) und den eigenen Körper in beste Form zu bringen (als Überlebensmaschine und als perfektes Zeichensystem) nicht synchronisieren. Daher ist dieser Körper Schauplatz eines Bürgerkrieges, und das Drama ist nicht anders als im Auseinanderfallen des fressenden und des scheinhaften Körpers zu beschreiben. Vor und nach dem Mord an ihrem Liebhaber spricht Helen Mirren verdächtig oft vom Essen, wo sie doch vorher eher Ekel zeigte gegenüber den Freßorgien, und noch im Bett neben dem toten Geliebten, spricht sie vom Frühstück am nächsten Morgen. Der Tod des Diebes ist nur eine Episode in der Geschichte des Sieges des fressenden über den liebenden Körper.

In Greenaways Filmen lernen wir die Zeichen lesen, indem wir sie in Reihen erleben. So wie die Beleuchtung das Bild von Frans Hals stets dem wahren Geschehen an der Tafel des Diebes kommentierend anverwandelt, so haben seine Bankette immer neue Bedeutungen, das letzte Abendmahl ist ebenso darunter wie die Henkersmahlzeit. Die Ordnung in seinen Filmen ist eine »Ordnung der Oberfläche«, wie er selber sagt, das heißt, sie ist beliebig, aber wirkungsvoll. Zehn Tage dauert das Bankett des Diebes, gegliedert durch die Tageskarten des »Hollandais«, durch die Farbräume, die auch eine Körper-Architektur bilden, durch die vier Ideen von der Welt, und diese scheinbaren Ordnungen werden in den grandiosen Parallelfahrten der Kamera in diesem Film präsentiert, als müßten wir, atemlos, vor dem Drama hin- und hergehen (was eine wörtliche Übersetzung von »Diskurs« sein kann), um es zu verstehen. Einen Erfinder von Systemen, die das Durcheinander organisieren, nennt sich Greenaway, und lenkt damit unser Interesse von den Systemen auf das Durcheinander. Für mich ist er, vorläufig, ein einigermaßen ironiebegabter cineastischer Chaosforscher.

Konkret 01/90, S. 93

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Von der Gottlosig- bzw. Unmenschlichkeit des Gesetzes, daß Überflüssiges in Nachbarschaft des Elends nicht genossen werden dürfe; über das Geld als Schieber von Leistung in Richtung Nachfrage; über des menschenfreundlichen Bänkers Leiten von Strömen von Geld an Orte der Leistung; über die dunkle Seite des Geldmachens bzw. die fragwürdige Antastbarkeit der Würde des Reiskorns bzw. den Unterschied von Wert und Preis; über die sich verbrauchende Kraft als Währung der Armen sowie Selbstvermehrung des Geldes der Reichen und über die Pflicht, die bittersten Zwangslagen der ersteren dermaßen zu lindern, daß der Arme seinen Freiraum hat; über den unabschaffbaren Fortbestand der Reichen und die gebotne Einführung des wahren Teilens der Waren sowie schließlich: über den die Armen verstehenden und die Armen irgendwie mit den Reichen verknüpfenden Bankier H., der, christusgleich, für uns alle, die wir gern von Saisonarbeitern die goldnen Früchte vom Zinsbaum schütteln lassen, gestorben ist und eher in den Himmel kommt, als daß sich das habgierige Kamel RAF durch ein enges Nadelöhr zu quetschen vermöchte - von Deutschlands Klingelbeutel des Jahres 1989:

MEINE MEINUNG

PASTOR TRAUGOTT GIESEN

Die RAF zielt auf uns alle

Das Attentat auf Alfred Herrhausen war blanker Mord. Die Täter halten sich für bessere Menschen, für Leute mit Durchblick. Aber ihr Weltbild ist eng wie ein Nadelöhr. Sie halten den Leiter einer Weltbank für den Feind der Armen, derer also, die nichts zur Bank zu tragen haben. Ist da was dran? Sind welche arm, weil andere reich sind? 3 Millionen Deutsche leben an der Grenze zum Hunger. Andere 3 Millionen und mehr haben Überflüssiges auf der Bank. Sollte es ein Gesetz geben, daß wir uns Überflüssiges nur zulegen dürfen nach Sättigung aller? Es würden dann noch mehr hungern als jetzt. Geld schiebt Leistung in Richtung Nachfrage. Nachfrage wird durch Geld gemessen. Der Bankier leitet Geldströme hin, wo Leistung zu haben ist. Das ist ansich ein menschenfreundliches Tun- Verkuppeln von Leistungsbereitschaft und Geldgebebereitschaft. Es bringt auch Arme in Lohn und Brot.

Doch eine dunkle Seite am Geldmachen ist, daß auch Wälder, Flüsse, Luft und Erde vergoldet werden können bis zur Vernichtung. Weißt du, was ein Reis ist?" -"Ich weiß nur, was sein Preis ist!" (B. Brecht). Der Hungernde weiß seinen Wert. Der Kaufmann nutzt dieses Wissen, um seinen Preis zu machen. Und dabei geht die Würde des Reiskorns verloren. Der mit Tieren Geld macht, ihm können sie zur Biomasse verkommen. Wer nur die Arbeitskräfte sieht, kann den schöpferischen Menschen aus dem Blick verlieren. Unser Nachfragen kann Schönheit, Würde, Religion zur Geldsache machen, dann weiß man nicht mehr den Wert nur noch den Preis.

Ein anderes düsteres Kapitel ist unser aller Lust zu nehmen, was man kriegen kann. Wir nehmen, was der Markt hergibt, und der Arme muß viel hergeben. Arme zahlen mit ihrer Kraft, mit der Kraft, die sich verbraucht. Reiche zahlen mit Geld, das sich vermehrt.

Doch das ändert man nicht durch Abschaffung der Reichen - auf dem Schulhof ist der mit der Packung Zigaretten schon reich. Wir müssen die bittersten Zwangslagen lindern, sodaß auch der Arme seinen Freiraum hat.

Die RAF meinte, mit Herrhausen das große Geld zu treffen. Sie sahen nicht den Menschen, sondern das Firmenschild. So starb er stellvertretend für uns alle, die wir gern gute Zinsen ernten. Die RAF haßt unsere Gesellschaft, sie bestraft diese Gesellschaft, weil sie habgierig und rücksichtslos sei.

Ja, wir, unsere Gesellschaft ist nicht gerecht genug. Wir müssen das wahre Teilen noch erst lernen. Aber die Habgier steckt in uns und auch in Euch von der RAF. Glaubt nicht, Ihr könntet Euch sanieren durch Kennzeichnung anderer Leute als die Bösen.

Ja unsere Gesellschaft ist nicht liebevoll genug, aber helfen werden nicht Bombenleger, sondern Verstehende und Verknüpfende - und Herrhausen war wohl einer.

Königsbronnerinnen, Königsbronner!

Ich höre, ihr habt keine Zeit gehabt bis dato, dem Johann Georg Elser ein Denkmal zu stiften. Er, Königsbronner wie ihr, verfügte, wiewohl nur einfacher Schreiner, seinerzeit über die Gabe der Vorsehung, wußte, daß Hitler Weltkrieg bedeute, und legte deswegen die Bombe im Münchner Bürgerbräukeller. Weil Hitler eine halbe Stunde früher aufbrach, erwischte es ihn nicht, und der Weltkrieg, der damals um sein Fortkommen bangte, atmete befreit auf und nahm, so manchen in der Lebensblüte stehenden Königsbronner mitnehmend, zügig seinen Lauf. Spätestens am 8. Mai 45, die Amerikaner hatten eure weiße Bettuchparade längst abgenommen, wäre die Grundsteinlegung für das Elser-Denkmal fällig gewesen, und lagen die Grundsteine für antifaschistische Denkmäler auch nicht herum, so hättet ihr den Sockel für das Elser-Monument mit links aus Euerm Krieger-Klotz mit der Hirnrißzeile »Treudeutsch bis in den Tod« brechen können. Aber es war keine Zeit da für sowas. Denn erst mußte der darniederliegende Fußballverein wieder aufgerichtet werden und der Konfirmandenunterricht, und dann standet ihr, Königsbronnerinnen, vor dem Aerobic- und Patchwork-Nichts, und ihr, Königsbronner Männer, mußtet die Betonpoller gießen und die Blumenkübel setzen und dann die Garagen und die Parkplätze und die Umgehungsstraße und das Schwimmbad - nein, es war keine Zeit da für ein Elser-Denkmal. Jetzt, der Fußballverein und der Konfirmandenunterricht und die Poller und die Blumenkübel stehn und die Garagen und die Parkplätze und das Schwimmbad sind fertig und der Elser-Film von K.M. Brandauer läuft schon in der III. Woche, jetzt wär die Zeit für das Elser-Denkmal da. Doch ihr, Königsbronnerinnen und -bronner, wiegt, vor die Wahl gestellt Elser oder Hitler (o, es ist eine die Adern schier platzen machende Alternative: Da der vorsätzliche Mörder Elser, dort Hitler, der, persönlich gesehen, nie gegen jemand die Hand erhob!), eure vom Rasenmähen summenden Schädel hin und her und her und hin (sieht gut aus im Fernsehen!).

Ja, wüßtet ihr mit Gewißheit etwas von Auschwitz, oder, striffe euch wenigstens die Ahnung, daß Elser die Bombe »nur« gegen die Einberufungsbefehle an jene Königsbronner gelegt hat, die heute noch zum Dämmerschoppen tapern könnten, statt in russischer Erde zu bleichen, ihr würdet mit frohem Eifer dem Elser ein Denkmal hinstellen oder wenigstens ein Gäßlein nach ihm nennen. Aber ihr wißt nichts von Auschwitz und ihr kennt auch den Grund nicht, warum so viele Königsbronner Burschen 39/45 ausbluten mußten.

Und deswegen wiegt ihr eure Schädel so hin und her und her und hin (sieht gut aus im Fernsehen!), und deswegen zieht euer Bürgermeister diplomatisch feig die Ausflucht der Auskunft vor und läßt hintenrum verbreiten, daß über Elsers Tat das hohe Bonn befinden müsse, für die Kommune Königsbronn sei der versuchte Tyrannenmord nämlich eine Nummer zu groß. Kein Elser-Denkmal im 50. Jahr der großen Tat, kein Elser-Denkmal zum 45. Jahrestag seiner Ermordung im KZ Dachau. Aber in die Christmette rennen und Johann Sebastian Bach reinziehen wie blöd. Ach, daß euch doch der Blitz beim Scheißen träfe.

konkret 01/90, S. 94

Diedrich Diederichsen

Platte des Monats - Musik, die aus der Bronx kam

Public Enemy: Fight the Power; RCA/Motown

SPEX-Redakteure und freie Mitarbeiter haben die Platte zur Single des ~ Jahres gewählt, und vieles spricht dafür, daß ihre, die Arbeit von Public Enemy zusammenfassende, auf den Punkt bringende, die Essenz wilden, komplexen, aggressiven HipHops abschöpfende Musik nur funktioniert im Zusammenspiel mit einem Slogan, auf den sich alle einigen können. Die *Macht* ist schon lange der Name nicht nur des Gegners in den Subversions-Szenarien französischer 70er Jahre-Philosophen oder italienischer Autonomisten, nicht nur neue politische Kategorie, die allgemeiner und unbestimmter - wenn auch von einigen genau, aber immer wieder unterschiedlich definiert – an die Stelle von bekannten Figuren wie dem *Klassenfeind,* dem *Staat* oder dem *militärisch-industriellen Komplex* getreten ist.

Macht heißt der Gegner, seit auf der Seite des Untergrunds an die Stelle von Politik Moral getreten ist, was heute für immer größere Teile jugendlicher Dissidenz-Kultur gilt, von Hardcore bis Hafenstraße, von Autonomen bis Animal Liberation Front. An der Stelle eines Kalküls, einer Strategie, eines Konzepts von (Gegen-)Öffentlichkeit gar, also, das Einbunkern in den einmal befreiten (und eroberten) Räumen.

Macht ist aber auch ins Visier geraten als Ergebnis aller Erfahrungen, mit im Underground neu entstandener Macht, mit der rasend schnellen Verwandlung (und deren bis heute nicht gebremster Beschleunigung) von dissidenter und aggressiver Energie in Karriere-Energie und der langsamen Erkenntnis der Quasi-Naturgesetzlichkeit solcher Geschichten. Die Gleichung der Geschwindigkeit der Umwandlung von (ihrem Selbstverständnis nach) subversiver in karrieristische Energie (für Bourdieu u.a. von Anfang an dasselbe, aber als Professor kennt er dann wiederum den Untergrund zuwenig und hat ebensowenig Möglichkeiten, ihn einzubeziehen wie andere Soziologen vor ihm) kennt fast nur konstante Größen, die ein Bremsen der Umwandlung bezeichnende Variable steigt oder fällt umgekehrt proportional zum Grad der Durchdringung des entsprechenden Weltsegments mit kontrollierten oder kontrollierbaren Mainstream-Kultur-Produkten. . . und die ist zur Zeit ziemlich hoch, so auch der Speed der Energie-Umwandlung, die Gewinnung von Produktivität aus etwa der »Musik der Unterdrückten« (haha). Diese Macht ist die gefährlichste.

Bekämpfe die Macht heißt also sowohl »Lege Heftzwecken auf den Stuhl deines Lehrers!«, »Fahre schwarz!«, wie es »Mißtraue jedem!«, »Wechsle die Wohnung!«, »Laß dich nicht erwischen!« und »Don't follow leaders, just watch the parking meters!« heißt, also eben auch: Entmachte sie alle, die Guten wie die Bösen, sobald sie nur Macht haben, und das ist ebenso unpolitisch und destruktiv, wie es wahrscheinlich die letzte Rettung des progressiv Politischen in irgendeiner angebrachten und nachvollziehbaren Praxis bedeutet (was ja auch die Grünen einmal wußten). Also dann auch »Entmachtet Gremliza!« (und natürlich »Fight The Diederichsen!«).

Auf Fight The Power kann sich jeder einigen. Worauf alle warten, ist doch nichts anderes als ein Kriterium, das denjenigen mitteleuropäischen Großstadtbewohnern (vor allem Jugendlichen) ebenso deutlich, eindeutig und unwiderlegbar ihr Draußensein/Anderssein/Nichtdazugehören*können* definiert, die immer noch Opfer bringen, sich weder der alternativen Gutwilligkeit und dazugehöriger Bürokratie, noch dem Establishment anzuschließen, wie den Schwarzen ihr Schwarzsein. Was ist es, was mich zum Hänger / Punkrocker / Armen / Hausbesetzer / Wohnungslosen macht? Meine Ideen? Warum sitze ich hier und nicht im Warmen? Aus eingeübter kleinbürgerlicher Moralität, die mir in den falschen Hals geraten ist? Aus lauter abscheulicher, gewissensbelasteter liberaler Gutheit? Middleclass Angst?

Die Kriterien drogensüchtig oder kriminell, die außerdem noch im Angebot sind, sind zu exklusiv, und sie machen den berechtigten und nachvollziehbaren, aber auf die Dauer impotenten Fehler der Stigma-Verherrlichung. Kraft gewinnt die Dissidenz nur, indem sie ihre Kraft definiert, nicht ihr Problem, der Schwarze, indem et nicht nur die diskriminierte »Rasse« umwertet, sondern aus den objektiven Gründen, die zu der Stigmatisierung geführt haben, heraus schöpferisch wird. Viele Hunderte und Tausende von Jahren Schwulenkultur-Praxis wären hier zu nennen (vor allem die Abschnitte, die auf diesen Begriff verzichten konnten). Fight the Power!

Das Powerbekämpfen ist ja anders als alle Utopien, Werte, Träume kein idealistischer Vorsatz oder Wunsch (weswegen es um Werte, Träume und Utopien auch nicht allzu schade ist), sondern eine von zwei möglichen Optionen, die auch dann noch die einzigen beiden bleiben, wenn sie nicht in eine Teleologie der Befreiung (»die« Revolution) eingebettet sind. Es ist das einzige, was einem übrig bleibt, wenn man im allerpathetischsten Sinne sich selbst erhalten will, gegenüber jeder Vereinnahmung und Entfremdung, von denen die Karriere ja auch nur eine Variante darstellt. Ich bekämpfe die Macht also nicht aus Gründen idealistisch-christlicher Solidarität mit den Leidenden des Systems, dessen Nutznießer ich bin (sein könnte, so lange mich nichts eindeutig stigmatisiert), ich bekämpfe die Power vielmehr, um meine einzige wertvolle Privilegiertheit zu verteidigen, die Fähigkeit, erkennen zu können, wie und warum und daß Karriere eine todbringende Scheiße ist (zum Beispiel).

Fragt sich, warum sich ausgerechnet Public Enemy in einer Weise allgemein und weltgeltend äußern, wo doch gerade sie an der Spitze einer Bewegung stehen, die jede Vereinbarkeit schwarzer Probleme mit weißen, jede weiße Hilfe, Unterstützung, *Anteilnahme* ablehnt (aus separatistischen oder schwarz-nationalistischen Gründen, die ihre gewisse Berechtigung wohl haben und deren Erörterung hier zu weit führt). Gerade deswegen, denn so bleibt ihre korrekte Botschaft (und auch die des ebenfalls vom schwarzen Nationalismus aus allgemeingültig brechtisch argumentierenden Filmes »Do the Right Thing« [sic], für den sie diesen Track aufgenommen haben) die, daß das grundsätzliche, allgemeine Power Fighten zwar unsere gemeinsame Formel sein kann, aus der sich aber gerade ergibt, daß wir nicht an der gleichen Front stehen, sondern jeder an seiner. Denn wenn sie die Macht bekämpfen, können wir nicht für ein Ziel kämpfen. Deswegen wurde »Fight The Power« Single des Jahres, weil sie die Einheit dieser Vielheit der Kämpfe auf den populären Punkt bringt. Das Politische durch ein Unpolitisches rettend.

Womit wir natürlich sofort bei der sogenannten deutschen Revolution wären, die auch nichts anderes tut und sich so jedermanns Begeisterung erfreut, als die Power zu bekämpfen, nicht unterscheidend und bedenkend, wem sie nützt, dient, schadet etc. Bis sie schließlich »Wiedervereinigung« brüllt (also das weitest entfernte Gegenteil von Fight The Power). Aber genau das meint doch der Satz; daß die uncodierte Energie sich erhebender – Fight The Power – Menschen, immer so schön wie gerecht ist, seine Codierung (Power) immer falsch, und also zu bekämpfen. Fight The Power (so den deutschen Erhebungen ihren korrekten Platz zuweisend: der namenlose Aufstand, die Entfesselung, das Besäufnis, die Party – gut. Fight The Power, danach Arrangements mit alter Power).

Wir standen also in unserer SPEX-Redaktion herum und überlegten, was wir auf die Januar-Nummer schreiben sollten und ob den Titel des Songs des Jahres, und am Ende, ob wir ihn illustrieren sollten. Und wie? Da stürzte eine Botin herein und verkündete atemlos: »Die RAF hat den Herrhausen in die Luft gesprengt.« Boh! Zuck! Aha, so kann man den Satz natürlich auch auslegen, dachte ich mir. Man kann ihn doch noch sehr viel ernster und buchstäblicher nehmen als man Sätze/Parolen normalerweise nimmt (um sich nur die Richtigkeit seiner allgemeinen Gesinnung und die Überhöhung einiger Lebensentscheidungen, die eh nie anders ausgefallen wären, griffig vorzusingen). Für »Fuck The Police« bekamen die L.A.-Rapper von NWA immerhin Post vom CIA. Fight The Power. Do The Right Thing.

Dies alles schreibe ich nun heute hin am 6.12., eben komme ich zum zweiten Mai von *der* Bank zurück, die ich beim ersten Besuch geschlossen fand, »wegen der Trauerfeierlichkeiten für Herrn Herrhausen« . Als ich beim zweiten Mal vor der Kasse warten mußte, fand ich eine Nummer der Zeitschrift »marco« – »das Bank- und Wirtschaftsmagazin für junge Leute«, darin unter anderem einen Bericht über den Assistenten des CDU-Abgeordneten Wissmann, einen Johann Friedrich Colsman (ex-Vorsitzender des RCDS) und dessen fabelhafte Karriere (»Der Job in Bonn ist für ihn keine Lebensstellung, mehr eine Karriere-Station. Colsman will in die Wirtschaft«) und schließlich »HipHop – Musik, die aus der Bronx kam«, und darin den Teil-Satz »auf der anderen Seite Polit-Rapper wie Public Enemy, die zu harten Beats kämpferische Parolen verbreiten.« Darauf, daß diese Parolen als Aufruf zur Ermordung des Vorstandssprechers des größten Unternehmens der Branche, die dieses Blatt herausgibt – der »Bundesverband der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken« – gelesen werden könnte, daran hatte gerade wieder niemand gedacht. Nun ist es zu spät. Musik, die aus der Bronx kam.

konkret 01/90, S. 98

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Man schreibt mir:

Lieber Hermann, »Emma« macht für das Januar-Heft (Redaktionsschluß Anfang Dezember) eine Umfrage, in der je zwölf Frauen und Männer des »öffentlichen Lebens« nach den bevorstehenden 90er Jahren befragt werden. Die Fragen:

1. Was erhoffst (befürchtest) Du für Frauen und Männer in den 90er Jahren?

2. Und was erwartest Du für Dich selbst?

Unsere Bitte: Bei Antwort I die Maximallänge von zehn Zeilen (à 60 Anschlägen) nicht zu überschreiten, die Antwort 2 drei Zeilen. Und: Könntest Du bitte ein/zwei schwarz-weiß-Porträts dazulegen?

Wir würden uns ganz besonders freuen, wenn Du dabei wärst.

Mit (durchgestrichen: freundlichen; darüber handschriftlich:) revolutionären Grüßen

Deine Alice

»Dabeisein ist alles« (Lenin). Doch nie hätte ich zu hoffen gewagt, schon in den 90er Jahren zu den zwei Dutzend fürs feministische Poesiealbum Auserwählten des öffentlichen Lebens zu gehören, ja unter ihnen einer zu sein, dessen Unterhaltungswert frau ganz besonders schätzt, wenn auch vielleicht nicht gar so sehr wie den von Gottschalk, Fuchsberger, Dönhoff und Nosbusch. Was könnte ein Revolutionär für sich selbst in drei Zeilen à 60 Anschläge Schöneres erhoffen (befürchten)? Daß ihn zur nächsten Jahreswende auch Alices Kollegen von »Tempo«, »Echo der Frau« und »Penthouse« fragen, was für Frauen er in den 90er Jahren erhofft (befürchtet)? Ob es die Frauen sein werden, die uns in den 80ern auf die 90er so vorbereitet haben?:

Sie saß auf Ulrikes Schreibtisch und war nicht größer als die Faust eines Neugeborenen. Farbe: dunkelgrau. Stimmung: scheinbar gelassen. Um sie rum: ein Käfig aus Holz und Eisen. Über sie gebeugt: die Köpfe aller Emmas. Wie süß! So klein! Jetzt putzt sie sich! Hol ihr doch mal ein Stück Schokolade! Quatsch, die essen Speck!

Sie lassen mir keine Chance, es länger zu übersehen: das Ausrufezeichen ist ein Phallussymbol!

Das ist bestimmt ein Weibchen. Und schwanger dazu. Die Emma-Redaktionsmaus war nach 4 Wochen Warten in die Falle gegangen. 24 Stunden haben wir sie mit Mortadella (zur Zeit Lieblingswurst des Hauses) und Brot gefüttert und dann im Minipark vor unserem Haus in die herbstliche Freiheit entlassen. Mit gemischten Gefühlen. Denn das Verhältnis der Emma-Frauen zu Tieren ist unterschiedlich. Sechs von zehn haben Katzen. Ansonsten geht die Spanne von Judith bis Alice. Will heißen: Judith Rauch, die Naturwissenschaftlerin, hat in ihrem Studium auch Tierexperimente gemacht. Am besten davongekommen sind dabei die Kakerlaken, die für sie wochenlang in einem Rädchen laufen mußten, heraus kam dabei 1983 ihre Diplomarbeit: »Die Wirkung von Lithiumchlorid auf die Synchronisation der circadianen Laufaktivität der Schabe Leucophaea maderae« (Lithium beeinflußt Depressionen). Unter dem bohrenden Blick von Alice versichert Judith heute: »Jetzt würde ich das nicht mehr machen.« Warum nicht? »Weil ich inzwischen weiß, daß es verrohend wirkt, auf mich selber. . .«

Die Redaktionskakerlaken atmen auf.

Alice Schwarzer könnte, statt Emma, auch gut eine Tierzeitung machen.

Die Emmas sehen alle aus, als ob sie »Die Möwe« hießen.

An Motivation mangelt es nicht: Sie ist mit »vier bis sechs Katzen und zwei Hunden« aufgewachsen (« Wir fütterten sogar die Mäuse«) und war schon als Kind aktives (.t) Mitglied

Das Symbol wird penetrant

im »Bund gegen Mißbrauch der Tiere«. Und, wie meist, hat Alice dazu auch eine Theorie: Die Tiere sind die letzte Stufe auf der ganzen Leiter: »Ganz oben sind die Männer, dann kommen die Frauen, dann die Kinder, dann die Tiere – auf denen trampeln alle rum.«

Oder verarbeiten sie zur Lieblingswurst der Erfinderin der revolutionären Stufentheorie: Erst kommen die Männer, dann die Frauen, dann die Kinder, dann kommt die Mortadella – alle essen sie auf. Aber wie die Redaktionsmaus ist auch alle an ihrem Schicksal entwickelte Theorie, liebe Freundin, süß, klein, scheinbar gelassen, nicht größer als die Faust eines Neugeborenen und schwanger dazu, aber doch dunkelgrau:

Den Mäusen nutzt Alices Engagement allerdings auch nichts: Ihre Katze Lilli ist eine berüchtigte Mäusejägerin.

Unter dem bohrenden Blick von Alice! Ich, Hermann L. (L. steht, einmal muß es heraus, für Leucophea madera, zu deutsch: Kakerlake, Schabe, auch Schwabe), bitte um eine Dosis Lithiumchlorid, mit der ich bis zum Ende der bevorstehenden 90er Jahre die Editorials der schreibaktiven Zirkusdianen durchhalte.

Einer unserer schönsten Hoffnungs- (Befürchtungs-)Träger für die 90er Jahre, der Björn Engholm, hat mal wieder geantwortet, bevor er gefragt wurde:

Der Anschlag auf Herrn Herrhausen hat mich auch persönlich sehr bestürzt, weil, wenn man eine bestimmte Position in Politik oder Gesellschaft hat, dann ist man letztlich immer ein potentielles Opfer, und man fühlt umso tiefer mit denen, die es getroffen hat. Was da passiert ist, ist eine abscheuliche Tat

und so weiter, was man halt in solchem Fall sagt, die andern sagen's auch, was ist dabei, aber gerade wenn man gerade dabei ist, weil man partout dabeisein möchte, kann es passieren, daß das Gerede seinen unkontrollierten Lauf nimmt, und plötzlich und unerwartet eine Sprechblase platzt:

Die Tat ist so absolut sinnlos, denn alle Menschen, die vernünftig sind, wissen, daß Mord an

überhaupt nichts etwas ändern kann. Im Gegenteil, solche Taten bringen die Verantwortlichen viel enger zusammen als vorher, schärfen ihre Augen und vertiefen unser Engagement für mehr Demokratie.

Was will uns der Sozialdemokrat, der auch mal ein junger Sozialist war, damit sagen? Das, was er seit vielen Jahren nicht mehr sagen wollte: daß es vernünftig wäre, Zustände, für deren Existenz der Ermordete stand, zu ändern; daß der Mord zwar abscheulich, aber nur deshalb des Sinns verlustig erscheine, den er sonst haben könnte, weil durch ihn überhaupt nichts geändert werde; daß, im Gegenteil, nun erst recht Zustände, die zu ändern wären, nicht geändert würden, weil die Verantwortlichen für die Zustände noch enger zusammenrückten; daß, im Gegenteil, wir Sozialdemokraten mitrücken, um zusammen mit den Verantwortlichen die Augen zu schärfen; daß unser Engagement für mehr Demokratie das Gegenteil der Absicht ist, überhaupt etwas zu ändern; und daß wir Schwierigkeiten haben, zu sagen, was wir wollen, weil wir nicht wollen, was wir sagen, und auch, was wir nicht sagen, nicht wollen dürfen.

Herr Schmidt aus Barmbek gratuliert einer Blankeneser Gräfin zum Achtzigsten:

Kaum jemals habe ich einen Aufsatz aus Marion Dönhoffs Feder nicht gelesen... Wir Deutschen bedürfen Ihrer Feder auch in Ihrem nächsten Lebensjahrzehnt. . . Sie ist immer noch die hoch herausragende Feder des deutschen Journalismus.

Helmut heißt er, der so viel Federlesens macht. Man nennt ihn auch den zweimal abgesägten und doch zu kurzen Kuli der deutschen Bourgeoisie.

Jutta Ditfurth schreibt in der »Zeit«:

Seit die Grünen am Tropf der Harmoniesucht hängen, trudeln sie in den Sumpf der Mittelmäßigkeit, deren Ufer alle rechts liegen.

Ob Theo, der Chefredakteur, ihr Tropf und Sumpf hineinredigiert hat? Oder wird man am Ort, wo die Dominotheorie eine Salamitaktik ist, wie von selbst kongenial?